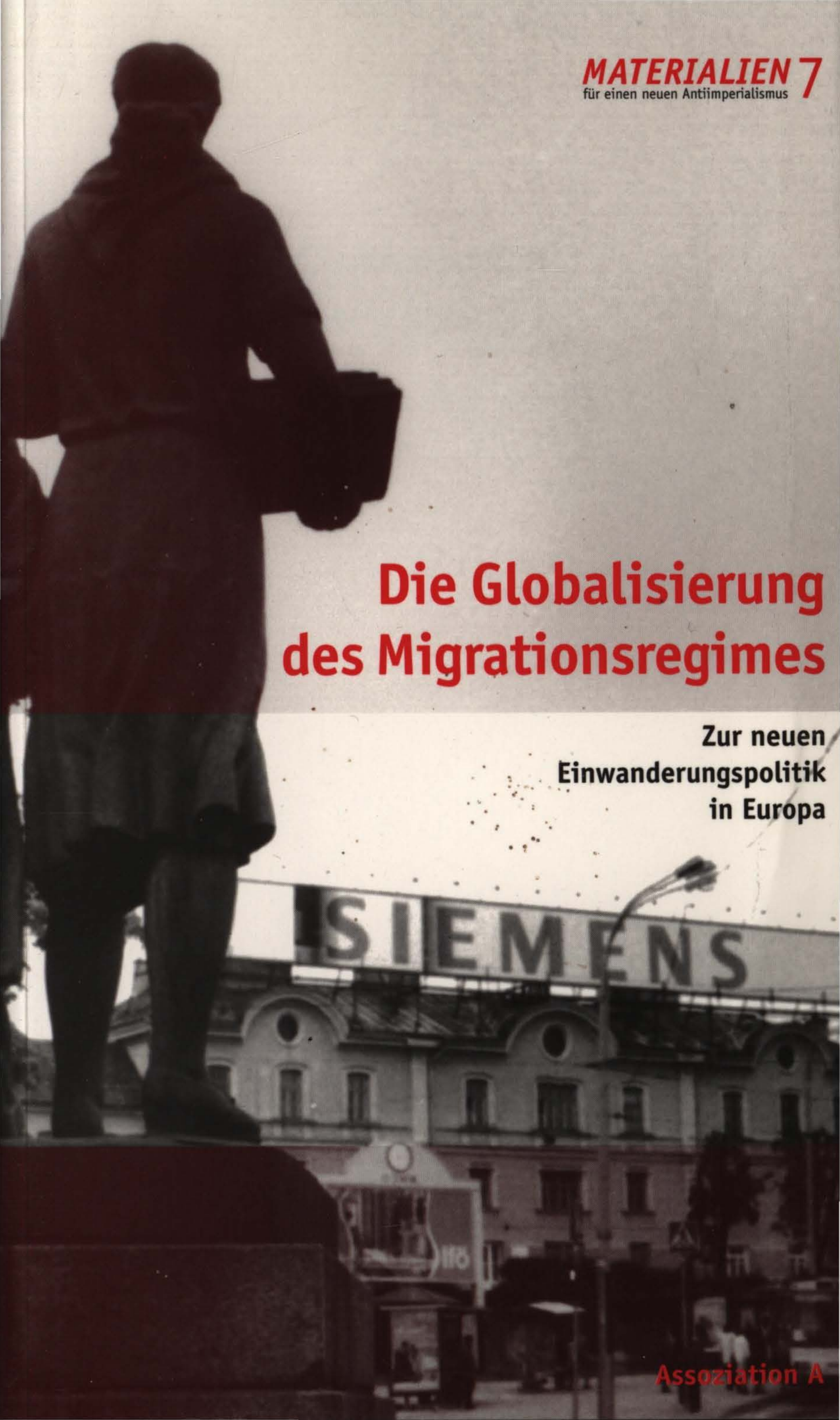

MATERIALIEN 7
für einen neuen Antiimperialismus
Die Globalisierung des Migrationsregimes
Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa
SIEMENS
Assoziation A

Die Globalisierung des Migrationsregimes

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Heft 7



Franck Düvell

Die Globalisierung des Migrationsregimes

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Heft 7

Assoziation A

Assoziation A
Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

ISBN 3-935936-02-8

Umschlaggestaltung: kv
Satz: rfw
Druck: Winddruck, Siegen

Inhalt

Vorwort

I.

MigrantInnen und Flüchtlinge haben auf der ganzen Welt gesellschaftliche und territoriale Barrieren aufgesprengt. Die Grenzen zwischen Metropole und Trikont sind porös geworden. Die grenzbewehrte Kohäsion von Staaten und Blöcken, die der Kalte Krieg und die konzertierte Politik von Kapital, Gewerkschaften und Verbänden über Jahrzehnte befestigt hatte, wird zunehmend hinfällig.

Der Ausbau der Festung Europa, die bislang schon Tausenden von Menschen den Tod gebracht hat, hält trotz allem die Menschen nicht ab, selbstbestimmt Wege des Aufbruchs zu suchen. Mobile und transnationale Lebensstrategien von unten sind entstanden, die sich nicht nur jeglicher Kontrolle zu entziehen suchen, sondern die auch die Zonierung von Reichtum und Armut, von Hochlohn und Hungerlohn, von Metropolenleben und Reproduktionsnot unterlaufen.

Das Wort vom neuen Gespenst, das umgeht in der Welt, dass also die Migration dem entspräche, was Mitte des 19. Jahrhunderts Kommunismus genannt wurde, erscheint uns so falsch nicht. Die Formen der Organisation und Selbstorganisation, auf die sich dieses tendenziell mobile Weltproletariat beziehen kann, gibt es noch nicht, und die MigrantInnen selbst werden sie entwickeln und sich zu eigen machen. Um solche Prozesse besser zu verstehen, mag es hilfreich sein, sich auf die historischen Erfahrungen des revolutionären Zeitalters und des Frühindustrialismus zu beziehen, vielleicht auf die Debatten im vorrevolutionären Rußland, sicher auf die Wobblies und die One Big Union, dann aber auch auf die Nachrichten aus dem lakedonischen Urwald und aus Argentinien und auf vieles mehr – mit Sicherheit allerdings nicht auf all die Furchtbarkeiten, die der organisierte Marxismus in all seinen Schattierungen im letzten Jahrhundert angerichtet hat.

In den letzten beiden Jahrzehnten, in denen sich die neuen transnationalen und transkontinentalen Migrationsbewegungen herausgebildet haben, haben sich das Kapital und der Imperialismus auf einer neuen Stufe entwickelt, und zwar global über die weltweite Deregulierung der gesellschaftlichen und territorialen

Verhältnisse. In vielen Ländern lief die Deregulierung äußerst gewaltsam und beförderte den Aufstieg von Warlords. Der Zweite Golfkrieg 1991, der Genozid in Ruanda 1994, der jahrelange Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien, die beiden Tschetschenienkriege, der Nato-Krieg um das Kosovo 1999 und der US-Krieg gegen Afghanistan 2001/2002 markieren die Zerstörungswut und Blutrünstigkeit, mit der sich die neu-alten Herrschaften lokal wie international installiert haben. Wir weinen dem alten Imperialismus keine Tränen nach. Dass die Zeiten nationalstaatlicher Regulationen und bürgerlicher Politikformen abgelaufen sind, ist für die Mehrheit der Weltbevölkerung ohnehin belanglos. Krieg und Vernichtung waren in der Vergangenheit die Charakteristika des Imperialismus, und sie prägen heute nicht minder den Übergang zum globalen Imperialismus.

Die Fragen, denen wir im Folgenden nachgehen wollen, beziehen sich auf die Lebensstrategien der bedrohten und mobilisierten Bevölkerungen, auf die Menschen im Aufbruch. Wir haben gelernt, den Fluchtgründen – Kriegen, Katastrophen, Aushungerung – in der Debatte über Migration kein allzu großes Gewicht beizumessen. Die Gründe des Aufbruchs verlieren sich, neue Auseinandersetzungen treten in den Vordergrund. Die Fragen, denen wir hier nachgehen wollen, sind andere: Welche Linien der Auseinandersetzung sind abzusehen, ausgehend von unserem Wissen um die weltweiten Flüchtlings- und MigrantInnenbewegungen der letzten Jahrzehnte? Aber auch: wie ist die Attraktivität und Aktzeptanz zu erklären, die das neue Wachstumsmodell der kapitalistischen Produktion und der kulturalistisch verbrämten Kriege und Raubzüge vor allem auf die junge Intelligenz weltweit ausüben? Welche Aspirationen und sozialen Triebfedern werden vom Kapital aufgesogen und imperialistisch-aggressiv besetzt?

Die Gründe für diese Akzeptanz sind nicht nur im Wohlstandschauvinismus zu suchen, den Bundeskanzler Schröder anlässlich des Kriegs gegen Afghanistan mit den Worten zusammenfasste: »Wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht.«[1] Dass diese Art zu leben auf der anderen Seite des Globus Leid und Vernichtung produziert, und dass sie nach wie vor auf einem beständigen Wertraub gegründet ist, scheint die junge Intelligenz nicht mehr zu interessieren. Zusätzlich – und

diese Frage zielt viel tiefer in das Kapitalverhältnis und das soziale Gewebe – ist die neue Technikbegeisterung zu thematisieren. Die Informationstechnologie, mit der die Arbeitsprozesse nach und nach durchdrungen und neuorganisiert werden, stellt sich für die selbständigen, individualisierten WissensarbeiterInnen als eine Quelle unaufhörlicher Selbstschöpfung dar. Deren Phantasie hat sich von der sozialen Realität und von utopisch-emanzipatorischen Bestrebungen losgelöst, so wie sich die Theoretiker des »Empire«[2] vom Begriff und der Geschichte der sozialen Bewegung gelöst haben.

Zivilisation scheint ein Computerspiel zu sein, und die Simulation ist immer besser in der Lage, die Erfahrungen des wirklichen Lebens zu substituieren. Diese Formen der »immateriellen« postindustriellen Arbeit sind nicht nur Abzug von Lebensenergie und Durchdringung mit komplexen Algorithmen. Sie gehen einher mit neuen Formen der Reproduktion, mit dem Elitebewusstsein absoluter Produzenten und mit der Verachtung der Schwachen.

An die Stelle der offiziellen Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegungen und ihrer Entwicklungsprojekte sind keine neuen *reformistischen* Eliten und Bewegungsformen getreten, die nennenswert wären. Das hat zuerst mit der Ablösung des repräsentativen politischen Systems zu tun – Politik wird heutzutage in Think Tanks und Task Forces konzipiert und umgesetzt, und der öffentliche Diskurs dient nur mehr der nachholenden Vermittlung der »Sachzwänge«.[3] Der Zusammenstoß zwischen Protesten und Rebellionen einerseits und kriegerischer »neoliberaler« Politik und Wirtschaft andererseits ist um so direkter geworden. Die Kompromisslinien ergeben sich nicht mehr aus langfristig angelegten Vermittlungsvorgaben mit gesellschaftsgestaltender Kraft. An deren Stelle sind zeitlich offene Kampfansagen, Aggressionen und Rollbacks getreten, in denen die Liquidierung der früheren Stellungspositionen immer aufs Neue angekündigt und je nach Kräfteverhältnis umgesetzt wird. Das macht die Erscheinungsweise der heutigen Krise aus. Ihre Zuspitzung bis hin zum großen Krieg, gar zum Weltkrieg, wird von den mächtigsten Regierungen angekündigt.

Ist dieselbe Krise im Gegenzug als weltweite Bewegung der sozialen Befreiung lesbar? Gibt es mehr als die Rigität der alten gesellschaftlichen Formationen, die der vielzitierten »schöpferi-

schen Zerstörung« von oben ausgesetzt sind? Gibt es in der sozialen Praxis der Armen und Ausgebeuteten, die die gesellschaftlichen und territorialen Grenzen überschreiten, eine Ankündigung von Zukunft, von der wir bislang nur unzureichende Begriffe und Vorstellungen haben, und auf die die Herrschenden durch Krieg vorweg zu antworten versuchen?

Die offenen gesellschaftlichen Krisen, die länderübergreifenden sozialen Bewegungen der Flüchtlinge und MigrantInnen, die Streiks, Demonstrationen und Revolten des letzten Jahrzehnts wurden wegen des elitären Abdriftens der jungen Intelligenz und des Untergangs der alten reformistischen Organisationen kaum noch über den jeweiligen lokalen oder regionalen Rahmen hinaus wahrgenommen. Weder ihre Herkunftsgeschichten, noch ihre Konsistenz und erst recht nicht ihre Deutungskraft für den Entwurf einer anderen »globalen« Zukunft wurden untersucht.

Ein Versuch der Gegenwartsdiagnose kann daher zur Zeit wohl nur von Einzelerfahrungen ausgehen, die auch auf ihre globale Bedeutung zu befragen sind. Die Einzelparts mögen Teile des gesellschaftlichen Universums sein, wie die Flüchtlings- und MigrantInnenbewegungen, oder aber regionale Aufbrüche, deren Bedeutung für den globalen sozialen Prozess zunächst verborgen bleibt. Ein aktuelles Beispiel: Die Diskussion über den argentinischen Aufstand hat bislang gerade den Aspekt unbeachtet gelassen, der länderübergreifend vielleicht der interessanteste ist.

II.
Von welchem Punkt aus lässt sich die weltweite globale Neustrukturierung beschreiben? Wo findet sie als offener Krisenangriff statt?

Der währungspolitische Affront in Argentinien Ende letzten Jahres, der einen bis heute anhaltenden und sich zuspitzenden Aufstand ausgelöst hat, soll hier als Ausgangspunkt genommen werden.

Die argentinische Regierung hat im Unterschied zu Mexiko oder der Türkei keine neuen IWF-Kredite erhalten, weil das hohe Niveau der sozialen Konfliktualität auf dem Wege der Kreditvergabe nicht auflösbar erschien.

Damit war die offene Krise diktiert: die Flucht des Kapitals

aus dem Land nahm sofort gigantische Ausmaße an, das Ende der Dollaranbindung (des Currency Boards) halbierte schockartig das Sparguthaben von Millionen von Menschen, zahlreiche Produktionsbranchen wurden von heute auf morgen liquidiert, das Einkommen scheint auf das peruanisch-bolivianische Niveau reduziert zu werden.

Dass gegen den währungspolitischen Würgegriff und seine produktions-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Konsequenzen große Proteste ausbrechen würden, damit haben die Weltmarktstrategen zwar rechnen müssen. Wie entwickelt sich aber der Aufstand, welche unvorhersehbaren Neuerungen und Entwicklungen zeitigt er, welche Konsequenzen und Perspektiven, auch über das Land hinaus, bringt er mit sich?

Kann er sich über die Landesgrenzen hinweg ausbreiten, kann er zum Modell, gar zum Funken werden, der in weit entfernten Regionen Feuer entfachen könnte?

Zuerst ist herauszustellen, dass man in Argentinien auf eine lang zurückreichende Erfahrung von Aufständen und Riots zurückblicken kann.[4]

Der *Cordobazo* wurde im Mai 1969 zum südamerikanischen Symbol des sozialrevolutionären Aufbegehrens. AutomobilarbeiterInnen und StudentInnen gingen in der Stadt Córdoba gemeinsam auf die Straße, die Demonstrationen verwandelten sich zunächst in einen lokalen Aufstand, der rasch auf andere Städte wie El Rosario – ebenfalls ein Zentrum der Automobilproduktion – übergriff.

Die Riots von 1989 in El Rosario und dann in der gesamten Peripherie von Buenos Aires waren bereits stark von entlassenen ArbeiterInnen, von Hausfrauen und unterschiedlichsten Gruppen der städtischen Armutsklassen geprägt. Die Plünderungen standen in dem Kontext der Anti-IWF-Revolten in Brasilien sowie der Brotrevolten in verschiedenen nordafrikanischen Ländern in den 1980er Jahren.

Dezember 1993: Als *Santiagueñazo* wurde ein Riot in Santiago del Estero bezeichnet. Vorausgegangen waren wieder Streiks, die Mobilisierungen waren aber dann geprägt von den BewohnerInnen der Armenviertel, die die Amts- und Regierungssitze in der Region besetzten und dann regelrecht demolierten. Diese Kämpfe eröffneten den Zyklus von großen Mobilisierungen auf der Straße,

die in der Besetzung und Zerstörung von Regierungssitzen mündeten.

Juni 1996: Nach einjähriger Mobilisierung und politischer Arbeit in der gesamten Provinz blockierten Arbeitslose und andere DemonstrantInnen in Cutral Co und Plaza Huincul in Patagonien eine Woche lang eine große Überlandstraße. Sie schlugen die Gendarmerie zurück, die Regierung gab zahlreichen Forderungen nach. Die *piqueteros* – »Streikposten«, die Menschen an den Barrikaden – forderten, dass die Versammlungen in den Armenvierteln die gelieferten Lebensmittel selbst verteilen sollten, und wandten sich gegen die Privatisierung der Industrie und der staatlichen Dienstleistungen; im Zentrum der Kritik stand die Privatisierung der Ölindustrie.

Mai bis Juli 1997: In Cutral Co, Tartagal, Jujuy, Cruz del Eje, Neuquén, Salta, Jujuy und Córdoba blockierten 45 Tage lang Zehntausende die Überlandstraßen. Seitdem riss die Kette von Blockaden, häufig verbunden mit Demos, Besetzungen von Regierungssitzen und Plünderungen, nicht mehr ab. Das Zentrum dieser Bewegungen war neben der Großregion Buenos Aires und den patagonischen Ölförderregionen wiederum der arme Nordwesten, der stärker als alle andern Landesteile von der Nachbarschaft zu Peru und Bolivien und kaum von der europäischen Immigration geprägt ist. Mehrfach wurde die Gendarmerie in Straßenschlachten in Salta und Jujuy zurückgeschlagen.

Oktober 2000: Ausgehend von der Blockade in La Matanza, legen innerhalb weniger Tage *piqueteros* die Großregion Buenos Aires durch die Blockade der Ausfallstraßen lahm. Die großen Versammlungen und die Organisationen, die diese Blockaden miteinander koordiniert haben, hatten sich drei Jahre lang auf diese Aktion vorbereitet. Seit dieser überaus wirksamen Mobilisierung spricht man von *Argentina piquetera*, dem Argentinien der Straßenblockaden und Barrikaden. Als die Polizei bei den Blokkaden in Salta einen Demonstranten umbrachte, besetzten die Blockierer das Polizeikommissariat und schlugen die Polizisten in die Flucht.

Mit den Aktionen bildete sich eine überregionale Struktur heraus, die die *1. Asamblea Nacional Piquetera* im Dezember 2000 einberief, mit der Stoßrichtung, gegen die Privatisierung der Ölindustrie zu protestieren, getragen von Arbeitslosen und Lohnar-

beiterInnen. Seit diesem ersten landesweiten Kongress begannen sich auch Gruppen aus den Mittelschichten zu mobilisieren.

Es kam zu neuen Protestformen: landesweit verabredete man sich, gleichzeitig den Strom überall ein- und auszuschalten. Fabrikbesetzungen und die Besetzungen der Telefonzentralen begannen.

Wie reagierte die Regierung auf die Barrikaden? Die gescheiterten Versuche, innerhalb der Mobilisierungen eine politische Führung zu installieren, die regierungsfreundlich wirken sollte, können hier unberücksichtigt bleiben. Wichtiger sind die Lebensmittel- und Arbeitsprogramme. Die Regierung gab Sozialgelder für *workfare* frei, für die Anstellung von Arbeitslosen in öffentlichen Beschäftigungsvorhaben. Die Verhandler der Bewegungen setzten die angebotenen Billiglöhne in ihren Forderungen immer höher und erreichten im Juni 2000 2,50 Pesos (= 2,5 Dollar) pro Stunde für Neueinzustellende in der Ölindustrie (anstatt der 0,90 Pesos nach Tarif in der Bauindustrie beispielsweise). Die Kämpfe vermischten sich in den letzten zwei Jahren mit Streiks von Bauarbeitern und Arbeitern in der Ölindustrie.

Diese Chronologie ist inzwischen, gespickt mit zahlreichen Erfahrungen und Details, auf den Versammlungen in Argentinien zum gängigen Kampfwissen geworden. Aber sie bliebe unvollständig, wenn man sie in die Schranken der argentinischen Nationalgeschichte verweisen würde, in Gegenüberstellung nur zum IWF und zur Weltbank. Die soziale Praxis »unterhalb« der Barrikadenorganisationen und ihrer Aktionen hat sich in den letzten Jahren tiefgreifend verändert. Es ist die Geschichte von MigrantInnen aus den Indigena-geprägten Nachbarländern: Sie haben sich in die Metropolenregion Buenos Aires, aber auch in die anderen Großstädte der argentinischen Wirtschaft aufgemacht und einen Transfer von Geld und Erfahrungen aufgebaut. Anders gesagt, könnte man von einer transnationalen Unterschichtung der argentinischen Gesellschaft sprechen, die bislang auch in der Wahrnehmung der argentinischen Linken und der weltweiten Indymedia-Gemeinde noch nicht angekommen ist.

Seit dem 3. Dezember 2001 – dem Tag, als der Umtausch des Peso gegen den Dollar in Höhe von 1:1 aufgekündigt und die Bankguthaben eingefroren wurden – verlassen die bolivianischen, peruanischen und paraguayischen MigrantInnen in Scharen das Land,

und zwar, sofern es die Transportmittel zulassen, mit Fernsehern, Kühlschränken und anderem. Die Kosten für Fahrkarten und Transport haben sich schlagartig ungefähr verdoppelt.[5]

Die Situation der lateinamerikanischen MigrantInnen vor dem währungspolitischen Angriff lässt sich kurz folgendermaßen beschreiben:

Drei Millionen BolivianerInnen, PeruanerInnen und ParaguayerInnen sollen in den letzten Jahren mehr oder weniger heimlich in die Großregion um Buenos Aires eingewandert sein; sie bauen auf den marginalen Äckerchen – meist handelt es sich um öffentliches Niemandsland in der ausufernden Stadtlandschaft – 85 Prozent (!) des Gemüses und der Früchte an, die die Menschen in dieser metropolitanen Region konsumieren.[6] Diese Produktionsentwicklung ist um so bemerkenswerter, als die argentinische Wirtschaft auf dem Weltmarkt nach wie vor als großflächiger Agrarproduzent (Kornkammer und Fleischlieferant) auftritt.

Die MigrantInnen haben die einheimischen Arbeitskräfte in der Lebensmittelproduktion nicht einfach ersetzt. Sie haben vielmehr einen Versorgungszweig in dem Maße »neu erfunden«, wie die traditionelle Landwirtschaft in Argentinien kollabiert ist:[7] In den 1990er Jahren hat es in der argentinischen Landwirtschaft einen Technisierungsangriff ohnegleichen gegeben. Der großflächige Einsatz von gentechnisch verändertem Soja, von Herbiziden und von Saat- und Erntemaschinen hat das Land verändert. Damit haben die transnationalen Konzerne Cargill, Nidera und Monsanto im Verbund mit den Banken eine Kapitalisierungs- und Verschuldungswelle über das Land gebracht, der zahlreiche Kleinproduzenten nicht standhalten konnten. So hat in den 1990er Jahren ein wahrer Exodus stattgefunden: 13 Millionen Hektar sind rettungslos in die Schuldenfalle geraten, 300.000 Menschen haben im letzten Jahrzehnt das Land in Richtung Großstadt verlassen, meist ging es in die Großregion Buenos Aires. Im Rahmen der derzeitigen IWF-Diskussion sind Vorschläge aufgetaucht, die darauf abzielen, die produktivsten Landstriche Argentiniens aus der nationalen Hoheit herauszulösen und einem internationalen Protektorat der Gläubiger – bestehend aus den USA, dem IWF und der Weltbank – zu unterstellen.[8] Die aktuellen militärisch-interventionistischen US-Pläne auf dem südamerikanischen Kontinent sind auch in diesem Zusammenhang

zu sehen, weiter unten wird darauf zurückzukommen sein.

Dies ist der landwirtschaftliche Hintergrund, dessen Veränderungen den Aufstieg einer neuen Parzellenwirtschaft in der zersiedelten Großstadt und ihren ausufernden Konglomerationen ermöglicht hat. Die MigrantInnen haben sich die ungenutzten Kleinflächen genommen, um sich selbst zu ernähren und nach und nach auch die Großregion von Buenos Aires mit Lebensmitteln zu versorgen.

Außerdem stellen die BolivianerInnen, PeruanerInnen und ParaguayerInnen in Buenos Aires mittlerweile einen großen Anteil der Hausangestellten und Bauarbeiter, der Textilarbeiterinnen und der urbanen Servicearbeiter wie Boten und Frischwaren-Ausfahrer. In den Schwitzbuden der neuen Textilindustrie, die koreanische MigrantInnen im letzten Jahrzehnt in Argentinien aufgebaut haben, ist die Arbeitskraft aus den südamerikanischen Nachbarländern unverzichtbar geworden.

Eine Haushaltsangestellte verdiente, unter ziemlichem Arbeitsdruck, ungefähr fünf Dollar pro Stunde; 400 Dollar verdiente sie im Monat, wenn sie bei der Familie wohnte und ganztätig arbeitete. Auf dem Bau konnte man als Facharbeiter zwischen 30 und 50 Dollar pro Tag verdienen. Unqualifizierte erhielten monatlich um die 300 Dollar bei kommunalstaatlichen Beschäftigungen im Dienstleistungssektor. In Paraguay oder Bolivien erreicht man hingegen kaum 80 Dollar im Monat.[9] Hinzu kommt, dass das Schul- und Bildungswesen in Argentinien nach wie vor gratis ist und eine minimale Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern trotz aller Privatisierungen staatlich garantiert wird.

Die bolivianischen, peruanischen und paraguayischen EinwandererInnen finden keinen *regulären* Platz in der Gesellschaft und Wirtschaft der Großregion von Buenos Aires, verfügen aber über eine Erwartung auf soziales Glück und eine bessere Zukunft, die sich von keiner Währungskrise oder Austeritätspolitik hat zähmen lassen. Sie werden seit den wenigen Jahren ihrer Einwanderung ähnlich behördlich eingekreist wie die MigrantInnen in Westeuropa: Die prozentuale Rate an Arbeitsgenehmigungen, die die staatliche Bürokratie an »AusländerInnen« vergibt, liegt auf einer Länderskala 1998 über der Dänemarks oder des Libanons (wo die PalästinenserInnen als Nichtstaatsangehörige eine Arbeitsgeneh-

migung benötigen) und wird nur von der Rate Deutschlands übertroffen.[10] Im legalen, formellen Arbeitssektor von Buenos Aires waren im Jahr 1998 acht Prozent NichtargentinierInnen beschäftigt.[11] Doch viel wichtiger ist der informelle Sektor geworden, nicht nur für MigrantInnen: ungefähr 40 Prozent der Arbeitenden Argentiniens soll inzwischen im Graubereich malochen.

Die MigrantInnen haben die soziale Zusammensetzung von Buenos Aires mithin grundlegend verändert. Galt die Großstadt und ihre ausufernde Region seit mehr als hundert Jahren als so europäisch und urban wie keine andere Metropole auf der südlichen Halbkugel der Erde, nahm sie vor 80 Jahren gar in Fragen des Images, des Bruttosozialeinkommens und der Kultur den Vergleich mit Paris und Berlin auf, so findet spätestens seit den 1990er Jahren eine »Ruralisierung« und »Indigenisierung« der sozialen Basis der Großregion statt. Diese Entwicklung wäre nicht sonderlich erwähnenswert, wenn sie nur einen schleichenden sozialen Wandel bedeuten würde. Statt dessen trägt sie derzeit – neben anderen sozialen Faktoren – zur Krisenhaftigkeit des argentinischen Systems bei.

Zur Jahreswende 1998-99 hatte die argentinische Regierung ein neues Migrationsgesetz lanciert:[12] Kriminalisiert werden sollen die heimlich Eingereisten, die kommerzielle Fluchthilfe und die Beschäftigung von Illegalisierten. Zudem sollen »rigorose Kriterien bei der Selektion von Ausländern, wenn sie sich niederlassen wollen«, angewendet werden. Zwei Jahre zuvor (1997) war das Gesetzesprojekt an den parlamentarischen Hürden gescheitert. 1998 wurde nur ein Paragraf nicht wieder vorgelegt, der die finanzielle Belohnung für die Anzeige einer Person ohne legalen Aufenthalt vorsah. Seit 1997/98 verschärfte die Polizei zusammen mit den Politikern und Medien die Hetze gegen die lateinamerikanischen ImmigrantInnen, sie werden inzwischen pauschal der Delinquenz verdächtigt.[13] Allein das Polizeirevier des Viertels Once in der Innenstadt von Buenos Aires nahm zum Beispiel 1998 pro Tag durchschnittlich 52 NichtargentinierInnen fest, im Jahr zuvor belief sich dort die Zahl auf 12.500 festgenommene NichtargentinierInnen. In dem Stadtteil gibt es viele ambulante VerkäuferInnen; von den genannten festgenommenen 52 Personen pro Tag wurden insgesamt übers Jahr nur 25 wegen Straftaten angeklagt (1,9 Prozent). Landesweit wurden 1998 ungefähr 5.000

Personen laut offizieller Statistik abgeschoben. Die Dichte der Razzien nimmt seitdem dramatisch zu: Innerhalb nur einer Woche des Januars 1999 verhaftete die Polizei von Buenos Aires 1.500 illegale lateinamerikanische MigrantInnen.[14]

Zeitgleich verschärfte sich der allgemeine Rassismus auf der Straße gegen Personen indigenen (»indianischen«) Aussehens. Die ersten Morde aus rassistischen Motiven – soweit es die Chroniken berichten – fanden im Kontext der neuen argentinischen Abschottungspolitik statt. Der Rassismus der aus Europa Eingewanderten gegenüber denen, die offensichtlich indigener Abstimmung sind und vor allem im Nordwesten Argentiniens wohnen, hatte immer etwas Absolutes: Deren Existenz wurde bis zum heutigen Tag in breitesten Kreisen schlichtweg geleugnet. Es gebe keine Argentinier »indianischer« Herkunft, war und ist Mehrheitsmeinung.[15]

Mitte 1998 vergab die argentinische Regierung einen Großauftrag an Siemens: Das Unternehmen soll Ausweisdokumente für alle ArgentinierInnen und Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungspapiere für »Ausländer« herstellen und ausgeben, Wahlregister (vergleichbar mit Landeseinwohnerämtern) erstellen und 175 Grenzübergänge mit Kontrollinformatik ausstatten.[16] Das Gesamtprojekt sollte ein Finanzvolumen von über 800 Millionen Euro und eine Laufzeit von zwölf Jahren haben. Im Jahr 2001 kündigte die argentinische Regierung einseitig den Vertrag mit Siemens auf. Ob die Haushaltskrise oder aber die Rivalitäten zwischen US-Firmen und Siemens dafür ausschlaggebend waren, ist ungewiss. Im Februar 2002 machte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seinem Besuch in Argentinien zum Anwalt des Siemens-Projekts.[17]

Neben den Personenkontrollsystemen am Wohnort und an den argentinischen Grenzen soll seit dem Jahr 2000 Siemens ein »intelligentes Kontrollsystem« für die Stadtautobahnen von Buenos Aires installieren.[18]

Die innerargentinische kritische Diskussion hat stets genau verfolgt, welche gesellschaftskontrollierenden Techniken die Großkonzerne entwickeln und bereitstellen. Schließlich beruht das südamerikanische Repressionsmodell der 1970er Jahre auf einer engen Zusammenarbeit der Militärs, Polizeien und Geheimdienste mit den Multinationalen und ihren privaten Sicherheitsdiensten. ITT, Siemens, US Steel, Mercedes und Fiat waren direkt in die

Praktiken des Staatsterrorismus eingebunden. Unter dem Namen *Operación Cóndor* schulte und koordinierte die US-Regierung die Agenturen dieses südamerikanischen Repressionsnetzes.

Obwohl die Nachforschungen zur Repressionsgeschichte bis heute immer wieder die aktuelle Konsensstrategie der Regierenden durchkreuzen, bleibt das entstandene Migrationskontrollregime von dieser Diskussion seltsam abgetrennt. Seit Jahren spricht man zwar in der südamerikanischen Linken von einer drohenden Neuauflage der Konterrevolution unter dem Stichwort *Cóndor II*, doch selten wird die rassistische Neuformierung des Kontinents als Beginn des neuen Repressionsprojekts begriffen.

Doch es gibt Ausnahmen, so sei hier eine kurze Analyse von Félix Cantero zitiert:[19] Sein Ausgangspunkt sind die Razzien gegen die MigrantInnen in Argentinien, das neue Migrationsgesetz, die Grenzaufrüstungen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizeien und Militärs, die in den letzten Jahren in ganz Südamerika stark zugenommen und einen Brennpunkt im Dreiländereck Argentinien-Brasilien-Paraguay gefunden haben. Auf Initiative der USA schlossen die Staaten dieses Dreiländerecks (Uruguay stieß später auch dazu) 1994 einen *Triple-Frontera-Pakt* ab, mit dem die Militärs zum ersten Mal seit den Diktaturzeiten offiziell mit gemeinsamen geheimdienstlichen Aktivitäten in dieser Region beauftragt werden. Nun handelt es sich bei dem Dreiländereck um eine Gegend, in der sich seit geraumer Zeit Paramilitärs, die Moon-Sekte und andere obskure »Verbündete« der USA niedergelassen haben und in der die US-Regierung selber am liebsten Truppen stationieren möchte. Dieses Gebiet ist zum Brennpunkt der Migrationskontrolle und des »Antiterrorismus« auserkoren worden, und eine entsprechende Datenbank für die gesamten Personenkontrollen in dem Gebiet soll seit Ende der 1990er Jahre in Washington entstehen. In diesem kontinentalen Zusammenhang verortet Félix Cantero die neue Migrationspolitik Argentiniens. Die Feinde seien dieselben wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts: die armen und aufständischen ImmigrantInnen, denen die argentinische Regierung damals mit dem berüchtigten Razzien- und Abschiebungsgesetz 4.144 zu Leibe rückte. Auch in jener Zeit spielte die internationale Zusammenarbeit der Regierungen und Polizeien eine wichtige Rolle.

Wie lässt sich das soziale Feld beschreiben, in dem sich das

neue Migrationsregime in Argentinien wie international verankert? Bisher standen in den meisten Untersuchungen, auch in Europa, die Fragen von Integration oder Ausschluss in der »Aufnahmegesellschaft« im Vordergrund. Dabei waren die grenzüberschreitenden Wege selbst von jeher eine Strecke voller Hindernisse und Härten für MigrantInnen. Diese Auseinandersetzungen um das Weiterkommen lassen sich nun mehr und mehr als ein transnationales Terrain beschreiben, auf das das neue Migrationsregime zuzugreifen versucht und auf dem MigrantInnen Gegenstrategien entwickeln. Das neue an der argentinischen Entwicklung ist überdies, dass auch die aufständischen Bewegungen die praktische Frage, wie die Verkehrswege den Kontrollen entzogen werden können, zu einem wichtigen Kampfvehikel gemacht haben. Einzelne Aspekte dieser Auseinandersetzungen sollen im Folgenden benannt werden.

Die halblegale Einwanderung nach Buenos Aires und die Kontrolle von Aufenthalt und Arbeit in der Region hat einen Markt an informellen Dienstleistungsagenturen geschaffen, der sich in der Vermittlungslücke zwischen den Behörden und den MigrantInnen platziert. Schon bei der Einreise beginnt das Geschäft dieser Agenturen. Als Touristen müssen Einreisende 1.500 US-Dollar vorweisen.[20] (Ähnliche Normen gelten in Westeuropa, sie werden von den üblichen Touristen nie verlangt, sondern von den Reisenden, die ihre Armutsherkunft nicht verbergen können.) Für eine Stunde kann man sich von den argentinischen Busgesellschaften und anderen dieses Geld für eine Leihgebühr in Höhe von zehn Prozent borgen.

Eine legale Wohnsitz-Anmeldung von MigrantInnen in Buenos Aires kostet 200 Dollar. Man braucht dafür unter anderem eine legalisierte Geburtsurkunde, ein Führungszeugnis und eine legale Einreisebestätigung. Es gibt Kleinunternehmen, die für ein Mehrfaches der 200 Dollar all dies erledigen können, und noch dazu, ohne dass man Monate, wenn nicht Jahre bei den Behörden warten muss.[21]

Seit Jahren gibt es in Argentinien nicht nur an den Grenzen faktische Wegezölle, die in diesem Falle die bolivianischen und peruanischen MigrantInnen zu entrichten haben. Die staatliche Gewalt ist in dem Land seit Jahrzehnten auf Verbände und private Organisationen mitverteilt. Während der Repression und dem

Verschwindenlassen in den 1970er Jahren spielten konterrevolutionäre Mord- und Entführungskommandos eine Rolle, die den Gewerkschaftsbossen unterstanden. Sie waren eng mit den betrieblichen Sicherheitsdiensten, mit Paramilitärs und Militärs verwoben. In den 1980er Jahren ist eine regelrechte polizeiliche Privatisierungsindustrie entstanden, die von Erpressungen und Entführungen lebt. Die staatlichen Gewaltapparate unterliegen einer Logik, die zu immer neuen Verselbständigungen führt. Der korrupte und mit staatlichen Verbrechersyndikaten verwobene oberste Gerichtshof gehörte – neben dem direkten Gewaltapparat des Staats, der Regierung und dem IWF – in dem Aufstand um die Jahreswende 2001/2002 zu den verhasstesten Einrichtungen.

Die Wirtschaftsform des faktischen Wegezolls und der parastaatlichen »Vermittlungs«-Gebühren haben in den vergangenen zwei, drei Jahren die Armutsbevölkerungen rund um Buenos Aires und ganzer Regionen Argentiniens gegen die Machthaber und die Reichen gedreht. Sie blockieren immer wieder die Autobahnen und großen Durchgangsstraßen, siehe die obige chronologische Zusammenfassung. Ihre Forderungen sind insofern »global«, als sie nicht mehr allein ein Arbeitseinkommen oder die Streichung einer Austeritätsmaßnahme fordern, sondern die Fragen des staatlichen Sozialhaushalts und des Einkommens der Armen in einer ganzen Region oder im ganzen Land aufgreifen. Die improvisierende Antwort des Staats bestand in den letzten Jahren darin, dass die Provinzregierungen dazu übergingen, in Eigenregie Bons zu drucken, als Provinzgeld oder Geldersatz, das freilich höchstens in der jeweiligen Provinz gültig war.

Eine weitere Bewegung, die sich in den letzten Jahren herausbildete, war das Losziehen mit Supermarkt-Einkaufswagen und anderen fahrbaren Untersätzen von den städtischen Peripherien in die Innenstädte, um von den dortigen Geschäften Abgaben zu fordern. Nach einer länger andauernden Praxis hat diese Bewegung nun aktiv zu den Plünderungsaktionen um die Jahreswende 2001/2002 beigetragen.

Alle drei Bewegungen – Migration, Blockierung der Transportwege und die Warensammel- und Plünderungswanderungen in die Innenstädte – setzen auf die Überschreitung der räumlichen Ordnung von Akkumulation und Herrschaft. Alle drei Bewegungen zielen mit ihren Einkommensstrategien auf das globale

Haushaltsregime, dem die Produktion im engeren, fabrikmäßigen Sinn mehr und mehr untergeordnet wurde. Die Konfrontation um die Jahreswende 2001/2002 war daher um so wirtschaftsorientierter, je heftiger die Aufständischen die gesamte politische Klasse zu verjagen versuchte. Und die politischen Folgen wurden um so deutlicher, je mehr die wirtschaftliche Gesamtstruktur angegriffen wurde. Seit Ende der 1960er Jahre war die Trennung zwischen Ökonomie und Politik nicht mehr derart radikal und praktisch in Frage gestellt worden.Welche Gemeinsamkeiten haben die sozialen Bewegungen, die von Bolivien, Peru und Paraguay ausgehen und sich bis in die Großmetropolenregion Buenos Aires erstrecken, mit den Riots, Blockaden und Aufständen innerhalb Argentiniens? Knapp und etwas verkürzt kann man sagen, dass alle diese Bewegungen darauf abzielen, die Wege von Transport, Geld und Kommunikation der Kontrolle des Staats und der parastaatlichen Banden zu entziehen.

Transport, Geld und Kommunikation sind für uns nichts anderes als Hilfsbegriffe, in denen sich die proletarische Zirkulation verdinglicht. Was sich über die Wege des Transports, des Geldes und der Kommunikation verbreitet, ist soziales Wissen und Erfahrung, dies ermöglicht ein Handeln und Kämpfen über große räumliche Distanzen hinweg. Große Revolten und Revolutionen haben sich stets durch Gleichzeitigkeit ausgezeichnet: sie brachen an den unterschiedlichsten Orten zum selben Zeitpunkt aus. Der empirische Handlungsraum, den die MigrantInnen konstituieren, kann die Gleichzeitigkeit nicht vollends erklären, verschafft aber der Analyse einen materialistischen Zugang.

Soziale Kämpfe hatten immer dann eine Chance, wenn sie sich ausweiten konnten. Sie scheiterten nicht nur, wenn sie mit offener polizeilicher und militärischer Macht niedergeschlagen oder in langanhaltenden Kriegen aufgerieben wurden. Ihre Befriedung und Integration erfolgte oft auch dadurch, dass ihnen Grenzen gesetzt wurden. Sind die Unruhen auf die betriebliche oder regional/nationale Interessensebene oder auf die voneinander getrennten Aspekte der Produktion und Reproduktion eingehegt, dann entstehen Vermittlungs- und Disziplinierungsinstanzen, deren Systemhaftigkeit und Nachhaltigkeit wir im gerade vergangenen Jahrhundert erlebt haben.

Der Bogen, der sich aus den andinen und/oder Indigena-ge-

prägten Ländern Bolivien, Peru, Ecuador und Paraguay bis in die Metropole Buenos Aires spannt, findet seine Parallele in der Migration aus denselben Ländern nach Sao Paulo in Brasilien und nach Venezuela. Sao Paulo gehört zu den größten Städten der Welt, es vereinigt alle Arten moderner Industrie mit einem ruralen Einzug der Bevölkerung, der bis in den 3.000 Kilometer entfernten Nordosten und in die Amazonasregionen reicht.[22] In den 1990er Jahren sind die ehedem italienisch oder nordestino geprägten Stadtteile Sao Paulos zu andinen Ankunftszentren der neuen lateinamerikanischen Migration geworden. Venezuela hat, gestützt auf den Erdölboom, ebenfalls eine vergleichbare Einwanderung in den 1990er Jahren gehabt, die dann allerdings durch die Krise ab 1998 gestoppt wurde.

Neben die Vereinigten Staaten ist nun Spanien zu einem Fernziel der andinen Migration geworden. Auf den andalusischen und valencianischen Plantagen und in den katalanischen Billiglohnindustrien sind sie unverzichtbar geworden. Zu Beginn des Jahres 2001, als die erste große Sans-Papiers-Bewegung Spanien erschütterte, machte die spanische Regierung in Zusammenarbeit mit der IOM die EcuadorianerInnen zum Versuchsobjekt der neuen EU-Migrationspolitik: Alle Sans-Papiers aus diesem Land sollten sich melden, so bestimmte es die spanische Regierung von einem Tag auf den anderen, dann sollten sie ausgeflogen werden und schließlich in Quito (Ecuador) einen Antrag auf Aufnahme in das neugeschaffene Kontingent offizieller ArbeitsmigrantInnen stellen, um so erneut, und dieses Mal legal, nach Spanien zu gelangen. Dieses spanisch-ecuadorianische Abkommen (»Convenio de Flujos Migratorios«) sollte für die spanische Migrationspolitik und auch darüber hinaus einen internationalen Modellcharakter bekommen.[23]

Für die Umsetzung des spanisch-ecuadorianischen Abkommens brauchten die Behörden annähernd ein Jahr. Nach den Anschlägen in New York und Washington nahm die spanische Regierung die »weltweite terroristische Bedrohung« und die »allgemein gefährliche Sicherheitslage« zum Anlass, am 19.10.2001 einen Razzienerlass zu verabschieden, der in Europa nach 1945 einmalig ist: Unter dem Akronym *Operación LUDECO* befahl die Regierung sämtlichen Polizeieinheiten, von der Kriminalpolizei bis zum Grenzschutz, von Spezialeinheiten bis zu Sonder-

kommissionen, alle EcuadorianerInnen und KolombianerInnen, deren Existenz die Polizei irgendwie nachweisen kann, in einem Zentracomputer zu erfassen. *Expressis verbis* sollen zielgerichtete Razzien und verdachtsunabhängige Schleierfahndungen, Denunziationen, Kameraaufzeichnungen und Fingerabdrücke möglichst aller Personen aus Ecuador und Kolumbien, die sich in Spanien legal oder illegal aufhalten, in einer zentralen Datensammlung zusammengeführt werden. Die Daten der erfassten ecuadoriansichen und kolumbianischen Personen sollen laut der *Operación LUDECO*-Anordnung in den spanischen Peripherbetrieb des SIS, des Schengener Informationssystems, eingespeist und interessierten internationalen Stellen zur Verfügung gestellt werden. – Der Erlass führte innerhalb weniger Tage zu einer wahren Jagd nach Personen, die ihrem Aussehen nach Indigenas sein könnten.

Als die spanische und ecuatorianische Regierung das Migrationsabkommen unterzeichneten, herrschte in Ecuador der Ausnahmezustand. Vor allem die bäuerliche Indigena-Bevölkerung stand im Protest gegen ein neues IWF-Auflagenprogramm, vor allem gegen die 75-prozentige Verteuerung im Transportwesen, und blockierte wochenlang die Überlandstraßen im gesamten Land. 5.000 Indigena-AktivistInnen aus dem Landesinneren hielten die Universität in Quito besetzt. Die ecuadorianische Regierung setzte die Armee ein, Soldaten erschossen drei Straßenblockierer und verletzten Dutzende. In diesem Klima kam der spanische Immigrationsbeauftragte zur Unterzeichnung des Abkommens nach Quito. Ungefähr tausend Angehörige von ecuadorianischen papierlosen MigrantInnen führten in Quito eine mehrtägige Dauerdemonstration gegen das Migrationsabkommen an. Die Angehörigen in Ecuador sind in den Zeiten der auferlegten IWF-Sparprogramme erst recht von den Überweisungen der MigrantInnen abhängig. So kam es zu gleichzeitigen Demonstrationen in Quito und in Spanien: Hier wie dort forderten sie das Recht auf Migration ohne Pass, ohne Visum und ohne Kontrolle, kritisierten das neue spanische Ausländergesetz und die zu erwartende Massenabschiebung.[24]

Es ist nicht nur das Geld, das die EmigrantInnen an ihre Angehörigen senden – nach einer Studie des Banco Central de Ecuador (BCE) stellen die Überweisungen mittlerweile mit jährlich über 1,2 Milliarden Dollar die zweite Devisenquelle des Landes dar.[25]

Es sind ebenfalls nicht allein die Konsumartikel und das Know How, wie man diese Geräte bedient, die die MigrantInnen zurückbringen. Sondern es ist das Wissen, dass ein Aufbruch möglich ist, auch wenn die Zukunft gänzlich ungesichert und die erlebte Gegenwart der MigrantInnen von den Härten der Polizeiübergriffe, des Rassismus und der industriegesellschaftlichen Überausbeutung gekennzeichnet ist.

Auch wenn wir nicht im einzelnen die Gleichzeitigkeit von Bewegungen erklären können, so sollten wir doch als vorläufigen Hinweis folgendes Beispiel im Auge behalten: die Herkunft unseres Supermarktgemüses aus Südspanien verweist auf einen sozialen Zusammenhang, in dem die MigrantInnen den Brückenschlag zwischen der absoluten Peripherie der Weltwirtschaft und den neuen europäischen Landwirtschaftszentren lebendig halten. Der globale Antagonismus findet in den Migrationsbewegungen eine praktische Basis.

Wie verbreitet sich auf der anderen Seite das Herrschaftswissen, das bei der Bekämpfung der unkontrollierten Migration und der Aufstände entsteht, und inwiefern fördert dessen Verbreitung die Herausbildung eines übergreifenden politischen und wirtschaftlichen Systems?

Wer berät die argentinische Regierung und die der Nachbarländer bei der Grenzaufrüstung, bei der Schulung der entstehenden Ausländerbehörden und bei der Abfassung von neuen Ausländergesetzen? Es ist ganz offensichtlich dieselbe weltweit agierende Organisation, die sich bereits in den osteuropäischen Pufferräumen der Schengenstaaten einen Namen gemacht hat: die IOM (International Organization for Migration) steht hier wieder Pate. Unter der Abkürzung PLACMI (Programa latinoamericano de cooperación técnica en migraciones) und SIMICA (Proyecto Sistema de Información sobre Migración Internacional en los países de la Comunidad Andina) bringt sie seit 1995 die Instanzen der neuen Grenz- und Migrationskontrollen, die in den verschiedenen südamerikanischen Ländern entstehen, auf Konferenzen und in Arbeitsgruppen zusammen. Ihre dortigen Projekte finanziert in erster Linie das US-State Departement.[26]

Polizeien und Militärs, High-Tech-Konzerne und private Sicherheitsdienste unterschiedlichster Provenienz werden bei den Projekten der länderübergreifenden Grenzaufrüstung sozusagen

an einem Tisch versammelt. Die Migrationspolitik dient hier nicht nur als Vehikel einer neuen Formierung der Repressionsapparate, sondern auch der tendenziell kriegsförmigen Bevölkerungskontrolle. An einer der Herkunftsregionen der andinen transnationalen Migration, am Beispiel Ecuador, sei dies erläutert.

Es ist die bereits zitierte IOM, die derzeit die Neuausstellung der ecuadorianischen Pässe mit den modernsten Sicherheitsmerkmalen organisiert.[27] In Zusammenarbeit mit dem ecuadorianischen Landeseinwohneramt (Instituto Nacional de Estadística y Censos – INEC –) erfasst sie die ecuadorianischen EmigrantInnen im Ausland.[28] Im Auftrag der spanischen Regierung wählt sie aus einem riesigen Pool von AntragstellerInnen diejenigen ecuadorianischen Arbeitskräfte aus, die Spanien für die Plantagenwirtschaft saisonal benötigt, siehe oben. Doch das obskurste Projekt der IOM in Ecuador läuft im Norden des Landes, direkt an der Grenze zu Kolumbien: In die Nordprovinzen Esmeraldas, Carchi und Sucumbios werden in diesen Monaten Truppen der ecuadorianischen Armee und Polizei unter Führung des Pentagon verlegt. Sie errichten neue Basen an der Autobahn Sucumbios-Quito und an den Durchgangsstraßen, die nach Kolumbien führen. Durch das geschützte Gebiet der Awa-Indigena und der Afro-EcuadorianerInnen werden Breschen geschlagen, zur Anlage großer Verkehrswege. Die IOM betreibt dort in Zusammenarbeit mit USAID ein Projekt zur Instandsetzung von Infrastrukturen, insbesondere von Brükken, und zur kommunalen Vernetzung der lokalen Führungsschichten.[29] Die Begründung für die überraschende Aufmerksamkeit, die diese weitflächige, bisher im Abseits gelegene Region findet, lautet: Präventive Maßnahmen gegen den Drogenschmuggel und gegen bevorstehende große Migrationen. Der Kontext: der US-Plan Colombia, die Counterinsurgency in Kolumbien.

Was bei dem neuerlichen Aufmarsch von Militärs, Polizeien und internationalen Organisationen in Südamerika mithin ins Auge fällt, ist, dass Landesgrenzen, Landeseinwohnerämter, das Passwesen und die Migrationskontrollen eine besondere Rolle spielen. Ihre Verwaltungen werden in transnationalen Bedrohungskonzepten polizeilich-militärisch zusammengebunden. Was liegt näher, als in dieser bevölkerungspolitischen und rassistischen Formierung das Kennzeichen von *Cóndor II* zu vermuten, und in den internationalen Organisationen seine tragenden Strukturen?

Doch es reicht nicht aus, allein die repressiven transnationalen Apparate bei der Frage in den Blick zu nehmen, wie das weltweite Herrschaftssystem neu entsteht. Die globale Sozial- und Wirtschaftspolitik selbst nimmt, wie Argentinien zeigt, aggressive und zerstörerische Züge an:

Argentinien ist in den 17, 18 Jahren nach der Diktatur so gründlich dereguliert worden wie wohl nur – im weltweiten Vergleich – Chile unter Pinochet und unter den Chicagoer Monetaristen.

Die argentinische Sozialpolitik, insbesondere das Rentensystem, und die Lohnpolitik sind zu wahren Experimentierfeldern von »Weltpolitikern« geworden, die nachher die Erfahrungen anderswohin übertrugen. So basiert das polnische Rentensystem, das Balcerowicz (zunächst als Premierminister, dann ab 1997 als stelltvertretender Premier) 1998 eingeführt hat, auf dem Modell Chiles und Argentiniens:[30] Alle ArbeiterInnen, die unter dreißig Jahre alt sind, zahlen einen Teil ihrer Sozialabgaben in einen von zwei Dutzend privaten Pensionsfonds. ArbeiterInnen, die über fünfzig sind, verbleiben in dem alten staatlich begründeten Rentensystem, während die Dreißig- bis Fünfzigjährigen zwischen den beiden wählen können. Ein ähnliches System wurde im polnischen Gesundheitssektor eingeführt, sechzehn Gesundheitsversicherungsfonds wurden dafür gegründet, finanziert von den ArbeiterInnen mit 7,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens.

Zur Währungspolitik Argentiniens beziehungsweise des IWF gegenüber Argentien:[31] Der IWF hatte noch bei der Einführung des Currency Boards in Argentinien im Jahr 1991 Skepsis an diesem Währungsregime geäußert, das es damals für überholt hielt.[32] Gegen Ende der 90er Jahre folgte die bulgarische Regierung diesem Beispiel – mit dem Currency Board gegenüber der DM, d.h. dem Euro – und erhielt dafür im Jahr 2000 im Gegenzug vom IWF einen Hilfskredit von 657 Millionen US-Dollar. Auch in Bosnien-Herzegowina setzte man ein solches Währungsregime durch. Das Currency-Board-System lässt der Regierung letzte Auswege: Denn die Geldmenge im Land muss durch die gewählte Leitwährung in der Zentralbank dieses Landes voll gedeckt sein, so dass mit einem einfachen Regierungsbeschluss das Currency Board wieder aufgehoben werden könnte.

Geradezu irreversibel erscheint dagegen die vollständige Dollarisierung. Die Dollarisierung Argentiniens (sowie Panamas und

anderer mittel- und südamerikanischer Länder) kann man als Vorläufer der Euroisierung Montenegros und des Kosovo ansehen. Die Einführung des Dollar oder des Euro außerhalb des eigentlichen Währungsterritoriums entmachtet die jeweilige Haushalts-Regierungspolitik und ihre Zentralbank. Ein von außen erzwungener und »garantierter« Stabilitätskurs der eisernen Austerität ist die Folge.

Die argentinische Regierung und die obersten Wirtschaftsmanager des Landes nahmen in den 1990er Jahren in dem Maß Kurs auf den Currency Board und auf die Dollarisierung, wie sie sich aktiv zum Global Player auf der Weltbühne verwandelten.[33]

»Argentinische« Konzerne sind auf dem weltweiten Markt an den aktuellen machtstrategischen Bestrebungen beteiligt: So ist für die Jahre 1997/98 die Konkurrenz der argentinischen Erdölgesellschaft Bridas und der US-amerikanischen Conoco um die Lizenzen für Erdöl und Erdgasfelder in Zentralasien und bei den Plänen für den Bau von Pipelines an den Indischen Ozean – durch Afghanisten! – zu nennen.[34]

Gegen den ehemaligen Staatspräsidenten Menem wird wegen Waffenhandel für die kroatische Seite im jugoslawischen Bürgerkrieg ermittelt. Des Weiteren, und auf den fast symbolischen Gehalt wird weiter unten zurückzukommen sein, war die argentinische Regierung maßgeblich an den internationalen Vorstößen zur Deregulierung des internationalen Rechts beteiligt: Der Kampf gegen die sogenannte grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, der sich die argentinische Regierung auf dem internationalen Parkett verschrieb, legitimiert die polizeiliche Intervention in Bereichen des Transports, der Kommunikation und des Geldflusses bis ins Ausland und im Landesinneren bis in die Privatsphäre hinein.[35] Auch die Mittel, der sich die Polizeien in diesem Kampf bedienen können, werden ausgeweitet; die politischen und erst recht die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten werden immer begrenzter. Transport, Kommunikation und Geldfluss: dies sind übrigens die Bahnen, auf denen die bolivianisch-peruanischen MigrantInnen, die genannten *piqueteros* und die *rioters,* »arbeiten«: sie bewegen sich über die Landes- und Provinzgrenzen sowie über die Grenzen zwischen Peripherie und Innenstadt hinweg.

Eine Ausprägung der sogenannten transnationalen organisierten Kriminalität, die die Regierungen und Polizeien im letzten

Jahrzehnt als Feindbild gezeichnet haben, stellen die »Schlepper«, »Schleuser« und »Piraten« aller Art dar; das ist das Weichbild, in dem die Vorform der aktuellen Kriegsstrategie entwickelt wurde. Argentinien ist diesbezüglich sicher nicht der Nabel der Welt, hat aber an den aktuellen strategischen Debatten der Mächtigen überaus aktiv teilgenommen.

Dem Detail zuliebe seien hier folgende Akte der internationalen Neuausrichtung aufgezählt, an denen die argentinische Regierung einen besonderen Anteil hatte: Die »Buenos Aires Declaration on Prevention and Control of Organized Transnational Crime«, beschlossen von einer internationalen Versammlung von Innenministern und Staatssekretären, die vom 27. bis 30. November 1995 in Buenos Aires tagte. Eines ihrer Ergebnisse ist die »UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität«[36], unter der explizit auch die kommerzielle Fluchthilfe gefasst wird. Außerdem empfiehlt diese Konvention eine völkerrechtswidrige Maßnahme: Flüchtlingsschiffe sollten auf hoher See mit militärisch-polizeilichen Mitteln aufgebracht werden. Diese internationale Rechtsentwicklung unter dem Dach der UN wurde von der US-Regierung und der argentinischen Regierung initiiert, und eines der informellen Vorbereitungstreffen des entsprechenden Adhoc-Committees fand in Buenos Aires vom 31. August bis zum 4. September 1998 statt. Die genannte Konvention wurde in Sizilien Ende 2000 verabschiedet; die Flüchtlingsschiffe, die australische und türkische Einheiten in den letzten Monaten enterten, waren die ersten Opfer dieser international koordinierten Flüchtlingspolitik.

III.

Von Marx stammt der bekannte Satz, Kommunismus sei die reale soziale Bewegung, welche die gegenwärtigen Zustände zum Einsturz brächte.

Es gibt keinen Zweifel – Migration ist soziale Bewegung, und wahrscheinlich eine ihrer frühesten und beständigsten Formen. Nicht nur Flucht aus unhaltbaren Zuständen, sondern allermeist zugleich auch Ausdruck von Erwartungen, ein Aufbruch in neue Welten, eine Abstimmung mit den Füßen. Wir stellen die selbstbestimmten Elemente der Entscheidungen zur Migration in

den Vordergrund, weil dann die Subjektivität der MigrantInnen erkennbar wird, über all das Leid hinaus, das sie überstehen mussten. Wir tun dies durchaus in dem Wissen, dass Krieg, Gewalt und inszenierte Katastophen in der Gegenwart mehr denn je zum Auslöser von Migration geworden sind. Die Migrationsforschung ist sich übrigens nicht einig, ob »die Menschen« eigentlich mobil oder sesshaft seien[37], und das dürfte ja wohl auch kaum zu klären sein.

In den letzten Jahrzehnten sind einige historische Studien erschienen, welche der Mobilität von Erfahrungen und Kampfwerten nachspüren. Hierher gehört z.B. die Studie von Linebaugh und Rediker über die transatlantische Migration[38], und hierher gehören auch die Arbeiten von Herbert George Gutman über die Selbstorganisation und die Kämpfe von ImmigrantInnen in den USA an der Wende zum 20. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang wäre zweifellos auch neuerlich über die Mobilität und die Organisationsformen der Wobblies zu diskutieren[39] und nicht zuletzt auch über die heutigen Organsiationsformen der Latinos in den USA. Für das Entstehen der afroamerikanischen Bewegung spielte die inneramerikanische Migration im 20. Jahrhundert ebenfalls eine entscheidende Rolle. Auch die antikolonialistischen Bewegungen der Karibik haben den 1960er Aufbruch in den USA stark geprägt, zahlreiche Aktive kamen aus dem revoltierenden »Hinterhof« der USA.[40]

Auch für England ist der Zusammenhang von Migration und dem Transport von Kampfwerten vielfach belegt. Die schnelle Selbstorganisation karibischer MigrantInnen zu einer radikalen *schwarzen* Bewegung in Großbritannien ab 1950 ging unmittelbar auf die Sozialrevolten zwischen dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert zurück. Viele Veteranen der karibischen Aufstände von 1937/38 sowie der antikolonialen Bewegungen ließen ihre Kampferfahrungen in die Proteste gegen den britischen Rassismus einfließen.[41] Insbesondere Frauen »brachten die Tradition von 'Rebellion und Widerstand' mit nach England«.[42] Die nach England importierten Arbeitskräfte aus Indien organisierten sich in militanten Arbeiterassoziationen, viele gehörten schon in Kaschmir komunistischen Parteien an, hatten den antikolonialen Kampf mitgetragen und waren nicht gewillt, sich in England dem rassistischen Regime zu beugen.[43] Zum Thema der osteuropäischen

jüdischen Einwanderung nach England, ihrer Rolle bei der Gründung von Arbeiterveinen und Gewerkschaften sowie der jüdischen Arbeitermilitanz insbesondere in Ost-London finden sich beachtenswerte Hinweise bei Lipman und Halper.[44]

Oder denken wir an die Militanz der italienischen und spanischen ArbeiterInnen in der BRD der 1960er und frühen 70er Jahre, die vor 30 Jahren der westdeutschen Linken für die Entdekkung gut war, dass die Arbeiterklasse multinational sei, und die heute zum verlorenen Wissen einiger Gestriger gehören.[45] Wie dem auch sei: Syndikalistische Formen der Selbstorganisation der MigrantInnen werden in der näheren Zukunft wieder eine bedeutende Rolle spielen, und es erscheint uns lohnend, sich diesbezüglich nach Veröffentlichungen umzusehen, die einer entsprechenden Debatte förderlich sein könnten.

Wir wissen aus der Geschichte, dass Mobilität, Aufbruch und Erwartungen – und der Zuwachs an Bevölkerung – den großen Aufständen und Revolutionen oftmals vorausgegangen sind, so im 15. Jahrhundert oder am Vorabend des Zeitalters der Revolutionen. Im letzten Jahrhundert waren zwei große Migrationsbewegungen bestimmend: zunächst die transatlantische Massenmigration an der Wende zum 20. Jahrhundert, die zu einer Umschichtung der Weltbevölkerung in Ost-West-Richtung führte, und dann die Bevölkerungsverschiebungen vom Land in die Stadt und vom Süden in den Norden, die mit der weltweiten *Revolution of Expectations* der 1960er Jahre verbunden waren, die zum revolutionären Menetekel wurden und die immer noch andauern.

Diese *Revolution of Expectations*, die unter anderem mit der Grünen Revolution, mit Bevölkerungspolitik und Counterinsurgency und schließlich mit dem Low Intensity Warfare beantwortet wurde, äußerte sich zuerst als Aufbruch aus den Zwängen der traditionellen Dorfstrukturen – auf der Suche nach Freiheit, Strom, sauberem Wasser, Lebensmitteln und einer Perspektive für die Kinder. Die Menschen brachen auf, vom Land in die regionale Hauptstadt, dann mit der nächsten Generation in die Metropole oder über die Grenzen hinweg in die industriellen Agglomerationszonen.

Gegenüber diesen Migrationsbewegungen haben die soziologischen Migrationstheorien nur Banalitäten formuliert. *Pull and Push* – diese Theorien machten den zweifelhaften Versuch, die

mobilisiernden und die anziehenden Faktoren berechenbar zu machen. Natürlich gab es immer Gründe, weshalb die Migrantinnen aufbrachen, und Katastrophen, Kriege, Hunger und Vertreibung haben im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein unerhörtes Ausmaß angenommen. Und es gab andererseits die Attraktion der Städte und die Suche nach einem besseren Lebensstandard. Dennoch ist *Pull and Push* ein ärmliches Konzept, denn die Erwartungen und Sehnsüchte der Migrantinnen sind nicht berechenbar. Die Suche nach Glück ist durch Konsum nur bedingt zu befriedigen. Allzu oft wurden die Aspirationen der Migrantinnen als Suche nach Arbeit interpretiert – eine völlige Fehleinschätzung in Anbetracht der konsumistischen und mutualistischen Traditionen, die in vielen Gesellschaften der Drei Kontinente zu finden sind und die in den Zielregionen, in der Konfrontation mit den Ausbeutungsstrukturen des Weltmarkts, mit neuem Sinn gefüllt wurden.

Exit or Voice? Dieses vieldiskutierte Konzept diskutierte die Emigration als Verlust gerade der wendigsten, am ehesten widerständigen Menschen in den Herkunftsregionen.[46] Aber auch dies ist nur die halbe Wahrheit, denn für die Migrantinnen selbst gilt eher: *Exit and Voice!* In der Konfrontation mit den neuen Zumutungen an den Zielorten bekommen alte Gewissheiten neues Leben. Sie werden zu Kampfwerten, die gegen die Verwertung und Vereinnahmung ins Feld geführt werden. Die russischen Bauernarbeiterinnen, die ostjüdischen Migranten in den USA, die Süditaliener im Autozyklus, die Mostazafin in der iranischen Revolution oder eben die *piqueteros* in Argentinien – es handelt sich um Landflüchtige, deren Wissen um Egalität und *Droit de Subsistance* sich am neuen Orte mit neuem Leben füllt. Von der These eines weltweiten Proletariats[47] haben wir nichts zurückzunehmen. Die Migrantinnen verfügen über eine Erfahrungsspanne vom Egalitarismus der Landarmut über die Barrios, Favelas und Gececondus bis hinein in die modernsten Ausbeutungsstrukturen. Und über einen Erwartungshorizont, der mit den gegebenen Umständen in keiner Weise übereinstimmt. Ein Überschuss von Erwartungen, der durch Konsumartikel nicht einzukaufen wäre, selbst wenn ein rapider kapitalistischer Entwicklungsschub die Bedingungen dafür günstiger gestalten würde. Ein sozialer Überschuss, der die Reduktion der Menschen auf Wert und Arbeitsvermögen nicht er-

lauben wird. Wenn es je ein Weltproletariat gegeben hat, dann bestand und besteht es aus diesen vom Land in die Stadt, aus den Armutszonen in die Agglomerationszonen immigrierten Menschen. Und Mobilität ist keine Einbahnstraße: die Erfahrungen der Migrantinnen wirken auf die Herkunftsrgionen zurück und werden dort zu einem wichtigen Mobilisierungsfaktor.

Ob jemand Flüchtling ist oder Arbeitsmigrant, hat mit den Push-Faktoren übrigens gar nichts zu tun, sondern es hängt vom Aufnahmeland ab und von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Michael Marrus hat es so auf den Punkt gebracht: *»Refugees, one might argue, always arrive at the wrong time«*. Wir haben sein Buch über die Flüchtlingsbewegungen und die Flüchtlingspolitik von der Jahrhundertwende bis zur Nachkriegszeit vor zwei Jahren übersetzt und herausgegeben, weil wir den Hinweis auf die frappierenden Parallelen der Flüchtlingspolitik in der Zwischenkriegszeit des letzten Jahrhunderts zu den heutigen Politiken für überaus bedeutsam halten. Bereits das Wort »Flüchtlingskonferenz« müsste, wenn man von Evian weiß, Alarmstimmung auslösen. Leider kann man nicht behaupten, dass die Herausgabe die Flüchtlingsdebatte wesentlich beeinflusst hätte.[48]

Die Flüchlingskrisen der 1980er Jahre beruhten auf einer Intensivierung der Inwertsetzung und Vertreibung in den trikontinentalen Hungerzonen bei gleichzeitigem Nachfragerückgang auf dem Weltarbeitsmarkt. Die Durchsetzung einer globalen Durchschnittsprofitrate führte in den Metropolen zu einer Kontraktion des regulierten Arbeitsmarkts und zum Abbau von Sozialleistungen – in der Peripherie aber bedeutete sie Agrobusiness und Hungerzonen, Weltmarktfabriken und Low Intensity Warefare und ein Anschwellen der Flüchtlingsströme.

Nur fünf Prozent der trikontinentalen Flüchtlinge kamen damals in den Standorten der westlichen Welt an[49], die meisten von ihnen blieben auf dem Fluchtweg stecken – in den trikontinentalen Hungerzonen, in den ausufernden Wellblechsiedlungen der regionalen Metropolen, oder zuletzt in den osteuropäischen Transitstationen. Die steigende Zahl der Asylanträge jener Jahre hatte mit der weltweiten Migrationsbewegung eher wenig zu tun. Sie beruhte darauf, dass nach dem Anwerbestopp für MigrationsarbeiterInnen das Asylverfahren zum Nadelöhr der Immigration aus den klassischen Herkunftsregionen der europäischen Peripherie wur-

de. Die sinkenden Anerkennungsquoten führten dann dazu, dass die Migrantinnen die nichtregulierten Arbeitsmärkte auffüllten. Nach 1989 überkreuzten sich diese Nachzugsbewegungen mit der Immigration aus Osteuropa – Stichworte: Anschluss, Roma, Lichtenhagen, Aus- und Übersiedler, Schengen, Aufrüstung der Grenzen und die steigende Zahl der Menschen ohne Papiere. Es zeigte sich, dass der Kalte Krieg doch ein recht wirksames Instrument nicht nur der Formierung der Staaten in Blöcken und des Containments der trikontinentalen Befreiungsbewegungen, sondern auch ein Mechanismus der internationalen Migrationskontrolle gewesen war. – Wir haben in jenen Jahren versucht, durch die Mitarbeit in der FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) Informationen zusammenzutragen, die uns für eine adäquate Neubestimmung unseres Versuchs, Flüchtlingsbewegungen moralisch und materiell zu unterstützen, erforderlich schienen. Der Versuch, von der FFM aus eine qualifizierte Unterstützungsarbeit aufzubauen, ist leider in den Anfängen steckengeblieben. Was uns damals wünschenswert erschien, war eine *Underground Railway* gegen die Abschottung der Schengen-Staaten. Letztlich haben die Migrantinnen selbst, meist ohne jede Unterstützung von außen, überaus effektive Mechanismen aufgebaut, um die Grenzen und Barrieren zu überwinden. Jedoch waren diese selbstorganisierten Netze zumeist politischer oder ethnisch–familiärer Natur, und gerade die Bedürftigsten, die nicht auf ein solches Netz zurückgreifen konnten, blieben auf der Strecke und hätten unsere Hilfe durchaus benötigt.

Als der damalige Innenminister Schäuble Mitte der 1980er Jahre von trikontinentalen Auffanglagern für Flüchtlinge sprach, hielten wir dies – das Beispiel der hoffnungsfrohen und beständigen Immigration in die Vereinigten Staaten vor Augen – eher für den Ausdruck eines gestörten Zeitempfindens. Wir hofften damals, dass die Selbstorganisation der »Illegalen« uns frischen Wind ins Land tragen würde. Seit dem Golfkrieg aber, seit Ruanda und dem Jugoslawienkrieg sind die sogenannten Safe Havens tatsächlich zum Standard der Weltflüchtlingspolitik avanciert. Was den Jugoslawienkrieg und die Flüchtlingspolitik im Kosovo betrifft, haben wir in einem Materialienheft[50] und in einer FFM-Broschüre[51] ausführliche Berichte vorgelegt. Das vorliegende Heft nun geht, in Verlängerung dieser Vorarbeiten, auf den aktuellen Stand der

Migrationsbewegungen und der gegen sie gerichteten Aktionspläne und Kontrollinstanzen ein. Vielleicht wäre es richtig, die IOM genauso energisch zu attackieren wie die G7, den IWF und das GATT.

IV.

Eine Analyse des globalen Imperialismus hätte heute nicht nur von einer globalen Profitrate auszugehen, sondern auch von der Notwendigkeit einer »Klassenanalyse« als transnationalem Projekt.

Pate dafür steht die tendenzielle Nivellierung der sozialen Schichten über die Grenzen der Regionen und Kontinente hinweg – wenn auch mit spezifischen regionalen Besonderheiten und mit extremen regionalen Unterschieden im Zahlenverhältnis der sozialen Schichten zueinander.

In Kigali, in Prischtina oder in Managua mag es nur wenige Banker oder Elitemananger geben, aber diese haben untereinander mehr Gemeinsamkeiten und die Kommunikation untereinander fällt ihnen leichter als mit den sie unmittelbar umgebenden Bevölkerungsschichten. Unterhalb einer Weltelite, die gelegentlich in New York und Davos besichtigt werden kann, hat sich eine breite und zunehmend transnational agierende Funktionselite konstituiert – Banker, Manager und soziale Funktionsträger nebst Anhang, die Agenten der Informationstechnologie und die Würdenträger der Herrschaftswissenschaften, sodann auch die Vertreter der großen Industrie mitsamt ihrem mittleren Management, die Handelsagenten und die neuen lokalen Kriegsgewinnler – nicht nur in den Metropolen, sondern, eben auf schmalerer Basis, in allen Regionen der Welt.

Diese Eliten, und darüber hinaus die »bankable strata« weltweit, haben nichts mehr mit den »Kompradoren« des klassischen Imperialismus gemein, sondern sie sind die transnational legitimierten Herrschaftsschichten des neuen globalen Imperialismus. Für diese Leute ist transnationale Mobilität noch nie ein Problem gewesen.

Welche Regionen der Welt sind zu unterscheiden? Castells zufolge hat »die Globalisierung« in verschiedenen Regionen der Welt durchaus unterschiedliche Auswirkungen.[52]

Unterschieden werden:

– die Zentren in Nordamerika, Westeuropa und Japan mit ihrer Krise der alten Industrien, dem rückläufigen Welfare und einer zunehmenden sozialen Polarisierung,

– die asiatischen »Tiger« und die ölreichen Golfstaaten, mit einem krisenreichen Intermezzo 1997, aber mit einem an die Zentren heranreichenden Industrialisierungsgrad,

– der Rest von Asien, einschließlich der Giganten China und Indien, für die trotz erheblicher Industrialisierungsfortschritte eine stabile Entwicklung angesichts der Bevölkerungsmassen mit extrem niedrigen Einkommen nicht in Sicht ist,

– Lateinamerika, der Kontinent, der zwischen industriellem Wachstum, sporadischem Aufstand und ökonomischer Dominanz aus dem Norden oszilliert,

– Afrika, nur punktuell in die Weltwirtschaft integriert, im aktuellen Dreißigjährigen Krieg von Warlords geplündert, mit seinen Flüchtlingsströmen und Katastrophen,

– und schließlich die »Transition Countries« des früheren Ostblocks mit ihren spezifischen Anpassungsproblemen – und auch hier noch eine beständige Aufstandsdrohung ...

Aber wichtiger vielleicht noch als die Beschreibung der Regionen ist die Beschreibung ihres Verhältnisses untereinander - der Gefällestrecken der Reproduktionsniveaus, der »Gravitationsfelder« der Wertzuschreibungen und der Vernetzungen zwischen den Global Cities.[53] Dies sind auch die Gravitationsfelder der Migration und der Selbstbestimmung für diejenigen, denen Action and Choice denn überhaupt zu Gebote steht. Auf die gender-spezifischen Hemmnisse, die dem entgegenstehen, kann nicht oft genug hingewiesen werden.

Am unteren Ende der sozialen Pyramide finden sich jene zwei Drittel der Weltbevölkerung, die auf dem Siegeszug des Kapitals enteignet und vertrieben wurden, in Reservate und Hungerlager gezwängt, in die Slums gedrängt, von lokalen Kriegsherren vergewaltigt, von örtlichen Kleinunternehmern oder in den Weltmarktfabriken der Freien Produktionszonen ausgebeutet, und die Hälfte von ihnen noch immer auf dem Land, die verbliebenen kargen und erodierenden Parzellen bewirtschaftend. Um auszubrechen, brauchen sie nicht nur die Befreiung aus alten und gender-spezifischen Zwängen, sondern auch Reisefreiheit und Transportmittel

– um ihre Mobilität zu kontrollieren, werden Kriege geführt und »humanitäre Katastrophen« inszeniert, humanitäre Korridore führen in die Safe Havens, die unter Lufthoheit der NATO und dem Management neuer Subeliten einzig dem Zweck dienen, den Aufbruch zu neuen Ufern einzudämmen.

Dass alte Mittelschichten im weltweiten sozialen Polarisierungsprozess abschmelzen, ist nicht nur in den ehemaligen Schwellenländern zu beobachten, wie in Argentinien – hier aber besonders deftig. Die Staatsapparate und die nationalisierte Produktion werden schlanker, das klassische nationale Konstituens, der Kitt, der die Nationalstaaten zusammenhielt, verliert seinen Wert, vielleicht mit Ausnahme des Militärs. Für Gymnasiasten und Studentinnen stellt sich überall auf der Welt schärfer denn je die Alternative, sich zur transnationalen Funktionsschicht hinaufzuarbeiten – oder aber sich anderweits zu orientieren und nach neuen Wegen zu Freiheit und Glück zu suchen. Eine Situation, die manche Ähnlichkeit zur Situation der Intellektuellen im Russland des ausgehenden 19. Jahrhundert aufweist. Tschernyschévskis »Was tun?« gewinnt zweifellos neue Aktualität.

Ohne es noch recht zu wissen, stehen übrigens auch die Mittelschichten in Westeuropa inmitten einer Umbruchkrise. Nur Teile der hiesigen Funktionsschichten haben den Willen und die Fähigkeit, auf dem Markt der transnationalen Funktionsschichten zu konkurrieren. Und überhaupt sind nur die Hälfte oder bestenfalls Zweidrittel der Bevölkerung auf dem transnationalen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig. Was passiert mit den hunderttausenden SachbearbeiterInnen, SekretärInnen, BeamtInnen, und was mit den zahllosen ArbeiterInnen in der Produktion, die mit den Löhnen anderer Standorte konkurrieren müssen? Sicherlich wird ein zunehmender Anteil der »deutschen« oder jeweils nationalen Bevölkerung in parapolizeilichen Funktionen einen Ort finden, an dem die nationale Zugehörigkeit noch Wertschätzung genießt. Bullen und Wachteln für parastaatliche, weltmarktgängige Überwachungs- und Politikformen – das mag als Hoffnung und falscher Anspruch hinter dem Zulauf stehen, den die Neue Rechte allenthalben in Europa verzeichnet.

Ganz fraglos werden im zukünftigen Europa, wie heute schon in den USA, drei sozialpolitische Zugriffsstrategien Raum greifen, die sich in der Tat eines rassistisch gestylten Personals bedie-

nen könnten: die Migrationskontrolle, das Workfare und die Erweiterung des Gefängnissystems. Kaum merklich ist dabei das Workfare, in vielfältigen Formen der Selbstausbeutung, der Anpassung und der kommunikativen Reduktion nicht minder weit fortgeschritten als die Migrationskontrolle. Die Erfahrung, dass ein jeder für die Erhaltung des Status mehr arbeiten und weitergehende Anpassungsleistungen erbringen muss als zuvor, ist jedenfalls schon mal eine Erfahrung, welche die Mittelschichten mit den metroplitanen Unterschichten teilen dürften. Dass es den einen wie den anderen noch um Welten besser geht als der trikontinentalen Armutsbevölkerung, dass sie nach wie vor noch etwas zu verteidigen haben, dass sie ungemindert Nutznießer des imperialen Ausbeutungsgefälles sind und dass die Gefahr und Versuchung einer rassistischen Verteidigung des Status noch anwachsen wird, all das steht auf einem anderen Blatt.

Die heutigen metropolitanen Rentner und Pensionäre profitieren – vermittelt über die Pensionsfonds, die das transnationale Finanzkapital wesentlich mitbestimmen – nicht nur vom sogenannten Generationenvertrag, also von den Einzahlungen der beruflich aktiven Bevölkerung, sondern sie sind nicht minder auch Nutznießer der weltweiten Verwertungskaskade und Interessenten des Shareholder Value. Ob sie aber auch in Zukunft am internationalen Ausbeutungsgefälle teilhaben, was die hiesigen Standorte einschließlich der Kurbetriebe und der Migrationsarbeit in den Privathaushalten sicherstellen würde, ist noch keineswegs sicher. Das Funktionieren des metropolitanen Rentenkapitalismus hängt ganz entscheidend von den Verwertungsbedingungen in den Produktionszonen in Asien, Afrika und Lateinamerika ab. Spätestens wenn die trikontinentalen Verwertungsbedingungen durch Unruhen oder Aufstände in Krise geraten, wird es auch hier eng. Wir stünden dann vor dem endgültigen Fiasko des demokratischen Systems, das von Anfang an auf der Kombination von Imperialismus und nationalem Sozialstaat beruht hat, und in Europa natürlich auch auf der in zwei Kriegen bewerkstelligten bevölkerungspolitischen Neuordnung.

V.
Den sozialpolitischen Angriff in Argentinien seit den frühen 1990er Jahren haben wir in den weltweiten Zusammenhang gestellt:

Polen und Südosteuropa wurden anschließend zu Experimentierfeldern bei der Frage, wie die älteren Teile der Bevölkerung, die nicht mehr in Erwerbsarbeit stehen, in die völlige Armut abgedrängt werden können. Die aktuelle Politik der offenen Wirtschaftskrise haben wir am Beispiel Argentinien als migrationsfeindlich und rassistisch interpretieren können, sie zielt unter anderem darauf ab, die Staffelung der Reproduktionsniveaus auf dem südamerikanischen Kontinent wieder herzustellen und durch neue grenzpolizeiliche und innerstaatliche Kontrollen abzusichern.

Doch anders als bei den Ländern in Europa handelt es sich in Süd- wie auch in Nordamerika um Migrationsgesellschaften, die auf jahrhundertelange Erfahrungen eines Egalitarismus zurückblicken können: Dieser nährt sich aus der staatenlosen, widerständischen Vermischung der Eingewanderten. Die Wobblies und die One Big Union haben wir bereits genannt, aber auch die Gruppen unterschiedlichster Kulturen und Schichten sind zu nennen, die sich immer wieder aus den rigiden Verwertungsstrukturen an den Küsten und in den nord- und südamerikanischen Zentren gelöst haben und regelrecht ausgebrochen sind. Häufig haben sie sich mit indigenen Bevölkerungen vermischt, die in sozialem Wandel begriffen waren.

Eines der wichtigsten Werkzeuge, auf die die entstehenden Nationalstaaten auf dem amerikanischen Kontinent zurückgriffen, war die Ethnisierung, die rassistische Staffelung der Ausbeutungszonen, die territoriale Arrondierung des Staatsgebiets durch die Hoheitsbündnisse mit den weißen Siedlern und die militärischen Vernichtungsfeldzüge gegen indigene Widerstandsgruppen. An die Stelle des unkontrollierten Aufbruchs trat die staatlich gelenkte Verschickung der Unruhepotentiale mit der Bahn bis zum jeweiligen Endbahnhof an die Arbeits- und Siedlungsfront im Landesinneren. Die permanente Ausdehnung des planmäßigen Kolonisierungsterritoriums gehörte zu einer der Bedingungen des Staatsaufbaus.

Eine weitere Bedingung war – und damit kommen wir in die Gegenwart – die Entwicklung von Personenkontrollsystemen ge-

genüber der Migration, und gewissermaaßen war dies eine Fortsetzung der Kolonisierung nach innen hin. Die USA und Argentinien waren Pioniere bei der Etablierung des Fingerabdrucks als Erfassungsmittel. Im Unterschied zu anderen, wesentlich aufwändigeren und »handwerklicheren« Techniken brachte der Fingerabdruck einen tayloristischen Durchbruch bei der Personenkontrolle. An die Stelle der einzelnen gefährlichen Migranten, die von Geburt kriminell seien und deren Spuren die Polizeien ursprünglich verfolgten, stigmatisierte die rasche Personenkontrolle mithilfe des Fingerabdrucks die rassistisch bestimmten Feinde auf neue Art. Immer wieder gingen den Polizeien bei den Innenstadtkontrollen dieselben afroamerikanischen oder indigenen Armen in die Fänge. Im Zeitalter der schnellen technischen Reproduzierbarkeit und Überprüfbarkeit des Fingerabdrucks entstand als Objekt der polizeilich-justiziellen Behandlung der so genannte Wiederholungstäter.

Der Staat, der die Migrationsgesellschaft zu kontrollieren versucht, hat das US-Knastsystem hervorgebracht, das in der Welt derzeit zumindest in quantitativer Hinsicht nur mit dem postsowjetischen und chinesischen Lagersystem zu vergleichen ist. Ein großer Teil der Strafen, die die Justiz in den USA verhängt, orientiert sich nicht an der Tat, sondern daran, wie oft ein Täter delinquent wurde, und überlässt es der knastinternen Bewertung, wie lange der Delinquent gefangen bleibt. Der Knast wird zum Ort eines militärähnlichen Drills, das vor allem den individuellen Willen des Gefangenen zu brechen versucht. Eine wahre Knastindustrie ist mittlerweile in den USA entstanden, die ganze Bevölkerungen in potentiell Einzusperrende und potentielles Wachpersonal aufgeteilt hat. Die Zero Toleranz Strategie, die inzwischen die Einhegung der europäischen Hauptstädte prägt, entspringt, wenn man sie über die USA zurückverfolgt, der polizeilichen Migrationskontrolle.

Im letzten Jahrzehnt haben die US- und EU-Polizeien die grenzüberschreitenden Bewegungen zu einem Schwerpunkt gemacht, und für die Überwachung des Transports, des Geldflusses und der Kommunikation wurden neue, zusätzliche Fahndungskonstrukte entworfen: An die Seite der Figur des Wiederholungstäters tritt die des Reiseverdächtigen. Ins Visier geraten nicht die mobilen Schichten, die sich zwischen den globalen Zentren bewegen, son-

dern gezielt diejenigen, die häufig die Grenzen zwischen Zentrum und Peripherie – den Herkunftsgebieten von MigrantInnen – überschreiten. Die Routenfahndung, die die US-Behörden bei der »Drogenbekämpfung« und BGS, Europol und andere Polizeien in der EU mit der vorverlagerten Abschottung Westeuropas konzeptionell entwickelt haben, unterteilt die Migrationsbevölkerungen in willenlose, rückständige Menschen einerseits, die in den Herkunftsgebieten oder in den Safe Havens bleiben sollten, und die »Kriminellen« andererseits, die die »illegale« Flucht und Migration überhaupt erst ermöglichten und organisierten. Der »Schlepper« und »Schleuser« wird so zu einer Figur, die angeblich ganze Gesellschaftssegmente auf kriminelle Weise organisiert. Die Routenfahndung führt zum vorverlagerten Einsatz von Polizisten der EU in Südosteuropa und in anderen Regionen, in denen die »kriminell« organisierte Gesellschaft ins Visier gerät. Die Welt wird dabei neu aufgeteilt in Zonen der westlich-»fortschrittlichen« Stabilität und Zonen einer angeblichen gesellschaftlichen Rückständigkeit. Die Staffelung der Zonen begründet einen neuen Ethnozentrismus mit Interventionsrecht.[54]

VI.
Nur vor dem Hintergrund des weltweiten Umbaus wird der sogenannte »Paradigmenwechsel« verständlich, von dem im Süssmuth-Papier über die Migrationspolitik der BRD die Rede ist.

Nicht nur wird hier der transnationalen Mobilität der Funktionsschichten Rechnung getragen (Computer-Inder), sondern auch einer Unterschichtung bestimmter Arbeitsmarktsegmente und der Faktizität der Immigration ohne legalen Status (Schule für die Kinder der Illegalen, niederschwellige Sozialangebote). So neu ist das alles nicht, und ob wirklich von einem Paradigmenwechsel die Rede sein kann oder ob es sich nicht viel mehr um eine vorsichtige Anpassung der artikulierten Politik an die längst bestehenden Realitäten handelt, bleibt dahingestellt.

Schon immer sind das migrationspolitische und das bevölkerungspolitische Paradigma Hand in Hand gegangen. Blicken wir auf die Geschichte Westeuropas im letzten Jahrhundert zurück, so folgte der Ära der proletarischen Massenmigration eine Ära der

bevölkerungspolitischen Bereinigungen – zwei Kriege plus Nationalsozialismus konsolidierten den nationalen Rahmen der Sozialpolitik. Ein nationales Staatsvolk und die dazugehörige Großraumpolitik waren während des NS und ungebrochen auch in der Nachkriegszeit Voraussetzung staatlicher Herrschaft und einer zunächst formellen, immer mehr aber auch einer reellen Subsumtion der Bevölkerungsreproduktion unter das Kapitalverhältnis.[55] Die nationale Produktivität wurde seit den 1940er Jahren wieder durch Arbeitsmigration ergänzt – durch Zwangsarbeiter, und nach dem Krieg durch deutschstämmige Flüchtlinge, Italiener, Südeuropäer und seit den 1960er Jahren dann durch türkische ArbeitsmigrantInnen. In den 70er und 80er Jahren gelang es vielen MigrantInnen, sich in steigendem Umfang der Sozialsysteme zu bedienen und die Formen der Rotationsmigration auszuhebeln. Seit den 90er Jahren geht der Trend dahin, den regulierten Arbeitsmarkt breit zu unterschichten, Anpassungsleistungen mit Sozialgeldern zu honorieren – eine Differenzialrente der Zugehörigkeit – und zugleich die Sozialleistungen für das schlechteste Segment der national anspruchsberechtigten Bevölkerung nach und nach auf das niederschwellige Niveau der nicht legalisierten Bevölkerungsschichten abzusenken.

Bevölkerungspolitik ist stets differenzielle Bevölkerungspolitik – positive und negative Bevölkerungspolitik, Vermehrung und Aufbesserung des Staatsvolks, Kontrolle der Unerwünschten und Vernichtung der Überschüssigen. Dieses Vokabular des Unmenschen mag in Bezug auf die metropolitane Politik unangebracht erscheinen.Aber es ist nicht zu bezweifeln, dass in der Glitzerwelt des Hightech die Selektion nur vorverlagert wird auf die Embryo Selection und nachverlagert auf die Endstrecke in den Alten- und Pflegeheimen, und dass im weltweiten Maßstab die Vernichtung der unnützen Esser unvermindert von erschreckender Aktualität ist. Die Aufrechterhaltung von Zonen unterschiedlicher Reproduktionsniveaus machen das Wesen der Weltbevölkerungslpolitik aus. Es ist dies übrigens auch die einzige den Grenzen zwischen Staaten noch verbleibende Funktion.

Bei alledem aber ist die Bevölkerungspolitik, genauso wie die Immigration, kein Gegenstand oder planbarer Prozeß, sondern sie beschreibt ein Terrain von Auseinandersetzungen auf »mikrophysikalischer« und auf sozial artikulierter Ebene, und sie ist in viel-

facher Weise abhängig von den Auseinandersetzungen und Kämpfen in anderen Regionen des globalen Imperialismus. Das Gespenst Migration wird die sozial- und bevölkerungspolitischen Planungen immer wieder einholen.

Auf der politischen Ebene haben sich längst Entscheidungsstrukturen durchgesetzt, die mit der institutionellen Demokratie nationalen Zuschnitts nur noch wenig gemein haben. Think Tanks und Task Forces agieren und reagieren jenseits der politischen Vermittlung. Der politische Diskurs hat in der Regel medialen, nachholenden Charakter. Wie schnell wir umdenken müsssen, ist am Thema der Grenzen deutlich geworden. Noch vor Kurzem haben wir von einer Festung Europa gesprochen und von der Aufrüstung ihrer Außengrenzen. Die neuen Grenzen aber verlaufen um die Safe Havens herum, und sie sind in Form von Zugangskontrollen und rassistisch vermittelter sozialer No-Go-Areas in die Agglomerationszonen hineinverlagert worden. Dazwischen liegen Filterstrecken, und die klassischen Grenzen, die Schlagbäume und Drahtverhaue, Nachtsichtgeräte und Hundestaffeln sind nur zusätzliche Barrieren auf diesen Filterstrecken. Schon immer wird klandestine Migration nicht vollständig abgeblockt, sondern der »Abstimmung mit den Füßen« wird eine Selektionsstrecke entgegengestellt, deren vielfältige Bestimmungsfaktoren (Transportmittel, Fahrpreise, Kontrollen usw.) in Aktionsplänen so dimensioniert und reguliert werden, dass der Bedarf an irregulärer Arbeitskraft auf jeden Fall gedeckt und andererseits der Zuzug von Unterstützungsbedürftigen abgebremst wird. Nicht an den Grenzen allein, sondern auf diesen Filterstrecken, zwischen Afghanistan und Osteuropa, Kurdistan und Italien, Schwarzafrika und der iberischen Halbinsel, finden ständige Auseinandersetzungen statt, die unserer größten Aufmerksamkeit bedürfen, auch wenn nicht gleich schlüssig herzuleiten ist, wie diese Prozesse beeinflusst werden können. Auf diesen Filterstrecken entsteht eine Ökonomie von Lohngefälle und Mobilität, über die wir noch vieles zu lernen haben.

Die inneren Zugangshierarchien sind hingegen auch hier vor Ort jetzt schon deutlich erkennbar. Dass der Widerstand dagegen ach so zögerlich in Gang kommt, ist um so mehr verwunderlich, als es sich um »klassische« Themen der früheren neuen Linken handelt: um Erfassung und Kontrolle, ein Produkt der Informa-

tionstechnologie, das in den Debatten über die Freiheiten des Internets allzu oft schamhaft verschwiegen wird, als hätte es die Auseinandersetzungen um Volkszählung und Big Brother nie gegeben, und um die Funktion des Rassismus für die sozialräumliche Gliederung der metropolitanen Agglomerationszonen selbst. Das Thema aber ist unvermindert von Belang, und wir sind davon überzeugt, dass eine neue Generation von Aktiven sich dem Kampf gegen die globale Hierarchisierung, weltweit und hier vor Ort, stellen wird.

H. D. / E. J.



Franck Düvell

Die Globalisierung der Migrationskontrolle

Zur Durchsetzung des europäischen und internationalen Migrationsregimes

> *»In der Türkei sind bei einem illegalen Grenzübertritt … neun Menschen erschossen worden. Fünf weitere wurden verletzt. 139 Menschen aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch hatten versucht, die iranisch-türkische Grenze zu überqueren« (taz, 11.5.2000).*

Die IOM empfahl der Türkei »irreguläre Migration zu verhindern und deren Beförderung zu bekämpfen« (IOM1995).

Dem Ringen zwischen dem Recht auf Bewegungsfreiheit und dem nationalstaatlichen Anspruch, seine Grenzen zu verteidigen, wohnt in letzter Konsequenz eine existenzielle Zuspitzung inne. Was sich an der iranisch-türkischen Grenze abspielte, ist kein Unfall gewesen, sondern reflektiert den Diskussionsstand auf der internationalen Bühne. »Viele Mitglieder der prosperierenden Wirtschaften beginnen Raspails Vision von einer Welt der zwei Lager, Nord und Süd, separiert und ungleich, zuzustimmen, in der die Reichen werden kämpfen müssen und in der die Armen werden sterben müssen, wenn uns die Massenmigration nicht alle überwältigen soll«, so lautet die Maxime von US-amerikanischen Politikberatern.[1] Darin ist sowohl eine ›Militarisierung der Migrationskontrolle‹ angelegt,[2] als auch die Bereitschaft der internationalen Politik, für die Verteidigung des Status quo der sozialen Ungerechtigkeit und Migrationspolitik über Leichen zu gehen. Bislang liegen nur wenige kritische Auseinandersetzungen mit den Instrumenten transnationaler Migrationspolitik vor.[3] Der folgende Aufsatz befasst sich deshalb vor allem mit der Technologie der Herrschaft, der Politik der Migrationskontrolle und deren Modernisierung.

Dem Politikwechsel in der europäischen und deutschen Migrationspolitik wohnt, auch wenn dies im Kontext globaler wirtschaftlicher Umstrukturierung nicht danach aussieht, eben diese Zuspitzung inne. Als Vertreter der Computerbranche auf der Cebit 2000 in Hannover öffentlichkeitswirksam darauf drängten, Arbeitsmigration von IT-Experten zuzulassen, da gab die Bundesregierung schnell nach. Ähnliche Vorgänge spielten sich auch in Italien, England und den USA ab. Mal beklagten die Unternehmer den Mangel von Fachkräften, mal den von Dienstleistungskräften, mal den von unqualifizierten Hilfskräften. Zuvor hatten Gremien der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union auf die Konsequenzen des metropolitanen Geburtenrückgangs, auf bevorstehende Arbeitskräfteverknappung und auf die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme hingewiesen. Der Auftritt der Computerindustrie wirkte wie der erste Akt eines wohldurchdachten Drehbuchs. Mit der Einführung der *Green Card* in Deutschland, der Erhöhung der Zuwanderungsquoten in Italien und der Arbeitserlaubnisse in England sowie einem Anwerbeabkommen zwischen Polen und Spanien folgte der zweite Akt. Inzwischen hat die Europäische Kommission ein Papier vorgelegt, in dem die Zuwanderung von bis zu 75 Millionen Menschen allein nach Europa angedacht wird. Nachdem die Politik 30 Jahre lang propagiert hatte, dass das europäische Boot voll sei, heißt es jetzt, das Boot sei vielmehr halbleer.[4]

So, wie das multinationale Kapital in den 1980er Jahren auf die Freigabe des Geldhandels und in den 1990er Jahren auf die Freigabe des Warenhandels drängte, so drängt es heute auf die Freigabe der Arbeitsmigration. Das bisher vorherrschende Muster deregulierten Waren- und Finanzverkehrs bei gleichzeitigem Fortbestehen stark regulierter und eingeschränkter Arbeitswanderungsbewegungen gerät enorm unter Druck. Der wirtschaftliche, soziale und politische Umbau des Weltsystems, oder, anders ausgedrückt, der Reorganisation der Klassenfronten im sozialen Prozess erfordert ein neues migrationspolitisches Modell. Die Sicherung von Grenzen, Regionalpolitik, die Einrichtung neuer Staaten und die Errichtung neuer Grenzen sowie die Modi ihrer Durchlässigkeit zielen auf die Durchsetzung eines Systems abgestufter Reproduktionszonen. Migrationspolitik sucht die Lohn- und Reproduktionskostendifferenzen zwischen verschiedenen Ländern

und Regionen auszubeuten. Die Herstellung eines internationalen Migrationsregimes ist also die Fortführung des Projektes der Globalisierung. In dem Maße, in dem »mit der Internationalisierung des Akkumulationsprozesses und der realen Herstellung des Weltmarktes internationale Regulierungsinstitutionen wie IWF, Weltbank oder WTO als Instrumente kapitalistischer Restrukturierungs- und Steuerungspolitik ... an Bedeutung gewinnen«,[5] nimmt auch die Bedeutung internationaler und transnationaler Instrumente zur Steuerung von Migrationsbewegungen zu. Doch in dem Maße, in dem die Marktgesetze auch in der Migrationspolitik zum dominierenden Motiv werden, werden jene Menschen abgewiesen werden, für die es auf dem Markt keine Nachfrage gibt. Die ›Unerwünschten‹ und ›Überflüssigen‹ werden die ganze Brutalität der Marktgesetze zu spüren bekommen, in der Welt der Investitionen und Profite haben sie keinen Platz. Für sie geht es in der Tat um Leben und Tod.[6]

Der Wandel in der Migrationspolitik muss vor dem Hintergrund der Globalisierung und wirtschaftlichen und politischen Krisen analysiert werden. Migrationspolitik ist vor allem Kontroll- und Steuerungspolitik über die Mobilität der Massen, sie ist deshalb eng mit Bevölkerungspolitik, Arbeitsmarkt- und Landwirtschaftspolitik, aber auch mit Außenpolitik und Kriegführung verknüpft. Migrationspolitik hat viele Facetten: Sie kann der Abwehr von Migrationsbewegungen auf Akkumulationszentren dienen; sie kann aber auch MigrationsarbeiterInnen für solche Akkumulationszentren anwerben; Anwerbungen können als Angriff auf etablierte Löhne fungieren; mitunter kanalisiert sie Massen von *displaced persons* in Auffanglager; sie ist die Vertreibung ›überflüssiger Esser‹ oder ein Angriff auf Subsistenzökonomien; dort, wo sie Fluchtbewegungen blockiert, kann sie tödliche Konsequenzen haben. Migration selbst ist eine Grundvoraussetzung für die Industrialisierung, für Wirtschaftswachstum, für Urbanisierung, für die Initiierung von landwirtschaftlichen Akkumulationsprozessen, aber auch für verschärften Wettbewerb unter ArbeiterInnen und damit für die Lohnentwicklung. Insofern ist Migration konstitutiv für wirtschaftliches Wachstum und den Kapitalismus schlechthin.[7] Dessen Geschichte ist eng verknüpft mit der Geschichte von Wanderungsbewegungen und deren Steuerung. Insbesondere Entwicklungsschüben ist die Kombination aus Vertreibung, Hun-

gersnot und Migration immanent. Einhegungsprozesse, Enteignungen, Pogrome und Vertreibung sind relevant für die Anfänge des Kapitalismus in England, die Industrialisierung des Ruhrgebiets oder die Entwicklung der USA gewesen. Weder die mexikanisch-US-amerikanische Maquiladora-Industrie oder die wirtschaftliche Rolle Miamis, noch die jüngsten Entwicklungsschübe im südasiatischen Wachstumsdreieck oder in der taiwanesisch-chinesischen Kinmen-Region wären ohne die Zuwanderung von niedrig entlohnter Arbeitskraft denkbar.[8]

Es wäre falsch verstanden, Migrationspolitik nur als Abwehrhaltung zu interpretieren. Dies mag in einer kurzen Phase europäischer Politik zwischen 1970 und 2000 so ausgesehen haben, im Weltmaßstab und auf lange Sicht betrachtet ist die Annahme falsch.

»Strategien für die Entwicklung eines internationalen Migrationsregimes« heißt das Zauberwort, welches heute die internationale Kooperation antreibt.[9] Sie zielt auf die Etablierung zentraler und multilateraler Absprachen und Definitionen im Umgang mit globalen Wanderungsprozessen: Was sind Krisenherde und Fluchtgründe, was Flüchtlinge, was Migranten und was ›Illegale‹, welche Migration ist erwünscht und welche unerwünscht. Vor allem strebt sie die globale Steuerung dieser Bewegungen sowie die Vermittlung zwischen der globalen und der regionalen Ebene an. Damit unterscheidet sie sich von der noch bis in die 1960er Jahre hineinreichenden Praxis des Laisser-faire. Der Versuch, Mobilität und Migrationsprozesse mittels transnationaler Agenturen wie der *International Organization für Migration* (IOM) global zu steuern, hat eine neue Qualität erreicht.

Das europäische Migrationsregime ist vergleichsweise am weitesten entwickelt und basiert auf zwei Prinzipien. Seit den Anwerbestops in den 1970er Jahren und mit der Asylpanik in den 1990er Jahren, dem Kampf gegen ›Asylmissbrauch‹, ›illegale Zuwanderung‹ und ›Menschenhandel‹ bestand ein politischer Konsens über Zugangsbeschränkungen für primäre Einwanderung und die Abwehr von unkontrollierter Migration. Nur unter spezifischen Gesichtspunkten, wie bei der Zuwanderung ethnischer Deutscher, der Wanderung von Saisonarbeitskräften oder der Immigration von Familienangehörigen fand weitere Zuwanderung in beschränktem Rahmen statt. Gleichwohl bahnten sich Wanderungswillige mas-

senhaft ihren Weg nach Europa, sie kamen entweder als Asylsuchende oder wanderten ›illegal‹ ein und schlossen sich der Masse der schnell mehr werdenden ›Papierlosen‹ an. Sie verkörpern den Anspruch auf Autonomie und Selbstbestimmung. Mit den Beschlüssen des Europarats in Tampere 1999 wird die Bekämpfung unkontrollierter Zuwanderung nun ergänzt um Konzepte kontrollierter Einwanderung und Arbeitsmigration. 30 Jahre nachdem die maßgeblichen europäischen Staaten einen Zuwanderungsstopp verhängt hatten, lösten Warnungen von Bevölkerungs-, Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitikern einen (Dis-)Kurswechsel aus.

Der Versuch, den sozialen Konflikt Migration zu zerlegen in seine unproduktiven und bedrohlichen, beziehungsweise produktiven Anteile, um letztere in die kapitalistische Entwicklung zu integrieren, geradezu umzudrehen in einen Motor der Modernisierung, erinnert an ein anderes historisches Projekt: den Keynesianismus. Fordismus und Wohlfahrtsstaat beruhten auf der Hereinnahme des Klassenkonfliktes in die kapitalistische Entwicklung. Sie basierten auf der Neuen Internationalen Arbeitsteilung sowie der erfolgreichen Abpressung von Profiten und der Abschöpfung von Werten zur Finanzierung dieses Modells. Dem war und ist, weil es selbst noch nach dem Lebensnotwendigen trachtet, Massenarmut, Hunger und Genozid immanent. Zunächst funktionierte der Keynesianismus, das metropolitane Wohlstandsversprechen brachte eine loyale Klasse hervor und entzog jeglicher internationalistischer proletarischer Solidarität die Grundlage. Schlussendlich aber geriet es in die Zange der Gleichzeitigkeit einer trikontinentalen ›Revolution der Erwartungen‹ und dem metropolitanen ›Anspruchsdenken‹. Auch die neuen Konzepte des Migrationsmanagements, die Integration von Migration in einen neuen Wachstumszyklus, sind auf Dauer mit diesem Widerspruch konfrontiert. Die ›Autonomie der Migration‹, transnationale Migrationsnetze mit eigenen Werten und Vorstellungen, der in der Migration angelegte sozialrevolutionäre Anspruch auf die ersten Lebensmittel und auf Glück, die Eigenwilligkeit der Subjekte, nomadische Identitäten, kurz die ›Globalisierung von unten‹ steht dem entgegen.[10]

I. Globale Migration

Um Ziel und Zweck von Herrschaft zu verstehen, muss man verstehen, was beherrscht werden soll und warum. Von welchen Größenordnungen sprechen wir überhaupt, worauf richtet sich der Blick ökonomischer Begehrlichkeit, worin besteht die Renitenz, die Subjektivität der MigrantInnen? Gibt es Kämpfe auf diesem Terrain? Welche Konzepte und Begriffe verstellen den Blick auf den eigentlichen Charakter der sozialen Konflikte?

Bei den *United Nations* wird von weltweit 120 Millionen MigrantInnen ausgegangen, von Menschen, die in einem anderen Staat leben als dem, wo sie geboren sind.[11] Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) hat 22 Millionen Flüchtlinge registriert, von denen nur 5 % in Europa oder Nordamerika leben; die Anzahl jener Menschen, die innerhalb von Landesgrenzen vertrieben sind ist mit schätzungsweise bis zu 25 Millionen noch höher.[12] In Europa leben vermutlich 5 bis 8 Millionen Menschen ohne Aufenthaltsstatus, in den USA sind es nach neueren Schätzungen sogar bis zu 8,5 Millionen.[13] Der Anteil irregulärer MigrantInnen (darunter auch Asylsuchende) an der Gesamtmigration nach Europa war 1994 auf vermutlich 37 % angestiegen.[14] Weltweit werden mindestens zwischen 23,4 Millionen und 41,2 Millionen Menschen als ›Illegale‹ klassifiziert, das wären etwa fünfmal soviel, wie Schweden Einwohner hat.[15]

Weitaus mehr Menschen bewegen sich allerdings innerhalb von Staatsgrenzen, ziehen in die nächstgelegene Stadt, Großstadt, Metropole, Global City oder Produktionszone und werden von den Buchhaltern der Migrationsbürokratie gar nicht berücksichtigt. Allein in China sollen es 150 - 200 Millionen sein.[16] Auch das Wachstum der 500 *Global Cities* in den vergangenen 30 Jahren geht auf verschiedene Formen von Mobilität und Migration zurück; jedes Jahr nimmt die städtische Bevölkerung um 61 Millionen Menschen, überwiegend aufgrund von Land-Stadt-Migration, zu.[17] Weltweit über 500 Millionen bis zu 1 Milliarde MigrantInnen zu vermuten, dürfte keine Übertreibung sein.

In Westeuropa mit seinen 380 Millionen EinwohnerInnen wurde die Anzahl von Nicht-EU-AusländerInnen 2001 auf 11 - 13 Millionen geschätzt, dazu kamen über 10 Millionen EU-Bürger-

Innen, die in einem anderen Staat leben (1994).[18] Mittlerweile und auch weil die Schätzung zu niedrig angesetzt ist, werden es deutlich mehr sein. Die Zahl der im Ausland Geborenen dürfte ohnehin deutlich höher ausfallen, da teils Asylsuchende oder, wie in Deutschland, Aus- und Übersiedler nicht mitgezählt wurden, teils großzügige Einbürgerungsrechte gelten oder teils schlicht die Administration für solche Zählungen fehlt.

In Deutschland leben beispielsweise rund 12 Millionen im Ausland geborene oder ›ethnische Minderheiten‹, 4,2 Millionen sind entweder deutschstämmige Aussiedler oder Eingebürgerte. 7,8 Millionen werden als ›Ausländer‹ eingestuft. Davon haben 1,7 Millionen nur einen befristeten Aufenthaltsstatus, weitere 285.000 eine Duldung – die Ausreisepflicht ist vorübergehend ausgesetzt - und bis zu 400.000 Millionen haben einen grauen ›Status‹, sie sind ausreisepflichtig, haben Grenzübertrittsbescheinigungen o.ä. Von rund 8 Millionen registrierten ›Ausländern‹ sind also über 2 Millionen, rund ein Viertel, in einem prekären Zustand gefangen. Zusammen mit denen ›ohne Papiere‹, um eine Million, hält die Bundesrepublik ein Viertel aller im Ausland Geborenen, d.h. 38 % aller ›AusländerInnen‹ in einer Grauzone, häufig ohne Status, ohne soziale oder Arbeitsrechte.

Geprägt wird der Migrationsdiskurs von diversen Kategorien wie Mobilität, Migration, Zuwanderung, Flucht oder irreguläre Wanderung. Der Umgang mit ihnen ist alles andere als leicht, die Begriffe lassen sich nicht vernünftig voneinander abgrenzen, sie verschwimmen und gehen ineinander über. Irgendwie ist es eine Scheindiskussion, ebenso wie es Scheindefinitionen sind. Im Grunde handelt es sich bei den Wandernden von heute, mobil und flexibel wie sie sind, auf die eine oder andere Art um eine Folge der Globalisierung und damit um einen Ausdruck der sozialen Frage im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert.[19]

Zahlen und Schätzungen sind allgegenwärtig, doch je nach Definition bekommt man hohe oder niedrige Ergebnisse, zwischen Ober- und Untergrenzen liegen Welten. Zahlen sagen wenig über Realitäten, tatsächliche Erfahrungen oder die Subjektivität der Migration aus, sie ver- und entfremden das zugrunde liegende Leid und Elend, die Wünsche oder den Kampfeswillen der Subjekte. Immer noch gilt, dass man mit den Menschen selbst reden muss.[20] Andererseits lässt sich mit Zahlen vortrefflich Politik machen,

Panik verbreiten, hartes Zugreifen legitimieren oder gesellschaftliche Probleme herunterspielen. Insofern sagen auch Zahlen häufig mehr aus über die Motive ihrer Benutzer als über das eigentliche Phänomen, das sie zu quantifizieren vorgeben. Gelegentlich werden auch Anstrengungen unternommen, Migration jedweder Art und eben auch irreguläre Migration präzise zu erfassen und zu quantifizieren. In den USA ist dies 2001 im Zuge einer Volkszählung versucht worden, in *Britain* strebt das Innenministerium die umfassende Erfassung aller Papierlosen an.[21] Die Motive sind sowohl ordnungspolitischer als auch wirtschaftlicher Natur.

1. Und sie kommen doch – das Paradigma der Papierlosen

Von den USA aus hat sich mit Beginn der 1990er Jahre das soziale Konstrukt ›illegale Migranten‹ rund um den Globus ausgebreitet. Von Seattle bis Singapur, von Luxemburg bis Libyen werden unkontrollierte Wanderungsbewegungen oder unerwünschte Bevölkerungsgruppen als ›illegal‹ eingestuft. Der herrschende Diskurs in Politik, Medien und Wissenschaft hat ein soziales Subjekt geradezu aus der Taufe gehoben. Menschen, die heute noch willkommen, akzeptiert oder geduldet sind, können unter geänderten Bedingungen morgen schon zu ›Illegalen‹ deklassiert werden. Die soziale Konstruktion wird flexibel angewendet und ist von zahlreichen Umständen abhängig.

Seit der Geschichte der Durchsetzung moderner Nationalstaaten, der Tyrannei der damit einhergehenden Staatsbürgerschaft, den repressiven Grenzregimes, und aufgrund von ökonomischen Zwängen bleibt vielen Menschen nichts anderes übrig, als sich außerhalb der Gesetze zu bewegen. Unkontrollierte Wanderungsformen werden gerne als ›illegale‹ Migration tituliert, selbst wenn sich daraus ein Anspruch auf einen legalen Aufenthalt ableitet, wie beispielsweise bei Flüchtlingen. Ebenso umstandslos werden Menschen als ›Illegale‹ bezeichnet. Immer neue gesetzliche Wanderungsbeschränkungen definieren die nicht-autorisierte Aus- oder Einreise als kriminelles Vergehen. Aber ohne den gesetzlichen Eingriff gäbe es ›illegale‹ Wanderung nicht, ›Illegale‹ sind ein soziales Konstrukt, das ist eine Binsenweisheit. Die Verwendung des Begriffes ›Illegale‹ ist zweideutig, er drückt entweder aus, dass es sich um unerwünschte Migration handelt, oder aber

um erwünschte Migration von z.B. Arbeitskräften, denen jedwede Rechtssicherheit vorenthalten wird. Gelegentlich wird außerdem unterschieden zwischen ›illegalen‹ MigrantInnen und ›illegalen‹ ArbeiterInnen. Die Kategorie ›illegal‹ ist weltweit inkonsistent und wird gänzlich opportunistisch verwendet. In dem einen Staat gilt als ›illegal‹, was anderswo unter den Flüchtlingsstatus der UN oder die europäische Asylgesetzgebung fällt. Weil beispielsweise die Türkei die Genfer Konvention nur eingeschränkt auf europäische Flüchtlinge anwendet, gelten alle anderen als ›illegal‹. Selbst legale, aber unerwünschte afrikanische MigrantInnen mit einem Besuchervisum oder UNHCR-Dokumenten sind zu ›Illegalen‹ abgestempelt und dann abgeschoben worden.[22] Afghanische Flüchtlinge werden in Pakistan grundsätzlich anerkannt, im Iran dagegen überwiegend als ›illegal‹ eingestuft.[23] Aus politischen Gründen werden auch die circa 150.000 nach China geflüchteten Nord-Koreaner als ›Illegale‹ behandelt.[24] Eine Reihe von ethnischen, nationalen oder religiösen Konflikten erfahren mitunter keine Anerkennung durch die Nachbarstaaten, Vertriebene wie philippinische Moslems oder indonesische Aceh, eigentlich Flüchtlinge nach UN-Recht, werden, wie dies in Malaysia der Fall ist, leichtfertig unter die Kategorie ›Illegale‹ subsumiert. Auch die Opfer von rassistischen Pogromen werden gelegentlich posthum als ›Illegale‹ diskriminiert, wie in Libyen.[25] Selbst der Begriff der französischen ›*Sans Papiers*‹, Papierlose, ist irreführend. Dem Selbstverständnis der Betroffenen zufolge umfasst er die ganze Bandbreite von Menschen ohne, mit prekärem, unklarem und befristetem Aufenthaltsstatus.

Die Verweigerung eines Status ist allerdings auch eine Kostenfrage. Mit Flüchtlingen müssen sich Verwaltung und Sozialeinrichtungen beschäftigen, Versorgung und Unterbringung müssen sichergestellt werden. Um ›Illegale‹ braucht sich – außer vielleicht Polizei und Militär – niemand zu kümmern. Wer ›Illegale‹ sagt, meint den bewussten Ausschluss von allen sozialen, politischen und Aufenthaltsrechten. Insofern ist die Verwendung des Begriffs ›Illegale‹ Kampfansage und Ausgrenzungspolitik in einem.[26] Im akademischen Diskurs werden die weniger diskriminierenden Begriffe ›irreguläre‹ beziehungsweise ›undokumentierte‹ Migration bevorzugt. Die Menschen selbst nennen sich gelegentlich ›Papierlose‹.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass irreguläre MigrantInnen überwiegend aus den angrenzenden Staaten und Regionen kommen und dass zwischen diesen entweder zuvor keine Wanderungsbeschränkungen bestanden haben oder aber dass es in der Vergangenheit angesichts ähnlicher ökonomischer Entwicklungen oder zumindest gewisser Existenzgarantien keine Anreize für größere Wanderungsprozesse gegeben hatte. Die ›Illegalen‹ von heute sind oft die NachbarInnen von gestern, legitime GrenzgängerInnen, HandelspartnerInnen oder willkommene WanderarbeiterInnen, die im Verlauf der Neuorganisation von Wertschöpfungsketten in eine neue rechtliche Position gedrängt werden. Dort, wo von ›Illegalen‹ die Rede ist, verbirgt sich deshalb ein ungeheurer Deklassierungs- und Entrechtungsprozess.[27] Schlussendlich ist belegt, dass der weitaus überwiegende Teil der irregulären MigrantInnen legal einreist, überwiegend mit TouristInnen-, aber auch mit einem StudentInnen- oder Au-Pair-Visum.[28] Weder sind sie unerlaubt eingereist, noch sind sie abgelehnte Asylsuchende, vielmehr sie sind ein kleiner Teil der weltweiten Reisebewegung von Menschen. Tatsächlich hat sich der Personenflugverkehr seit 1960 verzehnfacht, das Personenverkehrsaufkommen in der vergangenen Dekade verzehnfacht, allein in die Bundesrepublik reisen alljährlich um die 670 Millionen Menschen ein, genau genommen bleiben sogar nur vergleichsweise wenige unerlaubt im Land.[29]

Gegen die Regulationsbestrebungen steht der Wille und die Entscheidung des oder der Einzelnen, der individuelle – mehr oder weniger – freiwillige Beschluss, zu migrieren. In ihrer Entscheidung freie Individuen beschließen, sich vorgefundenen Bedingungen zu entziehen, indem sie weggehen und dorthin streben, wo sie bessere Bedingungen zu finden hoffen. Bis in die 1920er Jahre wohnte dem Kapitalismus ein Migrations-Laisser-faire inne, der vereinzelt bis Mitte der 1960er Jahre anhielt und Neo-Liberale besingen nach wie vor die selbstregulierende Fähigkeit des Marktes. Sie wissen auch, dass die Massenauswanderungen in die Neue Welt den Dampf aus dem revolutionären Europa oder China abließen. Heute dagegen beobachten wir die Gleichzeitigkeit *ökonomisch* regulierter Märkte und *politisch* regulierter Wanderungsbewegungen. An dem daraus resultierenden Spannungsverhältnis setzt die Kritik der multinationalen Kapitalistenklasse an, die,

neoliberal wie sie sind, alles lieber den ökonomischen Gesetzen unterworfen sähe. Gleichzeitig stehen sich Migrationsregimes und autonome Migration als zwei Kräfte gegenüber, die soziale Revolution manifestiert sich entlang der äußeren und inneren Grenzen der Nationalstaaten sowie der Reiserouten von Menschen.

2. Irreguläre Migrationsbewegungen und irregulärer Aufenthalt im globalen Kontext

Europa

Alle groben Schätzungen zusammengenommen, könnten in Westeuropa 5 bis 7 Millionen irreguläre MigrantInnen leben.[30] Nimmt man die zentral- und südosteuropäischen EU-Bewerber hinzu, kommt man wohl auf 10 Millionen. Außerdem wurde geschätzt, dass jährlich mindestens »300.000 Leute nach Westeuropa geschmuggelt werden«.[31] Osteuropäische Regierungen spielen gerne mit Zahlen, wie viele Tausende sich in der Hoffnung auf Weiterreise innerhalb ihrer Grenzen aufhalten,[32] oder brüsten sich mit ihren Erfassungs- und Zurückweisungsquoten.[33] Österreichische Grenzschützer haben 1999 43.000 Migranten bei der irregulären Einreise erwischt und der deutsche Bundesgrenzschutz hat in den 90er Jahren 300.000 Versuche ›illegaler‹ Einreise registriert.[34] An der südspanischen Küste sollen jährlich rund 24.000 Menschen ankommen, 40 Boote wöchentlich.[35] Solche Zahlen gibt es aus jedem Land, doch sie sagen nicht viel aus, denn, wie gesagt, die meisten reisen legal ein.

In **Deutschland** dürfte mit 0,5 bis 1,5 Millionen die vergleichsweise größte Anzahl irregulärer MigrantInnen leben. Land- und Bauwirtschaft, Gastronomie und Dienstleistungen greifen in großem Umfang auf irreguläre Arbeitskräfte zurück, hängen sogar, wie die Saisonarbeit in der Landwirtschaft oder die private Hausarbeit und häusliche Altenpflege, weitgehend davon ab. Man kann nur schlussfolgern, dass hier eine Praxis des Laisser-faire herrscht.[36] Dasselbe gilt auch für **Italien**, allein in Mailand dürften 150.000 irreguläre Migranten leben und die Zahl von rund 400.000 Anträgen für eine Amnestie 1998 lässt ahnen, wie viele Menschen es im ganzen Land sein könnten.[37] Das Land kann seine für ein Industrieland untypische Rolle als einer der größten Textilproduzenten ebenfalls nur behaupten durch sein System von

Subunternehmern, die stark auf dieselbe Schicht von Arbeitskräften, nämlich irreguläre ArbeiterInnen setzen; daneben verlassen sich der Bausektor, die Landwirtschaft, Hausarbeit und der Straßenhandel in hohem Maße auf diese Gruppe.[38] Auch in **England** könnten ohne irreguläre Arbeit weder die Textilindustrie noch die Landwirtschafts- und Nahrungsmittelindustrie, weder die Gastronomie und das Reinigungswesen noch der Bausektor weiterbestehen. Hinter vorgehaltener Hand wird vermutet, dass dort bis zu 500.000 Menschen ohne Papiere leben. Für **Frankreich** gilt das gleiche: »Viele chinesische illegale Immigranten arbeiten in der Bekleidungsindustrie in Paris«, »Schwarzarbeit hat in einigen Wirtschaftszweigen eine strategische Bedeutung. [Die sind] nur so konkurrenzfähig«.[39] In der **Schweiz** sind irreguläre MigrantInnen »ein Massenphänomen«, insgesamt ist von 150.000 bis 300.000 Menschen die Rede. Allein in Genf werden bis zu 20.000 undokumentierte MigrantInnen vermutet, die dort den Bedarf der Angestellten internationaler Organisationen an Hausangestellten abdecken, in der Landwirtschaft sollen es 8.000 Personen sein.[40] In **Österreich** arbeiten »oft illegale« Ungarn, etwa in der Gastronomie oder auf dem Bau.[41] In **Portugal** sind insbesondere Osteuropäer aus Moldawien, Rumänien und der Ukraine ›illegal‹ auf dem Bau beschäftigt. Ansonsten kommen die Papierlosen aus den ehemaligen Kolonien. Allein in 2001 ließen sich 140.000 regularisieren.[42] In **Spanien** leben viele Papierlose aus Südamerika sowie dem Maghreb, oft arbeiten sie in der Landwirtschaft. Auf dem Bau sind wiederum irreguläre Osteuropäer beschäftigt. »Das Wirtschaftswunder [Landwirtschaft im Südosten] funktioniert nur, weil es mit der billigen Arbeitskraft illegaler nordafrikanischer Immigranten rechnen kann«, deren Zahl wird auf eine halbe Millionen geschätzt.[43] In **Griechenland** sei »die wichtigste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt innerhalb der vergangenen 30 Jahre der enorme Zufluss von illegalen Migranten nach 1980«. Sie stammen überwiegend aus den angrenzenden und osteuropäischen Staaten, aber auch aus Pakistan, Indien und den Philippinen, insgesamt aus nahezu 200 Ländern. Sie arbeiten überwiegend in der Landwirtschaft, insbesondere Männer, und im Dienstleistungssektor in den Städten insbesondere Frauen.[44] In der Republik **Zypern** wurden 5.000 irreguläre Migranten vermutet, die unter anderem als Bauarbeiter beschäftigt werden.[45]

Osteuropa und GUS

Als **Estland** 1991 von Russland unabhängig wurde, erhielten nur jene ›Ausländer‹ die Staatsangehörigkeit, die bereits vor 1940, dem Jahr der Besetzung durch Russland, in Estland gelebt haben. »Das bedeutet, dass 500.000 Russen, die erst nach 1940 nach Estland zogen, einen Naturalisierungsprozess durchmachen müssen, wenn sie Esten werden wollen, und nur wenige haben dies bisher getan«, nicht zuletzt weil sie Kenntnisse in Estnisch nachweisen müssen, das dem Russischen aber nicht verwandt ist.[46] Dies bietet Anschauungsmaterial, wie vollkommen legale Bewohner einer Region im Zuge politischer Neuordnung zu ›Illegalen‹, zu unerwünschten Personen werden (1999 etwa 30.000[47]). In der **Tschechischen Republik** gehen die Schätzungen weit auseinander, der »Spiegel« gab 1995 die Zahl von 300.000 an, »Migration News« geht von unter 40.000 aus. Die überwiegende Mehrheit stammt aus den Nachbarländern Slowakei, Ukraine und Polen. 1995 wurden in **Ungarn** rund 200.000 irreguläre ArbeiterInnen vermutet, möglicherweise 25.000 von ihnen in der Region Budapest, während dort gleichzeitig 13.000 AusländerInnen mit einer Arbeitserlaubnis registriert waren.[48] Eine besondere Rolle spielen ungarische Minderheiten aus den Nachbarländern, 2000 »arbeiten Zehntausende illegal in Ungarn und beschuldigen ihre Arbeitgeber regelmäßig, sie auszubeuten«.[49] In **Polen** bewegen sich die Schätzungen zwischen 50.000 und einer Million,[50] wobei zwischen undokumentierten Arbeitskräften und undokumentiertem Aufenthalt unterschieden wird. »Es wird geglaubt, dass dort 50.000 bis 200.000 Ausländer illegal arbeiten«, viele im Bausektor, während nur 11.000 legale ausländische Arbeiter registriert sind«. Für das Jahr 1996 hieß es, es »siedeln schätzungsweise 160.000 bis 500.000, normalerweise illegal«. Jene, die dort heute als ›Illegale‹ betrachtet werden, kamen noch vor der Einrichtung neuer Grenzregime unbehelligt über die grüne Grenze aus der Ukraine oder Weißrussland. Darüber hinaus resultieren die hohen Zahlen undokumentierten Aufenthalts vor allem aus Schätzungen einer großen Zahl von Transitmigranten, die im Grunde auf dem Weg nach Westen sind und sich mehr oder weniger lange in Polen aufhalten (müssen), weil ihnen die Weiterreise unmöglich ist, sei es aufgrund von Grenzkontrollen oder weil ihnen das Geld ausgegangen ist. Die IOM sieht in der **Gemeinschaft unabhängiger**

Staaten (**GUS**) und der **Russischen Förderation** nach der Öffnung der Grenzen vor allem *»eine attraktive Transitroute für irreguläre Migranten, ... die versuchen, illegal in den Westen einzureisen. ... Die Gesamtzahl irregulärer Migranten wird auf 1 Million bis 2 Millionen geschätzt. Viele bleiben als Gestrandete innerhalb der Region, weil es ihnen an Geld mangelt, um die Reise fortzusetzen.«*[51]

Allein die Zahl der TransitmigrantInnen wurde 1994 auf 500.000 angesetzt.[52] Die Schätzungen für die Russische Förderation liegen mit 250.000 bis zu 6 Millionen extrem weit auseinander und sind auch in sich einigermaßen unlogisch. In **Rußland** selbst wird die Zahl auf 250.000 bis zu 4,5 Millionen geschätzt, allein in Moskau werden bis zu 700.000 undokumentierte ausländische ArbeiterInnen vermutet.[53] Als ›Illegale‹ werden zum einen BürgerInnen der nahen ehemaligen Sowjetrepubliken, vor allem aus Zentralasien und dem Kaukasus (38 %) sowie aus China, Nord-Korea, Vietnam und Afghanistan angesehen (62 %). Nach Angaben der russischen Grenzpolizei ist die »illegale Migration von Chinesen ... ein ernsthaftes Problem«.[54] In **Weißrussland** vermutete die IOM 1999 rund 200.000 irreguläre überwiegend TransitmigrantInnen, die weiter nach Westen wollen.[55] In der **Ukraine** unterscheidet sie zwischen zweierlei Typen irregulärer MigrantInnen, jenen, die das Land auf dem Weg nach Westen schnell passieren, und jenen, die ebenfalls nach Westen wollen, doch weil sie beispielsweise erst einmal Geld verdienen müssen, dort stranden. Dazu kommen StudentInnen, die nach Abschluss des Studiums nicht ausreisen. »Laut Grenzkomitee seien 600.000 illegale Immigranten in der Ukraine; meistens aus Afghanistan, Sri Lanka, Bangladesch und Pakistan. Viele kommen als Studenten, doch ein Drittel würden sich niemals einschreiben.« Aufgedeckt werden undokumentierte Migranten nur selten und abgeschoben noch seltener.[56]

Afrika

Aus **Marokko** erläuterte ein Mitglied des dortigen Menschenrechtsvereins, dass rund um die Großstädte die Textilindustrie blüht, die neben dem Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft sowohl Binnenmigranten aus dem Süden des Landes als auch aus anderen afrikanischen Ländern beschäftigt.

»Marokko ist eine bedeutende Transitroute für Afrikaner, die nach Europa einreisen wollen. Es wird angenommen, dass 8.000 Ausländer illegal in Casablanca sind, und die Flughafenpolizei berichtet, dass bis zu 35 Reisende täglich mit One-Way-Tickets ohne Gepäck oder Geld auf dem Flughafen ankommen«.[57]

Die Regierung in **Südafrika** schätzt das Ausmaß ›illegalen‹ Aufenthaltes auf 3 Millionen, »aber andere Schätzungen reichen bis zu 8 Millionen – die meisten von ihnen kommen aus Mosambik, Simbabwe und Lesotho«,[58] aber auch Angola, Sambia und sogar Somalia. 1985 zwang **Nigeria** eine Million Migranten, hauptsächlich Ghanaer, das Land zu verlassen. Mitte der 90er wurden noch etwa 300.000 ›illegale‹ Migranten, überwiegend aus dem Tschad, Niger, Benin und Kamerun in der Hautstadt Lagos vermutet. Mittlerweile wurden die Grenzkontrollen ausgebaut sowie die Beschäftigung von Ausländern reguliert, bei der Arbeitsplatzvergabe wird Nigerianern Priorität gegeben.[59] In Abidjan, Hauptstadt der **Elfenbeinküste**, leben mehrere Hunderttausend afrikanische Migranten, meisten aus Burkina Faso, Mali, Guinea und dem Niger. Selbst in **Sierra Leone** berichtet die Presse von »illegalen Migranten aus Guinea«, die es zu bekämpfen gelte. In **Kenia** nutzte die Regierung die Anschläge von New York, um großangelegte Polizeirazzien gegen so genannte ›illegale Einwanderer‹ zu lancieren, die sich u.a. gegen Somalis, Ugander und Pakistanis richteten.[60]

Naher Osten, Asien und Australien

Die **Türkei** ist seit Beginn der 80er Jahre nicht nur Emigrations-, sondern auch Transitregion. Je stärker die Einreisekontrollen Westeuropas ausgebaut werden, desto mehr muss die Türkei aber auch als Endstation für – häufig unfreiwillige – Immigranten gelten. Seit Beginn der 80er Jahre hätten sich laut IOM 2 Millionen Menschen in der Türkei aufgehalten. Zumindest bis Mitte der 90er Jahre wurden Einreise wie auch Aufenthalt weitgehend liberal gehandhabt und wenig reguliert, oder anders ausgedrückt: Es scheint, mit einem Bestechungsgeld sei die Angelegenheit zu erledigen gewesen. Neben den beiden bedeutendsten Gruppen aus dem Iran und dem Irak werden weitere genannt: »Seit den späten 1980ern sind Tausende von Transitmigranten aus afrikanischen und asiatischen Staaten wie Ghana, Nigeria, Tansania, Äthiopi-

en, Sudan, Tunesien, Afghanistan, den Philippinen und Sri Lanka angekommen.«[61] 2001 jedoch berichtete der Türkische Menschenrechtsverein, dass Immigranten unabhängig vom Status – teils mit Visum, teils Flüchtlinge – als ›Illegale‹ klassifiziert und zu Zehntausenden abgeschoben werden.[62] Im **Iran** werden afghanische Flüchtlinge seit 1992, als die Regierung die Grenzen zum Nachbarland schloss, als illegale Immigranten betrachtet, ihre Zahl wurde 1998 mit einer halben Million angegeben. Grund ist hier die Differenz zwischen dem schiitischen Iran und den mehrheitlich sunnitischen Afghanen.[63] 1997 wurde in **Israel** vermutet, dass rund 200.000 der insgesamt 300.000 Arbeitsmigranten keine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis haben, insbesondere Rumänen, Filipinos, Nigerianer und Ghanaer. Schon legale ausländische Arbeiter seien aufgrund der geringeren Lohnnebenkosten rund 50 % billiger als palästinensische Arbeitskräfte, ganz zu schweigen von irregulären ausländischen Arbeitern.[64] Die MigrantInnen haben auch die Funktion, die unerwünschten Palästinenser zu ersetzen.[65]

Japan weist eine vergleichsweise niedrige MigrantInnenpopulation auf, 1995 waren es 1,36 Millionen, nur 1,1 % der Bevölkerung. Etwa die Hälfte sind Koreaner, teils bereits seit mehreren Generationen im Land ansässig. »Zusätzlich gibt es eine große Anzahl undokumentierter Einreisen – im allgemeinen reisen Leute als Touristen ein und übertreten ihre Visafristen. ... Drei Viertel dieser Übertretungen stammen aus sechs Ländern: Thailand, Südkorea, Malaysia, den Philippinen, dem Iran und China.«[66] In **Korea** lebten 1995 rund 80.000 ausländische ArbeiterInnen. Die Zahl der Irregulären wurde 2000 auf 260.000 geschätzt, die mit Touristenvisa einreisten und meisten aus China, den Philippinen, Bangladesch und Pakistan sind.[67] In **Thailand** lebten 1994 möglicherweise mehr als 500.000 irreguläre MigrantInnen, die meisten aus Burma/Myanmar (300.000), China (100.000) und Süd-Asien (50.000). Während die Burmesen überwiegend als ungelernte Bauarbeiter beschäftig werden, arbeiten Kambodschaner auf den Reisfeldern und Laoten als Haus- und Fabrikarbeiter. Es gibt aber auch MigrantInnen vom indischen Sub-Kontinent und aus dem Mittleren Osten.[68] 1998 war bereits von einer Million die Rede, »die Regierung schätzt, dass 50 % der illegalen Ausländer in Thailand aus Myanmar sind, 20 % sind aus Kambodscha, 10 % aus

Bangladesch und der Rest aus anderen asiatischen Ländern einschließlich Laos, China, Indien und Vietnam«.[69] Sie würden hauptsächlich in neun Sektoren arbeiten – Dienstleistung, Transport, Handel, Textil, Bekleidung, Nahrungsmittel, Chemie, Holz und Holzverarbeitung wie Papierherstellung und Druckerei. In **Malaysia** reichten die Schätzungen 1994 von 200.000 bis zu 2 Millionen, die Mehrzahl sollen Indonesier und Filipinos gewesen sein. In Zeiten des Booms wurden sie als Plantagen- und Bauarbeiter toleriert, doch mittlerweile stehen ›illegale Arbeit‹ und ›illegale Beschäftigung‹ unter Strafe. Mit großangelegten Operationen, wie 1993, als über 50.000 irreguläre Arbeiter aufgespürt und zur Ausreise gezwungen wurden, gehen die Behörden vor. 1998, nach Ausbruch der Krise berief sich die Regierung auf die Nationalen Sicherheitsgesetze, um im Zuge der ›Operation Go Away‹ und ›Operation Clean Sweep‹ auch das Militär gegen ›illegale Einwanderer‹ einzusetzen. Erklärtes Ziel war die monatliche Abschiebung von 10.000 Personen.[70] In **Singapur** wurden 1997 7.600 illegale Migranten aus Süd-Indien, Myanmar, Thailand und China identifiziert, 1996 waren es 5.710. Das Lohngefälle verläuft zwischen indonesischen Landarbeiterlöhnen von $ 23 bis $ 34 bis zu $ 200 auf einer Baustelle in Singapur. Daneben stellen irreguläre Migranten, die sich selbständig betätigen, das Gros irregulärer Händler und Marketender dar, welche die Versorgung mit *Fast Food* sicherstellen. Mit Krisenbeginn 1998 verschärfte die Regierung den Kampf gegen irreguläre Migranten.[71] Selbst **Indien** und **Pakistan** beklagen sich jeweils über viele Millionen ›Illegale‹, meistens Menschen unerwünschter Religion, die sich nicht an die Teilung des Subkontinentes in drei Staaten halten. Allein in Assam sowie in Karatschi sollen es je 2 Millionen Menschen sein.[72] In **Hongkong** werden Zigtausende Chinesen geradezu illegalisiert, insbesondere die Angehörigen von WanderarbeiterInnen, die kein Recht auf ein Familienleben mit ihren Verwandten haben.[73] Die größten Zahlen werden allerdings aus **China** gemeldet. Deng Xiaopings Politik der Modernisierung kombiniert mit der gezielten Nicht-Entwicklung ländlicher Regionen löste eine massenhafte Migration sowohl in die Gravitationszentren des Wachstums wie auch ins Ausland aus. Da sowohl der Wechsel des Wohnortes und die Aufnahme von Arbeit als auch die Ausreise ein *Permit* erfordert(e), sind die allermeisten der bis zu 100 Millionen inlän-

dischen Wandernden irregulär und ohne die üblichen Rechte.[74] (Mittlerweile wurde dieses Regime etwas gelockert.) In **Australien** unterstellte die Regierung 1995 schätzungsweise 48.000 »irreguläre ausländische Einwohner«, 1990 war von 90.000 die Rede. Sie reisten meistens legal ein und überschritten dann ihre Aufenthaltsfristen.[75]

Nord-, Latein und Südamerika

Mehr als die Hälfte der 6-9 Millionen in den **USA** lebenden irregulären MigrantInnen dürften aus Mexiko sein, weitere 11 % aus anderen mittelamerikanischen Staaten. Allein in Kalifornien wird der Anteil der undokumentierten unter den LandarbeiterInnen auf 50% geschätzt, etwa 350.000. Auch über die Textilindustrie wird geschrieben, »viele der Bekleidungsklitschen beschäftigen Immigranten und oft undokumentierte«.[76] Daneben werden sie im Hotelgewerbe und der Gastronomie beschäftigt. In **Kanada** wird vermutet, dass jährlich etwa 8.000 bis 16.000 irregulär einreisen, teils bleiben, teils in die USA weiterreisen. Insgesamt wird die Zahl der irregulären Migranten auf rund 200.000 geschätzt.[77] **Mexiko** stellt jährlich etwa 125.000 Arbeitserlaubnisse für Ausländer aus, daneben ist neuerdings selbst dort von ›illegalen‹ Ausländern die Rede: »Viele ... sind Guatemalteken, beschäftigt in Jobs, die von Kaffeebohnenpflückern und Bauarbeitern bis zu Dienstmädchen reichen. ... Verstöße gegen Mexikos Mindestlohn und die grundlegenden Menschenrechtsstandards sind verbreitet, wenn illegale Zentral-Amerikaner beschäftigt werden«.[78] Mitte der 90er wurde ein Instrumentarium inländischer Kontrollen eingeführt: Straßenblockaden im Grenzgebiet zu Guatemala oder Razzien in Krankenhäusern. Es wurde geschätzt, dass die Zahl der überwiegend zentralamerikanischen Abgeschobenen 1994 bei 5.000 bis 6.000 monatlich lag. 1990 sollen es 90.000, 1993 143.000 gewesen sein. Offiziell waren es 1995 dagegen nur 3.700 Abschiebungen, womit das National Migration Institute andeutet, dass die meisten Ausweisungen informell ablaufen. In **Costa Rica** werden vor allem irreguläre Migrationsarbeiter aus Nicaragua erwähnt, »die überwiegende Zahl der 300.000 bis 800.000 NicaraguanerInnen lebt illegal in Costa Rica«, um dort unter anderem in der Textilindustrie zu arbeiten.[79] In **Argentinien** leben bis zu ein Million undokumentierte ArbeiterInnen aus Peru, Bolivien und Paraguay,

sie werden u.a. in koreanischen Textilfabriken zu Monatslöhnen von $ 300 für eine 60-Stunden-Woche beschäftigt. Jene, die auf den Baustellen arbeiten sind »oft aus Chile und Brasilien: Ein brasilianischer Arbeiter kann zehnmal mehr verdienen, wenn er in Argentinien arbeitet«.[80] In **Venezuela** werden rund 1,5 Millionen Kolumbianer vermutet, die zum Teil im Grenzgebiet entlang der 2.500 Kilometer langen gemeinsame Grenze Landwirtschaft betreiben.[81]

3. Eine globale Schicht der Parias

Der internationale Migrationsdiskurs markiert eine Reihe von Staaten als bedeutende Abwanderungsländer, oder anders ausgedrückt, als Arbeitskräftelieferanten für die wechselnde Nachfrage auf dem globalen Arbeitsmarkt. Dies sind: Indien, rund 10 Millionen InderInnen arbeiten außerhalb des Landes; die Philippinien mit 4,2 Millionen ArbeitsemigrantInnen, darunter bis zu 1,5 Millionen irreguläre; 2 Millionen PakistanerInnen; die Zahl der bengalischen ArbeitsemigrantInnen wird mit 700.000 angegeben, die der undokumentierten auf bis zu 1,3 Millionen geschätzt. Rund 4 Millionen Menschen haben Kolumbien verlassen und leben häufig irregulär im Ausland. Etwa 3,1 Millionen TürkInnen leben im Ausland, ebenso mindestens 1 Million IndonesierInnen. Außerdem wird Burma/Myanmar als bedeutendes Emigrationsland kategorisiert. Aus der Ukraine sind in den 90er Jahren mehr als 1,4 Millionen Menschen abgewandert. Und in Litauen haben etwa 8 % der Bevölkerung das Land verlassen, 300.000 Menschen.[82] »Der Exportartikel Nummer Eins von Jordanien oder Bangladesch ist Arbeit. Jordaniens Einnahmen aus den Überweisungen seiner Wanderarbeiter sind höher als aus dem gesamten Warenexport.«[83] Für die International Labour Organization (ILO) hat Stalker schon einmal die Größenordnung potenzieller Migration angedeutet: 800 Millionen. Allein für Marokko stellte eine Studie von 1998 für Casablancas Zeitschrift »Le Journal« fest, dass 54 % der Marokkaner »sicherlich« das Land verlassen würden, wenn ihnen eine Chance gegeben würde, in ein Land ihrer Wahl zu gehen.[84] Solche Schätzungen dienen entweder zur Quantifizierung des zur Verfügung stehenden Pools von BilligmalocherInnen oder aber als Bedrohungsszenario.[85]

In einigen Zuwanderungsländern, beispielsweise Griechenland wird eine »›Feminisierung‹ von Migrationsbewegungen« konstatiert, die ILO schätzt, dass allein mindestens 1,5 Millionen asiatische Frauen im Ausland arbeiten.[86] ArbeitsmigrantInnen aus Sri Lanka, den Philippinen, Indonesien, Thailand und Indien sind demnach mittlerweile mehrheitlich Frauen, die ILO sieht hierin eine Trendwende. Ganze Arbeitsmarktsektoren sind von Migrantinnen dominiert, Hausarbeit, Prostitution, Textil und Nahrungsmittelverarbeitung sind Frauensektoren.[87] Aber auch die Immigrationsstatusse sind geschlechtlich differenziert, ›Au-pair‹-Migration ist eine nahezu ausschließlich weibliche Strategie, politisches Asyl eine überwiegend männliche. Wirklich neu ist die Migration von Frauen nicht, schon in den 50er Jahren überstieg beispielsweise der Anteil von Frauen an der Migration aus der Karibik nach England den der Männer.[88] Und auch unter den ›ausländischen‹ ArbeiterInnen in Deutschland in den späten 60er Jahren waren 42 % ledige Frauen.[89] Neu ist höchstens, dass Migrantinnen mittlerweile von AkademikerInnen zur Kenntnis genommen werden.

Einige Autoren vermitteln den Eindruck, die Geschichte der Menschheit sei die Geschichte von Wanderungen, sei es auf der Suche nach Weidegründen, sei es mit den Jahreszeiten, sei es auf der Suche nach einem besseren Leben oder auf der Flucht vor Katastrophen, Krieg oder Verfolgung. Der ›homo migrans‹ ist gewissermaßen eine quasi naturgesetzliche oder kulturgeschichtliche Determinante.[90] Andere räumen immerhin ein, »die meisten Menschen sind geographisch und kulturell immobil und wollen das auch bleiben«.[91] Beides ist wohl richtig, menschliches Leben besteht einerseits in freien nomadischen Lebensformen, die seit den Staatengründungen unterbunden werden, wie auch in sesshaften Bevölkerungsgruppen, die ihrerseits wiederum regelmäßig vertrieben wurden. Vor allem große Wanderungsbewegungen sind ohne irgendeinen Einfluss von offener oder struktureller Gewalt und ökonomischer Ungleichheit oder Verteilungsungerechtigkeit nicht denkbar. Mit dem Konzept ›Migrationssystem‹, wie Sassen es unschuldig bezeichnet, wird jedenfalls verschleiert, dass es sich in der Regel wohl um (historisch) etablierte Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Akkumulationszentren und deren Randgebieten handelt, die vielfach den Wertschöpfungs-

ketten folgen.[92] Solche Migrationssysteme haben ihre Wurzel in der Ära der Eroberungen und des Kolonialismus.

Das Prinzip des Nationalstaates ist die Souveränität über ein bestimmtes Territorium und die politische Macht über alle Menschen innerhalb dieser festgelegten Grenzen. Grenzregime sind ein elementarer Bestandteil moderner Staaten, und »Grenzen sind dazu da, die Bewegung von Menschen ...zu regulieren«.[93] Ein Zweck besteht darin, Bevölkerungsbewegungen, »die Massenbewegung von *Menschen*« zu beenden und durch die »moderne periodische Migration von *Arbeit*« zu ersetzen.[94] Die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus und der Anschub neuer Akkumulationszyklen verlief über die Kontrolle der Wanderungsbewegungen und deren Umsteuerung in je spezifische Akkumulationszentren. Gleichzeitig lieferte das Konzept ›Nation‹ die Vorraussetzungen zur Herstellung neuer Loyalitäten, die, gegen unbequeme oder überflüssige Bevölkerungen gerichtet, deren Eindämmung oder Vertreibung dienten und in die Verbesserung der Rahmenbedingen für den neuen Akkumulationszyklus eingingen. Solche Prozesse lassen sich am Beispiel Staatenbildung in Afrika beobachten. Heutzutage wird dieses Konzept verfeinert, kleinteiliger gedacht und durch Regionalpolitik sowie Regionalisierung ergänzt. Durchgesetzt werden solche Regionen zum einen mittels des Konzeptes ›Entwicklungszonen‹, wie etwa die Euro-Regionen der EU, durch Devolutionsprozesse von Nationalstaaten, wie in Großbritannien oder Italien, sowie durch Ethnisierungsprozesse, mit denen Bevölkerungen in differenzierte politische Einheiten zerlegt werden, wie etwa in Indien. Dies hat eine ökonomische Dimension, nämlich differenzielle Grenzen als Wachstumsstrategie, wie auch eine der Intensivierung sozialen Kontrolle.[95]

Irreguläre Wanderung und ›Illegale‹ sind nicht gleich irreguläre Wanderung und ›Illegale‹. Es kann sich um Vertriebene oder Ausgebürgerte, um Arbeitsmigranten und Überlebensmigration, um irreguläre Arbeitspendler oder Auswanderer, um moderne Formen von Sklaverei und Menschenhandel handeln. Bei den irregulären Wanderungen kann es sich um unerwünschte, ›überflüssige‹ Bevölkerungsteile handeln, aber auch um begehrte Arbeitskräfte. Zum Teil werden sie bereits in den Abwanderungsregionen angeworben oder sogar in betrügerischer Absicht

weggelockt, zum Teil werden sie erst nach ihrer Einreise vom lokalen Arbeitsmarkt entdeckt und aufgesogen. Manchmal müssen sie sich allerdings ihre Nischen selbst schaffen, um beispielweise als HändlerInnen und MarketenderInnen ihr Leben zu fristen.

Die wenigen existierenden Studien lassen erkennen, dass irreguläre MigrantInnen überwiegend vom Verkauf ihrer Arbeitskraft oder ihrer Körper leben. Alle Länderberichte haben gezeigt, dass irreguläre MigrantInnen vor allem in der Textil- sowie in der Bauindustrie und Landwirtschaft beschäftigt werden, daneben im Hausarbeits- und Dienstleistungssektor sowie der Sexindustrie. Ohne diese MigrantInnen gäbe es in England keine Textilindustrie mehr, und auch Italien könnte seine Rolle als größter europäischer Textilhersteller nicht mehr behaupten. In Deutschland würde die Spargelernte ausfallen, in Italien und Spanien würde niemand mehr Tomaten ernten. Malaysias Palmölgewinnung würde ebenso zusammenbrechen wie die kalifornische Landwirtschaft. Von Malaysia und Singapur bis nach Deutschland und Argentinien hängt die Bauindustrie von irregulärer, sprich unterbezahlter Arbeitskraft ab. Darüber hinaus ist insbesondere Prostitution weltweit eine illegale Beschäftigung, und alle Regierungen weigern sich, dies zu ändern. Nur so können diese Frauen in ihrer extrem rechtlosen Lage gefangen gehalten werden.[96]

Es besteht eine Nachfrage nach irregulärer Arbeitskraft, weshalb sie vielfach faktisch stillschweigend toleriert wird. Irreguläre Migration hat eine Funktionalität für die jeweiligen Arbeitsmärkte. Die zum Beispiel in Nordeuropa verbreitete Laisser-faire-Praxis gegenüber irregulären MigrantInnen ist ein Reflex auf die Probleme, die aus der nicht-europäischen Nachkriegszuwanderung resultierten. Explizit wird der Entwurf von Bundesinnenminister Schily zu einem Zuwanderungsbegrenzungsgesetz damit begründet, dass a) die als ›Gastarbeiter‹ Angeworbenen überwiegend gar nicht daran dachten, mit dem Ausklang des Booms wieder auszuwandern, dass sie b) auch nicht repatriierbar waren und c) dass sie statt dessen sogar noch ihre Familien nachholten. Vielmehr blieben sie, obwohl teils arbeitslos, im Land und nahmen ihre Rechte im Sozialstaat in Anspruch.[97] Die südeuropäischen Staaten haben gar nicht erst Einwanderungsgesetze erlassen und damit die Verrechtlichung der Migration komplett verweigert. Über zwei Jahrzehnte wurde die Nachfrage nach MigrationsarbeiterInnen

nicht offiziell anerkannt. Mit der unregulierten, aber auch rechtlosen Präsenz von irregulärer Arbeit wurden all die angenommenen Nachteile regulärer ausländischer Arbeitskraft vermieden. Bei einem Mangel an Arbeit kamen sie erst gar nicht oder wanderten zurück oder weiter in andere Länder, bei Auffälligkeit wurden sie umstandslos abgeschoben. Nach getaner Arbeit haben sie keinerlei Anspruch auf Sozialleistungen oder gar Renten. Was für Einwanderer gilt, gilt umso mehr für ›Illegale‹:

»[Immigranten sind] unentbehrliche Arbeiter, die unser Essen kochen, unsere Häuser reinigen, unsere Maschinen bedienen, unsere Alten pflegen, unsere Rasen mähen, unsere Autos waschen, in den Hotels arbeiten und eine ganze Menge Sachen machen, deren Vorhandensein unserem nationalen Mosaik Reichtum und Struktur hinzufügen«.[98]

»Einwanderer sind eine biegsamere Arbeitskraft und so sind Fabrikarbeitgeber nicht verpflichtet, die Löhne im Einklang mit der nationalen Norm zu halten. Im Unterschied zur nationalen kann die eingewanderte Arbeitskraft flexibler eingesetzt werden, wodurch die urbanen Hersteller die Möglichkeit erhalten, ihre Produktion auf den Kunden zuzuschneiden und sich stärker auf Subunternehmer zu verlassen. Als weiteres Plus können sich urbane Hersteller auch auf eine große, ungeschützte Population von illegalen Migranten beziehen. Ihre Anwesenheit gibt dem Wort Ausbeutung einen neuen Sinn. ...Die Ankunft der neuen Migranten hilft zu erklären, warum die vergangenen zwei Dekaden eine neue ›urbane Renaissance‹ gesehen haben. Der Einfluss der im Ausland geborenen Arbeiter hat dem komatösen Fertigungssektor neues Leben eingehaucht.«[99]

»Migration und Arbeitsmobilität sind essentielle Bestandteile wirtschaftlicher Integration. ... Migration ist ökonomisch effizient und förderlich«.[100]

»Städten kommt eine strategische Bedeutung als Steuerungszentralen, globalen Marktplätzen und Produktionsstätten im wirtschaftlichen Globalisierungsprozess zu, und zweitens erfüllen viele entwertete Sektoren der urbanen Ökonomie für das Zentrum tatsächlich entscheidende Funktionen. Wir wollen damit unterstreichen, wie wichtig Städte gerade in einem globalisierten Wirtschaftssystem sind und welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die normalerweise übergangenen Sektoren haben, die

weithegend auf der Arbeit von Frauen, Immigranten und – im Fall der amerikanischen Großstädte – von Afro-Amerikanern und Latinos beruhen«.[101]

Vor allem die *Global Cities*, ein Netz von 500 über den Erdball verteilten neuen Akkumulations- und Steuerungszentren, basieren auf der Integration und Vernutzung insbesondere irregulärer WanderarbeiterInnen. Sassen hat anschaulich dargelegt, dass weder die Glaspaläste der internationalen Firmenverwaltungen noch die computerisierte Dienstleistungsindustrie, weder die Schaltstellen der großen Finanzinstitute noch das Personal dieser Geschäftszentren ohne die Arbeit der Putzkolonnen, Gärtner, Hausangestellten, Parkplatzwächter, Fahrstuhlführer und anderer funktionieren würde.[102]

Tatsächlich ist auch die unerwartet lange Welle der US-Ökonomie, wie auch das scheinbar paradoxe europäische Nebeneinander von Rezession und Konjunktur[103], wesentlich dem Input durch die Migration geschuldet, und zwar gleichermaßen den arbeitsintensiven wie den kapitalintensiven Sektoren.

»In Los Angeles sind 40 % der Bevölkerung im Ausland geboren, New York spiegelt dasselbe Muster wieder. ... Etwa 40 % aller neuen Patente im Computersektor sind von eingewanderten Arbeitern, und im Silicon Valley ist beinahe die Hälfte der meisten Firmen ausländischer Herkunft.«[104]

Es lässt sich ahnen, dass der lange US-amerikanische Boom auf dem Zufluss insbesondere von irregulären lateinamerikanischen MigrantInnen beruhte.[105] Die Welle war nicht zuletzt auch deshalb so lang, weil Kapital und Wertschöpfung heute extrem flexibel sind und weil nach dem Ende einer Welt der Blöcke die transnationalen Konzerne Zugriff auf die ganze Welt haben. Und sie speist sich aus der Migration, der immer neuen Zufuhr von weltweit mobilisiertem Kapital mit dem Wörtchen ›Human‹ davor.

Möglich wurde dieser Rückgriff auf die neuen Migrations- und insbesondere auf irreguläre ArbeiterInnen erst durch die Ausweitung der urbanen Schattenökonomie mit ihrer Klitschenstruktur. Erst die »schöpferische Zerstörung« der keynesianischen Sozialbeziehungen, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse hat die Voraussetzungen geschaffen für die Ausformung einer Schicht von Arbeit, welche die bisherige Pyramide nochmals mit niedrig entlohnter und rechtloser Arbeit unterfüttert.[106] Eine Sonderrolle

nimmt die häufig unterschlagene Produktionsweise der Sklaverei ein. In etlichen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas bestehen sogar gleichzeitig unterschiedliche Formen der Sklaverei – von der Schuldknechtschaft bis zu SexsklavInnen – fort. Ihre Zahl wird vom *Comité contre l'esclavage moderne* und der ILO auf 200 Millionen Menschen geschätzt. In der Tat sind »niemals mehr Menschen zur Herstellung von Waren oder als Dienstleister versklavt worden, als gegen Ende des 20. Jahrhunderts«. Die Ausweitung der Markwirtschaft hat die Sklaverei mitnichten abgelöst, sondern vielmehr zu deren Verbreitung beigetragen. Gerade »im Spannungsfeld der Deregulierung«, wo Menschen zur bloßen Ware werden, haben sich neue Formen der Sklaverei ausgebreitet. Es ist ein Irrglaube, dass mit der Ausbreitung des Industriekapitalismus die Sklaverei verschwunden sei. Zahlreiche wirtschaftliche Sektoren in Industrie und Handwerk, in der Haus- und Landwirtschaft basieren auf dieser Form der Zwangsmigration. Sklaverei ist ein Baustein in der transnationalen Produktionskette und geht ein in die globalen Wertschöpfungsnetze, beispielsweise wird die Holzkohle, die die Sklavenköhler in Mato Grosso do Sul herstellen, in Sao Paulo in der Stahl- und Automobilproduktion verwendet. Sklaverei ist kein Anachronismus, sondern hat mit der Globalisierung, also der Neuordnung der Verwertung und der damit einhergehenden Brutalisierung der Ausbeutung erneut an Bedeutung gewonnen.[107]

Mit über 5 Millionen Papierlosen in Europa, mehr als 6 Millionen in den USA und mehr als 33 Millionen weltweit handelt es sich nicht um eine sogenannte Randgruppe, sondern vielmehr um eine Schicht, die die soziale Hierarchie weltweit unterfüttert. ›Illegale‹ bilden eine nunmehr weltweit auftretende, breite und international zusammengesetzte Schicht von ArbeiterInnen, die in vielen Boomregionen und für viele Sektoren und Nischen Strukturvoraussetzung ist. Sie sind Ausbeutung, totalitären Beschäftigungsverhältnissen, Vernutzung und Betrug in Formen ausgesetzt, die verschwunden geglaubte frühkapitalistische Verhältnisse erneuern. Jene, die nicht arbeiten, Familienangehörige etwa, sind die wahren ›Schattenmenschen‹ unserer Gesellschaften.

Wenn Management-Theoretiker von Migration sprechen, meinen sie die Migration von Kapital.[108] Im Zeitalter der internationalen Arbeitsteilung und beschleunigt im Zeitalter der Globalisie-

rung machte sich Kapital auf die Suche nach günstigen Anlagen, nach niedrigen Löhnen und disziplinierten Arbeitskräften. Unternehmer gaben ihre traditionellen Standorte in den Hochlohnregionen auf und zogen in neue *Global Cities* oder globale Produktionszonen. Baumann sieht darin eine Strategie im Klassenkampf, mit der Unternehmer den Forderungen von ArbeiterInnen und den Ansprüchen der lokalen Gemeinschaften zu entkommen suchen.[109] Es ist nur folgerichtig, diese Methode, wonach sich in der Migration ein sozialer Konflikt widerspiegelt, auch auf die Perspektive von unten, von den MigrantInnen her anzuwenden. Tatsächlich ziehen MigrantInnen den Kapitalbewegungen hinterher, streben in die neuen Akkumulationszentren, stellen immer wieder neu ihre Forderungen, allein schon durch ihre Anwesenheit. MigrantInnen hetzen das Kapital um den Globus, auf dessen Fersen immer die ›Revolution der Erwartungen‹. Die tritt nicht mehr in Gestalt immobiler nationaler Arbeiterklassen auf, sondern in Form hochmobiler nomadischer Massen. Nach wie vor gibt es keine Theorie der Migration, die diesen Aspekt aufgreift. Migration wird vor allem von oben analysiert, als Flut, als Bedrohung, als Herausforderung, als Anforderung an Management und Steuerungsmechanismen oder als Humankapital. Richtig wurde die Bewegung ländlicher Massen, entwurzelt und enteignet im Zuge der ›Grünen Revolution‹ – Industrialisierung der Landwirtschaft und die Integration bäuerlicher Dritte-Welt-Gesellschaften in die Welt des Kapitalismus –, die Flucht verarmter Massen auf der Suche nach Einkommen in die Städte als »Weltrevolution der Barfüßigen« analysiert.[110] Migration ist eine Form sozialer Bewegung, die eine spezifische soziale Reaktion in einer bestimmten historischen Ära ist. Globale Migration ist ein charakteristisches Merkmal des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts, nicht zuletzt deshalb »muss der Flüchtling als die zentrale Figur unserer politischen Geschichte betrachtet werden«.[111] Migration an sich stellt die globale Verteilung des Wohlstandes in Frage und fordert die sozialgeografische Zonierung der Welt in Arm und Reich heraus. Insbesondere selbstbestimmte Migration unterläuft die planerischen Vorstellungen und damit die sozialpolitische Hegemonie der Ersten Welt. In der ›Autonomie der Migration‹ drückt sich eine soziale Form von Widerstand gegen dieses Projekt aus. Sie verkörpert eine Form des Kampfes für globale Verteilungsgerech-

tigkeit. Migration repräsentiert den Anspruch auf das Recht, einen Ort zu verlassen, das Recht, woanders hinzugehen, einschließlich des Rechts, Grenzen zu überschreiten, und des Rechts, an einem bestimmten Ort zu bleiben. Es beinhaltet das Recht, vor einer unerträglichen Situation zu fliehen, sei es Krieg, Katastrophen, Verfolgung, Armut, Hoffnungslosigkeit, Chancenmangel oder Mangel an Bildung. Motiv kann aber auch bloße Abenteuerlust, Liebe oder Familienzusammenführung sein. In der Migration suchen die Menschen vielfältige Hoffnungen, Erwartungen und Ansprüche zu realisieren: Freiheit von Verfolgung, politische und individuelle Freiheit, Frauenrechte, Frieden, Menschenwürde, sicheres Einkommen, Ausbildung oder eine Zukunft für die Kinder. Migrationsstudien belegen häufig, dass der moralische Bezugsrahmen von MigrantInnen ein anderer ist als jener der aufnehmenden Gesellschaften und deren Gesetze. Jene, die migrieren, schauen zuerst auf ihre eigenen Wünsche und trachten diese umzusetzen, ungeachtet der Regulierungen in den jeweiligen Reisezielen. Migration ist mit den Restriktionen der Zuwanderungsstaaten und Migrationsregime konfrontiert, Resultat ist ein sozialer Antagonismus.

Diese Konfliktualität erfährt häufig eine weitere Zuspitzung in der der Migration folgenden Konstellation: Diskriminierung, Rassismus und ›schwarze soziale Bewegungen‹. Ob während der Arbeitskämpfe in den USA am Beginn des 20. Jahrhunderts oder während der Wiederbelebung der ArbeiterInnenbewegung in den USA in den 1990er Jahren; ob während der Streikbewegungen in Westeuropa während der 1960er und 70er Jahre; ob im Zuge der urbanen Revolten in England in den 1970er und 1980er Jahren sowie in Frankreich in den 90er Jahren; es waren ›AusländerInnen‹, ›ethnische Minderheiten‹ oder ›Schwarze‹, die die Kerne dieser Bewegungen bildeten.[112] Migration, städtisches Wachstum und Krisen der sozialen Kontrolle sind aufs engste miteinander verzahnt, »die neuen Formen des Wirtschaftswachstums, wie sie im urbanen Randgebiet auftreten, sind gleichbedeutend mit Krise: Aufruhr in den Immigrantenghettos, Stadtflüchtlinge, die eine Kontrolle des Wirtschaftswachstums zum Schutz der Umwelt einklagen«.[113]

Immer häufiger betreten auch Papierlose die Bühne und konstituieren sich als politisches Subjekt. Vor allem in Frankreich 1996

und in Spanien im Winter 2001 »traten *Sans Papiers* ans Licht« und formierten sich zu politischen Bewegungen. Auch in der Schweiz schlossen sich seit 2000 *Sans Papiers* in Lausanne, Fribourg, Bern und Chaux-de-Fonds zu Kollektiven zusammen und besetzten 2000 sowie 2001 mit der Forderung nach Papieren eine Reihe von Kirchen.[114] In Italien fanden sich MigrantInnen, antirassistische Gruppen und Illegale zu dem Bündnis ›*Il 3 Febbraio*‹ zusammen, deren Zeitschrift gleichen Namens listet zahllose Proteste und Aktivitäten auf, die regelmäßig die Forderung nach einer Amnestie für Papierlose beinhalten. Eine der großen Demonstration anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua im August 2001 wurde von papierlosen MigrantInnen aus zahlreichen Ländern dieser Erde angeführt. In der Vergangenheit (1997) protestierten in der spanischen Enklave Ceuta 500 internierte irreguläre Migranten gegen ihre Inhaftierung.[115] 1999 demonstrierten maghrebinische Migranten in Gibraltar gegen ihre Ausweisung, 2000 organisierten sich in Barcelona und anderen Städten die ›*Sin-papeles*‹, besetzten Kirchen und öffentliche Plätze, und in Sevilla 2002 eine Universität, um ein Bleiberecht zu erkämpfen.[116] In London organisierten irreguläre ArbeiterInnen 1995 einen landesweit beachteten Streik gegen ihre Arbeitsbedingungen, in einem weiteren Fall besetzten sie aus Protest gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen 1997 eine Fabrik. In Den Haag hatten über 1.000 Illegale gegen ihre Arbeitsbedingungen demonstriert. In Antwerpen hatte es sogar einen sogenannten ›Aufstand der Illegalen‹ gegeben.[117] Vor kurzem erst demonstrierten wiederholt sowohl in Südkorea als auch in Hongkong irreguläre ArbeiterInnen, überwiegend ChinesInnen sowie illegalisierte Angehörige von WanderarbeiterInnen gegen die Politik der Abschiebung.[118] In einem auf Zypern eingerichteten Internierungslager für ›illegale‹ Migranten revoltierten 1998 überwiegend Afrikaner gegen ihre Situation.[119] Auch in Malaysia, wo 1998 in einer Reihe von Lagern insgesamt über 20.000 Migranten interniert waren, brachen Aufstände sowohl gegen die Internierungsbedingungen als auch gegen die Abschiebungen aus.[120] Solche Kämpfe können wir seither in vielen Ländern, solche Revolten in vielen Flüchtlingslagern beobachten. In der Bundesrepublik müssen die Kämpfe um Asyl in der Kirche, des kurdischen Wanderkirchenasyls oder der staatenlosen libanesischen Kurden in Bremen als Kämpfe von

Illegalisierten für Papiere betrachtet werden. Auch die Aktivisten der Roma-Proteste zu Beginn der 90er Jahre waren vielfach bereits Illegalisierte, gleichwohl haben sich die Kämpfenden, anders als in Frankreich und jüngst in Spanien oder der Schweiz selten als Papierlose und vor allem nicht als multinationales soziales Subjekt verstanden und konstituiert.[121]

Viele dieser Proteste sind deshalb strategisch, weil entweder die irregulären MigrantInnen strategische Funktionen für die unteren Wirtschaftssektoren haben oder weil sich an ihnen die Modernisierung der Migrationspolitik, die Schnittstelle aus Abschiebungen einer bestimmten Gruppe zugunsten der Anwerbung anderer MigrantInnen manifestiert.

II. Migration und irreguläre Wanderungen im Fadenkreuz

»In den 1980er und 1990er Jahren begannen illegale Grenzübertritte und illegale Migration ein bedeutendes Problem in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darzustellen, ebenso wie anderswo in Europa.«

(Europarat 1999)[122]

»Ein neues Gespenst geht um in Europa: Es ist der klandestine Einwanderer, der Flüchtling, der Asylsuchende, die Verkörperung des unsichtbaren Menschen ohne Rechte. Alle Mächte des alten Europas haben sich zu einem Kreuzzug verbündet, um es zu verjagen und zurückzuschicken. Geplant wurde er von Politikern und Polizisten in Schengen zum Aufbau und der Verteidigung der Festung Europa.»

(Ya Basta (2001): Demonstrationsaufruf gegen den G7 Gipfel in Genua)

Bis Mitte der 80er Jahre beschäftigte sich – außerhalb der USA – kaum jemand, keine internationale Organisation, keine Institution und kein universitärer Lehrstuhl mit dem Thema ›irreguläre Migranten‹, ›illegale Zuwanderung‹ oder ›Menschenhandel‹. Das hat sich Anfang der 90er Jahre sprunghaft geändert. Seither wurde auch, ausgehend von den USA, das Konstrukt des ›illegalen Migranten‹ zum Schlüsselbegriff und zentralen Rechtfertigungsargument der Migrationsbekämpfung.

1. Aufbau eines europäischen Migrationsregimes

Am weitesten fortgeschritten ist der Aufbau eines staatenübergreifenden Migrationsregimes bislang in Europa. Insbesondere die Europäische Union ist seit dem Vertrag von Maastricht 1993 geradezu das Epizentrum einer solchen Entwicklung. Innerhalb von 15 Jahren wurde ein ›supranationales‹, ›pan-europäisches Regime‹ etabliert.[123] Das Interesse an einer gemeinsamen Migrationspolitik ist neben der Wirtschaftspolitik eine der Triebkräfte des Einigungsprozesses, denn in der Außen- und Sicherheitspolitik gehen die

nationalen Interessen häufig auseinander. Die gemeinsamen Feindbilder ›Asylantenflut‹ und ›illegale Migration‹ sind konstitutiv für die europäische Identität.

1.1. Von Schengen bis Amsterdam

Seit dem Beginn der 1980er Jahre setzen die Europäischen Staaten im Rahmen des Ministerrats, der Europäischen Kommission und der *Trevi-Gruppe* Einwanderungsfragen, Visa, Asylsuchende und Grenzkontrollen auf ihre Tagesordnung, zunächst allerdings mit geringen Konsequenzen.[124] Mit dem *Übereinkommen von Schengen* 1985 bildeten die angeschlossenen Staaten (zunächst 5, später auf 9 erweitert) eine effiziente Parallelstruktur, um auch dort Migrationsprobleme zu koordinieren und einen eigenständigen Exekutivausschuss zu bilden. Die Schengen-Staaten, allen voran Deutschland, spielten fortan die Rolle eines Motors in der Migrationspolitik. Mit dem Europäischen Einigungsgesetz von 1986 einher ging bereits die Gründung einer *Ad-hoc-Gruppe Einwanderung* mit den Untergruppen Asyl, Visa, Außengrenzen und Abschiebungen.[125] Aus der Feder dieser Koordinationsgruppe stammt das Palma-Dokument von 1989, unter dem Titel »Freizügigkeit von Personen« ging es neben den Regelungen innerhalb der künftigen Gemeinschaft vor allem um die Festlegung von Visaauflagen, die Angleichung von Asylrecht oder Grenzkontrollen.[126] Damit waren die wesentlichen Bestandteile der zukünftigen EU-Migrationspolitik festgelegt: freie Mobilität für EU-BürgerInnen im Inneren, Angleichung der Zuwanderungs- und Asylpolitik, Abgrenzung nach außen. Mit dem Vertrag von Maastricht 1991 schlossen sich die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union zusammen, drei Politikbereiche, Wirtschaft, Sicherheit und Innenpolitik, wurden zu je separaten so genannten Säulen zusammengefasst. Die Asyl- und Einwanderungspolitik, neben anderen Themen wie Polizei, Zoll, Drogenbekämpfung, internationales Verbrechen und Strafrecht, fällt unter die so genannte Dritte Säule ›Justiz und Innere Angelegenheiten‹. Zuständiges Organ ist seither der *Ministerrat für Justiz und Inneres*. Aus dessen regelmäßigen Konferenzen sind 1991 der *Wiener Prozess* (Bekämpfung illegaler Einreise), sowie 1993 der *Budapester Prozess* (Grenzausbau) hervorgegangen.[127] Der Dritten Säule ordnen sich

eine Reihe von Instanzen zu: Zentrales Organ ist der *Koordinierungsausschuss 4*, kurz *K.4 Ausschuss* genannt, ein Gremium hoher Beamter aus Polizei, Zoll, Einwanderungsbehörden, Sicherheitsexperten und Innenministerien; der K.4 ist in drei *Lenkungsausschüsse* (I. Einwanderung und Asyl, II. Zusammenarbeit von Polizei und Zoll, III. Justizielle Zusammenarbeit) unterteilt. Die vormalige Ad-hoc-Gruppe Einwanderung ist in der Lenkungsgruppe I aufgegangen, Trevi in der Gruppe II. Die organisatorische Struktur der EU und ihrer drei Säulen ist allerdings ständigen Reformen unterworfen und mitnichten beständig, im Sommer 2002 steht eine weitere grundlegende Reform der Strukturen von JHA an. Von der *Ad-hoc-Gruppe Einwanderung* wurden 1991 das *Centre for Information, Discussion and Exchange on Asylum* (CIREA) und 1992 das *Centre for Information, Discussion and Exchange on the Crossing of Borders and Immigration* (CIREFI) gegründet, die mittlerweile der Lenkungsgruppe I unterstehen. Beides sind irreführende Bezeichnungen, denn im Grunde handelt es sich um Arbeitsgruppen.[128]

CIREFI wurde »zum Zweck der Bekämpfung illegaler Immigration« eingesetzt, »um Informationen zu sammeln über rechtmäßige und unrechtmäßige Immigrationsströme, unrechtmäßige Immigrationsmethoden, echte und falsche Reisedokumente, abgelehnte Asylsuchende und illegale Immigranten, die das Asylerfahren missbrauchen, Abschiebungen, Transportunternehmen«.[129] Sie arbeiten nach dem in der EU populären ›*Benchmarking*‹-Verfahren – einer in der Wirtschaft gebräuchlichen Methode, sich an den Besten zu messen und deren Erfolgsrezepte zu übernehmen. Allerdings beklagte Österreich 1998 (das zu dem Zeitpunkt die Rats-Präsidentschaft innehatte), die Ineffizienz des Centres: »Es ist in der CIREFI Arbeitsgruppe gebräuchlich geworden, Fragebögen zu jedem Gegenstand zu verschicken, anstatt Themen auf der Stelle zu diskutieren.«[130] Andererseits fließen gerade die Ergebnisse solcher Umfragen in den Harmonisierungsprozess ein, auf diese Art breiteten sich innerhalb der EU die effizientesten, weil kürzesten Asylverfahren, der rationellste Umgang mit Asylsuchenden aus.

Insbesondere die Ad-hoc-Gruppe, sowie CIREA und CIREFI arbeiteten bzw. arbeiten informell und teils im Geheimen. Ihre Zusammenarbeit mit Europol rechtfertigt CIREFI mit den Wor-

ten, dies »repräsentiert bestimmte Formen der Kooperation, die nicht rechtlich eingeschränkt sind«, womit gemeint ist, sie suchen sich ihre Kooperationspartner selbst, machen damit ihre eigene Politik und dazu bedarf es keines politischen Auftrages.[131] 1998 hat sich die EU mit der *Hochrangigen Arbeitsgruppe Asyl und Migration* eine weitere, alle Ebenen zusammenfassende flexible Einrichtung geschaffen. Ein weiteres Organ, der *Strategische Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen* wurde 1999 nach einem wegweisenden Ministerratsgipfel in Tampere eingesetzt (siehe nächstes Kapitel). Er ist seinerseits in eine Reihe von Arbeitsgruppen unterteilt, u.a. Migration, Rückführung, Visa, Asyl. Damit hat sich die EU eine Reihe von außerhalb der Kontrolle durch das Europaparlament liegenden Institutionen geschaffen, welche die Politik in Sachen Einwanderung, Flucht und Grenzsicherheit maßgeblich bestimmen und koordinieren.[132]

Der Europarat hatte Ende der 1990er Jahre beschlossen, dass die Hochrangige Arbeitsgruppe Asyl und Migration *»horizontale Analysen einer begrenzten Anzahl von Herkunftsländern von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern erstellen und auf dieser Grundlage konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Steuerung oder Eindämmung der Migrationsströme aus diesen Ländern unterbreiten«* soll.[133]

Daraufhin wurden eine Reihe so genannter Aktionspläne aufgelegt, die den Umgang mit den wichtigsten Herkunftsländern (Irak, Marokko, Albanien, Somalia, Sri Lanka, Afghanistan) und deren Nachbarregionen festlegen. Der 1998 beschlossene »Aktionsplan über den Zustrom von Migranten aus dem Irak und den benachbarten Regionen«[134] hatte beispielsweise die krisennahe Unterbringung von »illegalen Zuwanderern« in der Türkei, deren Rückführung, sowie die Schulung türkischer Behörden zum Inhalt. Der Plan zielt neben der Fluchtregion Irak/Kurdistan insbesondere auf die Transitrouten Türkei sowie die Route Jordanien beziehungsweise Syrien, Libanon und Zypern.[135]

Ebenfalls 1998 trat der Amsterdamer Vertrag in Kraft und löste damit den Maastricht Vertrag ab. Im Kern erklärt er Europa zu einem einheitlichen ›Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts‹ und stärkt damit die Zuständigkeit der EU für rechtliche und innenpolitische Angelegenheiten. Der Vertrag enthält außerdem einen Zusatz zum Gründungsdokument der Europäischen

Gemeinschaft. Der neue Artikel IV, Paragraph 61 bis 69 ›Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr‹ zielt insbesondere auf die politische Vereinheitlichung und verbesserte Kooperation von Polizei, Zoll und Justiz in Migrations- und Asylfragen. Er legt außerdem fest, dass die EU innerhalb von fünf Jahren gemeinsame Kriterien für Asylverfahren und die Aufnahme von Asylsuchenden, für die Rechtsstellung legaler Migranten und Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Migration auflegen soll.[136] Mit den 2001 vorgelegten Vorschlägen zur Vereinheitlichung der Aufnahme von Asylsuchenden, von Asylverfahren sowie von befristetem Schutz lag sie im Zeitplan.[137] Schlussendlich wird der vereinheitlichte Raum durch eine vereinheitlichte Grenzpolizei gesichert werden. In Vorbereitung ist eine gemeinsame Truppe für die Sicherung der EU-Außengrenzen.[138] Insbesondere die nördlichen Mitgliedstaaten versprechen sich davon mehr Einfluss auf das Migrationsgeschehen sowohl an den südlichen als auch an den neuen östlichen Außengrenzen.

Das Visa-Regime der Europäischen Gemeinschaft verdient besondere Aufmerksamkeit. Visa sind Vor-Einreisekontrollen, denen sich der oder die Reisende vor Beginn der Reise bei der jeweiligen Auslandsvertretung des betreffenden Landes stellen muss. Diese Praxis ist je nach Land verschieden, mal handelt es sich um einen knappen Fragebogen, mal um detaillierte Anhörungen, mal werden Einladungen, Sicherheiten oder Bürgschaften verlangt. Diese Ungleichbehandlung ist allein schon diskriminierend. Mit der Festlegung, Bürger welchen Landes visapflichtig sind und welche nicht, sowie mit den Visa-Vergabebedingungen wird effektiv das Verhältnis zu Drittstaaten und deren BürgerInnen ausgedrückt. Immer dann, wenn Zuwanderung überhaupt, deren Größenordnung oder die Qualität der Zuwanderung verdächtig scheint oder unerwünscht ist, werden Vor-Kontrollen festgelegt. Bis 1989 bestimmte jeder Staat selbst dieses Verhältnis, doch seither wird an einer Vereinheitlichung der Visapflicht, der Kriterien und Prozeduren sowie einer Liste unerwünschter Personen gearbeitet.[139] Seit Anfang 1996 gilt in der EU eine gemeinsame Visa-Liste, sowie eine ›Weiße Liste‹ von nicht visapflichtigen Staaten. Kriterien sind, ob Staaten für ›illegale Migration‹ bekannt sind, sowie ihre Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik.[140] Die Visa-Liste wurde im

März 2001 überarbeitet, umfasst 132 Staaten – 30 mehr als zu Beginn – und liest sich wie eine Liste der armen und ›schwarzen‹ Staaten in Asien, Afrika und Zentral-/Osteuropa.[141] Die Visapolitik dient der EU auch dazu, andere Staaten unter Druck zu setzen und sich der EU-Migrationspolitik anzupassen, um in den Rang eines visafreien Landes zu gelangen. Damit beispielsweise »Rumänen von der Visapflicht für Reisen nach Westeuropa befreit werden« konnte, musste das Land »EU-Bedingungen erfüllen« und »seinen Grenzschutz ... umorganisieren, um ›illegale‹ Migration besser zu bekämpfen«.[142]

Auf der exekutiven Ebene wird dieses Migrationsregime ergänzt um das automatisierte Fingerabdrucksystem EURODAC, um die Datenbank FADO (False and Authentic Documents) das *Schengen Informationssystem* (SIS), die *Arbeitsgemeinschaft Polizeiliche Zusammenarbeit mit den Mittel- und Osteuropäischen Ländern* (AG POL MOE) und *International Conference of Border Police* (ICBP), sowie EUROPOL. »Eine der Aufgaben [von Europol] ist die Prävention von und der Kampf gegen klandestine Migration und damit zusammenhängende Straftaten, wie den Menschenhandel.«[143] Seit 1999 haben die Bemühungen zugenommen, die Polizei und insbesondere EUROPOL stärker in die Bekämpfung unerwünschter Migration einzubinden. EUROPOL wird mittlerweile von CIREFI mit Informationen versorgt, nimmt an deren Sitzungen teil und beteiligt sich an dem »Frühwarnsystem illegale Migration«.[144]

1.2. Von Tampere bis Sevilla – vom Migrationsregime zum europäischen Imperialismus

Mit der Europarat-Konferenz in Tampere/Finnland 1999 beschlossen die Innenminister der EU die Weiterentwicklung und Expansion des europäischen Migrationsregimes.[145] Dies basiert auf drei sich ergänzenden Elementen: (a) die Expansion des europäischen Migrationsregimes in die Herkunfts- und Transitstaaten, (b) die Intensivierung des Kampfes gegen Papierlose und/oder deren Integration und (c) die selektive und gesteuerte Aufnahme von Arbeits- und Ansiedlungsmigration.

In Tampere einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Strategie, welche die Unterwerfung aller Verhandlungs-

partner unter das europäische Migrationsregime zum Ziel hat.

»Die europäische Gemeinschaft wurde vom Tampere Europarat im Oktober 1999 und durch kürzliche Beschlüsse des Rates für Justiz und Innere Angelegenheiten (JHA) bevollmächtigt, Standard-Klauseln zur Frage von Rückführungen in Übereinkünfte mit Drittstaaten aufzunehmen. ... Schließlich wurde eine Einigung über ein Rahmenabkommen erzielt – welches eine Basis für bilaterale Verhandlungen mit jedem AKP-Staat bietet.« (EU-ACP Bulletin, 10.2.000)[146]

Die Bundesrepublik in ihrer Rolle als Präsident des Europarats hat im April 1999 der Arbeitsgruppe Migration (Ausweisungen) einen Bericht vorgelegt, der feststellt:

»die Aufnahme von Rückführungsklauseln in Freundschafts- und Kooperationsübereinkünften ... von der Gemeinschaft mit Drittstaaten muss im Hinblick auf Abschiebungen eine gewichtige Rolle spielen. ... Eine im Hinblick auf Abschiebungen kohärente Politik kann alle Gebiete beinhalten, aber insbesondere Wirtschaft, Entwicklung und Außenpolitik.«[147]

In diesem Sinne ist die EU und jeder einzelne Mitgliedsstaat bemüht, Rücknahmeabkommen sowohl mit Herkunftsstaaten als auch mit Transitstaaten abzuschließen. Im Rahmen dieser Bemühungen wird mitunter starker Druck auf die Verhandlungspartner ausgeübt und beispielsweise Entwicklungshilfe oder Handelsabkommen an eine Zustimmung zu den Vorhaben der EU-Migrationspolitik geknüpft.

Im Vorfeld der Tampere-Tagung hatte Dänemark bereits zur Frage der Durchsetzung von Abschiebungen und Rücknahmeverpflichtungen vorgeschlagen, *»in Situationen, wo die Rückkehr aufgrund der Umstände im Herkunftsland Probleme bereitet, sollten folgende Maßnahmen angewendet werden: kontinuierlicher konsularischer Druck und Visa-Politik; die Beziehung zwischen Rücknahme und ... Hilfe, Handel, Investitionen etc«.*[148]

Diese Politik spiegelt sich insbesondere im Rahmen der Verhandlungen um die Neuauflage der Lomé-Konvention mit den 77 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) wider und wurde 2000 als Cotonou-Abkommen ratifiziert.[149] Artikel 13 sagt aus: »Diese Abkommen sollen, wenn dies von einer Partei für notwendig erachtet wird, auch Vereinbarungen über die Rückführung von Bürgern aus Drittstaaten und Staatenlosen abdecken.«

Mit dem ebenfalls in Tampere vorgelegten Aktionsplan Irak zielt die EU insbesondere auf die Türkei. Er betrifft explizit den »Zustrom von Zuwanderern aus dem Irak *und* den Nachbargebieten«.[150]

Dort heißt es unter E »Erforderliche Maßnahmen der Gemeinschaft/Union«: *»Die Türkei ist aufgrund ihrer geographischen Lage ein wichtiges Transitland«*; und unter der Rubrik »Dialog mit der Türkei – Migration«: *»Aushandlung eines Transitabkommens mit der Türkei, das es den EU-Mitgliedstaaten gestatten würde, abgelehnte irakische Asylbewerber auf freiwilliger Basis sowie zwangsweise in den Nord-Irak zurückzuführen.«*

Der Kooperation mit der Türkei zur Umsetzung von Rückführungen wird also eine zentrale Rolle beigemessen. Da sich der Aktionsplan Irak auch auf die Nachbargebiete erstreckt und implizit die Rückführung von Migranten aus den Nachbargebieten und weiteren Herkunftsländern umfasst, wird die Türkei auch in dieses Vorhaben eingebunden, insbesondere in Verhandlungen um Rückführungen nach Bangladesch und Pakistan.

Angesichts einer veränderten Weltlage nach den Attentaten auf das World Trade Centre in New York hat der EU-Aktionsplan für Afghanistan enorm an Aktualität gewonnen, wenn er auch durch die Ereignisse zum Teil überholt wurde. Dem Aktionsplan liegen fünf strategische Feststellungen zugrunde: 1. die teils erheblichen Rohstoffreserven (Gas, Öl, Kohle, Eisen, Kupfer), 2. der Migrationsdruck, das Flüchtlingsproblem (afghanische Flüchtlinge wurden 1999 als größte einzelne Flüchtlingsgruppe weltweit identifiziert) und die Fluchtrouten (über die GUS und Pakistan), 3. die Fluchtursachen, die durch das Taliban-Regime repräsentiert werden, 4. der Opiumanbau und Drogenhandel und 5. die Unterstützung von Terrorismus. Bislang hatten sich die Bemühungen der EU auf Rückführungen von Flüchtlingen aus Europa in Afghanistans Nachbarländer konzentriert sowie von dort weiter nach Afghanistan selbst. Darüber hinaus war die EU insbesondere bestrebt, die Flucht aus der Region zu erschweren und Migration zu regulieren, indem das Grenzregime ausgebaut, die Kontrollen intensiviert und der Zugang zu – gekauften oder gefälschten – Papieren bekämpft wurde. Erst die Kriegssituation erlaubte, auch die anderen Punkte, Sturz des Regimes und Zugang zu den Rohstoffreserven, auf die Tagesordnung zu setzen.[151]

Besonderes Interesse zeigt die EU an den Staaten außerhalb der neuen Ostgrenze sowie am Kaukasus. 2001 wurden Armenien und Aserbeidschan Mitglieder im Europa-Rat.[152] Ende der 1990er Jahre bildeten deutsche Juristen und Verwaltungsfachleute neues Personal in Kasachstan aus, als Entwicklungshelfer formulieren sie dort neue Handelsgesetze und Verwaltungsrecht, die eine getreue Kopie der deutschen Regelungen sind. Die erklärte Absicht ist, ein mit deutschem Recht kompatibles System zu etablieren. Auch Moldawien ist über den EU-Moldawien-Partnerschafts- und Kooperationsvertrag bereits an der Angel. Im Rahmen des Tacis-Programms fördert die EU dort das »Grenzmanagement zur Bekämpfung illegaler Migration an der ukrainisch-moldawischen Grenze«.[153] Gleichfalls innerhalb von Tacis begann der deutsche Bundesgrenzschutz 2000 mit der Fortbildung der ukrainischen Polizei bzw. Grenzschutztruppen. Resümee: »Diese und künftige Investitionen werden sich lohnen, denn unstrittig kommt der Ukraine als Transitland und zukünftigem Nachbar ... eine besondere Rolle zu«.[154] Den politischen Rahmen gibt ein Strategie-Papier des *Centre for European Policy Studies* in Brüssel für den Kaukasus ab, damit wurden weitgehende Ambitionen formuliert, die vor allem in der »Langzeit-Perspektive der Integration in die EU» bestehen.[155]

Zu Beginn der EU-Präsidentschaft Schwedens 2001 wurde ein Programm für eine Strategie der EU-Außenbeziehungen vorgelegt.[156] Darin wird eindrucksvoll das ganze Ausmaß der EU-Großmachtbestrebungen sichtbar. Geopolitisch umfasst die Strategie Zentral- und Osteuropa, den Balkan, Russland und die Ukraine sowie Moldawien. Dort haben die einzelnen europäischen Staaten ihre jeweiligen Interessengebiete und Claims bereits abgesteckt. Für Deutschland ist dies das erdölreiche Kasachstan, für Schweden die alten Einflussgebiete im Baltikum, für die Niederlande ist es Tadschikistan. Darüber hinaus erstrecken sich expansive Bestrebungen auf die Mittelmeerregion sowie die 77 AKP-Staaten. In all diesen Regionen wird die Außenpolitik vor allem vom Kampf gegen Migration bestimmt, für die Regionen Süd- und Zentralamerika ist der Kampf gegen Drogen das Hauptmotiv der Außenpolitik, in Zentralasien dienen die Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus als Legitimation. Mit den USA und Kanada werden darin die gemeinsamen politischen Ziele ab-

gesteckt, darunter »besondere Migrationsangelegenheiten von gemeinsamem Interesse«. Insbesondere geht es um die Frage, wie man sich die beiderseits umworbenen IT-Experten aufteilt, »ein weiterer Hauptpunkt, der diskutiert werden muss, ist der Bedarf an Arbeitsmigration aus Dritt-Ländern, um dem Expertenbedarf zu begegnen«.[157]

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser Prozess mit den Beschlüssen des EU-Gipfels im Juni 2002 in Sevilla. Die bereits mit dem Cotonou-Abkommen beschlossene Strategie wurde auf sämtliche Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Dritt-Staaten ausgeweitet. Fortan sollen Herkunfts- und Transitstaaten unter Androhung von Strafe – Druck durch Abkommen über Handel, Hilfe und Unterstützung gekoppelt mit politischen und diplomatischen Sanktionen – gezwungen werden, (a) einem ›gemeinsamen Management von Migrationsflüssen‹ und (b) der Zurücknahme ihrer in Europa unerwünschten BürgerInnen sowie auch TransitmigrantInnen zuzustimmen. Dieser Beschluss ging zurück auf ein weiteres informelles Treffen der EU-Innenminister am 14.2.2002 in Santiago de Compostella. Dort war ein ›Umfassender Plan zur Bekämpfung illegaler Migration und von Menschenhandel‹ diskutiert worden. Bislang stehen Abkommen mit Marokko, Macau, Russland, Pakistan, Sri Lanka und der Ukraine vor dem Abschluss, weitere mit Albanien, Algerien, der Türkei und China sind in Vorbereitung.[158]

In Sachen Asylpolitik macht sich allen voran die britische Regierung dafür stark, die weltweit anerkannte Genfer Flüchtlingskonvention einzuschränken. Der britische Außenminister Straw argumentiert, dass *»die Genfer Flüchtlingskonvention nicht mehr so funktioniert, wie es beabsichtigt war. ... Die Konvention war für eine Ära geschaffen, als der internationale Fluss von Menschen auf einem viel niedrigeren Level stattfand als heute. Internationales Reisen war selten, schwierig und teuer. ... 50 Jahre später machen sich Tausende von Möchtegern-Migranten einen Aspekt der Konvention zunutze* [das Asylrecht].«

Daraus leitet er zwei Vorstöße ab, erstens ein »internationales Schutzregime«, mit dem vollständig verhindert werden soll, dass Flüchtlinge überhaupt nach Europa gelangen, und zweitens die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten zum Asylverfahren. »Der Hauptfokus der internationalen Schutzanstrengungen sollte

sich auf die [jeweiligen] Nachbarregionen« beziehen. Das Modell Kosovo, krisennahe Unterbringung, dient ihm als Blaupause für eine globale Strategie. In diesen krisennahen Lagern soll die EU dann jene aussieben, die für eine Ansiedlung in Europa in Frage kommen, »eine abgestimmte Anzahl von Flüchtlingen würde in ihrer eigenen Regionen identifiziert und zur Ansiedlung nach Europa gebracht werden«. Schlussendlich schlägt er entweder eine Änderung der Konvention oder aber deren Uminterpretation vor.[159]

In der Praxis wurde dieses Modell mit dem beginnenden Krieg in Afghanistan sogar noch weiter zugespitzt. Während im Kosovo die Flüchtlinge noch außer Landes gelassen wurden, um entlang der Grenzen aufgefangen und interniert zu werden, legten die iranischen und pakistanischen Regierungen international unwidersprochen Stacheldrahtsperren aus, um die Flüchtlinge innerhalb der Krisenregion einzupferchen. Auch entlang der Grenzen zu den GUS-Staaten wurden Zäune errichtet, das Militär sperrt dort die Grenzregion wirkungsvoll ab. Damit wurde ein ganzes Land zu einem Flüchtlingslager.

1.3. Entwicklungszusammenarbeit als Migrationskontrolle

Mit den Beschlüssen von Tampere und dem Cotonou-Abkommen formulierten die Mitgliedstaaten der EU auch die Absicht, Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit an Bedingungen im Bereich der Migrationspolitik zu knüpfen. Solch eine Verknüpfung von Migrations- mit Entwicklungspolitik reicht, zumindest soweit dies für die Bundesrepublik nachvollziehbar ist, auf die Mitte der 90er Jahre zurück. 1995 hatte die *Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ), ein Bundesunternehmen des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), einen neuen Programmpunkt Migration aufgelegt. Sie formuliert damit den Anspruch, zu einer »Leitorganisation für Katastrophen- und Flüchtlingshilfe« zu werden. Die Themenstellung »Entwicklungszusammenarbeit als Prävention gegen Konflikte und Migration« ließ bereits erkennen, dass es neben der Prävention von Vertreibung um die Verhinderung von Migration gehen würde.[160] Außerdem bot sich die GTZ als Partner bei der Ansiedlung von Rückkehrern aus dem Ausland oder anderen Landesteilen an. An anderer Stelle hatte sie eingeräumt, dass interna-

tionale Bemühungen in der Regel nicht die Katastrophen an sich, sondern nur deren Folgen abmildern und verwalten können. Mit dem Hinweis, dass »der Ausbruch einer Katastrophe zu einem Vehikel des Wandels werden kann« erweist sich die GTZ zudem als treuer Verwalter des Schumpeterschen Konzeptes der ›schöpferischen Zerstörung‹.[161]

Als Programmziele wurden die Verhinderung von Migration, die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Lagern, die Rückführung von Migranten sowie die Ansiedlung von Transitmigranten in den Transitregionen formuliert. Zielregionen waren vor allem die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, einmal mehr der Kaukasus sowie Afrika. Die GTZ spekuliert ganz unverhohlen, »das Standardbeispiel Jugoslawien kann durch Georgien und Aserbeidschan ergänzt werden und wird alsbald im Kaukasus oder auch in Zentralasien weitere Nachfolger finden«. Darüber hinaus geht die GTZ von einem ›östlichen Migrationspotenzial‹ von 50 Millionen Menschen aus, die es aufzuhalten gelte. Die Vorbereitung auf solche Krisenszenarien dürfte den Diskussionsstand nicht allein des GTZ, sondern des Außenministeriums widergespiegelt haben.

Insbesondere konzentrieren sich die Ziele der GTZ darauf, die »Migrationstendenzen der deutschstämmigen Bevölkerung [aus Russland] in die Bundesrepublik Deutschland einzudämmen«, indem die GTZ die ›erfolgreiche‹ Umsiedlung in zwei besonders geförderte Siedlungsgebiete in Sibirien (sic) favorisierte. Mit solchen wirtschaftlich starken und auf der Grundlage von ethnischen Kriterien geförderten Enklaven erhofft sich die GTZ darüber hinaus einen migrationshemmenden Einfluss auf die umliegenden Gemeinden. Deren Bevölkerung soll, ob als Hilfskräfte, sagt sie nicht, an einen solchen wirtschaftlichen Entwicklungspol angebunden werden. Wenn dann noch hinzuphantasiert wird, dass solche Gemeinden eine Art »innergesellschaftliche Souveränität« annehmen könnten und von der GTZ gegen die Zentralregierungen verteidigt werden würden, nehmen die strategischen Überlegungen ihren Ausgang zwar von der Migrationspolitik, um dann aber weit ausholend in Struktur, Wirtschaft und Souveränität anderer Staaten einzugreifen.

Bemerkenswerterweise bekennt sich die GTZ offen zu einer Politik der Umgehung von staatlichen Organen und alternativ der

Kooperation mit NGOs, um ihre entwicklungspolitischen Ziele zu verfolgen.

In der Flüchtlingspolitik ist die GTZ in den Transport von Baumaterialien, Transportflotten und technischem Personal eingebunden. In letzter Konsequenz wird sie deshalb maßgeblich an der Umsetzung beispielsweise der Politik der krisennahen Unterbringung von Flüchtlingen durch Einrichtung von Lagern beteiligt werden. Eine solche Funktion fand sich bereits in der Arbeit der staatlichen *US Agency for International Development* wieder, die an maßgeblicher Stelle die strategischen und logistischen Auffanglinien gegen die Flüchtlingsbewegungen im Kosovo-Krieg implantierte sowie die Arbeit der NGOs organisierte und überwachte.[162]

In Fortführung dieser migrationspolitischen Rolle übernimmt das BMZ 2002 die Durchführung der ›freiwilligen Rückkehr‹ der in Deutschland teils seit 20 Jahren lebenden AfghanInnen. Eingebunden sind unter anderem die Deutsche Entwicklungsgesellschaft, die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und die Deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau. Es handelt sich insofern um eine konzertierte Aktion diverser Agenturen, die auf die 70.000 afghanischen Flüchtlinge abzielt.[163]

1.4. Papierlose – Massendeportationen oder Regularisierungsprogramme?

Bereits 1989 definierte das bereits proklamierte Palma-Dokument des EU-Ministerrates den ›Kampf gegen illegale Zuwanderungsnetzwerke‹ zu einer seiner Prioritäten. Sieht man sich aber rückblickend die Zahl der jährlichen irregulären Zuwanderung sowie die Zahl der in Europa vermuteten »Papierlosen« an, so kann man nur schlussfolgern, dass die EU an diesem Anspruch gescheitert ist. Im Jahr 2000 legte Frankreich, während es die Präsidentschaft des Europarates innehatte, vier Papiere über die Verschärfung des Kampfes gegen ›Illegale‹ *innerhalb* der EU vor.

Das französische Programm enthält: *»1.Direktive zur Einführung von Strafen für Transportunternehmen; 2. Rahmenbeschlüsse über den Kampf gegen die Beihilfe von illegaler Einreise und Aufenthalt; 3. Ratsdirektive über die gegenseitige Anerkennung von Abschiebebeschlüssen von Bürgern aus Drittstaaten; 4. Aktions-*

plan zur Verbesserung der Einwanderungskontrolle.«[164]

Dies ist sowohl als Antwort auf all die vielen Millionen Papierlosen in Europa zu verstehen wie auch als Kriminalisierung der UnterstützerInnenstrukturen.

Im Juli 2000 folgte auf Einladung der EU ein international besetztes Seminar in Frankreich, an dem neben den Innenministern oder Staatssekretären aller EU-Mitglieder und EU-Beitrittskandidaten auch die USA, Kanada, Mexiko und Australien sowie Interpol teilnahmen. Die französische Einladung erfolgte, »weil man den Kampf gegen illegale Migrationsnetzwerke an der vordersten Front der Gemeinschaft platzieren wollte. Aber angesichts des Ausmaßes dieses weltweiten Phänomens, das viele Länder betrifft, erkannten die französischen Behörden, dass das, was notwendig ist, ein gemeinsames Konzept ist, das gemeinsam geschaffen werden muss.«[165] In der Eröffnungsrede hieß es, man wolle *»auf der einen Seite eine ›Open-door‹-Politik für legale Immigration ... und auf der anderen Seite eine ›Closed-door‹-Politik gegen jene, die illegal einreisen und schnell und effektiv abgeschoben werden müssen; eine globale Herangehensweise zur Bekämpfung [illegaler Migrations-] Netzwerke unter Einbeziehung jeglicher passenden Maßnahme, vom Herkunftsland zum Zielland«.*[166]

Damit steht zumindest als Absichtserklärung der Anspruch der EU im Raum, den Kampf gegen irreguläre Migration gemeinsam mit anderen Staaten, allen voran den USA zu organisieren, auch in den Herkunftsstaaten außerhalb der EU anzusetzen und dabei »jede passende Maßnahme« zu ergreifen. Angesichts des kaum verhohlenen aggressiven Untertons könnte man auch spekulieren: Drogenpolitisch begründete Interventionen und Invasionen, wie die der USA in Panama oder in Kolumbien, könnten sich auch einmal statt gegen Drogenkartelle gegen ›Schlepperbanden‹ richten?!

Neu an diesem Vorstoß ist aber auch, dass Frankreich nach 1997, als ein derartiger Vorschlag zunächst abgelehnt worden war, den Begriff der ›illegalen Einwanderungs-Netzwerke‹ einführt. Er geht sowohl über das Konzept ›illegale Migration‹, als auch das Konzept ›organisiertes Verbrechen‹ hinaus, weil er explizit auch auf die MigrantInnencommunities in den Fluchtländern sowie die transnationalen Communities der über viele Länder verstreut le-

benden Diasporas abzielt. Darüber hinaus haben sie auch die Arbeitgeber und härtere Strafen für illegale Beschäftigung im Sinn, eine Strategie, die innerhalb der EU nicht sehr beliebt ist, weil man sich so mit den mächtigen Unternehmer- und Bauernverbänden sowie den Handwerkskammern anlegen würde. Zuletzt wurde der Vorschlag von Portugal wiederbelebt.[167]

Anfang 2001 legten die italienische und die britische Regierung gemeinsam noch einmal nach. In Bausch und Bogen wurden all jene MigrantInnen, die auf der so genannten Balkan-Route in die EU gelangen, als ›Illegale‹ klassifiziert, »organisiertes Verbrechen ist an nahezu all dieser Migration beteiligt«.[168] Auf diese Art werden jene, die vor Verfolgung und Unterdrückung fliehen, wie auch die Armutsflüchtlinge pauschal kriminalisiert. Damit wird eine Tradition weitergeführt, wonach die Einreise aus Furcht vor Verfolgung durch kein Gesetz legitimiert wird. Deshalb bleibt Asylsuchenden mehrheitlich nur die illegale Einreise unter Umgehung der Grenzkontrollen, mit falschen Papieren oder unter Angabe falscher Gründe. Es ist abzusehen, dass versucht wird, ihnen daraus einen Strick zu drehen.

Im November 2001 folgte ein vorläufig letztes Strategiepapier, welches die Lücke zwischen der Eindämmung der Asylsuchenden und der Zulassung bestimmter Formen von Arbeitsmigration schließen soll.[169] Es ist nicht überraschend, dass das Dokument die bisherige Politik bestätigt und bestärkt. Alle Elemente wie Grenzkontrollen, Visabeschränkungen, Bekämpfung der Fluchthilfe, Strafen gegen Transportgesellschaften, Abschiebungen, Einfluss auf die Herkunfts- und Transitstaaten finden sich auch in diesem Dokument wieder. Neu ist allerdings, dass erstmals seit 1995 und 96 der irregulären Arbeit eine gewisse Aufmerksamkeit gewidmet wird. Vor allem aber schlägt das Papier die Einrichtung einer Reihe neuer Institutionen vor: ein Europäisches Visa-Identifikationssystem und gemeinsame Visabehörden, ein Europäisches Migrationsobservatorium und ein gemeinsames Frühwarnsystem, eine gemeinsame Grenzschutztruppe und eine Europäische Grenzschutz-Schule. Mit einem ›Grünbuch Rückkehr‹ wurde 2002 sozusagen ein Handbuch zur Implementierung aufgelegt.[170] Ausgehend von bislang schon jährlich rund 350.000 Abschiebungen plus rund 165.00 (2000) von der IOM eingefädelten so genannten ›freiwilligen Rückkehren‹ soll die Politik der mas-

senhaften, organisierten Deportation, anders kann man das angesichts solcher Dimension nicht mehr nennen, noch weiter gesteigert und noch effizienter gestaltet werden.

Demgegenüber betrieben neben Belgien und Frankreich alle südeuropäischen Staaten (Griechenland, Italien, Spanien und Portugal) sowie die USA in jüngster Vergangenheit in großem Stil die Regularisierung von Papierlosen. In Großbritannien gibt es jährlich von einigen Tausend in Anspruch genommene Möglichkeiten zur Einzelfallregularisierung. Insgesamt wurden in der EU seit 1970 rund 1,8 Millionen Menschen regularisiert.[171] Während es in Portugal, ähnlich wie in den USA, die Gewerkschaften sind, die sich für die Regularisierung stark machen, ist es in England der Industriellenverband, der unter der Hand vorschlägt, es wäre sinnvoller, ›illegale‹ Arbeit zu regularisieren, statt immer neue Gesetzesverschärfungen gegen die Beschäftigung von Illegalen einzubringen. Ungarn geht einen anderen Weg und regularisiert gezielt jene, die seiner Nationalitätenpolitik entsprechen, die ungarischen Minderheiten aus den angrenzenden Staaten, die irregulär in Ungarn arbeiten. Damit verdirbt es sich aber auch das Verhältnis zu den Nachbarstaaten.[172] In Deutschland sind es auf der einen Seite die Bauern und Landwirte, die zwar nicht die Regularisierung ihrer illegalen ArbeiterInnen fordern, wohl aber die herrschende Laisser-faire-Praxis beeinflussen. Auf der anderen Seite haben sich insbesondere kirchliche Einrichtungen und Vertretungen und deren Wohlfahrtsorganisationen wie Caritas und Diakonie, Stimmen innerhalb von Parteien wie PDS und Grüne, sogar einzelne Stadträte wie in München, des Themas Regularisierung und/oder soziale Rechte und Leistungen für Papierlose angenommen.

Angesichts der jüngst gezeigten Entschlossenheit der EU-Migrationsbürokratie scheint alles darauf hinauszulaufen, dass im Zuge der Neugestaltung der europäischen Migrationspolitik das Management erneuter Zuwanderung einhergeht mit der verschärften Bekämpfung irregulärer Zuwanderung und der weiteren Bekämpfung der Asylmigration. Bevor jedoch auch in den südlichen Mitgliedstaaten reguläre Asylverfahren und Zuwanderungsgesetze wirksam werden, wurden dort zuvor die bestehenden Verhältnisse regularisiert.[173] Möglicherweise waren dies aber die letzten Programme ihrer Art.

1.5. EU, Militär und Migration[174]

Bis zum Vertrag von Amsterdam war die Europäische Union ein rein ziviler Zusammenschluss. In Artikel 17 wird jedoch die Absicht erklärt, das Militärbündnis WEU in die EU-Entscheidungsstrukturen zu integrieren und zum militärischen Arm der EU umzufunktionieren. Auf dem Helsinki-Gipfel der EU wurde außerdem beschlossen, Truppen für »nicht-militärisches Krisen-Management« aufzustellen, Synonym für bewaffnete, d.h. paramilitärische Polizeieinheiten, die bei der Dritten Säule angesiedelt wären. Solche »paramilitärischen Polizeikräfte bieten ... die Fähigkeit zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung dort, wo Abwesenheit staatlicher Legitimität herrscht«. Sie soll bis zu 5.000 Beamte umfassen, Vorbild ist der Einsatz von 3.300 solcher Einheiten auf dem Balkan. Doch in Zukunft denkt die EU an weltweite Einsätze, »es ist in unserem eigenen Interesse, für mehr Frieden, Stabilität und Sicherheit zu arbeiten, nicht nur in Europa, sondern auch jenseits unserer Grenzen. Das Ergebnis wären verlässlichere Partner, sichere Investitionen, stabilere Regionen und in Zukunft weniger Krisen« (Solana). Gründe für den Einsatz solcher Truppen sollen »zunehmende Gewalt, die Recht und Ordnung destabilisiert, Bruch des Friedens, Ausbruch von Kämpfen, bewaffnete Konflikte, massive Bevölkerungsbewegungen« sein. Damit erklärt die EU unverblümt, dass der Balkaneinsatz, der Einsatz von bewaffneten Einheiten außerhalb der Grenzen der EU zur Eindämmung von Migrations- und Fluchtbewegungen Muster für weitere ähnliche Operationen ist. Sie droht offen all jenen Staaten militärische Interventionen an, die die Kontrolle über ihre Bevölkerungsbewegungen verlieren.[175]

1.6. Die Ausweitung zu einem internationalen Migrationsregime

Von den Schengen-Staaten breitet sich ein solches Migrationsregime schockwellenartig vor allem nach Zentral-, Ost-, Südosteuropa sowie in den Nahen Osten aus. Druckmittel der EU sind dabei unter anderem die Bedingungen zur Voll-Mitgliedschaft in der EU sowie die Visabestimmungen. Daneben machen die nordeuropäischen Staaten ihren Einfluss im Rahmen der Baltische-Region-Kooperation geltend, insbesondere in Bezug auf das Bal-

tikum und Russland. Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung in den zukünftigen Mitgliedstaaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Litauen, Estland, Lettland, Zypern, Malta) und anderen Bewerbern um eine EU-Vollmitgliedschaft (Rumänien, Bulgarien). Schon 1991 schlossen sich Polen, die damalige CSSR und Ungarn in einer Art vorauseilendem Gehorsam zur so genannten Visegrad-Gruppe zusammen und boten der EU die Kooperation in Migrationskontrollfragen an. Mittlerweile hat Polen ein Asylsystem eingerichtet und »Ungarn versucht, so viel wie möglich illegale Immigranten zu ergreifen, um der EU zu zeigen, dass sie fähig sind, ihre Grenze zu kontrollieren, wenn sie ... der EU beitreten werden«.[176] Auf Druck der EU wiederholt sich derselbe Prozess in den Balkanstaaten: »Auf dem EU-Westbalkan-Gipfel in Zagreb am 24. November 2000 unternahmen die Regierungen von Albanien, der früheren Jugoslawischen Republik von Makedonien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien die Einrichtung regionaler Kooperation und Vereinbarungen gegen organisiertes Verbrechen, einschließlich illegaler Migration.«[177] Auch Rumänien »hat seinen Grenzschutz mit deutscher Hilfe umorganisiert. ... Das osteuropäische Land will damit eine der EU-Bedingungen erfüllen«.[178]

Mit den Nicht-EU-Mittelmeeranrainern (Maghrebstaaten, Ägypten, Israel, Syrien, Libanon, Palästinenser-Vertretung u.a.) wurde 1995 mit der *Erklärung von Barcelona* ebenfalls ein Vertrag geschlossen – und mit Marokko ein besonderer Anhang vereinbart –, der die Migration eindämmen soll und die Rückführung von irregulären Migranten vorsieht.[179] »Über allem steht das Ziel der reichen EU, die Millionen in Nordafrika zurückzuhalten, eine Flut von illegalen Migranten, die darauf warten, durch die Tausende Kilometer lange Grenze entlang der Mittelmeerküste zu sickern.«[180] Dieses politische Ziel wurde einen Monat später auf dem Europaratsgipfel in Madrid bekräftigt, »ein neuer, umfassender euro-mediterraner Zusammenschluss, der Frieden, Stabilität und Wachstum durch einen Prozess des Dialoges und der Kooperation fördern will«.[181] Im Jahr 2000 wurde dieser Anspruch bekräftigt und erweitert, die EU strebt eine »zunehmende Kooperation mit einer großen Anzahl von Staaten an«. Das Europarat-»Programm für externe Beziehungen im Feld von Justiz und Innenpolitik ... ruft auf zu einer zusammenhängenden und ein-

heitlichen Politik sowohl im Inneren wie auch nach außen«.[182] Eine relevante Entwicklung ist der Beschluss zur intensiveren Zusammenarbeit der EU mit jenen Nicht-Mitgliedstaaten, die auch in absehbarer Zeit nicht der EU beitreten werden und die sich zum ›Stabilitätspakt für Osteuropa‹ bzw. zum ›Stabilitätspakt für Südosteuropa‹ zusammengeschlossen haben. Das sind insbesondere Russland, die Ukraine und der Balkan. Auch hier beansprucht die EU eine »entscheidende Rolle ... insbesondere bei den Themen Menschenschmuggel, Migration und Grenzkontrolle«. Mit Russland und der Ukraine plant die EU weitere »Aktionspläne zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens«, konkret geht es auch dabei – nicht überraschend – um »Menschenschmuggel und illegale Migration«. Dieses Dokument knüpft an die Erklärung von Barcelona 1995 an und bekräftigt sie, insofern gilt für Verhandlungen mit mediterranen und afrikanischen Staaten das Gleiche. Im Oktober 2001 folgte in Athen eine weitere Konferenz des Europarates mit nordafrikanischen Staaten über die »Irreguläre Migration und die Würde von Migranten – Zusammenarbeit im Mittelmeerraum«. Dort wurde der neue Kurs der EU skizziert: Bekämpfung irregulärer Migration plus Migrationsmanagement und qualitätskontrollierte Zuwanderung. Staaten wie Marokko bietet die EU an, wenn diese die Ausreise irregulärer Migranten kontrollieren, dann würden einzelne EU-Mitgliedstaaten, namentlich Spanien, im Gegenzug Zuwandererprogramme unterschreiben.[183]

Die EU lässt sich den Ausbau des Grenzregimes in den Nachbarstaaten einiges kosten. Im Rahmen von Entwicklungshilfe, zum Beispiel des *PHARE Programms*, eigentlich ein Entwicklungshilfeprogramm, erhielt beispielweise Polen 1997 12 Millionen ECU, die Baltischen Staaten 1996 im Rahmen des *Baltic Border Management Programme* 6 Millionen ECU, Ungarn 1997 4 Millionen; Rumänien, Bulgarien und die Slowakei sollten folgen.[184] 1999 schließlich hieß es: *»Die EU will die Asylpraxis in den zehn beitrittswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas an die Standards der EU anpassen. ... Die 84 Einzelprojekte werden mit 6 Millionen DM gefördert. ... Betreut werden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn, Tschechien und die Slowakei.«*[185]

Doch damit gibt sich die EU nicht zufrieden, am 19. Januar 2001 schlug die britische Delegation dem *Strategischen Komitee*

für Einwanderung, Grenze und Asyl vor, Polizei und Einwanderungsbeamte der Mitgliedstaaten direkt entlang der Wanderrouten im Balkan einzusetzen.[186] Am 26. Februar 2001 beauftragte der Europarat CIREFI mit dem »Aufbau eines Netzwerkes von Verbindungsbeamten zur Kontrolle von Migration«.[187] Parallel dazu diskutiert die EU-Arbeitsgruppe Polizeikooperation, inwiefern die bereits über 300 außerhalb ihrer Staaten eingesetzten Polizeiverbindungsoffiziere (beispielsweise in Moskau und Bangkok) sowie EUROPOL ebenfalls in diesen Prozess eingebunden werden können.[188] In Fortführung dieses Prozesses hat die EU im April 2001 im Rahmen des Balkan-Stabilitätspaktes, namentlich die *Steering Group Migration*, eine »Initiative Migration/Asyl« gegründet. Dieses »hochgradig bedeutende und sehr wichtige Treffen für die Entwicklung regionaler Kooperation im Feld von Einwanderung und Asyl ... zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen illegale Einwanderung« hat das Ziel, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und die ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien auf diesen Kampf einzuschwören.[189] Demnach übernehmen einzelne EU-Staaten »Patenschaften« für die Balkanstaaten, richten dort »Zellgruppen« aus Verbindungsbeamten ein, die die Umsetzung der Wanderungskontrolle und der Asylpolitik überwachen und unterstützen.[190]

Dieser Prozess kennt keinerlei kontinentale Beschränkung, vielmehr erstreckt er sich auf alle Erdteile und strebt die Kooperation mit allen Staaten dieser Erde in Nord- und Südamerika sowie Asien an. Bereits 1995 hatte die EU eine »neue transatlantische Agenda«, einen »Gemeinsamen EU-US-Aktionsplan«, und das »interregionale Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und Mercosur« (ein Kürzel für den südamerikanischen Markt) in Angriff genommen. Die eigentlichen Abkommen drehten sich vor allem um die »Bekämpfung des Drogenhandels« und »internationales Verbrechen« sowie »Terrorismus«. Doch beim für die Ausführung zuständigen K.4 Ausschuss sowie dem EU-US-Aktionsplan tauchten die Themen Migration und Fluchtbekämpfung wieder auf.[191] Unter der Überschrift »Antworten auf globale Herausforderungen« hieß es dort: *»Wir verpflichten uns, mit unseren Aktionen und Ressourcen gemeinsam den Herausforderungen des internationalen Verbrechens, Terrorismus und Drogenhandel [und] Massenmigration entgegenzutreten.«*

2002 wurde ein vergleichbarer Prozess zwischen der EU und 15 asiatischen Staaten aufgenommen (Asian-European Meeting ASEM).[192] Die Regierungen kamen überein, dass die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien besteht, um Migrationsflüsse zu organisieren und zu diesem Zweck ein Kontaktnetz zu knüpfen.[193] Darüber hinaus formuliert beispielsweise die ILO-Konvention 143[194] exemplarisch den Zweck solcher zwischenstaatlichen Kooperationen: *»Staaten müssen zusammenarbeiten ... um klandestine Bewegungen von Migranten auf der Arbeitssuche zu unterdrücken, ... sie müssen ihre Energien zusammenfassen, um die Organisatoren solcher Bewegungen und die Arbeitgeber illegaler Migranten zu erfassen. Die Konferenz ruft auf zu regelmäßigem Kontakt und Informationsaustausch, um sicherzustellen, dass die Schmuggler von Arbeitskraft verfolgt werden, egal in welchem Land sie operieren.«*[195]

1998 beschloss die ILO, ihre *»nächste Konferenz sollte sich engagieren in einer allgemeinen Diskussion über die Beschäftigung von Migranten in niedrig- und ungelernten Jobs und der Reduzierung von irregulärer und illegaler Beschäftigung«.*[196]

Im Kampf gegen irreguläre Migration kooperieren ILO und IOM, wie beispielsweise 1999 im Rahmen des International Symposium on Migration: Towards Regional Cooperation on Irregular/ Undocumented Migration in Bangkok.

Im Mai 2001 traf sich in Bukarest eine illustre Runde von FBI-Direktoren, Interpol- und Europol-Beamten, Vertretern der EU und der Innenminister von 13 südosteuropäischen Staaten, um die »umfassende und enge internationale Zusammenarbeit« gegen Menschenhandel voranzubringen.[197]

Unterhalb der Ebene internationaler Steuerung liegen bilaterale Abkommen, die internationalen Abkommen vorausgehen oder sie konkretisieren. Die USA und Kanada haben den Baltischen Staaten und Weißrussland 1,5 Millionen Dollar gegeben, »um sie in ihren Bemühungen um die Prävention von illegaler Immigration und der Betreuung von Flüchtlingen zu unterstützen«.[198] Auch Schweden finanziert und unterstützt beispielsweise den Aufbau des Grenzregimes in Russland, Weißrussland und der Ukraine.[199] Von der Republik Zypern aus wird das europäische Migrationsregime in den Nahen Osten hineingetrieben: »Die Regierung hat ein Abkommen mit dem Libanon erreicht, um illegale Migration

einzudämmen«, und im Jahr 2000 hat Griechenland mit der Türkei ein Abkommen über die Rückführung von illegalen Einwanderern abgeschlossen.[200]

Gegenüber der europäischen Situation wird die in der nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und dem Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsraum APEX mit dem Zustand Europas während der frühen 50er Jahre verglichen. Es ist jedoch zu vermuten, dass mit der Umsetzung der amerikanischen Freihandelszone FTAA bis zum Jahre 2005 auch ein Migrationsregime einhergehen wird.[201] Ebenso wenig wird die angedachte Institutionalisierung des Ostasiatischen Korridors nicht auf eine einheitliche Migrationskontrolle verzichten.[202]

1.7. Das hässliche Gesicht der europäischen Aggression

Diese Beispiele demonstrieren den Anspruch der EU auf einen Einfluss auf die sie umgebenden Regionen. Insbesondere die Aktionspläne Irak, Albanien, Marokko sowie das Cotonou-Abkommen illustrieren diesen Zugriff. Paramilitärische oder militärische Interventionen in Krisenfällen oder massiven Wanderungsprozessen werden zur Norm. Die so genannte Entwicklungshilfe im Kaukasus ist kaum verhüllte Anpassung dieser Staaten an europäische Anforderungen. Die angepeilte Unterwerfung der Politik anderer Staaten unter die Interessen der EU ist an Deutlichkeit kaum zu überbieten und in ihrer Tragweite ungeheuerlich. Darin manifestiert sich nach dem Jugoslawien-Krieg erneut und unverhohlen das Gesicht einer aggressiven europäischen Außenpolitik. Die militärische Neuordnung auf dem Balkan erscheint in diesem Licht als Blaupause für weitere ähnliche Interventionen. Die Kontrolle von Migration und der Kampf gegen illegale Wanderungs- und Aufenthaltsformen, aber auch vorgebliche Wiederaufbau- und Entwicklungshilfen bilden dazu offenkundig die zentrale Legitimationsgrundlage.

Angesichts des Zugriffs der EU auf alle sie umgebenden, beziehungsweise migrationspolitisch relevanten Staaten stellt sich die Frage nach den Theorien, Kategorien und Ordnungsbegriffen, mit denen solch unverhohlenes Großmachtgebaren zu beschreiben ist. Negri versteht Imperialismus als »grenzüberschreitende Expansion des Nationalstaates«, als »staatliche, militärische und

ökonomische, kulturelle oder gar rassistische Aggression starker Staaten gegen ärmere Länder«.[203] Doch reduziert er so den Imperialismus auf seine politische Dimension. Es ist auch weniger ein Empire in Sicht als Supranationalstaaten und Machtblöcke;[204] das Weltsystem wird sich in eine Euro- und eine Dollarzone ›duplizieren‹.[205] Aus der Sicht Blairs ist Europa und die Euro-Zone ein Pfeiler der Stabilität in einer unsicheren Welt, die »asiatische Krise und die japanische Rezession ... rechtfertigen ... die Zuflucht in den sicheren Hafen der Euro-Zone«.[206] Nach langen Verwertungskrisen in der ›Dritten Welt‹ zieht sich das Kapital auf seine Ausgangsbasis zurück und wird von dort aus versuchen, einen neuen – europäischen – Akkumulationszyklus einzuleiten. Für diesen Zyklus plant es, sich die dafür notwendige Arbeitskraft aus aller Welt zu importieren. Zum anderen definiert die EU von ihrem sicheren Hafen aus auch das Verhältnis zum Rest der Welt und insbesondere Osteuropa neu.

Gerade das Schmelzprodukt der europäischen Staaten, der Supranationalstaat EU, weist zahlreiche imperialistische Züge auf: ökonomische und kulturelle Hegemonie, ökonomische, politische und militärische Macht verbunden mit einem ungeheuren und aggressiven Expansionsdrang nach Osten, Südosten und nach Afrika. Noch sind Nationalstaaten und gewalttätiger Nationalismus, Grenzregimes und Migrationskontrolle die wesentlichen Instrumente zur Steuerung, Abwehr und Desintegration des Ansturms der Migrationsbewegung auf die Akkumulationszentren. Darüber hinaus hat sich das Kapital neben dem Nationalstaat als Durchsetzungsform aber zunehmend transnationale Organisationen geschaffen und seinen Zugriff auf die Welt weiterentwickelt und modernisiert.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in einem neuen Diskurs der Herrschenden selbst wider, der die Doktrin von ›versagenden Staaten‹ mit der Doktrin ›eingeschränkter Souveränität‹ verknüpft. Der frühere außenpolitische Berater des britischen Premierministers Blair erklärt ganz dreist: *»Die Gelegenheiten, vielleicht sogar die Notwendigkeit für Kolonisierung sind so groß, wie sie jemals im 19. Jahrhundert war. Wir können bereits die Umrisse erkennen: ein Imperialismus, der, wie alle Imperialismen, Ordnung und Organisation bringen will, der aber heute auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht.«*[207]

Und das US State Department vertritt die Auffassung: *»Souveränität bringt Verpflichtungen mit sich. Eine ist, nicht das eigene Volk zu massakrieren. Ein andere ist, nicht in irgendeiner Weise Terrorismus zu unterstützen. Wenn eine Regierung darin versagt, diese Verpflichtungen zu erfüllen, dann verwirkt sie einige der normalen Vorteile der Souveränität, einschließlich des Rechts, in seinem eigenen Territorium in Ruhe gelassen zuwerden. Andere Regierungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, erhalten das Recht zu intervenieren. Im Falle von Terrorismus kann dies sogar zu dem Recht auf präventive oder entschiedene Selbstverteidigung führen.«*[208]

Die EU hatte darüber hinaus deutlich gemacht, dass sie die Einschränkung der Souveränität anderer Staaten auch dann für geboten hält, wenn es um die Kontrolle von Bevölkerungsbewegungen geht.

Sivanandan argumentiert, »wenn Imperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus ist, dann ist Globalisierung die höchste Stufe des Imperialismus«, bei Hirsch wird daraus »das neue Gesicht des Imperialismus«.[209] Insofern liegt auf der Hand, dass die Ära »grenzüberschreitender Aggression«, sei es von einzelnen Nationalstaaten, von Staatengemeinschaften oder transnationalen Organisationen, ebenso wenig abgeschlossen ist wie die Fortführung und Modernisierung der Durchsetzung des wirtschaftsimperialistischen Konzeptes abgestufter Reproduktionszonen. Deshalb spricht doch einiges dafür, die Kategorie eines »Neuen Imperialismus‹ einzuführen.

2. Die Globalisierung der Überwachung und Bekämpfung von Migrationsbewegungen

Irregulären Wanderungsbewegungen gilt heute ungeteilte und internationale Aufmerksamkeit.[210] Internationale Organisationen, Denkfabriken, Institute und Lehrstühle, ein Heer von Forschern, ganze Zeitschriften widmen sich heutzutage diesem Aspekt (dementsprechend groß ist mittlerweile die Zahl von Veröffentlichungen). Auf transnationaler Ebene finden sich die *International Organisation of Migration* (IOM) und die *International Labour Organization* (ILO); der *United Nations High Commissioner on Refugees* (UNHCR) grenzt sich inhaltlich deutlicher ab als man-

che Projekte *der EU-Kommission.* Die IOM bringt seit 1994 die Zeitschrift *International Migration* heraus sowie ihrem Schwerpunkt entsprechend seit 1996 das Bulletin *Trafficking in Migrants.* Auf internationaler Ebene sind die *Inter-governmental Consultations on Asylum, Refugee and Migration Policies in Europe, North America and Australia* (IGC) und das daraus hervorgegangene zwischenstaatliche *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD) in Wien zu nennen. Das ICMPD dient seit 1993 als Sekretariat für den *Budapester Prozess*, Synonym für die Aufrüstung der osteuropäischen Außengrenzen. Unter dessen Ägide steht auch die *International Border Police Conference.* Dem ICMPD angegliedert ist zudem das *Österreichische Forum für Migrationsstudien* (ÖFM). In Österreich sitzt auch das *Preparity*-Projekt, welches sich ausschließlich mit Migration aus Zentral- und Osteuropa sowie den Folgen der EU-Osterweiterung beschäftigt.

Transnationale Institutionen

IOM	International Organization for Migration
ILO	International Labour Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner on Refugees
IGC	Inter-Governmental Consultations
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development

Einige Forschungseinrichtungen

Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück; European Forum for Migration Studies, Uni Bamberg; European University Viadrina in Frankfurt/Oder, Bundeswehruniversität Hamburg; Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA);

European Research Centre for Migration and Ethnic Relations (ERCOMER), Uni Utrecht; School of Policy Science, University of North London; University of California, Davis Campus; Robert Schuman Centre des European University Institutes in Florenz; Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel; die von Bertelsmann gesponsorte Transatlantic Learning Community – Migration Group. Auch eine Reihe von kirchlichen oder kirchennahen Einrichtungen betreiben eigene Forschungen oder geben solche in Auftrag (Caritas Deutschland, Jesuit Refugee Service, Scalabrini Missionare, Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM, Brüssel)). In den Bereich progressiver NGOs gehört das Centre d'Information et d'Etudes sur les Migrations Internationales (CIEMI) in Paris.

Einige dieser Forschungseinrichtungen stehen im Dienste oder stellen ihre Arbeiten in den Dienst von Politik und Migrationskontrolle. Das ICMPD beispielsweise beschreibt die Hauptaufgabe des ÖFM als »die Unterstützung der Überbrückung der Kluft zwischen der Forschergemeinschaft und den politischen Akteuren«. Beide sind reine ›Denkfabriken‹ der Migrationskontrolle. Sie arbeiten abseits jedweder politischen oder parlamentarischen Kontrolle. Umfassende Datenbanken über irreguläre Migration werden vor allem von drei Einrichtungen erstellt: IGC, ILO und CIREFI.

All diese Institutionen und Institute bilden die Voraussetzung für die Durchsetzung eines globalen Migrationsregimes, welchem ITO (International Trade Organisation), WTO (World Trade Or-

ganisation) oder GATT (General Agreement on Trade and Technology) als Vorbild dienen.[211]

2.1. Die *International Organization for Migration*: Agentur für transnationales Migrationsmanagement

Auf Initiative der USA fanden sich am 5.12.1951 die Vertreter von 15 befreundeten Regierungen in Brüssel zu einer Migrationskonferenz zusammen.[212] Das Ergebnis war die Gründung des *Provisional Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants from Europe* (PICMME), das am 19.10.1953 als *Intergovernmental Committee for European Migration* (ICEM) institutionalisiert wurde. Das PICMME war sowohl eine Gegenorganisation zur im Jahr zuvor gegründeten *United Nations High Commission for Refugees* (UNHCR) als auch ein Instrument im Kalten Krieg gegen den Ostblock. Es setzte sich allein aus mit den USA verbündeten Staaten zusammen und wurde ausschließlich von US-amerikanischen Direktoren geleitet. Während der UNHCR einen klaren humanitären Anspruch hatte, eine politisch neutrale Rolle einzunehmen versuchte und auf ein international vereinbartes Regime zum Schutz von Flüchtlingen abzielte, bevorzugten die USA bilaterale Vereinbarungen, zielten auf die Kontrolle jeglicher Form von Migration und priorisierten ökonomisch-politische vor humanitären Erwägungen. Die Konstitution von 1951 führt explizit aus, dass »ein enger Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Immigration besteht« und dass die Förderung der Migration nicht zuletzt die Förderung von wirtschaftlichem Wachstum zum Ziel hat.[213] Während sie das ICEM favorisierten und mit großen finanziellen Mitteln ausstatteten, verweigerten sie gleichzeitig die Unterzeichnung der Genfer Konvention.[214] Neben dem ICEM hatten die USA ein *US Escapee Program* eingerichtet, das offen auf die Abwerbung von Flüchtlingen aus dem Ostblock ausgerichtet war, sowie separate UN-Programme für Korea und Palästina. Diese Agenturen waren in einer Reihe von Nachkriegskonflikten instrumentell für die Durchsetzung der geopolitischen und strategischen Interessen der USA. Dies geschah anfänglich im Zeichen der Truman-Doktrin und des Antikommunismus, später eingebettet in Konzepte der Aufstandsbekämpfung und der Grünen Revolution. Das ICEM basierte von Beginn an

auf einem dualen Finanzierungsmodell, ein kleines Budget deckte die laufenden und administrativen Kosten ab, der weitaus größere Teil für die Operationen kam von den Mitgliedstaaten. »Jede Mitgliedsregierung, die einen Beitrag zum operationellen Budget leistet, kann festsetzen, wofür das Geld ausgegeben wird«[215], im Resultat war das ICEM zunächst nicht mehr als eine Dienstleistungsagentur für Migration.[216]

Gegründet worden war das ICEM zur Steuerung der europäischen Nachkriegsmigration. Doch während der 30 Jahre des ›Eisernen Vorhangs‹ wurde Europa effektiv gegen unerwünschte Migrationsbewegungen abgeschirmt, während die Migrationsprozesse in anderen Regionen zunahmen. So wurde Ende der 1950er Jahre die Ausweitung der Einflusssphäre diskutiert und die Aktivitäten zunehmend auf trikontinentale Schauplätze verlegt. Während der 60er Jahre schaltete sich das ICEM in die Flucht der ehemaligen Kolonialherren und ihrer Verbündeten aus den unabhängig gewordenen Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika ein (Zaire, Indonesien, Kenia, Angola, Kuba etc.). In den 70er Jahren flankierte es die Gründung und Stabilisierung von ethnisch oder religiös definierten Nationalstaaten auf dem indischen Subkontinent (Bangladesch) sowie in Ostafrika (Uganda).

Im Laufe der Jahrzehnte wurde das ICEM von einem Dienstleistungsbetrieb in eine Organisation mit politischen Ambitionen umgewandelt. 1980 wurde sie umbenannt, um dem zunehmend weltweiten Aktionsfeld zu entsprechend, das ICEM hieß fortan nur noch ICM, *Intergovernmental Commitee on Migration.* Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde eine weitere politische Neubestimmung nötig, außerdem wurde die Organisation der Politik der Neuen Weltordnung und der Globalisierung angepasst. Von den Mitgliedstaaten ist ihr die Funktion einer transnationalen Organisation zur Planung und Steuerung von globalen Migrationsbewegungen zugewiesen worden. Damit einhergehend erhielt sie ihren derzeitigen Namen: *International Organization for Migration.* Die ist nach eigenem Verständnis ein Dienstleistungsanbieter und Politikentwickler in Sachen Migrationsmanagement, Kontrolle und Rückführungen, ein Euphemismus für Abschiebungen.[217]

Die IOM sitzt, ähnlich wie die ILO oder der UNHCR, in der Schweiz. Heute hat sie 91 Mitgliedstaaten, 31 Staaten mit Beobachterstatus sowie zahlreiche beobachtende internationale Orga-

nisationen (u.a. UN, ILO, Europarat, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Die IOM besteht aus dem Rat der Mitglieder und dem Exekutiv-Komitee. Ihre Zentrale befindet sich in Genf, Wien ist Sitz des *Technical Cooperation Centres*, wo alle Osteuropa- und Asienaktivitäten koordiniert werden, daneben gibt es 19 regionale Unterzentren und über 100 *Field Offices*. Die IOM hat ein Jahresbudget von rund 36 Millionen Schweizer Franken für ihre administrativen Aufgaben (110 Verwaltungsangestellte), die Programme werden aus freiwilligen Zuwendungen der Mitgliedstaaten und in Form von Patenschaften finanziert und sind wesentlich höher.[218] Die IOM ist keine den transnationalen Organisationen wie der UNO, oder internationalen Hilfsorganisationen, wie dem Roten Kreuz, vergleichbare Institution. Weder basiert sie auf internationalem Recht, noch ist sie von einem internationalen Gremium autorisiert worden oder wird von einem solchen kontrolliert. Einzig die Mitgliedstaaten und damit die Geldgeber kontrollieren die Arbeit der IOM.

Die Hauptaufgabe der IOM liegt in dem ›Bewegen‹ von Menschen. Heutzutage brüstet sich die IOM damit, in die Geschicke von rund 11 Millionen Flüchtlingen und MigrantInnen eingegriffen zu haben. Allein im Jahre 2000 hat die IOM die ›Rückführung, Repatriierung und Wiederansiedlung‹ von 430.000 Menschen betrieben, 1999 waren es 230.000 und 1998 rund 100.000.[219] Aus Europa wurden im Jahr 2000 164.000 Menschen mit Hilfe der IOM weggeschafft, Deutschland ist mit 75.000 Betroffenen größter ›Kunde‹ und Auftraggeber. Zunächst können sich die USA und Kanada als wichtige Weiterwanderungsziele aussuchen, wen sie haben wollen, das sind etwa ein Viertel aller von der IOM Verschubten. Die, die auch dort unerwünscht sind, werden zurückgeschafft. Die wichtigsten Ziele im Jahr 2000 waren neben Ost-Timor, das Kosovo, Nord-Irak und Afghanistan, aber auch die Krisenregion im südlichen Afrika. Aus dieser Liste wird deutlich, dass die IOM vor allem dort aktiv wird, wo es sich um ansonsten schwierige Rückführungen in Kriegs- und Krisenregionen handelt. Zu Beginn der 90er Jahre zielte die IOM auf die Steuerung von Flüchtlingsbewegungen im Mittleren Osten. Während des zweiten Golfkrieges wurden MigrantInnen aus den Golfstaaten in ihre Herkunftsländer verfrachtet sowie die Rückführung irakischer KurdInnen in jene Regionen betrieben, die bis heute Kriegsschau-

platz sind. Die 90er Jahre waren durch Interventionen auf dem Balkan gekennzeichnet. Seither übernimmt die IOM auch wieder Funktionen in Europa und spiegelt vor allem europäische migrationspolitische Strategien wider.

Vor allem rund um Europa baute sie in rasantem Tempo ihre Vorposten auf und aus. In jenen die Schengen-Staaten wie einen Gürtel umgebenden Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie Zentralasiens hat die IOM zahlreiche Ableger eingerichtet und damit in den Transitländern einen regelrechten Apparat installiert. Die Liste ist lang und liest sich wie der Einflussbereich der EU, dessen Schwerpunkt unzweideutig der gesamte Großraum (süd-)östlich der EU bis hin zum Kaukasus und Zentralasien ist. Selbst im fernen Aserbeidschan, in der kaspischen Ölförderregion, betreibt die IOM ein *field office*.[220] Diese Außenstellen haben im Rahmen des *Migration Information Programmes* die Funktion eines ›Migrationswarn‹-Systems, welches sicherstellt, dass vor allem europäische Regierungen rechtzeitig über bevorstehende ›größere Migrationsströme‹ informiert werden.[221]

Außerhalb Europas ist die IOM seit 1996 an der Förderung des so genannten *Puebla Process* von zehn zentral- und nordamerikanische Ländern beteiligt gewesen sowie am *Manila Process*, der ein Gebiet von 16 ost- und südostasiatischen Staaten abdeckt (inklusive Japan, China, Australien und Neuseeland). Diese Prozesse beinhalten regelmäßige Treffen von Einwanderungsbehörden zum »Informationsaustausch über Wanderungstrends ... und zur Entwicklung von Kooperation zur Bekämpfung von Menschenhandel. ... Ähnliche Zwischen-Regierungskonsultationen sind auch für südafrikanische und südamerikanische Staaten diskutiert und vorbereitet worden.«[222] Damit arbeitet die IOM an dem Export des Modells ›europäisches Migrationsregime‹ in weitere Regionen.

Seit 1996 bringt die IOM das Bulletin *Trafficking in Migrants* heraus. Ganze Stäbe arbeiten an der Ausspähung der Wanderungsrouten, Identifizierung der klandestinen Mittel und den dahinterstehenden Organisationsstrukturen. Beispielsweise betreibt die niederländische Regierung in Aserbeidschan unter der Hospiz der IOM ein Forschungsprogramm zu »Menschenhandel und Wirtschaftsmigration«.[223]

Es bleibt jedoch nicht bei der bloßen Informationsbeschaffung

und -weitergabe, die IOM mischt sich unmittelbar in die Innenpolitik all jener Länder ein, in denen sie präsent ist. Anhand des Umgangs der IOM mit der Türkei lässt sich erkennen, in welcher Art und Weise sowie in welchem Maße die IOM an einem internationalen Migrationsregime strickt und andernorts bewährte Modi auszuweiten bemüht ist. Sie *»empfiehlt :*

1. dass die türkischen Behörden in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen Programme für die freiwillige Rückkehr von Transit- und irregulären Migranten in ihre Herkunftsstaaten initiieren;
2. dass der Transport von Migranten durch die türkische Gesetzgebung bestraft wird;
3. dass ein Informationsaustausch geschaffen wird zwischen den türkischen Behörden und den Regierungen der Herkunftsstaaten und den Zielländern der Transitmigranten, um irreguläre Migration zu verhindern und den Transport zu bekämpfen;
4. *dass Grenzkontrollen in der Türkei ein fundamentales Werkzeug zur Bekämpfung irregulärer Migration« sind.*[224]

Mit solchen Empfehlungen gibt sich die IOM als Vertretung vor allem europäischer Interessen zu erkennen, die in einer Vorverlagerung der Migrationskontrolle sowie einer Ausweitung des europäischen Grenzregimes bestehen.[225] Am Beispiel Aserbeidschan lassen sich weitere Ziele ablesen. Zu den Prioritäten zählt die

»Prävention von illegaler Migration aus, durch und nach Aserbeidschan und zu diesem Zweck die Verbesserung des Grenzmanagements in seiner Funktion zur Förderung und Kontrolle von internationalen Bewegungen. ... Das Ziel des Projektes ist, die Kapazität der Regierung wesentlich zu stärken, ein einheitliches System für das Management von Migrationsprozessen einzurichten und zu betreiben. Der gesamte Fokus ... ist die Formulierung und Entwicklung einer Migrationspolitik, die Bereitstellung einer starken gesetzlichen Basis zur Regulation von Migrationsprozessen und der Aufbau moderner Migrations-Managementstrukturen, einschließlich eines Grenz-Managementsystems.»[226]

Eine gänzlich andere Funktion übernahm die IOM im Kosovo. Zunächst war sie dort in die Entwaffnung der UCK eingebunden, eine weitere, geradezu traditionelle Aufgabe bestand in der Orga-

nisierung der Rückführung und Wiederansiedlung von Flüchtlingen. Mittlerweile wurden im Kosovo zahlreiche Büros der IOM eröffnet, die als Arbeitsamt fungieren, Mittelstandsförderung betreiben und die Auszahlung von Hilfsgeldern vornehmen. Mitunter organisieren diese Büros aber auch die Müllabfuhr, Übersetzerdienste oder die öffentliche Verwaltung. Die IOM übernahm im Vakuum der Nachkriegszeit als Ersatzstaat kommunal- und ordnungspolitische Aufgaben. Im Grunde ist sie kaum etwas anderes als eine transnationale Protektoratsverwaltung.

In Deutschland hängen die Plakate der IOM in den Ausländerbehörden aus, sie bieten ihre Unterstützung bei der ›freiwilligen‹ Rückreise an. Am Flughafen München betreibt die IOM einen eigenen Schalter, um von dort die Ausreisemodalitäten von unerwünschten AusländerInnen zu regeln. Verschiedentlich wird sie von Wohlfahrtsverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) repräsentiert, die dann die Rückführungspolitik organisieren. In Europa hat die IOM die Verantwortung für die Auszahlung der Entschädigungsgelder für nicht-jüdische NS-Zwangsarbeiter übernommen und wohl ihren Anteil daran, dass die Zahl der Antragsteller viel kleiner ist als die der Berechtigten.[227]

Anders als der UNHCR oder das Rote Kreuz besteht das Ziel der IOM nicht primär in humanitärer Hilfe. In einer Welt im Umbruch, einer Welt krasser Einkommensgegensätze, nationalstaatlicher Neuordnung und ökologischer Katastrophen sieht die IOM ihre Aufgabe vielmehr in der weltumspannenden, geordneten, rationellen, geplanten Steuerung und Bewegung von ganzen Bevölkerungsteilen, Ethnien, Professionen oder Schichten.[228] Es ist keine Überraschung, dass die IOM aus der Sicht von MigrantInnenorganisationen heftig kritisiert wird:

»Die IOM ist uns bekannt als eine Organisation, die im Auftrag verschiedener Staaten gegen Roma-Flüchtlinge arbeitet. Professor Ian Hankock nannte die IOM in seinem Bericht über die Situation der Roma in Europa ›den Feind des Roma-Volkes‹ ... der die Deportationspolitik zahlreicher Europäischer Staaten umsetzt und gleichzeitig als eine gnädige NGO agiert (Roma National Congress)«.[229]

Die IOM hat vielfach politisch motivierte Migrationsbewegungen gefördert, an ethnische Säuberungen erinnernden Bevölkerungsaustausch Vorschub geleistet, zur Durchsetzung eth-

nischer Nationalstaaten beigetragen oder gar die Eindämmung von Fluchtbewegungen mitgetragen. Sie ist vermutlich bereits *das* bedeutendste Instrument globaler Bevölkerungspolitik und Sozialtechnik. Was die IOM betreibt, ist klassisches *social engineering*, die Konstruktion von Gesellschaft nach den Kriterien von Effizienz, Produktivität, Regierbarkeit und Steuerbarkeit. Zur Arbeit der IOM bleiben jedoch noch viele Fragen offen.

2.2. Die *Intergovernmental Consultations* – Denkfabrik und Motor

Die *Inter-Governmental Consultations on Asylum, Refugee and Migration Policies in Europe, North America and Australia* (IGC) wurden 1985 als »informelles Forum zum Informationsaustausch und zur Planung innovativer Lösungen und Strategien« im Umgang mit Migrationsbewegungen gegründet.[230] In ihm lebt das Konzept des ICEM fort, es hat 16 Mitglieder.[231] Die Zentrale befindet sich ebenfalls in Genf, die jährlichen Konsultationen finden reihum statt. Die Arbeitsweise besteht in jährlichen Vollversammlungen, halbjährlichen Zwischentreffen, Arbeitsgruppen zu den Themen Rückkehr, Fluchthilfe und Datenaustausch, sowie Adhoc-Arbeitstreffen. »Themen, die zwischen 1985 und 1999 behandelt wurden, sind Asyl, temporärer Schutz, Rückkehr, Menschenhandel, unbegleitete Jugendliche, Familienzusammenführung, Illegale, Lasten teilen Technologie«. Bislang bedeutendstes Produkt ist der Budapester Prozess, begonnen mit einer Einladung des Deutschen Innenministers zu einer Ministerkonferenz in Berlin über die Verbesserung der Ost-West-Migrationskontrolle. Benannt wurde dieses Projekt nach dem von 36 Ministern besuchten Konferenzort von 1993, es umfasst 40 Staaten.[232] Ein beim ICMPD (siehe unten) angesiedeltes Koordinationsbüro organisiert seither jährlich Konferenzen sowie zahllose bilaterale Regierungstreffen. Im Laufe der Jahre »änderten die Gremien des Budapester Prozesses ihre Arbeitsweise. Sie beschäftigen sich nicht mehr nur mit den ›*low intensity areas*‹ der langjährigen Angleichung der Grenzaufrüstung, flüchtlingsfeindlichen Maßnahmen und Gesetzen, ... sondern gehen zu Aktionen koordinierter Fahndung und Abschiebungen über. ... Das ›neue‹ Verständnis basiert auf dem völkischen Prinzip, dass Menschen vorrangig dort leben sollen, wo ihre ›Hei-

mat‹ ist, dort wo ihr ›Volk‹ ›zu Hause‹ ist, dort wo sich ihr ›Boden‹ befindet.«[233] Mit der Konferenz von Prag 1997 zur »Verhinderung von illegaler Migration« konzentrierte sich die Ministerkonferenz auf Fluchthelfer, Fluchtwege, Fluchtrouten und Fluchtstrategien. 1998 folgte in Budapest eine weitere »Sonderkonferenz der Budapester Gruppe zur illegalen Migration in Südosteuropa, die der Zerschlagung der türkisch-albanischen Fluchtroute gewidmet war. An ihr nahmen 31 Staaten und 7 internationale Organisationen teil (IOM, EU-Kommission, Europarat, Interpol, UNHCR etc.). Die Teilnehmer beschlossen, dass alle Staaten Grenzen, Hinterland und Durchgangsstraßen schärfer überwachen, Abzuschiebende zurücknehmen, sowie die Strafverfolgung von Transportunternehmen und Fluchthelfern und den Aufbau nationaler Informationszentren, die ihre Erkenntnisse zentral an das ICMPD weiterleiten.[234] Die eigentliche Qualität der IGC scheint in der Analyse von Migrationsprozessen, der Festlegung von Schlüsselkonzepten und -begriffen sowie Lösungsstrategien zu liegen. Beispielsweise könnte der Kampfbegriff ›organisierte Schlepperkriminalität‹ in diesem Umfeld geprägt worden sein. Darüber hinaus argumentieren die IGC bzw. die Budapest-Gruppe, »weil sich kriminelle Organisationen internationalisieren, sollte dies auch für die Bemühungen des Gesetzvollzugs [gelten]. Internationale Kooperation und Harmonisierung sind der einzige Weg, um nachhaltige Resultate zu erzielen. ... Regierungen und Organisationen sollten zu einer internationalen Maschinerie formiert werden.«[235]

Aus den IGC ist 1993 das *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD) mit Sitz in Wien hervorgegangen. Dessen »Schlüsselvorhaben ist der Beitrag zur Stärkung der Ost-West-Migrationskooperation, die Hervorhebung der Bekämpfung irregulärer Bewegungen ... und die Integration der zentral- und osteuropäischen Regierungen in ein pan-europäisches Migrationskontrollsystem«. »Seine Ziele sind (I) Politikberatung über Langzeit-Strategien im Umgang mit Migrationsdruck, (II) Verstärkung der Migrationskontroll-Kooperation zwischen den Staaten Zentral-/Osteuropas und Westeuropa und (III) ... Migrationskontrolle in der weiteren Balkan-Region.«[236] Zu den Aktivitäten gehört neben dem Budapest-Prozess der so genannte Berlin-Prozess (28 Mitgliedsstaaten) – »Maßnahmen zur Überwachung illegaler Migration« aus Zentral- und Osteuropa – sowie einzelne Konferenzen

wie die Prager Ministerkonferenz über die Verhinderung illegaler Migration 1997 oder die Konferenz *Irregular Migration: Dynamics, Impact, Policy Options* im August 1999 in Jerusalem.

Neben solchen ›Prozessen‹ betrieb bzw. betreibt das ICMPD eine Reihe von Projekten. Dies waren ihrem Balkan-Schwerpunkt entsprechend das *Repatriation Information Centre* (RIC) für Bosnien und Herzegowina sowie das *Kosovo Information Project*, beide eine Art Erfolgskontrolle der Abschiebungen und Rückführungen. Außerdem führt es diverse so genannte *EU Odysseus Projects* aus, darunter das *Comprehensive Training for Migration Management in Croatia and FYR of Macedonia according to EU standards* und das *Introductory seminar in EU Policies concerning migration, asylum and crossing of external borders for Turkey*. Darüber hinaus veranstaltete das ICMPD eine Reihe von Seminaren »zur Verbesserung der Grenzkontrollen in den Staaten Zentral- und Osteuropas sowie Zypern«, die sich an die zuständigen Beamten in diesen Staaten richteten. Die Absicht ist, »illegale Migration durch effektives Grenzmanagement zu bekämpfen« und damit »EU-Standards und Praxis anzupassen«. In jüngster Zeit unternahm das ICMPD eine Studie über die aktuelle Migration von Roma in EU-Staaten, und ihr Ziel ist, den »plötzlichen Zufluss von Roma-Asylsuchenden aus Zentral- und Osteuropa ... in Zukunft zu verhindern«.

Parallel zur IOM bietet auch das ICMPD Politikberatung und Ausbildung an, vornehmlich den zentral- und osteuropäischen sowie den Balkan-Staaten, vor allem in Sachen EU-Osterweiterung und Grenzkontrollpraxis. Die Seminare und Projekte werden teils im Auftrag einzelner Staaten, vor allem Österreichs, Deutschlands und der Schweiz, oder aber der EU durchgeführt und finanziert. Insofern ist das ICMPD also keine unabhängige Einrichtung, sondern agiert vielfach wie ein ausführendes Organ.

Die besondere Bedeutung und strategische Rolle des Instituts bestünde allerdings in der »Aufwertung der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu einer Art Leitwissenschaft in der Politologie und zum Leitfaden fast aller Regierungsressorts.

Als Ursache für alles, was auf der Welt passiert, ... werden die weltweiten Flüchtlingsströme gesehen. Damit wird die internationale Flüchtlingspolitik zu einem Politikbereich erster Ordnung, dem die Geo- und Militärpolitik, die Ökologie und die innere Si-

cherheit, die Außenpolitik und die Entwicklungshilfe untergeordnet werden müssen.»[237]

2.3. *International Labour Organization*

Auch die ILO hat ihren Sitz in Genf. Sie wurde 1901 gegründet und war die reformistische Antwort auf das vorrevolutionäre Europa. Bis heute basiert sie auf dem Prinzip trilateraler Kooperation zwischen Regierungen, Unternehmern und Arbeitervertretungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie von USA-Präsident Truman zu einem weiteren Instrument im Kalten Krieg ausgestaltet. Die ILO verkörpert bis heute Prinzipien der Versöhnung des Klassenwiderspruchs mit der kapitalistischen Entwicklung. Sie ist Teil des UN-Systems, hat 286 Mitgliedsstaaten und verfügt ebenfalls über ein dichtes Netz von Auslandsvertretungen mit 46 *area offices* und je *area* weiteren Regionalbüros, allein elf im arabischen Raum. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte lagen zuletzt in Asien und Osteuropa. Vordergründig widmet die ILO ihre Tätigkeit den Rechten und Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen weltweit, dem Kampf gegen Ausbeutung, Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Arbeitslosigkeit. Auch die ILO musste nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Funktion neu bestimmen.

Während die IOM, neben den IGC und den EU-Institutionen, sich vor allem der Bekämpfung irregulärer Migration und dem Aufbau von Abwehrstrategien widmet, scheint die ILO eine proaktive Rolle zu übernehmen und der Bekämpfung unerwünschter Migration das Management und die Steuerung erwünschter Migration an die Seite zu stellen. Im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche betreibt die ILO eine besondere Abteilung für Wanderarbeit: die *International Migration Branch,* kurz MIGRANT genannt. Etwas euphemistisch formuliert geht es der ILO darum, »Wege interner und internationaler Kooperation zu identifizieren, die die Vorteile regulärer Arbeitsmigration steigern, Menschenrechte schützen und irreguläre Migration entmutigen«.[238] Die ILO berät die Regierungen armer Länder über die Möglichkeit regulierter Auswanderungspolitik, den Arbeitskräfteexport und die Verwendung der Überweisungen von EmigrantInnen.[239] Ihr Ziel ist »ein internationaler Konsens darüber, wie man Migration managt«,[240] damit verfolgt sie gleichfalls eine Strategie der weltweiten An-

gleichung nationaler Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Migrationsgesetze an westliche Standards und Vorgaben. In letzter Instanz arbeitet die ILO an der Herstellung und Durchsetzung eines globalen Arbeitsmarktes bei Aufrechterhaltung nationaler Grenzen als Instrument der Steuerung von Mobilität und Migration.

Im Rahmen von MIGRANT verfolgt die ILO eine Reihe von Programmen, die ebenfalls auf die Bekämpfung irregulärer Migration zielen, so die ›Kampagne gegen Menschenhandel‹, ein ›Forschungsprogramm über irreguläre Arbeit‹ und das ›Informelle Netzwerk über ausländische Arbeit in Zentral und Osteuropa‹. Die Schwerpunkte dieser Programme liegen in Asien, Zentral- und Südamerika, Zentral- und Osteuropa sowie Nordafrika, insbesondere Marokko. Die »Forschung über Migrations-Netzwerke durch Marokko« zielt auf die »Identifizierung der Migranten (Alter, Geschlecht, Nationalität, Ausbildung), Herkunftsland, Motive, Zielland«, die Praxis der Behörden im Umgang mit irregulärer Migration und drittens die Reaktion der Zielländer Spanien, Frankreich und Italien. Andere Studien nahmen Russland, Litauen, Ungarn und die Tschechische Republik als neue Einwanderungsländer wie auch Transitregionen irregulärer Migration ins Fadenkreuz. Es dürfte keine Überraschung sein, dass es den Forschungsprojekten der ILO entgegen ihrem Anspruch, Arbeitsrechte zu verteidigen, nicht um das Schicksal der ArbeiterInnen ging, sondern »das Ziel der Forschung ist, die Politikmacher mit einem besseren Verständnis über verschiedene Aspekte der illegalen Bewegungen ... zu versorgen«.[241] Die Ergebnisse beleuchten dementsprechend »die drängende Notwendigkeit der Gestaltung und Einsetzung einer anspruchsvolleren Immigrationspolitik und ebenso die Mittel ihrer Durchsetzung« im Hinblick auf irreguläre Migration.[242] Schlussendlich ging es um die Frage, inwiefern die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den osteuropäischen Ländern eine Arbeitskräftenachfrage generiert, in deren Folge die einstigen Auswanderungsregionen nun ihrerseits Auffangzonen der globalen Migrationsbewegungen abgeben.[243]

2.4. UN und IOM gemeinsam gegen Flüchtlinge

Der Sicherheitsrat der United Nations verabschiedete 1991 im Zeichen des Golf-Krieges eine Resolution (no. 688) mit dem Ziel,

massive Flüchtlingsströme, in diesem Fall in die Türkei, zu verhindern. Dessen zentrales Element war die Einrichtung eines militärisch durchgesetzten sogenannten 'safe havens' im Nord-Irak. Seither haben die internationalen Institutionen, allen voran die UN, das 'Recht auf Weggehen' und das 'Recht auf Asyl' auf der anderen Seite einer Grenze ersetzt durch die 'Pflicht zu bleiben' und setzen dies notfalls auch mit Gewalt durch. Hathaway nannte dies ebenso zutreffend wie zynisch 'das Recht, ein Toast zu sein', also zwischen den Kriegsfronten zerrieben zu werden. Außer in dem Pilotprojekt Nord-Irak waren die seither eingerichteten 'sicheren Häfen' selten sicher für die Flüchtlinge, im Gegenteil, die Verhinderung der Flucht aus dem Krisengebiet führte vielmehr zu einer Reihe von Greueltaten an Flüchtlingen: Rwanda/Zaire, Somalia/Kenia, Haiti/Kuba und Sri Lanka. Insbesondere Srebrenica, wo 1995 über 7.000 muslimische Bosnier unter den Augen der UN-Truppen massakriert wurden, ist das Symbol für die tödlichen Konsequenzen dieser Politik.

Anfänglich waren die 'safe havens' ganze Regionen oder Städte, doch schon bald wurde daraus ein euphemistischer Begriff für Flüchtlingslager, so in Kenia, Zaire, Kuba und Australien. Diese werden oft einträchtig vom UNHCR, der IOM und anderen verwaltet, der IOM kommt insbesondere die Aufgabe zu, den kontrollierten Transport von Flüchtlingen zu organisieren. Das UN-Konzept brachte vor allem den westlichen und anderen Staaten Sicherheit *vor* Flüchtlingen aber weniger Sicherheit *für* Flüchtlinge. Dies ist mittlerweile fast schon Tradition.

Jüngst wurde unter der Ägide der United Nations erneut eine Internationale Konvention zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verabschiedet.[244] Auch hier nimmt Migration einen bedeutenden Stellenwert ein. Von großer Tragweite ist die Übereinkunft, in Zukunft Fahrzeuge, die Flüchtlinge transportieren, auch in internationalen Gewässern aufbringen zu dürfen. Ein Präzedenzfall wurde mit dem Containerfrachter Tampa geschaffen, der, nachdem er 450 Flüchtlinge aus Seenot gerettet hatte, im September 2001 mit Kurs Australien von der Marine aufgebracht worden war und zum Abdrehen gezwungen wurde. Zwei Tage später wurde ein weiteres Schiff geentert und die Flüchtlinge auf einen Marinetransporter umgesetzt. Am Ende fädelte die IOM die Internierung von insgesamt rund 800 Flüchtlingen aus Afghanistan,

dem Iran und dem Irak auf einem ökologisch verwüsteten Eiland am Rande der Welt ein – Nauru liegt mitten im Pazifischen Ozean. Damit hat die aktuelle internationale Flüchtlingspolitik ein weiteres Symbol für ihren zynischen Charakter geschaffen. Am 4.10.2001 wurde diese neue Praxis erstmals in Europa angewandt, die griechische Küstenwache enterte in internationalen Gewässern einen Frachter mit 400 Flüchtlingen an Bord.[245]

3. Dilemma im Kampf gegen Menschen- und Frauenhandel

Häufig begegnen einem bei der Recherche zum globalen Migrationsregime Dokumente zum Menschenhandel, Frauenhandel und zur Sklaverei. Vor allem seit der UN-Frauenkonferenz in Peking 1995 hat eine solche Rhetorik Einzug gehalten in den Migrationsdiskurs. Zum Teil mag es so sein, dass hier feministische Sichtweisen den Marsch durch die Institutionen geschafft haben und beispielsweise die IOM von der Notwendigkeit des internationalen Frauenschutzes überzeugen konnten. Andererseits bleibt zu fragen, ob die Ausspähung und Bekämpfung von Migration nicht mitunter unter dem Mantel des Frauenschutzes daherkommt, ob also Feminismus – oder engagierte Frauen – zur Legitimierung von Migrationskontrolle und Beschränkung herangezogen werden.

Auf dem Papier kommt einerseits sowohl Besorgnis und Abscheu vor der Entführung, Misshandlung und Versklavung von Frauen und Kindern beziehungsweise krasser Ausbeutung zum Ausdruck, andererseits aber auch der weit darüber hinaus reichende allgemeine Kampf gegen jedwede Form von unerwünschter Migration. Eindeutig migrationsfeindliche EU-Dokumente segeln gelegentlich unter der Flagge des Kampfes gegen Sklaverei.[246] Insbesondere die IOM betreibt ihre Programme gerne unter der Überschrift der Bekämpfung des Menschen- und Frauenhandels. Die Definitionen der unterschiedlichen an Migrationsregimes beteiligten Organisationen sind bisher nicht einheitlich. Im Großen und Ganzen unterscheiden sie zwischen ›illegaler Einreise‹, ›illegalem Aufenthalt‹, ›Beihilfe und Unterstützung‹, ›Menschenhandel‹ und ›Menschenschmuggel‹. Während aber zum Beispiel Europol eine enge und präzise Definition von Menschhandel hat – dieser sei »immer verbunden mit sexueller Ausbeutung [und] ...

Gewalt, Bedrohung oder Missbrauch von Macht« –, hat die IOM eine sehr weite: wenn »ein Migrant ungesetzlich engagiert (angeworben, entführt, gekauft etc.) oder bewegt wird«.[247] Mit solch weitgehenden Definitionen ist im Grunde Migration und Fluchthilfe als ganzes gemeint.

Das Engagement der IOM sieht konkret so aus, dass in den als wichtigen Flucht- und Migrationsregionen identifizierten Staaten (z.B. Polen, Mazedonien) so genannte Aufklärungskampagnen geführt werden. Die weisen auf die Gefahr hin, in die sich Frauen begeben, die migrationswillig sind. So wird ein einseitiges Abschreckungsszenario an die Wand gemalt, welches Frauen die Lust auf Migration nehmen soll. Die IOM installiert psychologische Migrationshemmnisse und unterminiert damit bislang oft positive Assoziationen der Migration. Zum einen ist es nicht so, dass die Mehrheit weiblicher MigrantInnen in der Sexindustrie endet, obgleich der Anteil hoch ist. Vielmehr belegen zahlreiche Studien, dass Frauen weitgehende Hoffnungen an die Migration knüpften. Die Flucht vor der Verfolgung durch Väter, Onkel oder Großmütter; die Flucht vor patriarchalen Strukturen; Eigenständigkeit; politische und soziale Freiheiten; die Suche nach einem eigenen Einkommen u.a. motivieren weibliche Migration. Doch mit den Abschreckungsszenarien der IOM soll Frauen die Lust auf Wanderung genommen werden. Ein Beispiel für dieses Dilemma ist ein in Kooperation mit der IOM betriebenes, an der North London University angesiedeltes Forschungs- und Interventionsprogramm zur Situation von Frauen in Mazedonien. Einerseits sind die Betreiberinnen des Projektes wie auch die Kooperationspartnerinnen engagierte Feministinnen. Andererseits finden sich diese an der Seite einer transnationalen Organisation wieder, die alles andere als das Recht auf selbstbestimmte Migration im Auge hat, sondern im Großen und Ganzen die Interessen der Industrienationen verkörpert. Es scheint, als würden Antipatriarchalismus und Feminismus nutzbar gemacht werden für die Implementierung der Migrationskontrolle. Dreh- und Angelpunkt ist die einseitige Viktimisierung von Frauen, die nicht mehr als Subjekte, sondern nur als Opfer dargestellt werden. Derart entsteht eine fragwürdige Allianz zwischen Frauenrechtlerinnen und den Agenturen der Migrationsbekämpfung.

Beurteilungskriterien sollten jene Forderungen sein, die unab-

hängige Frauengruppen stellen: so die Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen im Asylverfahren, eigenständige Migrationstitel, Legalisierung von Prostitution und die gleichberechtigte Behandlung bei der Migration. An zweiter Stelle wäre nach der tatsächlichen Hilfe für die Opfer von Zwangsprostitution zu fragen, spätestens da fliegt die ganze Geschichte nämlich auf. Tatsächlich fallen nur 0,16 Prozent (732 Menschen im Jahr 2000) aller von der IOM ausgeflogenen Menschen unter die Kategorie ›Opfer von Frauen- und Menschenhandel‹.[248]

III. Von den Krisen des Migrationsregimes und der WeltWirtschaft

Weithin herrscht die Annahme, die Globalisierung des Kapitalismus sei unumkehrbar und der Siegeszug des Kapitals ungebrochen. Tatsächlich aber wohnt dem Kapitalverhältnis eine Konfliktualität inne, die in einer Reihe von ökonomischen und politischen Krisen resultiert. Die wiederum müssen als Ausgangspunkt der aktuellen Offensiven und Aggressionen betrachtet werden, ohne Kenntnis der Krisen lassen sich die Initiativen von Kapital und Politik, Militarisierung, Sozial- und Migrationspolitik nicht verstehen.

1. Globale Wirtschaftskrisen am Fließband

Die Politik der Globalisierung, eingeleitet mit der Liberalisierung der Weltfinanzmärkte, ist vor allem eine Antwort auf die Krise der 70er Jahre und eine Antwort auf den Zusammenbruch des Nachkriegssystems von Bretton-Woods.[249] Die Globalisierungsstrategie sucht mittels eines gesteigerten Anpassungszwangs an verschärfte Wettbewerbsbedingungen die globalen Klassen in die Zange zu nehmen, gegeneinander auszuspielen und u.a. darüber die Verwertungsblockaden zu überwinden. Dennoch steht am Ende eine geradezu klassische Überakkumulationskrise von kaum mehr anlagefähigem Kapital.[250] Seit den späten 1990er Jahren herrscht vor allem Wunschdenken vor; »die Phantasien über eine neue, schöne Wirtschaftswelt blühen«.[251] An den Aktienbörsen stiegen die Kurse allein angesichts erwarteter, nicht aber realer Gewinne, sie waren spekulativ. Marx hätte das ›illusorischen Kapitalwert‹ genannt, »der Großteil der Vermögenswerte [sind] zunächst nur ... Ansprüche ... auf Beteiligung an den Ergebnissen künftiger Produktion«.[252] Die Kunst der Finanzmärkte besteht darin, die Verluste und Fehlinvestitionen, also den ›schwarzen Peter‹ so zu verteilen, dass nicht das System als ganzes zusammenbricht. So hatten wir 1987 den Crash an der Londoner Börse und 1988 den Zusammenbruch des kompletten US-amerikanischen Sparbankensystems, es folgte der ›Schwarze Freitag‹ an der Wall Street.

1994 hatten wir den finanziellen Kollaps Mexikos, 1997 folgte Thailand. Im selben Jahr hatte Süd-Korea rund 100 Milliarden DM vom IWF erhalten, um einen großen Crash noch einmal abzuwenden, zeitgleich kollabierten die japanischen Großbanken. Tatsächlich jedoch belief sich deren Gesamtsumme fauler Kredite auf 80 bis 100 Billionen Yen, das ist eine Eins mit 14 Nullen.[253] Die Yen-Krise erfasste auch die Volkswirtschaften in Thailand, Malaysia, Süd-Korea, Neuseeland und Pakistan.[254] Die Riesenverluste sind der monetäre Ausdruck des Zusammenbruchs des asiatischen Verwertungszyklus. Insbesondere der Aufstand 1998 gegen die Diktatur in Indonesien resultierte nicht nur in einem Machtwechsel, er entpuppte sich zugleich als ein gigantischer Schlag gegen das Kapital. 74 % aller Anleihen, darunter viele aus Japan, waren über Nacht wertlos geworden. Mit Japan droht immerhin die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt zusammenzubrechen, ein komplettes Akkumulationsmodell ist kaum mehr als Makulatur, und mit Ostasien ist einer der drei großen Wirtschaftsräume betroffen. Im August 1998 folgte »ein schwarzer Donnerstag an der russischen Börse«.[255] Russland war nach 70 Jahren Kommandowirtschaft *das* »Versuchskaninchen eines gigantischen Experiments freier Marktwirtschaft«, und ausgerechnet das drohte fehlzuschlagen.[256] Innerhalb von nur zwei Jahren musste der IWF zum zweiten Mal seit der Asien-Krise all seine Ressourcen zusammenkratzen, um den Kollaps der größten Märkte der Welt aufzuhalten. Doch im Juli 1998 war der IWF gewissermaßen selber pleite.[257] Zudem ist Russland auch in Deutschland mit 77 Mrd. verschuldet, mit weiteren 50 Mrd. bei den Banken und »so gut wie pleite«.[258]

Der Zusammenbruch der Märkte schlug sich unmittelbar in Europa und den USA nieder. Im Sommer 1998 registrierte die Londoner Aktienbörse einen ›*mini crash*‹, der zu Wertverlusten in Höhe von 60 Milliarden DM führte. Im August folgte ein Börsensturz an der Wall Street, ein ›*mini crash*‹ an der Frankfurter Börse sowie ein ›schwarzer Tag‹ an der Börse in Ungarn.[259] Gewissermaßen im Nebensatz wurde die Öffentlichkeit auf weitere Katastrophen vorbereitet: »Sorgen bereitet neuerdings auch die Situation in Venezuela. Sie könnte, so wird befürchtet, Ausgangspunkt einer Währungskrise in ganz Lateinamerika werden.«[260] Es folgte 1998/99 die Brasilianische Krise. An der Londoner Börse wussten

die Analytiker, »dass die Weltwirtschaft sich in einem prekären Zustand« befindet, »in der größten Krise seit der Schuldenkrise Lateinamerikas«. Derweil haben die USA ein Handelsbilanzdefizit angehäuft, wie es 1971 Auslöser der Weltwirtschaftskrise war. Tatsächlich gibt es Befürchtungen, dass die neuen Krisen »in einen globalen Zusammenbruch übergehen könnten«. Spätestens »in zwei Jahrzehnten«, so die Propheten im Lager des Kapitals, »sieht sich die Weltwirtschaft ihrer größten Krise gegenüber«.[261] Zusammengenommen haben sich die großen Wachstumshoffnungen, die Entstehung neuer Märkte vor allem in Russland, Indien und China nicht erfüllt, während der afrikanische Markt im Zuge einer allgemeinen Deinvestitionsbewegung bereits aufgegeben worden ist.

Es verwundert kaum, dass sich das Finanzkapital in andere Börsen, andere Währungen und vor allem jede noch so vage Hoffnung auf Gewinn flüchtete. Die Lösung wurde in der ›New Economy‹, einem Entwicklungsschub und neuen Akkumulationszyklus im Zuge des Übergangs vom Industrie- zum Informationskapitalismus vermutet. Und wie lange ging das gut? Nicht allzu lange jedenfalls, keineswegs überraschend musste die Wirtschaftpresse Ende August 1998 einräumen, »dass die Analysten bei der Schätzung der Unternehmensgewinne ... zu optimistisch gewesen sind«.[262] Doch das war nur ein Vorgeschmack auf das neue Jahrtausend. Während noch Anfang des Jahrhunderts die Krisen im Abstand von 20, 30 Jahren aufeinander folgten und auch der Nachkriegsboom noch rund 30 Jahre hielt, bis 1970, folgte der nächste Einbruch schon 15 Jahre später. Der nächste kam schon nach 5 Jahren, dann folgten sie alle zwei Jahre, dann kam ein Crash jährlich. Seit Ende 2000 kracht die Börse beinahe im Monatsrhythmus. Man könnte also diese Auflistung munter fortschreiben. Letzter Höhepunkt war der Aktiensturz im Gefolge des Anschlags auf das World Trade Centre in New York am 11.9.2001, allein in der Wall Street wurden Wertverluste in Höhe von 1,4 Billionen US-Dollar verzeichnet.

Pointiert gesagt handelt es sich um politisch-technologische Überspannungen des letzten Akkumulationsbooms. Kurz, um eine ›Über‹-Krise bestehend aus Überakkumulation im Kapitalgütersektor (Informatik, Biowissenschaften etc.), einem Überschießen (Overshooting) der monetären Investitionen durch neue Formen der Defizitfinanzierung, Übertreibung des großen Spekula-

tionsbooms, den Greenspan und viele andere als irrational bezeichnet haben, das Überschießen der Kursgewinnverhältnisse und schlussendlich eine Überkonsumtion. Die Verwendung der Aktien als Kreditgrundlage hat zur Beschleunigung der Ausweitung der Krise beigetragen. Die komplexe aggressive Offensive der Hochrüstung monetärer Ressourcen ex nihilo, von Sachkapital, von neuen Reichen und Eliten und von Hochtechnologie generiert einen Spannungsaufbau, der auf je nationale und weltweite Anpassungsprozesse in Inwertsetzung, sozialer Unterwerfung, Kommando, mentaler Ausrichtung, Beseitigung blockierender Traditionen, Arbeitswertaufkommen zugleich angelegt und angewiesen ist. Bleiben sie aus, entstehen hier Reibungen, wird der Zyklus blockiert, dann stürzt der Prozess überschießender Aggressivität im komplexen Sinn in die »Überakkumulation« ab, die sich als komplexe Krise äußert.[263] Der Siegeszug des Kapitals ist zugleich ein Wettlauf mit dem Bankrott. Die Ursachen dieser aus vielen Einzelcrashs bestehenden Gesamtkrise wären noch genauer zu untersuchen. Sie sind allerdings mit Sicherheit in den sozialen Bewegungsformen, in Verwertungsblockaden, in Kampfzyklen und massenhafter Verweigerung sowie generell in sich der Verwertung widersetzender Gesellschaftlichkeit jedweder Art zu finden.

2. Vom Scheitern der Einwanderungspolitik und Migrationskontrolle

In den 30 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg migrierten in einem ersten Zyklus rund 30 Millionen Menschen nach Westeuropa, je zur Hälfte Ost-West- und süd- bzw. außereuropäische MigrantInnen, die so genannten ›Gastarbeiter‹. Mit der Rezession von 1970/71 wurden EU-weit Anwerbe- und Einwanderungsstopps erlassen. Alle Versuche, die ArbeitsmigrantInnen des Nachkriegsbooms zu repatriieren, schlugen allerdings weitgehend fehl. Die Annahme, die Konzerne hätten Arbeitskräfte angeworben, die, wenn der Bedarf wegfällt, das Land wieder verlassen, ging nicht auf. Ganz im Gegenteil folgte mit der Phase des Familiennachzugs ein zweiter Migrationszyklus.[264] Zwar bestanden bestimmte Formen der regulierten Arbeitsmigration fort, Werkvertrags- oder KontingentarbeiterInnen wurden auch weiterhin angeheuert, dies-

mal wurde allerdings darauf bestanden, dass die Menschen nur zeitlich befristet kamen. Seither ist die Anwesenheit von Menschen außereuropäischer Herkunft eine vielfach ungeliebte soziale Realität. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eröffneten sich Migrationswilligen ganz neue Wanderungsrouten. Anders als in der Phase der Anwerbung und im Gegensatz zur kontrollierten Praxis der Werkverträge lag die Initiative bei den MigrantInnen selbst. Die Tatsache, dass ihnen überwiegend nur das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention als gesetzlicher Rahmen zur Verfügung stand, verdeckt und erschwert den Blick auf die ökonomischen und sozialen Momente. Individuellen Migrationsentscheidungen liegt selten nur ein einziges, beispielsweise politisches Motiv zugrunde.

Sie sind in der Regel komplex und repräsentieren sowohl die ganze Bandbreite menschlicher Lebensweisen als auch die Folge globaler sozialer Ungerechtigkeit. Migration ist selten schlicht politische Flucht, sondern häufig Teil von Überlebensstrategien und -ökonomien. Sie reflektiert ebenso den Anspruch auf Überleben und Freiheit vor Verfolgung wie auf ein Einkommen, Familienzusammenleben, auf Ausbildung oder Frauenrechte. Dennoch spitzte sich europaweit der Konflikt um die neuen Formen der Zuwanderung entlang der Asyldebatte zu. Hysterisch geführten Asylbetrügerdebatten folgten Gesetzesverschärfungen, Internierungspraxis und Massenabschiebungen der Unerwünschten. Die Feindkonstruktion ›Asylant‹ schweißte europaweit die Staatsbürger zusammen. In einer Periode fundamentaler Deregulierung der Arbeitsmärkte, des Abbaus von sozialen Garantien und Sicherheiten formieren sich soziale Bewegungen eher um ausländerfeindliche und rassistische als um fortschrittliche Ansätze.

Auf der anderen Seite fanden sich die Ausgegrenzten beispielsweise in Großbritannien und Frankreich zu sozialen Bewegungen zusammen. Während der 80er (England) und 90er (Frankreich) Jahre gingen im Zuge von urbanen Revolten nicht nur Polizeiwachen und ganze Straßenzüge in Flammen auf. Tatsächlich geriet der soziale Friede ernsthaft und dauerhaft ins Wanken. Selbst konservative und neoliberale Regierungen sahen sich gezwungen, weitreichende, quasi anti-zyklische Integrationsangebote zu machen, nachdem die Exekutive die Kontrolle auf der Straße vielfach verloren hatte. Nur durch den Druck auf der Straße und als Resultat

sozialer Konflikte konnten in Großbritannien zivilgesellschaftliche und multi-kulturelle Konzepte Fuß fassen.[265] In Deutschland allerdings, wo die Legislative ethnischen Minderheiten auch in der dritten Generation den Status des ›Ausländers‹ zuschreibt, immer verbunden mit dem Damoklesschwert der Abschiebung bei Auffälligkeit, blieben solche Prozesse aus. Selbst ausländerfeindliche Schmutzkampagnen sind auf keine nennenswerte kollektive Empörung gestoßen. Sowohl die ›Kopftuchkontroversen‹ um die Bekleidung muslimischer Lehrerinnen als auch die ›Mehmet-Debatte‹ um straffällige ausländische Jugendliche oder die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 1999 blieben von unten unbeantwortet. Ebenso blieben Solidarisierungseffekte unter verschiedenen Nationalitäten oder zwischen den Kategorien der ›AusländerInnen‹ und ›Asylsuchenden‹ weitgehend aus. Nur den Mordanschlägen von Solingen und Mölln folgten massenhafte Proteste, die allerdings mit einer Abschiebedrohung erstickt worden waren.

Der dritte Zyklus begann vor 20 Jahren. Zu Beginn der 80er Jahre erreichte die Spitze der Weltmigrationsbewegung Europa, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs verschaffte sie sich massenhaft Zugang in die EU.

Für den britischen Außenminister war die Genfer Konvention *»für eine Ära geschaffen, als der internationale Fluss von Menschen auf einem viel niedrigeren Level stattfand als heute. Internationales Reisen war selten, schwierig und teuer. ... 50 Jahre später machen sich Tausende von Möchtegern-Migranten einen Aspekt der Konvention zunutze [das Asylrecht]. ... Wir müssen alle der Tatsache ins Gesicht sehen, dass das System der Kontrolle der Regierung entglitten ist.«*[266]

Doch obwohl sie eine ungeheure Herausforderung darstellte und obwohl die Solidaritätsbewegung in ganz Europa verankert ist, ging der jüngste Ansturm trikontinentaler Massen auf westlichen Reichtum und relative Verfolgungssicherheit nicht über in sozialrevolutionäre Bewegungen, wie man angesichts der Revolten der 80er Jahre hätte mutmaßen können. Vielmehr machten sich die neuen Migranten millionenfach unsichtbar, sie revoltierten nicht, sie versteckten sich oder wurden versteckt. Gleichzeitig wird dies aus den unterschiedlichsten Motiven gedeckt und gefördert, teils aus Interesse an krasser Ausbeutung oder Zuhälterei, aber

auch aus Familiensinn, Humanismus und politischer Solidarität werden Strukturen zur Verfügung gestellt, in denen sich irreguläre MigrantInnen bewegen können. Diese Mitwisser auf die Millionen von ›Papierlosen‹ in Europa hochzurechnen, mag allzu hypothetische Ergebnisse zeitigen, nur eines ist gewiss, es sind viele, es gibt ›Papierlose‹ und deren UnterstützerInnen in sprichwörtlich jedem Dorf und jedem Straßenzug.

Paradoxerweise hat die häufig mit rassistischen Tönen geführte Asyldebatte einerseits dazu geführt, rechtliche und soziale Sicherheiten abzubauen, insbesondere legale Einreise- und Aufenthaltsrechte einzuschränken, andererseits hielt die Exekutive nicht Schritt.

Jedenfalls koexistieren heute in allen EU-Staaten effektive Grenzkontrollen mit gleichzeitig steigenden Zahlen irregulärer MigrantInnen. Ebenso existieren effiziente Abschiebemechanismen und Massenabschiebungen als auch eine gewisse Laisser-faire-Haltung gegenüber ›Illegalen‹, insbesondere ›illegalen‹ ArbeiterInnen, nebeneinander her. Tatsächlich hat der Markt seine eigenen Gesetze, es gibt in ganz Europa Millionen von Arbeitsplätzen für Nicht-EuropäerInnen, für AusländerInnen und für irreguläre MigrantInnen.

Ganze Industrien basieren auf der illegalen Arbeit. Dies zeigt, dass erstens die bisherige Form der Migrationskontrolle an dem unbedingten Willen der MigrantInnen selbst (und deren Unterstützer) gescheitert ist und zweitens dass sich die Dynamik des Arbeitsmarktes und politisch motivierte Einwanderungsgesetze in einem Widerspruch zueinander befinden. So konstatiert denn auch der ehemalige Distrikt-Direktor der amerikanischen Einwanderungsbehörde: »Das System ist zusammengebrochen. Es gibt eine Nachfrage nach Arbeit in diesem Land. Es gibt die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu besetzen. Nun gibt es aber kein System, diese Jobs zu besetzen, außer durch die Undokumentierten.«[267] Dieses Zusammenwirken trägt dazu bei, dass eine große Zahl von illegalen Arbeitskräften bereitgestellt wird, ein Pool, aus dem die Arbeitgeber je nach Bedarf schöpfen können. Dies zumindest ist die Realität.

3. Krise der Bevölkerung und der sozialen Sicherungssysteme

Bereits seit dem Ende der 80er Jahre mahnten vor allem Bevölkerungswissenschaftler, aber auch Bevölkerungspolitiker der transnationalen Organisationen wie IWF und OECD die Industrienationen vor problematischen demographischen Entwicklungen:[268] »Starker Rückgang der Geburtenrate, Überalterung der Gesellschaft, Arbeitskräfteknappheit« lauten die Befürchtungen.[269] Seit 1999 geht in einigen europäischen Staaten die erwerbsfähige Bevölkerung zurück. »Wir sehen uns einem paradigmatischen Wechsel in der Demographie gegenüber. Dieser Wechsel erfolgt schrittweise, aber stark und unvermeidlich. Er wird fundamentale Auswirkungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft, für unsere Arbeitsplätze und Unternehmen haben.«[270]

Mittlerweile haben sowohl die UN als auch die EU diese Warnungen wiederholt und bereiten politische Konsequenzen vor.[271] Erstens konstatiert die EU einen Geburtenrückgang, oder plakativ ausgedrückt, eine Reproduktionsverweigerung von Frauen und Männern. Daraus ergibt sich zweitens eine Bevölkerungsstruktur, in der der ›unproduktive‹ Anteil der Bevölkerung zunimmt zuungunsten des ›produktiven‹.[272] In England heißt es lapidar: »Es wird zu wenig junge Leute geben, die die Arbeit machen.«[273] Straubhaar von der Bundeswehruniversität Hamburg argumentiert: »Unabhängig von der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit wird dies mittelfristig ein Vakuum auf den Arbeitsmärkten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeiführen.«[274] Die Europäische Kommission hat sich dem Argument der Verknappung der Arbeitskräfte angeschlossen und zeigt sich drittens darüber hinaus besorgt, dass die Zunahme der Sozialleistungs- und Rentenempfänger bei gleichzeitiger Abnahme der Beitragszahler die sozialen Sicherungssysteme gefährdet.[275]

In den USA erklären Wirtschaftsvertreter ›Demographie zur Schicksalsfrage‹ und die dem Geburtenrückgang folgende Arbeitskräfteverknappung zum Überlebensproblem der Wirtschaft: »Weil der bestehende Pool altert, benötigen Restaurants, Altenheime, Werften, Fabriken, Büros und zahllose andere Arbeitgeber der *›old economy‹* mehr unentbehrliche Arbeiter. Ihr weiteres Überleben hängt in hohem Maße an fortgesetzter Einwanderung auf hohem Niveau.«[276]

4. Verwertungsblockaden in den Metropolen

Gerade Frankreich und Deutschland, die beiden einflussreichsten Kräfte in der EU, sind jene europäischen Staaten, die zwar die Massenarbeit auf die Straße gesetzt haben, aber nach wie vor hohe Lohnkosten, hohe Lohnnebenkosten und vor allem hohe Sozialausgaben beklagen. Außerdem haben sie nach wie vor mit zwar gezähmten, doch keineswegs ausgeschalteten Gewerkschaften zu tun. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt liegt mit 48 % (Deutschland) bzw. 54 % (Frankreich) um 20 % bzw. sogar um 30 % über dem britischen Haushalt.[277] Das spiegelt auf einem hohen Abstraktionsniveau das Kräfteverhältnis zwischen Sparangriff und vielfach beklagtem ›Anspruchsdenken‹ wider. Europaweit haben die Konservativen ein ungelöstes Problem hinterlassen, trotz Aufschwungs, steigender Nachfrage nach Arbeitskräften, sogar teilweiser Vollbeschäftigung, wie in *Britain*, hatte man weiterhin Millionen von Arbeitslosen. Der Angriff auf die metropolitanen NichtarbeiterInnen war damit zumindest vorerst teilweise gescheitert.[278]

Am Beispiel *Britain* soll dieses Dilemma skizziert werden. Dort sind die Arbeitslosen Jugendliche, alleinerziehende Mütter, Frührentner und Umherziehende. Während der Austeritätspolitik des Thatcherismus hatten sich Arbeitslose massenhaft vom Arbeitsamt verabschiedet, um mit Hilfe von Ärzten in den Status von Erwerbsunfähigen überzuwechseln. In den USA ist ein ganz ähnlicher Prozess bekannt. Damit entzogen sie sich zum einen dem Druck der Arbeitsämter und den ungeliebten und niedrig entlohnten Arbeiten, in die sie hätten hineinmobilisiert werden können. Außerdem liegt die Arbeitsunfähigkeitsleistung deutlich über der Sozial- und Arbeitslosenhilfe. So konnten 45- bis 65-Jährige ein vergleichsweise geruhsames und komfortables Leben führen, während die Arbeitsmärkte nach Arbeitskräften verlangten. Ebenso waren alleinerziehende Mütter dem Arbeitsmarkt weitgehend entzogen, sie wurden vom Sozialstaat subventioniert und deshalb als *›welfare mothers‹* diffamiert. Die dritte Gruppe sind Jugendliche und Sozialhilfeempfänger. Die vierte Gruppe ist ›die verschwundene Million‹, Menschen, die ausgehend von der Anti-Kopfsteuerbewegung 1991 quasi untergetaucht sind: »Sie sind Teil einer Parallelwelt von Leuten, die nicht offiziell existieren wollen. Sie

wohnen in besetzten Wohnungen und sind nirgendwo registriert.«[279] Es sind Jugendliche, Trebegänger, Althippies, Illegale, asiatische Frauen, Steuerflüchtlinge oder Vagabunden, die sich vollständig aus dem System verabschiedet haben, nirgendwo gemeldet sind und nur zeitweilig Sozialleistungen beziehen. Aus diesem Potenzial speist sich eine Vielzahl von Protestbewegungen. 1996 war New Labour angetreten mit dem strategischen Vorsatz, die massenhafte Nichtarbeit zu mobilisieren und in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren.[280] Es wurden spezielle Programme aufgelegt, mittels derer alleinerziehende Mütter in Arbeit hineinberaten werden sollten. Erwerbsunfähige sollten sich massenhaft ärztlichen Neubewertungen stellen, Jugendliche wurden einer fein abgestimmten Maßnahmenspirale ausgesetzt und verschärfte Anwendung von Formen der Meldepflicht über das Wahlregister versucht. Bis auf die Jugendbeschäftigungsprogramme schlugen alle Maßnahmen teilweise fehl, bei den zuvor erwähnten ›vermissten Millionen‹ greifen sie ohnehin nicht. In der Öffentlichkeit waren sie sehr unpopulär, die zuständigen Staatssekretäre mussten sogar ihren Hut nehmen. Eine weitere Konfliktlinie verbirgt sich hinter Gesetzen gegen die Altersdiskriminierung und die Pflicht zur Fortbildung. Um die Mobilisierung der einheimischen Arbeitskräfte abzusichern, sind unter dem Vorwand der Antidiskriminierungslegislative Bestimmungen ergangen, die die Benachteiligung aufgrund des Alters sanktionieren. Gleichzeitig gab New Labour die Devise des lebenslangen Lernens aus. Beide Maßnahmen zielen auf die Tendenz der Industrie, junge Arbeitskräfte alten vorzuziehen, aber auch auf eine Verweigerungsstrategie innerhalb der Beschäftigung, nämlich dagegen den Umgang mit neuen Technologien zu erlernen, und sich so von unten für die Weiterbeschäftigung zu disqualifizieren. Viel gebracht hat auch dies bisher nicht.

Damit war der Versuch, die gesellschaftliche Produktivität über die Mobilisierung von metropolitaner Nichtarbeit in den regulären Arbeitsmarkt zu steigern beziehungsweise den Anteil der ökonomisch aktiven Bevölkerungsanteile anzuheben, an seine Grenzen gestoßen. Heute, fünf Jahre später, kommt der Angriff aus einer anderen Ecke. Zum einen wird versucht, Sozialhilfebetrug, gar Sozialhilfebezug als solchen zu kriminalisieren bzw. zu ächten, um die bisher verbreitete gesellschaftliche Akzeptanz zu brechen und die Zurichtung zur Leistungsgesellschaft voranzutreiben.

Zum anderen richtet sich der Angriff auf die Schattenökonomie. Denn der Thatcherismus hat nicht nur die Arbeitsverhältnisse dereguliert, sondern damit zugleich einem irregulären Arbeitsmarkt Vorschub geleistet, der sowohl Illegalen als auch Sozialleistungsempfängern und anderen Pauperisierten ein Auskommen ermöglicht.

In Deutschland war die christdemokratisch-liberale Regierung 1982 angetreten, dem regulierten Arbeitsmarkt, Arbeitsverweigerung und massenhafter Inanspruchnahme von Sozialleistungen den Kampf anzusagen. Kohls Ambitionen waren, »die Auswüchse und Missbräuche innerhalb des Systems sozialer Sicherung zu beseitigen«, wo »die Faulen sich an diesem Teil des Sozialstaats bereichern«.[281] Unter Federführung Blüms, der eine AFG-Novelle nach der anderen aus dem Hut zauberte, war es auch gelungen, das Normalarbeitsverhältnis weitgehend auszuhebeln, doch der damalige Anspruch, die Aufblähung der Sozialhaushalte rückgängig zu machen und die entlassenen Massen in neue und vor allem niedrig entlohnte Arbeitsverhältnisse, in einen zu schaffenden Dienstleistungssektor zu drängen, wie es Albrecht bereits 1983 formulierte,[282] kann angesichts von 4,5 Millionen Arbeitslosen und gigantischen Sozialausgaben als gescheitert angesehen werden. »Der erste und größte Fehler« der alten Kohlregierung sei es deshalb gewesen, »jahrelang Zwischen- und Endlager zunehmend in drei Bereichen zu nutzen, die Familie, das Bildungssystem und die Alterssicherung«, zu den »gescheiterten Methoden« zählen auch »massenhafte ABM und Vorruhestand«.[283] Die Liste der vorgebrachten und wieder in der Versenkung verschwundenen oder fehlgeschlagenen Vorschläge aus dem CDU-Regierungslager ist lang: die Sanierung des Staatshaushaltes (1982), Senkung der Arbeitskosten um 20 % (Albrecht 1983), die Altersteilzeit (Blüm), das »soziale Pflichtjahr für alle« (Fink 1988), die »Plastikkarte gegen Schwarzarbeit« (1989), die Abordnung von Arbeitslosen zum Spargelstechen (1998),[284] um nur einige zu nennen. Bislang jedoch ist keine Regierung auf harten Konfrontationskurs gegangen, sie haben sich im Gegenteil diese Nicht-Konfrontation einiges kosten lassen.

In Holland erklärt ein Vertreter der Unternehmer-Lobby ganz offen, »das Problem, Arbeiter zu finden«, beruhe darauf, Leute zu finden, »die bereit sind, vergleichsweise schlechte Arbeitsbedin-

gungen zu akzeptieren, sowie niedrige Bezahlung, harte körperliche Arbeit, Arbeit in einer schlechten Umgebung [oder] ... Arbeit, die unregelmäßig oder zu ungünstigen Zeiten gebraucht wird, ... Nachts, für kurze Zeit oder zu Spitzenzeiten«.[285]

Eng mit der Krise der Arbeit hängt deshalb die Krise der Mobilität der Arbeit zusammen. Der europäische Nachkriegsboom war eng verknüpft mit massenhafter innereuropäischer Migration, ohne die millionenfache Wanderung von GriechInnen, ItalienerInnen, SpanierInnen und PortugiesInnen in die Entwicklungsmetropolen in Nordeuropa hätte es diesen Akkumulationszyklus gar nicht gegeben. Der Vertrag von Rom, das Gründungsdokument der EWG, war ja u.a. ein Abkommen zur Freigabe der zwischenstaatlichen Arbeitsmigration. Mittlerweile ist diese innereuropäische Wanderung nicht zuletzt aufgrund der Angleichung des Lebensstandards stark zurückgegangen, »obwohl EWG-Bürger mehr oder weniger volle Freizügigkeit genießen, nimmt ihre Mobilität ab«. Und im Februar beklagte sich die Europäische Kommission, »trotz der Bewegungsfreiheit gibt es zu wenig Arbeitermobilität in Europa«.[286] Dasselbe Phänomen gilt auch für die innerstaatliche Mobilität, weder gehen die Arbeitslosen Ost-Andalusiens zu den Baustellen in West-Andalusien oder Katalonien, wo Arbeitskräftemangel herrscht, weder ziehen arbeitslose SüditalienerInnen in den Norden, wo Arbeitskräftemangel herrscht, noch ziehen die Arbeitslosen in London, Berlin oder Köln im Sommer zur Erntearbeit aufs Land; ebenso wenig sind die Arbeitslosen aus Niedersachsen zum Umzug nach Bayern zu bewegen, wo in bestimmten Bereichen eine große Nachfrage nach Arbeit besteht.[287]

Auf der anderen Seit kann aber auch Mobilität selbst ein Problem sein. In Boomzentren, beispielsweise in England, fällt dem Kapital der Erfolg mittlerweile auf die Füße. Auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise gerät die Mobilität der Arbeitskräfte mehr und mehr zu einem Bumerang. Die Arbeitsverhältnisse sind dereguliert, die Arbeitskräfte hoch flexibel. Die Menschen sind immer auf der Suche nach höheren Löhnen und besseren Bedingungen. Folge ist eine immense Fluktuation in vielen Sektoren. Durch immerwährende Einarbeitung neuer Arbeitskräfte geht viel Zeit verloren. Um Personalengpässe zu vermeiden, müssen Betriebe und Behörden mit teils hohem Personalüberhang arbeiten.

Das alles kostet viel Geld. Dieselbe Situation – Vollbeschäftigung plus Fluktuation – hatte bereits zur letzten großen Rezession in den 70er Jahren in hohem Maße beigetragen. Zuwanderung und daraus resultierender Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt soll dem insbesondere im Hinblick auf die auch in den anderen europäischen Ländern zu erwartende Arbeitskräfteverknappung vorbeugen.

Schließlich wagt sich Realpolitik immer noch nicht an *die* sozialstaatlichen oder arbeitsrechtlichen Grundpfeiler wie Rente, Gesundheitsversorgung und Mindestsozialleistungen oder Tarifverträge ran, auch wenn die Unternehmerlobby noch so häufig den Sozialstaat oder regulierte industrielle Beziehungen massiv kritisiert. Es gibt dafür einfach keinen Konsens in der Gesellschaft, es gibt aber eine starke Lobby der jetzigen und zukünftigen Rentner, und einen solchen Angriff würde keine Partei politisch überleben.

Zusammengefasst sehen sich die europäischen Regierungen vor einem Paradoxon: auf der einen Seite Millionen von Arbeitslosen, deren Lebensunterhalt aus den Sozialfonds bestritten werden muss; auf der anderen Seite ein Mangel an Arbeitskraft und an bestimmten Berufen. Weder entsprechen die Arbeitslosen der Nachfrage nach entweder niedrig qualifizierten Kräften oder nach bestimmtem hoch qualifiziertem Personal; weder sind die Arbeitslosen bereit noch in der Lage, sich der Nachfrage anzupassen oder sich in den benötigten Berufen zu qualifizieren, noch akzeptieren sie Jobs und Löhne unterhalb ihrer Ausbildung oder gehen dorthin, wo Personal gesucht wird.[288]

5. Weltweite Zyklen sozialer Kämpfe

Die Welt der Kämpfe, der Proteste, der sozialen Bewegungen, sie lebt, allerdings ist sie ins Reich des Unsichtbaren verbannt.

»Es gibt diesen Widerstand durchaus: in den Maquilas von Mexiko, in den freien Produktionszonen von Mauritius und den Sklavenhalterfabriken von Bangladesch, Salvador und Nicaragua organisieren sich die Arbeiter in Gewerkschaften. In Brasilien, Honduras, Peru, Indien und Mosambik, auf den Philippinen, im Senegal und in Togo organisieren sich die landlosen Bauern und kämpfen – wie auch die europäischen Bauern Frankreichs, Spani-

ens, Norwegens, Estlands und der Schweiz – gegen multinationale Konzerne des Agrobusiness. Ethnische Minderheiten, darunter die Ogoni, Sahauri, Maori, Maya und Aimara, kämpfen um ihr Überleben und die Anerkennung ihrer Rechte. In Kanada und den Vereinigten Staaten, in Argentinien, Belgien, Deutschland und Frankreich, in der Ukraine, in Indonesien, Süd-Korea und anderswo machen Arbeiter und Angestellte Front gegen Entlassungen, gegen die Flexibilisierung am Arbeitsplatz, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Verlagerung von Produktionseinheiten ins Ausland. Arbeitslose und Studenten, Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten, Verbraucherorganisationen und Alternativbetriebe machen sich für ihre Sache stark. In Kanada widersetzen sich die Postangestellten der Privatisierung der Postdienste; in Lateinamerika besetzen Bauern unter Einsatz ihres Lebens das Land; in Indien zerstören sie den Unternehmersitz von Cargill, in Frankreich den genetisch manipulierten Mais der Firma Novatis. Würden die Widerstandsaktionen und Offensivhandlungen, die zu jeder Stunde des Tages irgendwo auf der Welt stattfinden, in den Medien ebenso ausführlich behandelt wie die kapitalistischen Konzentrationsbewegungen und die Börsenaktivitäten an den großen Finanzplätzen, dann stünde das Ausmaß von Kämpfen jedem deutlich vor Augen.»[289]

Es gibt Hausbesetzungen in Südafrika und Hongkong, Platzbesetzungen in Kalkutta und Bewegungen gegen die Stadtteilerneuerung in Taiwan. In Brasilien gewinnt die ›Bewegung der Ausgeschlossenen‹ an Breite. In Togo, Kamerun und Nigeria, in Kenia und Burma gibt es demokratische Bewegungen, in Mosambik und Sierra Leone Antikriegsbewegungen. Es gab die Hungeraufstände im Frühjahr 1998 in Zimbabwe und 2001 die Kämpfe in der Türkei gegen die Konsequenzen der IWF-Auflagen. Es gab die soziale Bewegung in Kolumbien und die Proteste in Bolivien. Es gab die Revolte der Zapatistas in Mexiko und der Indígenas in Ecuador 2001. Im Sommer 2001 erlebten wir die Gleichzeitigkeit von Revolten in Algerien, in Frankreich und in England, allesamt wurden sie getragen von den Jugendlichen der diskriminierten Minderheiten. Es gab die inszenierten Massenproteste der europäischen Linken in Stockholm und Genua, die aber seltsam separiert blieben von diesen Rebellionen.[290]

In den USA kämpften ArbeiterInnen im Dienstleistungssektor

von Silicon Valley und in Las Vegas sowie Frauen in der Textilindustrie, das Personal in der Lebensmittelindustrie, Minenarbeiter und viele andere mehr. Die scheinbar überraschende Intensität der Proteste gegen die WTO-Tagung in Seattle und wenig später in Washington war keineswegs eine spontane und einmalige Eruption, sondern Zusammenfassung und Zuspitzung zahlreicher sozialen Bewegungen.

»Trotz des scheinbaren Erfolges des Kapitals haben die 1980er und 1990er Jahre außergewöhnliche Aufstände gesehen – faktisch die Wiederbelebung des Klassenkampfes in explosivster Form. Im nord-amerikanischen Kontext war die dramatischste einzelne Rebellion die in Los Angeles 1992. ... Die ›Aufrührer‹ rekrutierten sich aus den Reihen der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. ... Diese Revolte zeigte Merkmale proletarischer Gegenmacht. ... Die ... Medien trugen zur Verbreitung der Aufstände und Demonstrationen in Atlanta, Cleveland, Newark, San Francisco, Seattle, St. Louis und Toronto bei.« [291]

»Es gibt eine Kontinuität von sozialen Bewegungen, nicht nur von Afroamerikanern, sondern auch von armen Weißen in den Appalachen, die sich den Arsch aufreißen, um eine Gewerkschaft zu gründen und einen grundlegenden Lebensstandard zu sichern.« [292]

Die Liste der Kämpfe in Europa ist auch nicht eben kurz. Im Sommer 1998 wurden Frankreich, England, aber auch Russland von Streiks geschüttelt, die englischen und französischen U-Bahnfahrer, die englischen Fernsehtechniker, die französischen Piloten, die englischen Postarbeiter und Feuerwehrleute, die russischen Bergleute und Ölarbeiter. Parallel dazu verliefen die Arbeitslosenkämpfe in Frankreich oder Massenproteste in Polen gegen die Verwüstungen der West-Integration. In Spanien sah die praktische Umsetzung der eher abstrakt formulierten Erhöhung der Beschäftigungsquote in Spanien so aus, dass das Rentenalter heraufgesetzt werden sollte. Proteste und Demonstrationen haben dem Spuk schnell ein Ende bereitet.

In der Bundesrepublik haben die Proteste gegen die Zerstörung des Hamburger Lochs im Zuge der Erweiterung der Airbus-Werke, gegen das Atommülllager in Gorleben, gegen die Vertiefung der Ems oder den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven eines gemeinsam mit den Kämpfen indischer Bäuerinnen und Bauern gegen gigantische Staudamm Projekte: Im Zuge der globalen kapi-

talistischen Offensive wird Natur und Lebensraum in Industrie-›Landschaften‹ verwandelt und zerstört. Auf der Suche nach profitablen Anlagen wird Kapital investiert, um zwar schöne, für die Erholung oder die Subsistenz bedeutende Landschaften, aber aus kapitalistischer Sicht ungenutzte Naturressourcen in Wert zu setzen. Deshalb sind Kämpfe gegen die Industrialisierung Kämpfe gegen die Globalisierung.

»Es gibt eine ganze Fülle von Kämpfen im Norden und Süden, die nicht notwendigerweise Arbeiterklassenkämpfe gegen das Kapital als solches sind, sondern Widerstand gegen das politische Projekt des globalen Marktes – nenn es Neoliberalismus, wenn du magst – und dessen Einfluss auf das Leben der Menschen und ihren Lebensunterhalt. ... In der Dritten Welt verdichtet sich Dissidenz um Grundbedürfnisse. In der Peripherie nimmt Widerstand die Form spontaner Aufstände und/oder Massenrebellionen an, manchmal angespornt von indigenen Bewegungen, manchmal von Bauern- oder Arbeiterkämpfen. Aber, wie im Norden, neigen diese Kämpfe dazu, eine internationale Dimension zu entwickeln, und wenn auch nur auf der Ebene von Pressure Groups und Konferenzen und den gelegentlichen Demonstrationen [z.B. bei GATT/ WTO Gipfeln].»[293]

Der Krisenangriff des Kapitals wird unvermeidlich zahllose weitere soziale Fronten eröffnen und Kämpfe provozieren.

»Alle diese Kämpfe sind miteinander verknüpft und voneinander abhängig, besonders unter den Bedingungen der Globalisierung. Es sind menschliche Befreiungskämpfe, und sie gehen weiter. Es geht darum, ethnische und kulturelle Grenzen zu überschreiten und zu einem Verständnis von globalen Menschenrechten zu gelangen.»[294]

Die großen Kämpfe und Proteste können aber nicht isoliert betrachtet werden; zwar sind sie die sichtbarste und spektakulärste Form der Resistenz, aber doch nur die Spitze des Eisberges. Sie sind der zugespitzte überwiegend politische Ausdruck gesellschaftlicher Moral und Strukturen, die sich dem kapitalistischen Zugriff verwehren. Darunter liegen Ereignisse auf der ›Mikroebene des Widerstandes‹ und deren gibt es unendlich viele, sie sind die Basis des sozialen Antagonismus.[295] An den offenen Kämpfen lassen sich zwar die eigentlichen Blockierungen ablesen, sie allein sind jedoch noch nicht die Wurzel. Ihnen zugrunde liegen sehr

viel stillere Formen von Gesellschaftlichkeit – moralische Ökonomie und Subsistenzökonomie –, die per se Nicht-Wert, nicht-kapitalistisch sind und sich dem Zugriff, der Inwertsetzung subtil verwehren.

6. Elemente eines globalen Krisenangriffs

Krisen sind nur eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite steht die Fähigkeit des Kapitalismus, diese zu überwinden, die Folgen der Krise auf die Massen abzuwälzen, Widersprüche umzudrehen und zu integrieren, gar als Motor für Umbrüche und Modernisierungen zu nutzen. Weltweit verläuft der Krisenangriff über Finanzpolitik, die Macht der Weltbank und der *Investment Fonds* sowie die Unterwerfungsprogramme des IWF. Dieses Vorgehen galt bisher als Muster des Umgangs der Industrienationen mit der Dritten Welt. Mit der Einführung des Euro wird dieses Instrumentarium allerdings auch in die sozialen Konflikte Europas eingeführt.

Die Europäische Zentralbank wird für Europa dieselbe Rolle spielen wie IWF und Weltbank für die Dritte Welt. Krise, Krisenangriff und soziale Blockierungen verlaufen allerdings nicht chronologisch, wie die Darstellung suggeriert, sondern gleichzeitig, als kontinuierliches Ringen. Mit dem so genannten Neoliberalismus hat sich die Gangart jedoch verschärft.

Auf die Asienkrise hat das Kapital, Banken und Investmentfonds, mit dem Abzug seines Kapitals reagiert, ganze Volkswirtschaften sprichwörtlich über Nacht in die Krise gestürzt und schlussendlich eine enorme Entwertung des Masseneinkommens herbeigeführt. In den südostasiatischen Staaten sanken seither die Reallöhne zwischen 2,5 % (Malaysia) und 44 % (Indonesien). Derselbe Mechanismus funktionierte bereits 1994 in Mexiko, wo über die so genannte Pesokrise die Masseneinkommen abgewertet worden waren. Als kürzlich in Ecuador die einheimische Währung durch den US-Dollar abgelöst wurde, stiegen die Preise auf europäisches Niveau, während die Einkommen auf dem vorherigen Level verharrten, der Mindestlohn liegt nach wie vor bei umgerechnet 200 DM. Das Masseneinkommen ist im Grunde nichts mehr wert. Die Entwertung der osteuropäischen und russischen Löhne und Sozialeinkommen ist ebenso bekannt wie skandalös.

Im Frühjahr 2001 wurde das türkische Kapital vom IWF in die Krise gestürzt. Weil sich die türkische Regierung weigerte, sich den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des IWF zu unterwerfen, insbesondere die verdeckte Subvention der Landbevölkerung abzubauen, hatte er weitere Kredite verweigert. Die daraus resultierende Bankenkrise und eine raketenartig ansteigende Inflation hat die Einkommen und Spareinlagen der Massen rigoros entwertet.[296]

Auf die Weltwirtschaftskrise und die Verwertungsblockaden seit 1998 antwortet das Kapital mit einem kontinuierlichen Raub bei den Massen, im Resultat wird prognostiziert, dass die weltweite Massenarmut von derzeit 1,5 Milliarden Menschen auf 2 Milliarden im Jahr 2015 anwachsen wird.[297] Über den Verarmungsprozess wird den Massen in der Dritten Welt und in den Schwellenländern die Existenzgrundlage entzogen. Ganze Familien oder einzelne Mitglieder werden zur Suche nach neuen Einkommensquellen gezwungen und damit millionenfach auf Wanderschaft geschickt. Aus diesem Pool werden dann beispielsweise jene 400.000 Menschen rekrutiert, die mittlerweile die – zuvor nahezu unbewohnte – Wachstumsmetropole Bantam bewohnen.[298] Außerdem muss man sich vor Augen halten, dass Massenwanderungen in der Regel die Entwertung der beruflichen Qualitäten der MigrantInnen beinhaltet.

In einer anderen Stadt oder gar einem anderen Land fangen sie wieder ganz unten an, in der Migration werden Bauern zu Industriegehilfen, Lehrer zu Bauarbeitern, Angestellte zu Hilfsarbeitern. Insofern kommt sie einer sozialen Herabstufung gleich. Zum Teil, wie in Indonesien, wird der Angriff auf die Masseneinkommen kombiniert mit einer Ethnisierung des Sozialen. Am Ende gehen die Verarmten gegeneinander vor, ein Teil wird massakriert, ein anderer Teil wird vertrieben. So wird das Kapital auf die eine oder die andere Art und Weise jener Menschen entledigt, die die sozialen Blockierungen ausmachen.

Zum anderen werden jene gewachsenen sozialen Strukturen, Familien, Nachbarschaften, Dorfgemeinschaften, ArbeiterInnennetze etc. zerstört, in denen diese Blockierung begründet ist. In weiten Teilen Afrikas, in Teilen Asiens wie auch in abgeschwächter Form in Teilen Südamerikas (Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Peru) zielt der Krisenangriff auf die Vertreibung bis hin zur Ver-

nichtung ganzer sozialer Schichten, wie Kleinbauern oder Bevölkerungsgruppen und ethnischen Minderheiten. Globalisierung ist nicht zuletzt ein konzertierter globaler Angriff auf die Massen, auf nicht-kapitalistische Lebensformen, das Masseneinkommen und in letzter Konsequenz auf deren pure Existenz.



IV. Modernisierung der Europäischen Migrationspolitik

Die transnationale Reorganisation von Produktivität, zugleich ein Angriff auf die unproduktiven und produktivitätshemmenden Elemente, ist heute das Leitmotiv neoliberaler Umgestaltung und globaler Politik. Aus dieser Perspektive sind die Bevölkerungspolitik der Europäischen Union und die Modernisierung der Migrationspolitik zu entschlüsseln.[299]

Die bislang in allen europäischen Staaten vorherrschende Kombination aus Anwerbestopp und restriktiver Asylpraxis wird nunmehr ergänzt um neue Konzepte der Arbeitsmigration. An die Seite der bislang vorherrschenden Migrationsabwehr treten Konzepte des ›Migrationsmanagements‹. Ausgangspunkt ist eine Reihe metropolitaner Problemlagen und Krisen: Die Kontrolle über die globalen Migrationsbewegungen ist den nationalen Regierungen weitgehend entglitten, gleichzeitig spiegeln sich in den unvermittelbaren Arbeitslosen, der niedrigen Beschäftigungsquote, der Arbeits- und Anpassungsverweigerung bestimmter sozialer Schichten, der Rentendiskussion, dem Geburtenrückgang oder den Standortdebatten soziale Frontstellungen wider. Insofern ist die Modernisierung des Migrationsregimes ein Teil der Antwort auf die Krisenhaftigkeit des Weltsystems.

Diese Politik ist auch in das Projekt Europäische Union eingebettet. Die europäische Währungsunion dient(e) der »vollständigen Neuordnung der sozialen und Produktionsstrukturen Europas«.[300] Der Euro zielt auf die »totale Gestaltungsfreiheit« der Unternehmer[301], »ein Mittel zur Umsetzung eines größeren Ziels; er ist nachgerade ein Gesellschaftsentwurf«.[302] In dessen Zentrum stehen »harsche Umstellungen: Lohnverzicht und Sozialabbau würden spätestens fällig, wenn der Euro eingeführt wird«, »die schärfere Konkurrenz« soll »die Deutschen zu Einschränkungen zwingen«.[303] So jedenfalls hören sich die nahezu totalitären Phantasien der politischen Klasse an. Dieser neue Gesellschaftsentwurf läuft auf die Überführung aller gesellschaftlichen Beziehungen in einen allgegenwärtigen Wettbewerb hinaus. Gesellschaft als solche wird heute in ihrer Gesamtheit unter dem Gesichtspunkt der

Produktivität betrachtet, es ist dieselbe Perspektive, aus der Unternehmensberater einen Betrieb betrachten. Gesellschaft wird zunehmend wie eine Aktiengesellschaft geführt. Jede Lebensform wird heute auf ihre Rolle und Funktion in der Deutschland AG, der US ltd, der England plc oder dem ›Konzern Bremen‹ untersucht.[304]

Der europäischen Migrationspolitik wird darin eine zentrale Rolle beigemessen, die auch den aktuellen Kurswechsel begründet, »die Fähigkeit, knappe mobile Arbeit anzuziehen, wird wahrscheinlich ein Schlüssel des Standortvorteils werden«.[305] Es heißt, ökonomische Zuwanderung solle die Produktivität der Gesellschaft insgesamt anheben. Zum einen zielt sie auf die Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung, die ergänzt werden soll um je nach Bedarf hoch qualifizierte oder niedrig qualifizierte und niedrig entlohnte. Zum anderen zielt sie auf die Produktivität von Bevölkerung als solcher, die zum einen unter dem Gesichtspunkt ihres Wertes als *›human capital‹* gemessen wird, während zum anderen der Anteil der ökonomisch Aktiven erhöht werden soll. In Westeuropa zielt der Krisenangriff deshalb auf die Beschäftigungsquote, den Anteil der Arbeitenden an der Bevölkerung. Ein Strategie-Papier der EU (siehe unten) strebt explizit deren beträchtliche Erhöhung an. Dies soll zum einen über die Hereinnahme von ArbeitsmigrantInnen geschehen, zum anderen über die Mobilisierung von Arbeitskraft:

»Eine verstärkte Mobilität der Arbeitskräfte ist ein Mittel, um regionale Ungleichgewichte auszugleichen. Die Mobilität hat sowohl eine berufliche als auch eine geographische Seite. Am wichtigsten für eine Anpassung an neue ökonomische Bedingungen ist die berufliche Mobilität – die Ausbildung und Umschulung der Arbeitskräfte. Allerdings wird auch die geographische Mobilität in der Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, und zwar sowohl zwischen Regionen als auch zwischen Mitgliedstaaten.«[306]

Auch aus der Sicht der Bundesanstalt für Arbeit besteht diese Option: *»Es gibt Alternativen zur Zuwanderung. Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung des Rentenalters, Erleichterung der Frauenarbeit und Verkürzung des Wehrdienstes können das Arbeitsangebot steigern.«*[307]

Auf die eine oder andere Art wird also mit einer Verschärfung des Zwangs zur Arbeit innerhalb der Metropolen zu rechnen sein.

Solche Vorhaben zielen nach wie vor auf junge Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, LangzeitstudentInnen, Frauen, alleinerziehende Mütter oder Alte und Altersarbeitslose.[308] Zum wiederholten Mal wird damit den Sozialausgaben, der Subventionierung von Nichtarbeit der Kampf angesagt. ›Expansive Beschäftigungsstrategie‹ heißt das Zauberwort in Deutschland, mit dem ein neues Marktsegment geschaffen werden soll, welches die Arbeitslosen in »gering entlohnte Dienstleistungen« hineinstößt.[309] Bemerkenswert ist, dass zumindest in der Bundesrepublik nicht etwa die ›Mc-Jobs‹ seitens des Dienstleistungssektors auf dem Arbeitsmarkt angeboten, aber von den Arbeitnehmern nicht angenommen werden, sondern dass der Dienstleistungssektor erst ausgebaut, die Jobs überhaupt erst einmal geschaffen werden müssen, um die sozialentlohnte Nichtarbeit in Arbeit zu überführen. Durchsetzungsinstrument soll das ›Bündnis für Arbeit‹ sein. Deren Beschäftigungsoffensive »erfordert ... vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten auf niedrigem Produktionsniveau und damit niedrigem Bruttolohnniveau«.[310] Im Klartext geht es um die Erzwingung von Ausbeutung.

Die Erhöhung der Beschäftigungsquote zielt insbesondere auch auf die Mobilisierung von Frauen in den Arbeitsmarkt.[311] Der mit der ›Gleichstellung‹ bereits begonnene Prozess soll fortgesetzt und weibliche Arbeitskraft aus dem »Zwischenlager Familie« herausgeholt werden, aus der Reproduktionssphäre, der Hausarbeit, der Kindererziehung und der Altenpflege, aber auch aus der Sexarbeit. Um dies möglich zu machen, bedarf es aber, da ja gleichzeitig soziale Leistungen wie Kindergärten abgebaut werden, als Voraussetzung der Mobilisierung von häuslichen Ersatzarbeitskräften. Es sind nicht Männer, sondern vielmehr Migrantinnen, die diese Aufgaben übernehmen, als professionelle Hausfrauen, als Krankenschwestern und Altenpflegerinnen oder als Prostituierte. Hier ist eine spezifische »ethnische [und zugleich] weibliche Unterklasse« am Entstehen, ausländerrechtlich ausgegrenzt, teils illegal, teils in sklavenähnlichen Verhältnissen; somit »bedingen sich ... der Abbau staatlicher sozialer Leistungen, die Krise in der privaten Sphäre und die Flüchtlingsbewegungen und andere Migrationen gegenseitig«.[312]

Allerdings wird allgemein eingeräumt, dass der Erhöhung der Beschäftigungsquote enge Grenzen gesetzt sind, weil die, von

denen da die Rede ist, teils zu alt, krank oder unausgebildet sind. Auch wäre die Fortbildung der Erwerbslosen zu kostspielig. »Und was ist die Schlussfolgerung? Deutschland braucht langfristig Zuwanderer.«[313] Dies gilt um so mehr für jene (süd-)europäischen Staaten, in denen die Immigrationsgeschichte gerade erst beginnt, also Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Schlussendlich wird die Wirtschaftslage darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang die neuen migrationspolitischen Spielräume ausgeschöpft werden. In Zeiten des Booms oder Aufschwungs wird die Nachfrage nach Migrationsarbeitskraft größer sein als in Zeiten der Rezession.

1. Pläne für eine neue europäische Einwanderungspolitik

Auf der Innenministerkonferenz im Juli 2000 in Marseille hatte der seinerzeitige Präsident des Europarats, Chevènement, verkündet, Europa bräuchte bis zum Jahre 2050 rund 75 Millionen Immigranten.[314] Dies geht sowohl auf die 1999 im Rahmen der Europaratkonferenz in Tampere getroffenen Vereinbarungen für eine neue Einwanderungspolitik zurück, als auch auf einen UN-Bericht über ›Auffüll-Migration‹.[315] Der Europarat geht zudem von einem weiterhin hohen ›Migrationsdruck‹ aus. Trotz aller repressiven Maßnahmen und Kontrollen gebe es ein hohes Maß ›illegaler‹ Zuwanderung und eine Nachfrage nach irregulärer Arbeitskraft. Daraus schlussfolgert die Europäische Kommission, man »muss akzeptieren, dass Migration fortbestehen wird und ordentlich reguliert werden sollte, ... um zu versuchen, die positiven Effekte für die Union zu maximieren«.[316]

»On a Community Immigration Policy – Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, Mr. Vitorino, Mrs Diamantopoulou«, COM 11, engl., 29 Seiten

(hier ein Auszug, Satzbau teilw. geändert)

»Aufgrund einer Analyse des ökonomischen und demographischen Kontextes wird zunehmend anerkannt, dass die »Null« Migrationspolitik nicht mehr angemessen ist. ... Der Migrationsdruck besteht fort bei ... Zunahme illegaler Einwanderung. ... Viele Wirtschaftsmigranten wurden dazu getrieben, entweder mittels der Asylprozeduren Einlass zu suchen oder illegal einzureisen, ... es

gibt eine beträchtliche illegale Einwanderung in die EU ... und praktische Schwierigkeiten, Leute zurückzuführen. ... In der EU hat sich das Bevölkerungswachstum verlangsamt ... und ab 2025 wird die Bevölkerung schrumpfen, die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird innerhalb der nächsten 10 Jahre abnehmen.« »Im Hinblick auf die Sozialversicherungssysteme ist die Anwesenheit von legalen Arbeitsmigranten und ihrer Familien ein positiver Faktor angesichts einer alternden und abnehmenden Bevölkerung.« Es wird eine »zunehmende Knappheit von sowohl gelernter als auch ungelernter Arbeit«, das »Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage«, und eine »Nachfrage nach illegaler Arbeit« konstatiert. »Diese Knappheiten könnten die Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Weltwirtschaft gefährden. ... Die großwirtschaftlichen Aussichten sind die besten seit Jahren, ... die Arbeitslosenrate fällt kontinuierlich.« Andererseits ist »der Arbeitsmarkt charakterisiert durch die ungenügende Teilnahme von Frauen und älteren Menschen, sowie durch strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit« und die »Unterentwicklung des Dienstleistungssektors«. »In dieser Situation muss eine Wahl getroffen werden zwischen der Aufrechterhaltung der Ansicht, dass die Union dem Migrationsdruck weiterhin widerstehen kann, oder dass Migration fortbestehen wird und ordentlich reguliert werden sollte. ... Die Kommission glaubt, das jetzt Kanäle für die legale Migration von Arbeitsmigranten in die Union verfügbar gemacht werden sollten, ... es ist möglich, Migration zum gegenseitigen Wohle der Herkunftsländer und der Empfängerländer zu nutzen.«
»Die Kommission beabsichtigt auch klarzustellen, inwiefern die anderen Bestandteile einer allgemeinen Einwanderungspolitik in Betracht gezogen werden müssen, ... einschließlich des Kampfes gegen illegale Einwanderung, Beziehungen mit Transit und Herkunftsländern, Asylpolitik, ... Integrationspolitik, ... die schnelle Integration der Migrantenbevölkerung und die Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.«
»In Zukunft, während die Union die Gründe, die Migration hervorrufen, zu beeinflussen versucht, muss sie deshalb auch eine verantwortliche Haltung gegenüber den Effekten der Auswanderung in den Herkunftsländern im Hinblick auf die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, demographischen, sozialen, po

litischen und Menschenrechtsbedingungen entwickeln, ... das ist auch im Interesse der EU. ... Migrationsangelegenheiten müssen zunehmend einen Teil des Dialoges, ... der gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland, der Ukraine und der Mittelmeerregion und den Diskussionen mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern bilden.«

»Der Europarat hob die Notwendigkeit einer umfassenden Methode des Management oder der Regulation von Wanderungsflüssen hervor, [die] ... Zulassung von Wirtschaftsmigranten sollte sich klar nach den Bedürfnissen des Marktes insbesondere für hoch qualifizierte, weniger oder unqualifizierte Arbeiter oder Saisonarbeit richten. ... Die Notwendigkeit eine flexiblen Antwort auf veränderliche wirtschaftliche Bedürfnisse legt nahe, dass Quoten unpraktikabel sind. Zielmengen ... wären eng bezogen auf Arbeitsmarktbedürfnisse, würden aber auch andere Faktoren in Betracht ziehen, wie Akzeptanz, ... [und] Integration etc. ... Solch eine Politik muss ... die positiven Effekte im Sinne von Beschäftigung, wirtschaftlicher Leistung und sozialem Zusammenhalt maximieren. ... Der Wechsel hin zu einer vorrausschauenden Einwanderungspolitik erfordert starke politische Führung und ein klares Bekenntnis zur Förderung von pluralistischen Gesellschaften und der Verurteilung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Es wird notwendig sein, die Vorteile von Migration und kultureller Vielfalt hervorzuheben.«

Diese Ankündigungen hatten zunächst nur für geringe Aufmerksamkeit gesorgt. Monate später allerdings entbrannten Debatten in den einzelnen Mitgliedstaaten: In Deutschland eröffneten Forderungen aus dem Informationstechnologie-Sektor die Green-Card-Debatte. In England stieg die Zahl ausgegebener Arbeitserlaubnisse auf 80.000 an, anschließend kündigte die englische Innenministerin auf Druck von Finanz- und Industrieverbänden vereinfachte Regelungen für die Arbeitsmigration an.[317] In Italien verlangten die Unternehmerverbände eine Verdoppelung der Einwandererquote auf 180.000, um der Arbeitskräfteknappheit in Industrie und Landwirtschaft zu begegnen.[318] Auch in Spanien und Portugal herrscht akuter Arbeits- und Facharbeitermangel in

der Baubranche bzw. der Landwirtschaft. In Holland zielt die Unternehmerlobby zum einen auf Arbeitskräfte für Bereiche, in denen sich Einheimische weigern zu arbeiten. Zum anderen argumentieren sie, dass es mehr temporäre Arbeitsmigration geben müsse und man damit gleichzeitig unkontrollierte Migration reduzieren könne.[319] Europaweit werden Anstrengungen unternommen, Beschäftigte für die niedrig entlohnte Knochenarbeit zu gewinnen. Das Europäische Migrationsregime schafft sich eine Reihe neuer Instrumente bzw. erleichtert den Zugang zu den alten. Green Cards und Blue Cards (Deutschland), Work Permits (England) und erhöhte Quoten (Italien), Anwerbeabkommen (Spanien) und befristete Arbeitserlaubnisse (Portugal), all das dürften zum Teil nur Testballons sein, immerhin stehen weitgehende Einwanderungsregelungen zur Diskussion.

Inzwischen ist auf dem Weltarbeitsmarkt bereits ein Konkurrenzkampf um bestimmte Berufsgruppen (IT-Fachkräfte, MedizinerInnen und Pflegepersonal, Ingenieure) wie auch um ›intellektuelles Kapital‹ entbrannt. In der IT-Branche spielen die USA mit immer neuen Zuwanderungserleichterungen den Schrittmacher, »es gibt einen globalen Wettbewerb um intellektuelles Kapital, und die USA führen das Rennen« an.[320] Im Gesundheitswesen ist es Englands Durst nach Personal. Außerdem werden auch noch Defizite im Ausbildungssystem genannt, die den Fachkräftemangel begründen. Nicht zufällig sind es DemographInnen, RentenexpertInnen und Industriellenverbände, die auf Einwanderung drängen. Vor allem die Lobby der Industrie preist die Vorzüge der Arbeitsmigration.

Die Unternehmer-Lobby in der Europäischen Kommission, bei der World Trade Organisation (WTO) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat mitnichten bloß die Arbeitskräfteknappheit im Sinn, dort beabsichtigt man auch, Löhne, Preise, Lohnnebenkosten und darüber sozialstaatliche Standards mittels der Konkurrenz aus dem Ausland massiv unter Druck zu setzen. Die nationalen Arbeitsmärkte sollen dem globalen Wettbewerb geöffnet werden, schließlich geht die ›Liberalisierung‹ genannte Deregulierung der europäischen Arbeits- und Dienstleistungsmärkte in die letzte Runde. Insbesondere das europäische Allgemeine Abkommen für den Dienstleistungshandel (GATS), welches bald in Kraft tritt und die Sek-

toren Bau, Gesundheit, Bildungswesen, Umwelt und Soziales umfasst, besagt: »Lohnkürzungen werden zu den Hauptzielen gehören.«[321] Mit erhöhter Zuwanderung, so rechnet exemplarisch die *New York Times* aus, ließen sich die Löhne in bestimmten Sektoren um rund 5 % drücken.[322] Ebenso soll in Europa Migration als Hebel einer fortgesetzten Deregulierung genutzt werden, Zuwanderung erfordere die »weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und den Umbau der Sozialsysteme«.[323] Die Öffnung der Arbeitsmärkte für den Wettbewerb und die Hereinnahme von ausländischen ArbeitnehmerInnen erscheint in diesem Licht vor allem als ein Angriff auf das europäische Masseneinkommen und, aus der Perspektive von Wirtschaftsvertretern, auf die Rigidität der europäischen Sozialverfassung.

Um diese Ziele zu erreichen, wird das Prinzip der ›Selektion‹ zu einem zentralen Steuerungselement der neuen Migrationspolitik. »Um wirtschaftlich förderlich zu sein, muss die Wanderung von Ausländern bestimmt werden durch ökonomische Anreize. Das erfordert eine Migrationspolitik, die es so weit wie möglich Marktgesetzen überlässt, zu funktionieren.«[324] Kernelement der neuen Entwürfe ist die Installierung neuer Kontrollposten, die anhand einer Bestandsaufnahme, zum Beispiel in Form von Punktesystemen, das ›Humankapital‹ (Ausbildung, Arbeitserfahrung, Sprachen, Integrationsvermögen etc.) eines Zuwanderungswilligen erfassen. Neben dem schlichten Kriterium der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt fordert beispielsweise der britische *Daily Telegraph* ganz unverhohlen eine »Qualitätskontrolle darüber, wer reingelassen wird«.[325] Mit der selektiven Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte wird einerseits dem Migrationsdruck nachgegeben, andererseits eine Auswahl getroffen, und Wanderungswillige werden in nützliche und unnütze Menschen unterschieden. Mit neuen Selektionskriterien, so dem Punktesystem des deutschen Zuwanderungsgesetzes, versuchen Migrationspolitiker wirksame Instrumente zu entwerfen, mit denen man die Steuerung und Kontrolle über die Migrationsbewegung wiederzugewinnen hofft. Doch wenn der nützliche Ausländer einreisen darf, so wird der unnütze Ausländer, für den auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage besteht, implizit abgewiesen.

Tatsächlich wird zeitgleich zur Definition des erwünschten Migranten der Kampf gegen die Unerwünschten verschärft.

Europaweit wird das Asylrecht noch weiter eingeschränkt. Die EU-Innenminister diskutieren auf Initiative Frankreichs drastische Strafen für jene, die Beihilfe zu illegalem Aufenthalt leisten, *Britain* fordert sogar die Einschränkung der Genfer Konvention, die EU plant eine schönfärberisch als ›Harmonisierung‹ bezeichnete, einheitlich strenge Asylpolitik für alle Mitgliedstaaten.

Letzteres wird vor allem damit begründet, dass die Asylmigration den neuen Richtlinien vor allem deshalb widerspricht, weil sie die Sozialfonds belastet, statt zum wirtschaftlichen Wachstum beizutragen. In Deutschland und England wird das Abschiebe-regime insbesondere von abgelehnten Asylsuchenden deshalb mit einer neuen Rigorosität durchgesetzt. Zum anderen zeichnen sich gewisse Bemühungen ab, MigrantInnen, die bislang unter das Asylrecht fielen, in andere Kategorien zu hieven, in denen der Aufenthaltstitel an eigenes Einkommen und Arbeitsplatznachweise gekoppelt ist.[326]

Auch im Rahmen der in den meisten europäischen Ländern üblichen Regularisierungsprogramme für ›Illegale‹ ist neben familiären Bindungen der Nachweis eines Arbeitsplatzes zwingend.

Besonders deutlich wird diese Tendenz im Umgang mit jugoslawischen und Kosovo-albanischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Die massenhaften Ausweisungen wurden in Bayern und Baden-Württemberg zurückgenommen, nicht etwa aus humanitären Gründen, sondern weil die Handwerkskammern argumentierten, dass es sich um unverzichtbare Arbeitskräfte handelt.[327]

Schlussendlich versuch(t)en die europäischen Regierungen der neuen Mitte um Schröder, Jospin und Blair recht erfolgreich, sich die kritische Intelligenzija über Bündnisse gegen Rechts, Zuwanderungskommission und andere Runder-Tisch-Konstruktionen hereinzuholen. Nachdem das alte Migrationsregime teilweise versagt hat, wurde die linke Intelligenzija zunächst eingeladen am Entwurf des neuen Migrationsregimes mitzuwirken.

2. Formen der Umsetzung

Anhand der Politik in zwei Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, soll die Umsetzung dieses Projektes dargestellt werden.

2.1.1. Deutschland: Moderation des Politikwechsels – von Süssmuth zu Schily

Der Politikwandel in der Bundesrepublik verlief über drei Etappen. (A) Zunächst wurde im Jahr 2000 mit der Green-Card-Initiative, beschränkt auf 20.000 IT-Experten, die Zuwanderung von Arbeitskräften als solche plausibel gemacht. Das war Auftakt und Testballon! Die Kritik der traditionell zuwanderungsfeindlichen Gewerkschaften wurde mit dem Argument unterlaufen, es handele sich nur um solche Arbeitskräfte, an denen in Deutschland ein Mangel herrsche und die deshalb keine Konkurrenz darstellten. Die Kritiker aus dem völkischen Lager wurden ruhiggestellt mit dem Argument, es sei nur an eine befristete Zuwanderung gedacht. (B) 2001 wurde vom Bundeskanzler eine Unabhängige Kommission Zuwanderung (UKZ) unter Rita Süssmuth eingerichtet, die die Öffentlichkeit auf einen Wandel in der Ausländerpolitik einstimmen sollte. Lautstark wurde diskutiert, ob die jährlichen Zuwanderungszahlen nun 50.000 (UKZ) oder gar bis zu 500.000 (Unternehmerverband) betragen sollten. Im Schatten dieses Schlagabtausches wurde im Innenministerium bereits an einem Gesetzentwurf Zuwanderung gearbeitet, im August vorgelegt und 2002 leicht geändert verabschiedet. (C) Mittlerweile und ohne viel Aufhebens wurde eine Ausnahmeregelung über die Aufnahme von bis zu 300.000 ausländischen Haushaltshilfen beschlossen; auf der Wunschliste stehen bereits weitere Fachkräfte wie Ingenieure und Krankenhauspersonal.[328]

Das ›Zuwanderungsgesetz‹ hat einen irreführenden Titel, denn genau genommen heißt es programmatisch »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung«. Es besteht aus zwei Teilen, dem eigentlichen Gesetz und der Begründung; unter dem Eindruck der Attentate in New York wurden anschließend zusätzliche Überwachungsmaßnahmen hinzugefügt.

Das Gesetz ist eine weitgehende Neuformulierung des Ausländer- und Asylrechts und enthält eine Reihe von Regelungen zur Neuordnung zukünftiger Arbeitsmigration, beispielsweise das Punktesystem Zuwanderung.

Es ist allerdings auch weiterhin durchdrungen von einem negativen, feindseligen und repressiven Umgang mit MigrantInnen insgesamt. Für das Netzwerk afrikanischer Flüchtlinge *The Voice*

stand deshalb fest, »das Gesetz baut auf Segregation, auf Hass und auf Rassismus«.

In der Begründung des Gesetzes wird zunächst die Ausgangs- und damit Problemlage dargelegt. ›GastarbeiterInnen‹ wird indirekt der Vorwurf gemacht, dass sie, nachdem der Boom zu Ende gegangen war und sie nicht mehr gebraucht wurden, damals dennoch nicht zurückgekehrten, sondern blieben. Das war nicht vorgesehen gewesen in dem System. Es folgt die Feststellung, dass sie vielmehr ihre Familien nachgeholt haben, das war ebenfalls vom Gastarbeitersystem nicht vorgesehen. Drittens konstatiert die Begründung vorwurfsvoll, dass sie nach wie vor nur ungenügend integriert sind, ohne allerdings die Rolle von Ausgrenzung und Benachteiligung der AusländerInnen zu berücksichtigen. Der Entwurf unterstellte zudem, dass Asylsuchende trotz vielfältiger Abschreckungsmaßnahmen nach wie vor zahlreich und unbegründet kommen und die rechtlichen Spielräume des Asylverfahrens voll ausschöpfen, um ihr Bleiberecht durchzusetzen. Aus all dem zieht der Gesetzentwurf nun die Lehre, offenkundig soll eine Wiederholung verhindert werden. Der Teufel steckt schlussendlich im Detail. Es soll noch mehr Lager geben, Ausreiseerzwingungslager. Die Abschaffung der Duldung wird zu einem massenhaften Illegalisierungsprozess führen. Es wird noch mehr Ausgrenzung, noch mehr Ausgegrenzte geben (Folge der Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es wird nach wie vor für viele kein Recht auf Arbeit geben, sie werden ohne Rechtsschutz und ausgebeutet in die Welt der illegalen Arbeit abgedrängt. Es werden Abschiebungen in Viert-Staaten ermöglicht, in denen die Menschen nie zuvor gewesen sind. Sprachprobleme werden ebenso bestraft wie Assimilationsverweigerung oder der Rückzug in eigene kulturelle Gemeinschaften. Das Recht auf ein Familienleben für Ausländer wird weiter eingeschränkt. Sprach- und Bildungsprüfungen werden eingeführt, deren Anforderungen so hoch hängen, dass viele MigrantInnen von einem unbefristeten Aufenthaltsstatus ausgeschlossen werden. Dies trifft besonders jene 1,7 Millionen Menschen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis, dieser Status wird abgeschafft. Das Gesetz wird den Menschen einen Aufenthaltsstatus gemäß ihrem ›Zweck‹ und ihrem Nutzen zuweisen. Es wird Individualrechte den Marktgesetzen unterwerfen. Die »Zuwanderung im Auswahlverfahren erfolgt im Interesse der

Bundesrepublik Deutschland und dient keinen Individualinteressen«. Die Rolle des Ausländerzentralregisters zur Überwachung aller MigrantInnen wird weiter gestärkt. Die einzigen größeren Verbesserungen in dem Gesetz gelten Unternehmern, Fachkräften und zukünftigen Fachkräften, nämlich StudentInnen.

Mit dem Gesetz sollen alle gesetzlichen Schlupflöcher für Asylsuchende geschlossen werden. Insofern ist es eine Antwort auf all die vielen jahrelangen Kämpfe von Flüchtlingen um ihr Bleiberecht. Das Gesetz soll auch verhindern, dass die, die kommen, ihren Aufenthalt nach und nach verstetigen, sich quasi hocharbeiten, wie im alten Gesetz. Es soll nur noch zwei Statusse geben, befristet und unbefristet; ist der Aufenthaltszweck erfüllt, sollen sie wieder ausreisen. Das Gesetz soll zudem verhindern, dass ArbeiterInnen, die kommen, problemlos ihre Familien nachholen, die nämlich nicht gewollt sind. Nur noch so genannte Experten werden solche Privilegien haben. Das Gesetz orientiert sich vor allem an einem Ziel: dem Nutzen für die in Deutschland ansässige Wirtschaft und der Nachfrage des Arbeitsmarktes. Einwanderungspolitik wird nach einem *Just-in-Time*-Prinzip der *Just-in-Time*-Produktion angepasst. Die Einwanderungsgesellschaft wird wie eine Fabrik geführt, Einwanderer wie Angestellte nach dem *Hire-and-fire*-Prinzip behandelt. In der Welt sei bereits ein Wettbewerb um die besten Köpfe entbrannt und Deutschland soll fit gemacht werden für den Konkurrenzkampf. Internationale Verpflichtungen, also humanitäre Kriterien, werden dagegen nur noch gezwungenermaßen anerkannt, dann aber im Detail enorm eingeschränkt.

Die Hervorhebung des Nützlichkeitsprinzip in der Migrationspolitik, oder in anderen Worten das Prinzip der Verwertbarkeit eines Menschen, wiederholt sich auch in anderen Politikfeldern. Mit der zeitgleichen Debatte um Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen und dem Vorwurf von Bundeskanzler Schröder, da wären viele Faule darunter, wurde sichtbar, dass die, die nichts leisten, ausgeschlossen werden sollen aus der Solidargemeinschaft der Versicherten. Ebenso erleben wir in der Gentechnik eine Diskussion, die die Leistungsfähigkeit und den Nutzen des Menschen zu steigern sucht.

Dieser Gesetzentwurf richtet sich gegen zahlreiche Kategorien von MigrantInnen, insbesondere Asylsuchende und Unange-

passte. Gleichzeitig führt er allerdings auch die gesetzlichen Voraussetzungen für Formen zukünftiger und vor allem flexibler Arbeitsmigration ein. Insofern beinhaltet er die Option, nach einer zunächst repressiven Phase, die sich gegen die Unerwünschten richtet, eine Phase der befristeten Zuwanderung oder auch unbefristeten Einwanderung folgen zu lassen, und zwar unter jeweiliger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage. Da die wesentlichen von der EU thematisierten Problemlagen nicht unmittelbar bevorstehen, sondern erst im Laufe der folgenden Jahrzehnte zum Tragen kommen, schafft der Schily-Entwurf zwar die Voraussetzungen für zukünftige Immigration, ohne damit aber unmittelbar zu beginnen.

2.1.2. Diskursmanagement und politische Kontroversen

Irritiert hatte der Ablauf vor allem deshalb, weil allerhand (scheinbar) Widersprüchliches auf den Tisch gebracht worden war. Dies war aber nicht viel anderes als Diskursmanagement. Es gilt als Binsenweisheit, dass man mit ausländer- und einwanderungsfeindlichen Kampagnen Wahlkämpfe gewinnt, während zuwanderungsfreundliche Politik Stimmen kostet. Zuletzt wurde dies im Hessenwahlkampf und mit der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unter Beweis gestellt. Der politische ›Eiertanz‹[329] ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass auf einmal plausibel sein soll, was jahrzehntelang als Bedrohungsszenario galt. Er verläuft zwischen dem neoliberalen und dem völkisch-nationalen Pol, die Argumente reichen von »einer geregelten Zuwanderung für den Arbeitsmarkt«[330] bis zu der Prämisse, dass »die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte sowie von Arbeitskräften mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus ... Vorrang hat vor der Zuwanderung ... aus Nicht-EU-Staaten«[331]. Ihre Zuspitzung erfuhr diese Position in der ›Kinder-statt-Inder‹-Kampagne der CDU in Rheinland-Pfalz im Jahre 2000. Hinter dem politischen Schauspiel verbirgt sich eine handfeste bevölkerungspolitische Kontroverse. Zwei klassische Antworten auf den Bevölkerungsrückgang stehen gegeneinander: Zuwanderung versus Bevölkerungswachstum durch Geburtenpolitik.[332] Es gibt zweierlei Kontroversen, einerseits zwischen den verschiedenen politischen Lagern, andererseits zwischen transnationalem Kapital und den Nationalstaaten. Tatsächlich

waren es die Nationalstaaten, und vor allem die politische Fraktion des völkischen Nationalismus, die die Globalisierung der Arbeitsmärkte und die Öffnung der Grenzen für Arbeitskräfte bisher behindert haben. Die Nationalstaaten stehen unter anderem für den Schutz der mittelständischen Unternehmer, des die nationalen Märkte bedienenden Gewerbes, Handwerks und Kleinhandelskapitals. Auf Seiten der Protektionisten finden sich aber auch die Gewerkschaften, denen es um die Verteidigung der Rechte der metropolitanen Arbeiteraristokratie zu tun ist.[333] Tatsächlich wird den völkischen Ideologen und Protektionisten die neue Arbeitsmigration schmackhaft gemacht (a) mit der weiteren Verschärfung des Asylrechts – Flüchtlinge werden das Bauernopfer sein – , (b) einer feinsten Staffelung zahlloser Kategorien von Aufenthaltstiteln und Rechten im Ausländergesetz und (b) der zeitlichen Befristung der meisten Aufenthaltstitel.[334] Zu guter Letzt wird ihnen noch die Reform der Familienpolitik dargereicht.

Auch der Sinneswandel der Bundesregierung im Sommer 2000 in Sachen Neonazis erklärte sich im Lichte von Globalisierung und Zuwanderungsdebatte. Nachdem Neonazis ein Jahrzehnt lang insbesondere Flüchtlingen ein Leben in Angst bereiteten und ihren Part im Konzept der Abschreckungspolitik spielten, widmet ihnen die Bundesregierung erst seither einige Aufmerksamkeit. Augenscheinlich wirkt die Gewalt der Straße erst zu einer Zeit kontraproduktiv, wo einerseits das Ausland protestiert und andererseits Migration wieder erwünscht wird und die Gefahr besteht, dass Stiefelfaschisten auch einmal den Falschen, nämlich den Experten treffen könnten.[335]

2.2.1. England: »Qualitätskontrolle« für MigrantInnen

»Fundamentale Änderung der Einwanderungspolitik«, das hatte die damalige britische Innenministerin für Einwanderungspolitik Barbara Roche auf einem Seminar des New-Labour-nahen Institute for Public Policy Research im September 2000 verkündet. Nachdem sie den Ministerposten eingenommen hatte, zeichnete sich die vormals linke Abgeordnete durch eine gnadenlose Asylpolitik aus. Sammellager, Umverteilung, Wertgutscheine, das ganze deutsche Instrumentarium hat sie in die britische Asylpolitik eingeführt. Auch ihr Nachfolger Blunkett versucht, den Wettlauf mit den

Konservativen um die härteste Linie für sich zu entscheiden.

Im Sommer 2000 allerdings wurde gleichzeitig ein Kurswandel in der Einwanderungspolitik eingeleitet. Man traute seinen Ohren kaum, ›Wirtschaftsmigration‹, bisher eher ein Schimpfwort für Asylsuchende ist plötzlich erwünscht. Zwar lautet die Prämisse nach wie vor, »Einwanderungspolitik muss unsere nationalen Interessen sowohl wirtschaftlich als auch sozial schützen und fördern«, aber dann heißt es weiter, »internationale Migration ist ein zentrales Merkmal des globalen Systems. ... *Britain* muss fähig sein, sich dieser neuen Umwelt anzupassen.« Nachdem jahrzehntelang galt, weitere Einwanderung würde die ›rassischen Beziehungen‹ gefährden, hieß es nun: »England ist immer ein Einwanderungsland gewesen. ... Ökonomisch angetriebene Migration kann beträchtliche Vorteile für Wachstum und Wirtschaft bringen, [doch] ... nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Bereicherung für unser soziales und kulturelles Leben.« Mit Migration könne man einer ganzen Reihe von Problemen begegnen, dem Fachleutemangel in vielen Bereichen, dem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft oder der alternden Gesellschaft; den Unis mangelt es an StudentInnen, und viele Arbeitslose machen bestimmte Jobs schlichtweg nicht.[336]

Es war kein Zufall, dass diese Ankündigung in den Räumen der Britischen Banker-Vereinigung gemacht wurde. Der mit dem 1971er Einwanderungsgesetz beschlossene Einwanderungsstopp hat seine Spuren hinterlassen: Personalknappheit im Gesundheitswesen, zu wenig Ingenieure, IT-Experten jedweder Couleur und Manager in Landwirtschaft, Handel, Dienstleistung und Industrie. Hunderttausende von Stellen werden mit illegalen ausländischen Arbeitskräften besetzt. Der Verband britischer Industrieller hatte im Herbst 1999 erklärt, dem Problem illegaler ausländischer Arbeitnehmer käme man weniger mit schärferen Gesetzen bei, vielmehr wäre es am besten, wenn man schlicht ausländische Arbeiter legalisiert, indem man schnell und unbürokratisch Arbeitserlaubnisse ausstellt.[337] Kürzlich erklärte ein Vertreter, es sei eigentlich nicht einzusehen, weshalb man nicht auf dem globalen Arbeitsmarkt nach den besten Arbeitnehmern suchen könne und sich auf die EU beschränken müsse. Seit Jahren fordern Unternehmerverbände immer drängender die Lockerung bestehender Zuwanderungsrestriktionen.

Bereits seit 2000 wird die für Nicht-EU-Arbeitnehmer zuständige Behörde (*Work Permit (UK)*) reformiert, Arbeitserlaubnisse werden nun kundenfreundlich und effizient bearbeitet. Bearbeitungszeit: eine Woche. Auch die Kriterien wurden gelockert: Die Zahl der Arbeitserlaubnisse stieg im Jahr 2001 bereits um 20 % auf über 80.000. Eine Beschränkung nach oben, sprich Quoten, gibt es für Arbeitserlaubnisse nicht, einzig der Bedarf an Arbeitnehmern zählt. StudentInnen bekommen mittlerweile eine automatische Arbeitserlaubnis, nach Studienabschluss dürfen sie zum Arbeiten im Land bleiben; nur für landwirtschaftliche ArbeiterInnen existiert noch eine Quotenregelung, und die hat das Innenministerium bereits verdoppelt. Daneben gibt es noch die so genannten *working holidaymakers*, MigrantInnen aus dem alten Commonwealth, derzeit rund 40.000 jährlich.

In England konsultierte die Innenministerin erst einmal einen Wahlsoziologen, bevor sie vorsichtig die Lockerung der Arbeitsmigration verkündete. Dort mahnten einige Stimmen auch sogleich, die weiße Rasse würde in Europa unweigerlich in die Minderheit geraten.[338] Doch insgesamt stößt dieser Kurswechsel auf wenig Widerstand. Zu besagtem Seminar waren VertreterInnen vieler gesellschaftlicher Gruppen eingeladen, um eine Diskussion um die Ausgestaltung der zukünftigen Einwanderungspolitik zu beginnen: Wirtschaftsvertreter, Wissenschaftler, Presse, Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen, Rechtsanwälte, Behördenvertreter. Es war ein eher linkes Spektrum, was sich die Innenministerin da ins Boot zu holen versuchte, und viele begrüßten die Initiative für eine neue Politik der Wirtschaftsmigration. Nach dem Abschied vom alten rassisch geprägten Politikmodell, von Feindbildern und Panikmache mag manchen die neue Rationalität bestechen. Es besteht die Möglichkeit, oder besser gesagt Gefahr, dass sie sich einspannen lassen in den Entwurf eines neuen Migrationsregimes.

Gleichzeitig wird eingeräumt, dass das bisherige System der Einwanderungskontrolle angesichts von Hunderttausenden von Illegalen versagt hat, »*Britain* ist heutzutage die Heimat von Hunderttausenden von Leuten, die kein Recht haben, hier zu sein, und deren Beitrag zum Wohlstand der Nation nicht gewürdigt werden kann«. Drittens wird akzeptiert, dass Migration nicht aufzuhalten ist, »zukünftige Migranten werden sich in England niederlassen

wollen und viele werden gebraucht werden. Wenn sie davon abgehalten werden, legal zu kommen, dann werden sie dies illegal tun.« Und viertens gilt das alte System als inadäquat, »es erscheint sonderbar, dass *Britain* junge Leute braucht, die hierher kommen und arbeiten, aber ein System betreibt, das keine Kontrolle darüber hat, wer sie sind. Die meisten der 70.000 Asylsuchenden ... sind Wirtschaftsmigranten, aber es gibt keine Qualitätskontrolle darüber, wer reingelassen wird.«[339]

2.2.2. Die Integration von MigrantInnencommunities als Entwicklungsstrategie

Dass ausgerechnet in der Zeit der konservativen Regierung Thatcher-Major die Grundzüge der britischen multi-kulturellen Gesellschaft gelegt wurden, mag manchem wie ein Paradoxon vorkommen. Doch tatsächlich war es eine Antwort auf eine tiefgreifende Krise der Staatsraison in den 1980er Jahren. Die für die Nachkriegsgesellschaft konstitutive rassistische Formierung sowie deren gewalttätige Vorhut hat eigenständige, hoch-dynamische und weitaus mächtigere Gegenbewegungen provoziert.

Deren Aufstände brachten zwischen 1975 und 1985 nicht nur den sozialen Frieden ins Wanken, sie stellten den sozialen Konsens in Frage, trieben den Preis für soziales Unrecht in ungeahnte Höhen, unterminierten die formelle Subsumtion und entrissen den Verfassungsorganen die Kontrolle über das Geschehen im Land. Mit einer Flucht nach vorn, der Aufgabe traditioneller völkisch-rassistischer Politikmodelle, der Reformierung althergebrachter Institutionen und der Stärkung antirassistischer Gesetze und Institutionen konnte die soziale Revolte beschwichtigt und ihr Potenzial gesteuert werden. Die Integration dieser MigrantInnen der ersten Generation, insbesondere aber von deren Nachkommen hat einem ungeheuren Entwicklungssprung in Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft Vorschub geleistet. Die Wiederbelebung tot geglaubter Sektoren (Textil, Bekleidung, *Corner Shops*), die sprunghafte Ausbreitung des Dienstleistungssektors, die massive Ausweitung niedrig entlohnter Arbeit, die Absenkung der Reproduktionskosten in den Armutsvierteln durch billige Lebensmittel und Bekleidung, die Schaffung der Vorraussetzungen einer Flexibilisierung der Arbeit durch allgegenwärtige *Fast-food*-Angebote ist wesentlich

dem unternehmerischen Handeln bzw. der Arbeit dieser MigrantInnen geschuldet. Mit ihnen ist auch der Manchester-Kapitalismus zurückgekehrt in Form einer »Erneuerung der industriellen Vergangenheit«.[340] Der langanhaltende Boom der britischen Ökonomie ist ohne diesen Entwicklungssprung, ohne dass die Zuwendung zu multi-kulturellen Politikformen enorme Ressourcen freigesetzt und deren Integration in eine kapitalistische Entwicklungsdynamik erst ermöglicht hat, nicht denkbar.

3. Die Osterweiterung der EU[341]

Die Osterweiterung wurde schon 1993 auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen beschlossen, vor allem, um den endgültigen Sieg über den Ostblock im Kalten Krieg zu besiegeln. Die treibende Kraft hinter diesem Beschluss war die Bundesrepublik Deutschland. Sie präsentierte sich damit nach der Wiedervereinigung sowohl als stärkste und aktivste Kraft innerhalb der EU, als auch insbesondere innerhalb der Zweiten Säule »Sicherheit und Außenpolitik«. Zur Bedingung eines EU-Beitritts wird gemacht, dass sich die jeweiligen Staaten der EU politisch, wirtschaftlich und in ihrer politischen Kultur vollständig anpassen müssen.[342] Das allein schon kommt einer Unterwerfung gleich, es ist kein Zusammenschluss unter Gleichen, sondern die anders entwickelten Staaten ordnen sich den Prinzipien der Mächtigen unter. Der Anpassungsprozeß wird von der EU genauestens verfolgt und regelmäßig die Ergebnisse abgefragt. Als Teil dieses Prozesses hat die EU mit einer Reihe von Staaten gegenseitige Abkommen, die *European Agreements* geschlossen,[343] die Kapital-, Waren- und Migrationsbewegungen regulieren. Insbesondere die Regulation von Arbeitsmigration war und ist sehr rigide, die Niederlassung als Selbstständige/r weniger.[344] Da die europäischen Staaten zwischen dem Prinzip freier Markwirtschaft einerseits und Migrationsbeschränkungen andererseits schwanken, bot diese Regelung für den einen oder die andere durchaus auch Schlupflöcher. Insgesamt aber hat die EU in diesen Abkommen peinlich genau darauf geachtet, OsteuropäerInnen nicht allzu viele Rechte zugewähren. Im Vergleich zu türkischen oder auch tunesischen und marokkanischen MigrantInnen beispielsweise werden sie eindeutig diskriminiert.[345] In der ersten Beitrittsrunde sollen Polen,

Tschechien, Slowenien, Ungarn, Litauen, Lettland und Estland eingegliedert werden, in einer zweiten Stufe die Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Das Einkommensgefälle ist groß, die Arbeitslosigkeit steigt. Vor allem aber wird der Konkurrenzdruck, die daraus resultierenden Betriebsschließungen insbesondere in der Landwirtschaft, viele UngarInnen sowie PolInnen treffen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) geht davon aus, dass nur etwa ein Drittel der polnischen Bauernhöfe überleben wird.[346] Die Gesamtsumme ausländischer Direktinvestitionen hat sich seit 1990 nahezu verzehnfacht, es geht zu wie bei einem Ausverkauf, mit dem auf den Weltfinanzmärkten überschüssigen Kapital wird alles erworben, was zu haben ist, Gewerbegebiete, Supermärkte, Fabriken, Banken. Zudem wird das Land mit ausländischen Importen überschwemmt, das Handelsdefizit ist enorm, die Verschuldungsfalle bereits geöffnet, auch der schwindende Absatz polnischer Waren kostet Arbeitsplätze, die Erwerbslosigkeit war 2000 auf 16,5 % angestiegen. Das migrationstypische Szenario wäre, dass die beschäftigungslosen ländlichen Massen auf der Suche nach Einkommen zunächst in die Städte getrieben werden, während die städtischen Massen in die nächstgrößeren Städte und dann ins Ausland, also nach Westeuropa migrieren. Eine Reihe vorliegender Studien und Papiere geht bislang zwar davon aus, dass sich die Migration aus Polen, und die beschäftigt im Moment die EU vor allem, zahlenmäßig in Grenzen halten wird. Das Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass 4-5 % der Bevölkerung, maximal 5 Millionen Menschen innerhalb von 15 Jahren nach Westen ziehen würden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nimmt nur 2 Millionen MigrantInnen bis 2010 an.[347] Andere Quellen gehen davon aus, dass aufgrund ähnlicher demographischer Merkmale wie im Westen – alternde Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsrückgang –, das Migrationspotenzial eher gering ist. Gleichwohl besteht die Bundesregierung auf einer Übergangszeit von 5-7 Jahren, in der für OsteuropäerInnen die Freizügigkeit nicht gilt. Möglicherweise ahnt sie, dass der Anschluss und die Konsequenzen des Wettbewerbs viel mehr Menschen die Existenzgrundlage rauben wird, als einige Fachleute glauben machen.

4. Neuzusammensetzung und Flexibilisierung der Bevölkerung

Wenn die Strategen in UN und EU an die Zuwanderung von bis zu 75 Millionen Menschen in die EU denken, dann wäre dies ein ungeheurer planerischer Eingriff nicht nur in Europa, sondern in die Welt insgesamt. 75 Millionen Menschen, dass wären noch mehr als die 60 Millionen im Zweiten Weltkrieg Vertriebenen. Begonnen hat der Zugriff zumindest auf die an die EU angrenzende Bevölkerung bereits. Für Deutschland war dies in der Vergangenheit vor allem die gesteuerte Zuwanderung erwünschter Bevölkerung über die Aus- und Übersiedlerpolitik sowie die Aufnahme sowjetischer beziehungsweise russischer Juden. Modelle, die jedoch am Auslaufen sind. Auch die Erweiterung der EU nach Osten spielt eine Rolle, das Problem der Planer besteht jedoch darin, dass sie nicht wissen, wie viele Menschen es vor allem aus Polen nach Westen ziehen wird. Deshalb die Forderung der Bundesregierung, die Freizügigkeit für Polen noch etliche Jahre einzufrieren, um deren Arbeitsaufnahme im Westen auch weiterhin steuern zu können. Der Zugriff auf die mediterranen und westafrikanischen Staaten erfolgt über die Cotonou-Konvention, die Handels- und Entwicklungshilfeabkommen an Migrationspolitik koppelt.

Es ist abzusehen, dass eine solche Bevölkerungsumwälzung auf allen Formen von Zerstörung basieren wird. Die Entwurzelung trikontinentaler Massen, mobilisiert und vertrieben durch Krieg, ökologische Katastrophen, Staudamm-Bauprojekte, Privatisierung von Land und Armut, durch schlichte Chancenlosigkeit, alles wie bisher. Die Gewährung von Aufenthaltstiteln innerhalb der EU nach Qualitätsmerkmalen heißt, die Nützlichen aus dieser mobilisierten Masse herauszufiltern und den Rest, das dürfte die Mehrheit sein, ihrem Schicksal und den internationalen Hilfsorganisationen zu überlassen. »Die Zahl der benachteiligten Menschen im Süden und Osten, die davon träumen, für ein besseres Leben umzuziehen, aber denen es an Möglichkeiten mangelt, weil sie im Norden ökonomisch nicht erwünscht sind, wird zwangsläufig steigen.«[348]

Schlussendlich kommen wir nicht vorbei an den Lehren des historischen Vorläufers des aktuellen Geschehens: die nazistische Bevölkerungssteuerung im Rahmen der Europaplanungen von

1933-1945, Ethnisierung, gezielte Bevölkerungsteuerung und Vernichtung auf europäischer Ebene, und die damit einhergehende Hierarchisierung der Reproduktion.[349] Das war nicht nur als Endlösung für die Judenfrage, sondern auch als Endlösung für die soziale Frage gedacht. Aus dieser Perspektive wäre die ›Lösung‹ des Flüchtlingsproblems die Übersetzung von (Armuts-)Migration in ein zentrales Element zur Steuerung der gesellschaftlichen Produktivität.

Migrationspolitik ist ein Element von Sozial- und Bevölkerungspolitik im Großraum. Die Konzepte der befristeten Arbeitsmigration und Zuwanderung nach Bedarf spiegeln den Versuch einer Flexibilisierung von Bevölkerung wider. Die zwei Säulen der Migrationspolitik, Abschiebung der Unerwünschten und Hereinnahme der Nützlichen, liefe in letzter Konsequenz auf einen großangelegten Bevölkerungsaustausch hinaus. Tatsächlich halten sich ja Zuwanderung und Abwanderung in vielen Staaten der EU halbwegs die Waage, die Zahl der jährlichen Abschiebungen ist erschreckend hoch. Derzeit werden jährlich mindestens rund 350.000 Menschen abgeschoben, dazu kommen 165.000 so genannte ›freiwillige Rückkehrer‹ aus den IOM-Programmen sowie eine unbekannte Zahl von ›kalten‹ Abschiebungen, Weiterflucht oder Kapitulation vor dem Verfolgungsdruck durch Ausländerbehörden und Polizei.[350] Die Zahl der nicht ganz so freiwilligen Ausreisen liegt irgendwo zwischen einer halben und einer Million Menschen jährlich! Unterm Strich erscheint Migrationspolitik als Mittel zur Rationalisierung der Bevölkerung/Belegschaft des ›Konzerns Erde‹.

V. Schlussfolgerungen

Globalisierung des Migrationsregimes

I. Migrationspolitikwechsel in Europa.

Die Migrationsdebatte in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik repräsentiert in mehrfacher Hinsicht einen Politikwechsel. Dessen politische Inszenierung kann darüber nicht hinwegtäuschen und erklärt sich in der Tat auch durch das harte Ringen um den Kurswechsel. Selbstverständlich geht die neue Politik aus dem Alten hervor, dennoch ist sie nicht einfach das Alte. Damit wird die Politik des Neoliberalismus zur Grundlage des Entwurfs für eine neue Migrationspolitik. Die Gesellschaft als Ganzes wird nach den Kriterien eines Konzerns reorganisiert, Migration und Bevölkerung betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten angepasst.

Nach der Flüchtlingskrise und der Krise der Asylpolitik, nach dem Arbeits- und Fachkräftemangel sowie nach den ausufernden Konsequenzen der Laisser-faire-Politik in bezug auf irreguläre Migration zielt die neue Migrationspolitik auf die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Auswirkungen der Migrationsprozesse auf Europa. Der Begriff der ›Steuerung‹ im deutschen Zuwanderungsgesetz oder des Managements in der Sprache der EU bringt dies sehr deutlich zum Ausdruck. Die aktuelle Migrationsdebatte versucht zudem, die Lehren aus der Migration und Arbeitswanderung der Nachkriegszeit zu ziehen. Sie definiert als Problem, dass die Zuwanderung damals weitgehend unreguliert erfolgte, dass es keine Qualitätskontrolle gab, dass die Arbeitsmigranten sich massenhaft unkontrolliert niederließen, ihre Familien nachholten und über das Ende des Wirtschaftsbooms, also der Nachfrage blieben, dies war explizit nicht gewollt. Insofern sind die Konzepte von heute nicht die Wiederaufnahme der Politik von damals, sondern tatsächlich neu.

Ebenso stellt sie mehr dar als eine Ausweitung der bisherigen Anwerbestopp-Ausnahmeverordnungen, einer sperrigen und inkonsistenten Praxis, mittels derer ausländische Saison- und WerkvertragsarbeitnehmerInnen angeworben worden waren. Das Zuwanderungsgesetz zielt auf eine kohärente Steuerung aller For-

men von Migration, auch das ist eine Neuerung. Neu ist auch die Reimplementierung ökonomischer Kriterien in die Migrationspolitik, die nun zu einem, wenn nicht gar *dem* Leitmotiv der Politikgestaltung werden.

Die systematische Anwendung von Nützlichkeitskriterien ist insofern neu, als die Nützlichkeit beispielsweise der ersten Einwanderungsperiode bis 1973 zwar als gegeben vorausgesetzt worden war, nicht aber, wie das neue Gesetz vorsieht, systematisch per Punktesystem verifiziert werden soll. Die Nützlichkeitskriterien identifizieren implizit auch die Unnützen; denen wird die Mobilität verwehrt, statt dessen werden sie in den Herkunftsregionen eingehegt und bleiben den dort herrschenden Verhältnissen ausgeliefert, mit allen, mitunter auch tödlichen Konsequenzen.

Die Zuwanderungsdebatte ist auch zu sehen im Kontext der Diskussion um die hohen metropolitanen Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die ständig anwachsenden Staatsausgaben. Einerseits werden mit der Migration die geltenden lohn- und sozialpolitischen Standards unterlaufen und in einem weiteren Schritt wohl auch angegriffen. Andererseits wird die intensivierte Verfolgung und Abschiebung der Unerwünschten nicht zuletzt mit haushaltspolitischen Argumenten begründet.

Die migrationspolitischen Intentionen für die Gegenwart und für die Zukunft sind verschieden. Aktuell geht es in der Tat darum, nicht ein Mehr an Migration anzustreben, sondern deren Qualität zu kontrollieren. In Zukunft geht es allerdings sehr wohl um mehr Migration nach bevölkerungspolitischen und Qualitätsmerkmalen. In beidem greift die Politik sowohl an der zynischen Konzeption von Humankapital an als auch an den nationalsozialistischen Vorstellungen von einem gesunden, wertvollen und produktiven ›Volkskörper‹. Diese Kontinuität hat Agamben trefflich analysiert. [351]

II. **Migrationskontrolle im globalen und lokalen Raum.**

Aus der neuen Migrationspolitik und dem neuen Migrationsregime, denen eine Neubewertung von Migration und Mobilität zugrunde liegt, ergibt sich auch eine Neubewertung des Konzeptes Grenze. Die herkömmliche starre Außengrenze traditioneller Nationalstaaten hat sich als zunehmend porös erwiesen, die gestiegene globale Mobilität und das rasant gestiegene Reiseaufkommen machen eine Reihe von Funktionen der Grenze alten Typs obsolet. Daraus re-

sultieren neue Konzepte von Grenze, die innere und die flexible Grenze. Die Kontrolle über das Migrationsgeschehen im globalen Raum korrespondiert mit der Kontrolle über die Bewegungen im urbanen Raum. Bewegungsüberwachung und Kontrolle wird je nach Bedarf errichtet, mal wird Schengen suspendiert, mal ist es die BGS-Kontrolle auf dem Bahnhof, mal ist es die Rasterfahndung, mal Reisebeschränkungen für Asylsuchende, mal für politische AktivistInnen. Auch rassistische Gewalt und ›No-go-Areas‹ für ›AusländerInnen‹ haben hier ihren Platz. Dazu gehört die flächendeckende Einführung von Technologien wie Kameraüberwachung, biometrische Erkennungsgeräte, und Mobiltelefon-Ortungssysteme zur flächendeckenden Kontrolle von Mobilität.

Nationale Migrationspolitik ist Teil einer europäischen Konzeption. Mit dem Vertrag von Amsterdam haben sich alle EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame und in den Grundzügen einheitliche Politik geeinigt. Damit sind die Voraussetzungen für ein kohärentes Vorgehen in einem Großraum Europa *und* seiner Peripherie hergestellt worden. Außerdem sind erst dadurch die Vorraussetzungen für einen neuen, weil machtvolleren Zugriff auf die Herkunftsregionen gegeben. Migrationspolitik ist nicht mehr Sache nationaler Überlegungen sondern transnationaler Institutionen. Da damit auch nationale Interessen in den Hintergrund treten, werden sie durch arbeitsmarktpolitische und kleinräumliche, regionale Kriterien ersetzt (was gut für Baden-Württemberg ist, muss also nicht gut für Bremen sein).

Der Politikwechsel in der europäischen Migrationspolitik ist Ausdruck und Teil des Entwurfs einer globalen Politik für ein neues Migrationsregime. Analog zur Steuerung und Regulierung der weltweiten Geld- und Warenströme sowie der Durchsetzung weltweit einheitlich günstiger Investitions- und Handelsbedingungen (GATT, WTO) setzt diese Politik auf die Steuerung und Regulierung der Bewegung von Menschen, in der Sprache der Neoliberalen nichts anderes als Humankapital. Es liegen bereits Entwürfe für ein General Agreement on the Movement of People (GAMP) vor, das aus den Federn der Direktoren der International Organization for Migration (IOM) und des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) stammt.[352]

Die ganze Tragweite dieser Politik ist noch gar nicht abzusehen. Deutlich geworden ist allerdings, dass die ersten Opfer Asyl-

suchende und Flüchtlinge sind. Auch die Bürgerrechte, insbesondere jene von AusländerInnen, werden der neuen Kontrollpolitik geopfert und machen einem neuen Autoritarismus Platz. Der 11.9. hat für weiteren Auftrieb gesorgt. Der neue Wirtschaftsrationalismus wird den kruden und brutalen Rassismus, den Hass auf das Andere nicht ersetzen, im Gegenteil, der entlädt sich in wachsender Offenheit und Brutalität auf die Feinde der produktiven Gesellschaft. Die zeitgleich überall erlassenen Antidiskriminierungsgesetze erstrecken sich ja gerade nicht auf die Unerwünschten. Mittelfristig wird diese Migrationspolitik aber auch unter dem Gesichtspunkt eines Angriffs auf die soziale, politische und Klassenzusammensetzung zu betrachten sein. Und dort, wo sich der regulative Anspruch der EU in einem autoritären Zugriff auf alle Herkunfts- und Transitstaaten ausdrückt, nimmt er Züge eines neuen Imperialismus an.

III. **Modernisierung des Migrationsregimes.**

Migrationspolitik ist nicht allein Migrationsabwehr, sondern Migrationssteuerung, sie sucht jene MigrantInnen abzuwehren, die nicht gewollt sind, und jene anzuwerben, die gebraucht werden. Migrationspolitik ist die globale Ausdrucksform staatlicher, am Arbeitsmarkt orientierter Mobilitätspolitik. Mit der Einführung von Konzepten des Migrationsmanagements soll Migration institutionalisiert und selbstbestimmten Bewegungsformen die Spitze genommen werden.

Das transnationale Kapital drängt auf die Entkoppelung von Politik und Arbeitsmigrationsregulation und auf die Liberalisierung des Marktes für Arbeitskraft, so wie es in den 1970er Jahren auf die Freigabe des Geldhandels und in den 1980er Jahren auf die Freigabe des Warenhandels drängte. Das bisher vorherrschende Muster deregulierten Waren- und Finanzverkehrs bei gleichzeitigem Fortbestehen politisch regulierter Wanderungsbewegungen dürfte schon bald der Vergangenheit angehören, Markt und Nachfrage sollen die Wanderungsbewegungen steuern.

Es ist kein Zufall, dass erst der Jugoslawien-Krieg und nun der ›Weltkrieg gegen den Terrorismus‹, die Modernisierung des Migrationsregimes, die Einführung des Euro, die Liberalisierung des Dienstleistungshandels und auch die jüngsten Attacken auf Arbeitslose in denselben Zeitraum fallen. Es sind Facetten ein und

desselben aggressiven kapitalistischen Projektes und der Beginn einer neuen Etappe politischer Subordination. Die Steuerung des globalen Migrationsgeschehens ist zentral für das Projekt der Globalisierung, für den Krisenangriff und den gegenwärtigen kapitalistischen Akkumulationszyklus. Die kontrollierte und beherrschbare Liberalisierung der Arbeitsmigration ist elementar für die Fortführung der Globalisierung, ansonsten würde sie genau an diesem Punkt stecken bleiben.

Es geht offensichtlich darum, Migrationsbewegung gezwungenermaßen zu akzeptieren, sie dann aber umzudrehen und die Autonomie der Migration sowie die ihr innewohnende Forderung nach Einkommen und Teilhabe am metropolitanen Wohlstand umzudrehen und gegen Reproduktionsverweigerung wie auch die hohen Löhne oder Arbeits- und Flexibilitätsverweigerung ins Feld zu führen. Aus ›Wirtschaftsflüchtlingen‹ werden Wirtschaftsmigranten und Experten, die dem Land und der Wirtschaft nützen, sie sollen den Anteil der produktiven Bevölkerungsanteile erhöhen, darüber die Produktivität von Gesellschaft an sich und gleichzeitig durch vermehrte Steuereinnahmen Pensionen und Sozialleistungen zu finanzieren. Die Subventionierung des Sozialstaates zur Finanzierung der NichtarbeiterInnen verläuft über die Migrationsarbeit, zudem wird so ein Konflikt um den weitgehenden Abbau von Sozialleistungen umgangen.

Solche Entwürfe sind die Modernisierung des alten Prinzips, aber noch kein Paradigmenwechsel. Es zielt ja nicht etwa auf ein Mehr an globaler sozialer Gerechtigkeit, im Gegenteil. Zudem umgehen die EU-Staaten sparpolitisch begründete Ausbildungsdefizite mit einem *›brain drain‹* aus der Dritten Welt, der auch nicht folgenlos bleiben wird. Die Implantierung von Qualitäts- und Nützlichkeitskriterien, aber auch von Quoten sind nur ein neues Instrumentarium zum Ausschluss der globalen Massenarmut. Ein solches rationalisiertes Migrationsregime steht zudem in der Tradition sozialtechnischer Modelle auf globalem Niveau. Der (arbeits-)markwirtschaftliche ›Wert‹ eines Menschen wird zum entscheidenden Faktor und ins Feld geführt gegen die Vielfältigkeit von Migrationsmotiven. Alle menschlichen oder politischen Motive, das Prinzip der individuellen Selbstbestimmung werden einem einzigen fremdbestimmten Kriterium untergeordnet. Ein solches System ist zutiefst inhuman, es setzt nicht am Menschen,

sondern am Markt an. Es kann keinen unbefangenen Umgang mit dem Prinzip der Selektion geben – an dem hängt in letzter Konsequenz der Geruch von Kaltblütigkeit, Berechnung und Tod.

IV. Internierung, Massendeportationen, Bevölkerungsaustausch.

Im Zentrum der Migrationspolitik stehen immer noch die repressiven Instrumente der Internierung und Abschiebung. Sie stehen ebenso sehr für einen totalitären Zugriff auf die Menschen wie ihre nachhaltige Traumatisierung. Das Flüchtlingslager ist ein Charakteristikum unserer Zeit.[353] Ob in Braunschweig (D), Sangatte (F), Campsfield (UK), Malaga (S), Donetsk (Ukraine), Woomera (Australien), auf Nauru oder im Gaza-Streifen, solchen ›totalen Institutionen‹ sind Grausamkeiten inhärent.[354] Zahllose Staaten, ob Ungarn, Taiwan, Malaysia, Jemen oder Botswana haben heutzutage Internierungslager eingerichtet. Lager gehören zur Infrastruktur der Politik der Massendeportation, allein in der Europäischen Union werden jährlich rund 350.000 Menschen abgeschoben, eine Zahl, die sogar noch gesteigert werden soll. Ganze Bevölkerungsgruppen wie die Roma sind aus Westeuropa weggeschafft worden.[355] Allein aus Deutschland wurden seit 1990 rund eine Million Menschen abgeschoben, schätzungsweise über drei Millionen reisten ›freiwillig‹ aus. Aus England werden derzeit jährlich rund 45.000 Menschen abgeschoben, die Zahl der Abschiebungen abgelehnter Asylsuchender soll sogar noch verdreifacht werden, auf insgesamt rund 66.000 Menschen.[356] Auf der anderen Seite stehen jene, die gewollt werden, seit 1990 rund zwei Millionen nach Deutschland eingewanderte AussiedlerInnen, während in England ebenso viele Menschen abgeschoben werden (sollen), wie jährlich als heiß begehrte Fachkräfte ein *Work Permit* erhalten.[357] Die Herrschaftstechnologie zur Durchsetzung besteht aus Erfassung (Schengen Informationssystem, CIREFI etc.), Ausgrenzung (Ausländergesetze u.ä.) bzw. Prüfung (BaFl, Arbeitsämter), Festnahme (Polizei, Grenzschutz etc.), Internierung (Flüchtlings- oder Abschiebelager) und Abschiebung.[358]

V. Globalisierung von Migrations-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik.

Nach der Globalisierung kapitalistischer Verwertung beobachten wir nun die Globalisierung der Migrationspolitik. Sie erfüllt eine zentrale Funktion für die Weltsozialpolitik und Sozialtechnik. Migrationspolitik, wie sie von der EU konzipiert worden ist, zielt nicht mehr nur auf die Kontrolle und Steuerung von Zuwanderung ab, sondern auf die Neuordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Zunächst verschafft sie sich alle relevanten Daten aus Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungsstatistiken, um Angebot und Nachfrage festzustellen.

Sie greift ein in die Außen-, Innen-, Sozial- und Sicherheitspolitik aller Herkunfts-, Transit- und Einwanderungsstaaten. In letzteren zielt sie auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie formuliert einen planerischen Zugriff sowohl auf die Bevölkerung der Herkunfts- als auch der Aufnahmestaaten. Schlussendlich beeinflusst sie die Zusammensetzung sowohl der Bevölkerung als Ganzes als auch der Arbeitskräfte.

Nach der Neuordnung der politischen folgt die Neuordnung der sozialen Beziehungen. Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie der schöpferischen Zerstörung hält damit Einzug in die Welt-Bevölkerungspolitik.

VI.Parallelwelten statt Monostruktur.

Die aktuelle Phase ist charakterisiert durch eine Gleichzeitigkeit von verschiedenen Produktionsweisen, wie auch die verschiedener Organisationsformen des Kapitals.

Empire, Supranationalstaat, Supernationalstaaten, Nationalstaaten und Regionen; Sozialstaaten und Diktaturen; globale und nationale, regulierte und deregulierte Arbeitsmärkte; *share holders* Rentier*s*, Massenarbeiter, illegale Arbeiter und Sklaven; Fordismus und Sklaverei, Manchester-Kapitalismus und Globalisierung – all dies besteht nebeneinander.

So haben wir es heute mit Parallelwelten aus mehreren Jahrhunderten und von mehreren Kontinenten zu tun. Die neue Ordnung zeichnet sich eben nicht durch eine Monostruktur aus, sondern durch ihre Diversität. Die Wertschöpfung basiert ebenso sehr auf dem Wertefluss *zwischen* diesen Aggregatzuständen wie auf dem System abgestufter Reproduktionskosten. Produktionsweise

und Herrschaft sind diversifiziert, und ebenso vervielfältigt haben sich die sozialen Konflikte. Resultat ist ein ungeheuer spannungsgeladener Zustand.

VII. Migrationspolitik als Terrain eines sozialen Zusammenpralls.

Solange Kriege, nationale Neu- und Umbildungsprozesse fortbestehen, solange gefährden Migrationskontrollen und -hemmnisse Menschenleben. Die Institutionalisierung von Migration erfolgt im Interesse der stabileren Staaten, von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, aber nicht im Interesse der Massenarmut. Wenn die einzig mögliche Reaktion auf Verfolgung und Völkermord, die Flucht, be- und verhindert wird, wenn Bedrohte nicht dauerhaft Schutz finden, sondern als dauerhaft Entwurzelte faktisch staatenlos und damit auch schutzlos bleiben, so bleiben sie dauerhaft gefährdet. Ein globalisiertes Migrationssystem leistet dem Völkermord oder Hungertod bzw. Konstellationen, in denen Vertriebene schlussendlich aufgerieben werden, Vorschub.[359] Es gibt keine moralische oder ethische Rechtfertigung für eine Politik der Lager, der Ausgrenzung, der Grenzregime und Zugangskontrollen. Migrationskontrolle ist ungerecht.[360] Das Recht auf Glück, auf ein gutes Leben und Bewegungsfreiheit, der Slogan ›No Border – No Nation – No Camps - No Deportation‹, all ist nicht nur elementar für den Kampf um eine gerechte Gesellschaft, es ist auch existenziell für den Überlebenskampf von Millionen schlechthin. Die Planungen und Blaupausen für ein neues Migrationsregime werden so nicht aufgehen, Migrationspolitik ist ein Terrain sozialer Auseinandersetzungen, auf dem die Ansprüche, die in der Migration enthalten sind, auf das imperialistische Projekt abgestufter Reproduktion prallen. Der Ausgang dieser Konfrontation bleibt offen.

Anhang I: Überblick: Papierlose

Westeuropa

Staat[361]	**Schätzung**
Frankreich	1.000.000[362]
Italien	800.000 - 1,1 Mio.[363]
Bundesrepublik	500.000 - 1,5 Mio. [364]
Österreich	250.000[365]
Schweiz	100.000 - 150.000[366]
Spanien	500.000[367]
Griechenland	400.000 - 700.000[368]
Griechisch-Zypern	5.000
Niederlande	100.000 – 200.000[369]
Belgien	70.000 - 100.000[370]
Portugal	35.000 - 200.000[371]
Großbritannien	10.000 jährl.[372]
Westeuropa	5 Mio. - 6,5 Mio.

Ost- und Südosteuropa

Polen	500.000 - 1 Mio.[373]
Ungarn	200.000 (1995)
Rumänien	unbekannt
Bulgarien	bis 40.000[374]
Tschechien	300.000[375]
Estland	30.000
Litauen	1.000
Russland	6.000.000[376]
Weißrussland/Belarus	150.000 - 300.000[377]
Ukraine	600.000

Nordamerika

USA[378]	bis 8,5 Mio.
Kanada	bis 200.000

Südamerika

Argentinien	200.000 - 1 Mio.[379]
Brasilien	unbekannt
Venezuela	1.500.000[380]

Afrika

Südafrika	3 - 8 Mio. (1995)[381]
Nigeria	unbekannt
Elfenbeinküste	unbekannt

Asien und Australien

Türkei	unbekannt
Israel	200.000
Vereinigte Arabische Emirate	200.000[382]
Saudi Arabien	1,7 Mio. [383]
Armenien	12.000[384]
Japan	300.000 (1993)
Süd-Korea	148.000[385]
China	150.000[386]
Hongkong	unbekannt[387]
Thailand	175.000 – 1 Mio.[388]
Malaysia	800.000[389]
Indien: Assam	
Karatschi	2 Mio.
2 Mio.	
Singapur	unbekannt
Taiwan[390]	20.000 - 200.000
Philippinen	70.000[391]
Australien	40.000[392]

Summe

Obergrenze	41,2 Mio.
Untergrenze	23,4 Mio.



Afrikanische Migration in den Mittelmeerraum

B. Kabala, Rencontre et développement – CCSA, Algier

Ich beginne diesen Text mit einer ziemlich traurigen Feststellung: Die Europäische Union ist dabei, durch ihre harte und nicht immer angemessene Politik ihre südliche Grenze nach Nordafrika zu verlagern. Schlimmer noch, aufgrund von Ignoranz oder Verachtung macht sie sich kaum Gedanken über das Unglück, das sie dabei verursacht.

Nordafrika und weitgehend der ganze südliche Rand des Mittelmeers sind in den letzten beiden Jahren zu einer »Sackgasse« geworden, wo die meisten Migrantinnen und Migranten, die aus Schwarzafrika kommen, jedes nur mögliche und denkbare Elend erleiden. Weil sie die »Sünde« begangen haben, eines Tages die Entscheidung zu treffen, anderswo nach Möglichkeiten für ihren Lebensunterhalt zu suchen, vor Elend und Konflikten aller Art zu fliehen, um sich selbst und ihren Familien zu helfen: »Ich habe meine Mutter verlassen, weil ich nicht mehr für ihren Unterhalt und den meiner Brüder und Schwester sorgen konnte«, sagt eine Kongolesin. »Und ich habe sie beruhigen können, als ich ihr sagte, ich müsste nur versuchen, im Ausland zurecht zu kommen und könnte dann meine Familie ernähren.«

»Mein Vater wurde von Männern der Regierung gekidnappt, und meine Mutter hat keinerlei Ausbildung. Angesichts der Drohungen bewaffneter Rebellen sah ich mich gezwungen, unser Land zu verlassen und zu fliehen, um woanders Arbeit zu suchen, damit ich meine Mutter, meine Frau und Kinder, die irgendwo in Guinea sind, ernähren kann«, erzählt mir ein junger Liberianer.

Sie kommen praktisch vom gesamten schwarzen Kontinent. Einige treffen die Entscheidung, sich nach Algerien und Marokko zu begeben. Andere versuchen ihr Glück in Libyen, weil sie von den libyschen Petrodollars gehört haben. Die Ostafrikaner halten den Weg nach Ägypten und den Mittleren Orient für kürzer, wobei der Mittlere Orient schon von asiatischen Migranten überschwemmt wird. Auf jeden Fall geschieht es nicht selten, dass in

Algier Personen aus dem Osten aufgenommen werden, die über Ägypten, Libyen und dann Tunesien gekommen sind.

Wenn sie die Entscheidung treffen, ihr Land zu verlassen, haben sie nicht unbedingt als erstes im Kopf, nach Europa zu gelangen. Sie wollen nur einen Ort in der Welt finden, der ihnen und den Ihren eine angemessene Zukunft bietet, das heißt eine Zukunft, die ihr eigenes Land ihnen vielleicht niemals wird gewähren können. Nicht vergessen werden darf, dass unter ihnen eine gewisse Anzahl ist, vielleicht ist es die Minderheit, deren Sicherheit in ihrem Land wirklich bedroht ist.

Sie schlagen also nicht systematisch den Weg in die Mittelmeerländer ein. Selbst wenn sie auf ihrem Weg in mehreren Ländern Halt gemacht haben, weil sie glaubten, sich dort niederlassen zu können und eine angemessene Arbeit zu finden, sind sie jedes Mal enttäuscht worden, weil sie dort dieselben harten Bedingungen oder noch härtere als in ihrem eigenen Land gefunden haben. Dann reift der Plan, in die Mittelmeerländer zu gehen. Dieser »große See«, um einen Begriff von Yasser Arafat aufzugreifen, ist von mächtigen und blühenderen Ländern umgeben als unser eigenes, und seien es auch nur die am südlichen Mittelmeerrand, die uns eine bessere Zukunft bieten werden als unser eigenes Land.

Diejenigen, die nach Nordafrika gehen, wagen sich mit sehr viel Mut an die Durchquerung der Sahara, dieser weiten, ausgedörrten und ungastlichen Wüste.

»Großer Bruder, wir sterben in dieser Wüste, und niemanden kümmert das«, erzählt mir ein junger Mann von der Elfenbeinküste, der des Lebens überdrüssig ist. »Leute sehen sich gezwungen, ihre Freunde zu bitten, in ihren Mund zu urinieren, damit sie wenigstens etwas zu trinken haben.«

Ein Kongolese sagt mir: »Wir sind in der Libyschen Wüste an zwei mit Gepäck überladenen Lastwagen vorbei gekommen. Um sie herum lagen menschliche Skelette.«

Ein Nigerianer erzählt: »Ich glaube nicht, dass ich zu leben verdiene: Wir waren 18 Leute und wir haben unsere Schwester (so werden alle Frauen aus dem gleichen Herkunftsland genannt) aus Angst vor der algerischen Polizei und Armee im Stich gelassen. Sie war in einen Brunnen gefallen und hatte sich die Wirbelsäule gebrochen. Sie schrie so laut ...«

Sie erreichen endlich die Küste des südlichen oder östlichen Mittelmeers, wo es einigen gelingt, sich einzurichten und sich zu integrieren, aber zum Preis enormer Anstrengungen und mit Hilfe und Unterstützung jeglicher Art. Sie sind zu müde, um die Reise fortzusetzen und geben sich mit dem wenigen zufrieden, was diese Länder ihnen anbieten. Es ist etwas mehr als sie zu Hause haben, was Lebensunterhalt und Sicherheit angeht. Aber in diesem Stadium haben viele andere schon nach einigen Wochen begriffen, dass sie von den Gesellschaften des Maghreb oder des Machrek nichts zu erwarten haben und ihr Ziel ist von da an Europa.

Welches Europa? Das Europa, das viel Geld an die Regierungen des Südens schickt und die Machthaber unterstützt. Europa, von dem man hört, dass alle dort frei sind zu tun, was sie wollen, zu arbeiten, wo sie wollen. Das Europa aus dem Fernsehen, sein glitzernder Reichtum, und vor allem das Europa, wo alle Freunde und Verwandten, die schon dort sind, Handys haben und über Western Union schöne Geschenke und viel Geld schicken. Da also ist das gelobte Land, also der Ort, den man mit allen Mitteln erreichen muss. Und im Übrigen, die Tatsache, dass es so viele Hindernisse gibt, die die Leute daran hindern sollen, dorthin zu gehen (fehlende Erteilung von Visa in den Ländern des Südens, gewaltsame polizeiliche Repression etc.) beweist sehr wohl, dass dort ein großer Schatz versteckt sein muss!

Die Robusten verschaffen sich schnell ein kleines finanzielles Polster über kleine Gelegenheitsjobs, wo sie überausgebeutet werden, aber das ist nicht schlimm, sie sind nicht hier, um sich niederzulassen, das ist nur eine Transitstation für sie.

Die aus Algier zum Beispiel gehen in Richtung Oran, ihr Aufenthalt dort ist nur kurz, auf jeden Fall haben sie keine Lust, den Algeriern, die von dort aus nach Spanien gehen, Konkurrenz zu machen. Das Netz dort gehört den Algeriern, die sicher einen »Stau«, der von den Schwarzafrikanern verursacht wird, nicht hinnehmen würden. Und diese entdecken, dass auch Bevölkerungsgruppen der nordafrikanischen Mittelmeerländer weggehen wollen, dass sie in größerer Anzahl als sie selbst illegal ausreisen wollen. Und die Einheimischen haben zumindest den Vorteil, dass sie gültige Visa bekommen, die sie benutzen, um länger in Europa zu bleiben, als das Visum erlaubt. Aber das ist nicht ihre Sorge.

Sie bezahlen Schlepper und werden nach Marokko gebracht.

In Marokko, wo das Überwinden der Mauern von Ceuta oder Melilla durch beträchtliche Geldmittel aus Europa praktisch unmöglich gemacht wurde – Kameras, automatische Detektoren, Projektoren etc. – sind sie in der Falle. Sie stehen alleine Aggressionen und Demütigungen aller Art und der Repression gegenüber:

»Mein Mann, der versuchte mich zu beschützen, wurde geschlagen und ist vor unseren Augen gestorben«, erzählt mir eine Frau aus Kamerun, die sehr viel Mut zeigte, aber ihre Tränen nicht zurückhalten konnte.

Eine Kongolesin berichtet: »Einer Freundin wurde die Gebärmutter von sechs Personen übel zugerichtet. Sie vergewaltigten sie vor aller Augen. Sie wird niemals mehr Kinder haben können.«

»Nachdem unser Versuch gescheitert war, die Mauer von Ceuta zu überwinden«, erzählt mir ein Nigerianer, »hat uns die marokkanische Gendarmerie ausfindig gemacht. Sie haben diejenigen, die versucht haben sich zu wehren, vollkommen nackt ausgezogen und sie verprügelt, nachdem sie sie in Pfützen von eiskaltem Wasser geworfen hatten. Nach kurzer Haft beschloss ein Richter, ohne uns anzuhören, dass wir alle illegal sind und dass wir deshalb alle wieder nach Hause abgeschoben würden. Und eine Nacht später wurden wir nachts an die algerische Grenze zurückgeführt.«

Auf der algerischen Seite wird eher zügig gearbeitet: Die Polizei schiebt regelmäßig massenweise Personen nach Mali oder Nigeria ab, aber beide Länder nehmen nur noch ihre eigenen Staatsangehörigen auf.

In Tunesien werden die Leute in die libysche Wüste zurückgeführt. Ob sie dort leben können oder sterben werden, interessiert niemanden, vor allem nicht die Behörden, die für diese Beschlüsse verantwortlich sind.

In Libyen sind die Behörden sogar vollkommen gleichgültig gegenüber einem nie da gewesenen Anstieg von Xenophobie, die auch zu Massakern an Ausländern führt. Im Libanon finden sich die Sans-papiers in regelmäßigen Abständen wegen fehlender Papiere in den Gefängnissen wieder.

Kurz: Es geschehen schreckliche Dinge im Namen der von der Europäischen Union aufgezwungenen Härte, im Namen des Schut-

zes und des Wohlergehens der europäischen Bevölkerung, im Namen der Verteidigung der Festung Europa.

Aber bei all dieser Verzweiflung kommen die Dinge in Bewegung, verändern sich in die richtige Richtung. Ganz langsam ... Die Medien in diesen so genannten Transitländern, die bewusst oder aus Angst das Phänomen lange ignoriert haben, fangen allmählich an, offen davon zu sprechen. Wir organisieren Treffen zum Thema der Migration, wozu wir Repräsentanten der maghrebinischen Zivilgesellschaft (Professoren, Lehrer, Juristen, Studenten) einladen und mit ihnen die öffentliche Meinung sensibilisieren wollen. Wir wagen es, die politischen Autoritäten um Termine zu bitten, um das Phänomen mit ihnen zu diskutieren. Vor einiger Zeit wäre das noch unmöglich gewesen.

Im Libanon stellen die Behörden jedes Jahr eine beträchtliche Prozentzahl von Arbeitserlaubnissen für Migranten aus. Anderswo (vor allem in Marokko und Algerien) beginnt der UNHCR damit, bei den Behörden wirklich um die Anerkennung des Asyls durch die einzelnen Länder nachzusuchen.

Wir arbeiten in enger Zusammenarbeit mit den NGOs des Nordens (CCFD, Caritas, um nur die zu nennen, die mit sichtbarem Interesse die Entwicklung der Situation verfolgen und den wirklichen Willen haben, sich an der Entwicklung der Regionen zu beteiligen, die im Süden am meisten von der Armut betroffen sind) darauf hin, dass die Menschen gefördert werden und ihre Würde geachtet wird.

Abschließend möchte ich sagen, dass Europa nicht denken soll, dass die Abschottung seiner Grenzen ausreicht, um seine Probleme bezüglich der illegalen Einwanderung zu lösen. Denn es gibt einige, die sich die Hände reiben und die ein Eigeninteresse daran haben, dass Europa diese extremen Positionen einnimmt:

Das sind die Mafias aller Arten, diese Leute ohne Gesetz und Glauben, die Spezialisten für den Menschenhandel. Europa wird nur wenig dagegen unternehmen können: Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen dem Norden und dem Süden sind zu groß, das erzeugt den riesigen Magneteffekt, den Europa für die Dritte Welt hat und der sich für lange Zeit nicht ändern wird. Die Kapitalflucht aus der Dritten Welt in den Westen hat nicht aufgehört, und es ist erstaunlich, dass Europa eine der einfachsten ökonomischen Regeln ignoriert: Wo das Kapital weggeht, verschwin-

den auch die Arbeitsplätze, und da wo das Kapital sich niederlässt, werden Stellen geschaffen.

Ich war zu einem Empfang der Vereinten Nationen in Algier eingeladen, und ich werde für immer die Überlegungen des Leiters des PAM (Welternährungsprogramm) in Erinnerung behalten: In den alten Zeiten wanderten die Bevölkerungen im urtümlichen Afrika, indem sie den Bewegungen der Herden folgten, die selbst nach den Weiden suchten, die ihnen passten. Jetzt laufen die Leute hinter der Arbeit her, um die Ihren zu ernähren. Sie werden da nach Arbeit und nach Wohlergehen suchen, wo sich beides versteckt hält, und selbst wenn das Tausende von Kilometern von zu Hause entfernt sein sollte.

Anhang: Einige Zahlen

In den Libanon sind nach den Statistiken 1999-2000 von Caritas-Libanon mehr als 150.000 Migranten in diesem Jahr gekommen, die aus Afrika und vor allem aus Asien kamen, darunter 60 Prozent Frauen. Eine Arbeitserlaubnis wurde einem Drittel dieser Bevölkerung erteilt.

Für *Ägypten* fehlen jüngere und zuverlässige Statistiken. Aber es ist bekannt, dass dieses Land eine beträchtliche Zahl von Migranten aus Afrika und Asien (einige Tausend) aufnimmt. Die Sudanesen stellen den größten Anteil.

Libyen mit seiner neuen Politik der Öffnung gegenüber Afrika (OAU-Vereinbarungen) soll von 1998 bis 2000 eine Steigerung von 50.000 auf fast 150.000 Migranten aller Nationalitäten erfahren haben. Wir denken, dass diese Zahlen zu niedrig geschätzt wurden.

Für *Tunesien* haben wir keine zuverlässigen Zahlen von der Caritas Tunis. Es ist nur bekannt, dass es einen großen Zustrom von Algeriern nach Tunis gibt, die zur Caritas gehen, um dort Hilfe zu bekommen.

In *Algerien* waren in der ersten Jahreshälfte 2.000 im »Lager« von Maghnia an der marokkanischen Grenze 2.500 Personen jeglicher Herkunft untergebracht. In der Gegend von Algier waren es ungefähr genauso viel. Im Süden des Landes kam man auf 30.000 Personen für das Jahr 2000 – so der UNHCR.

Marokko hat auch keine zuverlässigen Statistiken, aber sicher ist, dass dieses Land eine weit größere Migrantenpopulation hat als Tunesien und Algerien. Die Algerier machen den Löwenanteil aus.

A. Sivanandan, Liz Fekete

Migration und Rassismus im Zeitalter der Globalisierung[1]

Dies ist ein Rassismus, der sich nicht nur gegen diejenigen mit einer dunkleren Haut aus den ehemaligen Kolonien richtet, sondern gegen alle neuen Flüchtlinge, Vertriebenen und Entwurzelten, die heute an die Türen Westeuropas klopfen; ein Europa, welches oftmals dafür verantwortlich ist, dass die Menschen überhaupt ihr Land verlassen mussten. Es ist ein Rassismus, der sich in gewisser Weise farbenblind zeigt, da er auch die weißen Unterschichten einbezieht, und der daher leicht als Xenophobie, als »natürliche« Angst vor dem Fremden (miss) verstanden werden kann. Aber an der Art, wie man die Menschen verunglimpft und verdinglicht, bevor sie ausgesondert und ausgeschlossen werden, läßt sich erkennen, dass diese Xenophobie über alle wesentlichen Merkmale des alten Rassismus verfügt. Ihre Substanz ist rassistisch, auch wenn sie in der Form »gegen alles Fremde« gerichtet ist. Es ist ein Rassismus, der alle armen und besitzlosen Fremden, selbst die mit weißer Hautfarbe, trifft. Es ist Xeno-Rassismus.

Es gab einmal eine Zeit, da sah der Westen seine großartige Zivilisation und sein überlegenes Wirtschaftssystem durch den Kommunismus bedroht. Für die USA waren die Länder des Ostblocks der zentrale ideologische Gegner; für Westeuropa die unnachgiebigen und feindlich gesonnenen Nachbarn. Heute haben die 125 Mio. Vertriebenen und Flüchtlinge[2], die zeitweise oder dauerhaft außerhalb ihrer Heimatländer leben müssen, den Kommunismus als Bedrohungsszenario abgelöst. Denn in unserer schönen neuen Welt nach Ende des Kalten Krieges ist der Feind nicht mehr so sehr die falsche Ideologie als vielmehr die Armut. Während die westlichen Sicherheits- und Geheimdienste, die supranationalen und zwischenstaatlichen Organisationen und nationalen Regierungen zur Abwehr gegen die Migrationsströme aus den »übervölkerten« und »sozial und ökonomisch schwachen Län-

dern«[3] mobilisieren, hat sich in der Alltagskultur ein völlig neuer Diskurs über und gegen Flüchtlinge herausgebildet. Diejenigen, die Asyl beantragen, werden als Betrüger, Schmarotzer, illegale Einwanderer und Wirtschaftsflüchtlinge gebrandmarkt, die sich Zugang zum Wohlstand des kapitalistischen Westens erschleichen und gleichzeitig dessen Kultur zerstören wollen. Und diese Dämonisierung von Menschen, die die kapitalistische Welt im Namen der Aufrechterhaltung von wirtschaftlicher Ordnung und nationaler Identität vor ihren Toren zu halten versucht, signalisiert das Aufkommen eines neuen Rassismus.

Flucht als Folge der Globalisierung

Die Differenzierung zwischen politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen ist besonders heimtückisch, da sie – abhängig von den jeweiligen Interessen und politischen Kontexten – zu ganz unterschiedlichen Auslegungen und Anwendungen führen kann. Der Westen ist zur Zeit glücklich über alle Migranten, sofern sie die entsprechende Investitions- und Kaufkraft mit sich bringen oder zu den dringend benötigten hochqualifizierten Arbeitskräften gehören, mit denen man Aus- und Weiterbildungskosten im eigenen Land einsparen kann. Er heißt die Computer-Genies aus dem »Silicon Valley« in Bangalore willkommen, jedoch nicht die verfolgten Menschen aus Sri Lanka oder dem Pandschab, die er unter dem Begriff Wirtschaftsflüchtlinge mit all seinen negativen Konnotationen von Schmarotzer- und Bettlertum zusammenfaßt. Der Westen ist im Unterschied zur unmittelbaren Nachkriegszeit heute nicht mehr auf einen Pool niedrig qualifizierter Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Ausland angewiesen. Im Zuge der schrittweisen Ablösung des industriellen durch einen globalisierten Kapitalismus haben die großen Unternehmen ihre Produktionsstätten in diejenigen Länder verlegt, in denen die Arbeitskraft am allerwenigsten kostet. Selbst dort, wo man zu Hause noch auf unqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist – in der Landwirtschaft zu Erntezeiten oder in dem sich ständig wandelnden Dienstleistungssektor – müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter immer billiger werden und besonders flexibel einsetzbar sein. Hier bieten sich die zahlreichen »Illegalen« und Rechtlosen geradezu als ideale Lösung an.

Ironischerweise trägt gerade auch die Globalisierung mit ihrem Diktat der freien Märkte und uneingeschränkten Handelsbeziehungen weltweit zu einer schleichenden Erosion der bisherigen Unterscheidung zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen bei. Der Nationalstaat, vor allem in der sogenannten Dritten Welt und dem ehemaligen Ostblock, ist zum Agenten des globalen Kapitals geworden. Es ist das Kapital, das entscheidet, was wo produziert und was wo und wie angebaut werden soll. Durch seine Hilfs- und Entwicklungsagenturen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds sowie durch internationale Handelsabkommen (wie GATT und NAFTA) und Institutionen wie die WTO werden die ärmeren Staaten in eine Schuldenfalle getrieben, um sie dann in einem nächsten Schritt zur Übernahme von Strukturanpassungsprogrammen zu zwingen, mit denen strikte Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor verbunden sind. Das Ergebnis ist eine massive Verarmung der Bevölkerung, der Abbau von Schulen und sozialstaatlichen Leistungen sowie das Ende von Ausbildung und lokalem Unternehmertum. Jegliche regionale oder eigenständige Entwicklungsperspektive wird systematisch abgeschnitten, es gibt keine Zukunft mehr, an der sich die Bevölkerung orientieren könnte, die nicht unmittelbar mit ausländischen Mächten und ausländischem Kapital verbunden ist. Daher kann der Widerstand gegen die ökonomische Verelendung nicht vom Widerstand gegen politische Unterdrückung getrennt werden. Derjenige, der aufgrund von ökonomischen Gründen flieht, ist gleichzeitig ein politischer Flüchtling.

Wir leben heute in einer vollständig anderen Weltordnung als noch 1951, als in der UN-Flüchtlingskonvention festgelegt wurde, was unter politischer Verfolgung zu verstehen ist. Damals waren diese Definitionsversuche unmittelbar geprägt von der Erfahrung der Judenvernichtung in Europa sowie von der Bedrohung und Angst, die der kommunistische Totalitarismus hervorrief. Aber auch schon damals konnte man in den gerade unabhängig gewordenen Kolonien der europäischen Mächte die Entstehung einer neuen Kategorie politischer Flüchtlinge beobachten. Während seiner Kolonialherrschaft hatte Großbritannien unterschiedliche Stämme, nationale und ethnische Gruppen sowie geographische Einheiten gewaltsam in einzelnen staatlichen Gebilden zusammengefügt, um sie einfacher verwalten und wirksamer

ausbeuten zu können. In der ersten Aufbruchstimmung nach der Unabhängigkeit versuchten die fortschrittlichen nationalen Regierungen der neuen Staaten Wirtschafts- und Ausbildungsprogramme umzusetzen, von denen sie sich eine gewisse ökonomische Selbständigkeit und Förderung (im Streben nach Eigenstaatlichkeit) versprachen. Doch als das neo-koloniale Projekt des Westens die einheimische Wirtschaftsentwicklung zu verdrängen begann, machte der Nationalismus, der diese Staaten seit der Unabhängigkeit zusammenhielt, ethnischen oder kommunalen Streitigkeiten Platz. Und viele Regierungen nutzten:die formaldemokratischen Insturmente, besonders das Wahlsystem,) zur Errichtung von autoritären Majoritäts-Regimen, mit denen eine lange Geschichte der systematischen Unterdrückung von Minderheiten – Ibos in Nigeria, Tamilen in Sri Lanka, Asiaten in Kenia und Uganda – begann.

Zunächst waren diese politisch verfolgten Gruppierungen ökonomisch »unsichtbar«. In der unmittelbaren Nachkriegszeit, in den 50er und 60er Jahren, als Großbritannien alle verfügbaren Arbeitskräfte gebrauchen konnte, gab es noch keinen Grund, Wirtschaftsflüchtlinge von politisch Verfolgten abzugrenzen. Es interessierte kaum jemanden, dass zahlreiche Menschen infolge der Separation des Pandschabs aus ihrer Heimat fliehen mußten; was zählte, waren die Unternehmer und Fabriken in Southall, die dringend Arbeiter und Arbeiterinnen benötigten. Politische Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge waren eins: willkommene und billige Arbeitskräfte.

Als die Zeit der Anwerbung jedoch langsam vorbeiging, Großbritannien kaum mehr auf Arbeitsmigranten angewiesen war und damit begann, seine Grenzen zu schließen, wurden die Ansprüche und Rechte von politisch Verfolgten den Anforderungen eines ökonomischen Pragmatismus einfach untergeordnet. Die Weigerung, die 1968 aus Kenia verbannten Asiaten britischer Staatsangehörigkeit automatisch aufzunehmen, verdeutlichte den zunehmend rassistischen Charakter der Einwanderungspolitik in Großbritannien. Darüber hinaus wurde hiermit zum ersten Mal unmißverständlich klargestellt, dass ökonomische Interessen höher bewertet wurden als die von politischen Flüchtlingen, selbst wenn diese einen britischen Paß besaßen. Die Definition von politisch Verfolgten und die Definition von Arbeitsmigranten und Wirt-

schaftsflüchtlingen waren zu diesem Zeitpunkt schon vollkommen austauschbar geworden. Nur vier Jahre später wurden aus Uganda vertriebene Asiaten mit großer Selbstverständlichkeit als politische Flüchtlinge in Großbritannien anerkannt, nicht nur weil Idi Amin der britischen Regierung kaum eine andere Wahl gelassen hatte, sondern weil ein Großteil der Expatriierten zur Unternehmerklasse gehörte und somit zu Großbritanniens Wohlstand beitragen konnte. »Britisch«, »fremd«, »politisch«, »ökonomisch«, »unrechtmäßige« und »rechtmäßige Flüchtlinge« – die Regierungen wenden die Begriffe jeweils danach an, ob und wie sie am besten ihren jeweiligen übergeordneten ökonomischen, politischen oder ideologischen Motiven und Interessen entsprechen.

Es gibt dafür kaum ein besseres aktuelles Beispiel als das der Roma aus Osteuropa. In vielerlei Hinsicht sind ihre Erfahrungen und Leiden in den Ländern des ehemaligen Ostblocks vergleichbar mit denen der Minderheiten, die von den neuen unabhängigen Staaten des britischen Empires bis heute verfolgt und vertrieben werden. Während der kommunistischen Ära, die von staatlichem Zentralismus geprägt war, wurde versucht, die kulturellen und ethnischen Eigenarten von Minderheiten möglichst zu unterdrücken und klein zu halten. Obwohl es den Roma nicht erlaubt war, umherzuziehen und ihrer traditionellen Lebensweise nachzugehen, waren sie doch immerhin mit Rechten ausgestattete Staatsbürger. Selbst wenn sie Teil der Unterschichten waren, gehörten sie doch zum System dazu. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurden sie jedoch zu Ausgestoßenen, denen man den Zugang zu Arbeit, Einkommen und vollen Bürgerrechten verweigern konnte. Sie wurden zu Opfern staatlicher Diskriminierung und populistischen, offen rassistischen Terrors . Heute werden die Roma aufgrund ethnischer, ökonomischer sowie politischer Gründe verfolgt, ähnlich wie die Juden in früheren Zeiten. Selbst wenn sie in Westeuropa Asyl suchen, werden sie von uns aus den selben Gründen abgelehnt, die in ihren Herkunftsländern ursprünglich zu Flucht und Vertreibung geführt haben. Ihre Kultur, Philosophie und Lebensweise stellen sie außerhalb der westeuropäischen Gesellschaften. Früher die Unterklasse im kommunistischen Totalitarismus, sind sie heute die *Outcasts* der westlichen Demokratien.

Ähnlich ergeht es den Flüchtlingen aus den Balkanstaaten. Zuerst wurden sie durch einen Luftkrieg, der sie angeblich vor

dem Völkermord retten sollte, ihrer Lebensgrundlage beraubt. Da der Westen sich weigerte, Bodentruppen zum Einsatz zu bringen, wurde kurzerhand fast das ganze Land samt seiner Infrastruktur zerstört und die Menschen zur Flucht gezwungen. Diejenigen, die von Völkermord bedroht sind, scheinen nur wählen zu können zwischen: [Überleben oder eigenständigem Leben] Leben oder Lebensunterhalt) – beides zugleich ist nicht zu haben. Und wenn sie es schaffen, mit dem Leben davonzukommen und zu uns zu fliehen, wird ihnen die Würde der Arbeit und damit die Möglichkeit verwehrt, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen . Statt dessen werden sie als Bettler und Schmarotzer gebrandmarkt, die nicht mehr an ihrer Hautfarbe, sondern an ihren Lebensmittelgutscheinen zu erkennen sind.

In dem Maße, wie der Kapitalismus die ganze Welt wie ein schmieriger Ölteppich überzieht und die ideologischen Rivalitäten des Kalten Krieges langsam verblassen, beginnen die Nationalstaaten der ehemaligen »schwarzen« Kolonien in der Dritten Welt und die ehemaligen »roten« Kolonien des Sowjetreiches mehr oder minder zu kollabieren. Während riesige Konzerne, die inzwischen über mehr Reichtum verfügen als ganze Kontinente und mächtiger sind als die Regierungen der Nationalstaaten, die Welt ökonomisch zu umspannen und zu beherrschen versuchen, werden immer mehr Menschen aus ihren Heimatländern vertrieben und aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen herausgerissen. Einige Ländern werden ökonomisch verwüstet, in anderen ist ein Völkermord im Gang; in manchen herrschen traditionelle Bürgerkriege, in anderen brechen neue Formen von Rassismuss auf. Das Politische und das Ökonomische sind kaum mehr auseinanderzuhalten, kulturelle Unterschiede kaum mehr auszumachen, immer öfters sind die Werte, an denen wir uns orientieren, mit denen des freien Marktes identisch geworden. Die Globalisierung reduziert fast alle unsere Aktivitäten auf das binäre System von Kaufen und Verkaufen und trägt somit zur Kommerzialisierung der menschlichen Beziehungen bei. Daher beurteilen wir unsere Pflichten und Verpflichtungen gegenüber anderen auch nicht mehr danach, was wir ihnen im Namen von Recht und Gerechtigkeit schuldig sind, sondern danach, wie hoch die Kosten ausfallen. Selbst die Kriege, die wir im Auftrag der Menschenrechte und der zivilisierten Welt führen, um diese vor dem Rückfall in die Barba-

rei zu bewahren, werden zu Kriegen, in denen wir nicht mehr persönlich engagiert sind. Und deshalb kümmern uns die Opfer dieser Kriege nicht – nicht einmal im Namen der Werte, für die wir in den Kampf gezogen sind .

Die Globalisierung fragmentiert unser Bewußtsein und treibt uns immer stärker in isolierte Kämpfe und Ein-Punkt-Bewegungen hinein, die vielleicht scheibchenweise Reformen , aber keine grundlegende Veränderung herbeiführen können. Deswegen ist es so entscheidend, dass wir unsere Kämpfe – sei es gegen strukturellen Rassismus, gegen restriktive Asylgesetze, Waffenlieferungen oder ungerechte Handelsabkommen – miteinander verknüpfen und als Teil eines allgemeinen Kampfes gegen den Globalismus begreifen. Selbst wenn wir uns also mit den Anhängern des freien Marktes darüber einig sind, dass Asylbewerber eine Arbeitserlaubnis erhalten müssen, so gewiß nicht deshalb, weil der freie Zugang zu Arbeitsmärkten ein Imperativ des Globalismus ist, sondern weil der Globalismus dafür verantwortlich ist, dass die Menschen in ihrem Herkunftsland ihre Lebensgrundlage verloren haben. Unser Kampf ist auf Seiten der Asylbewerber und daher automatisch gegen Globalismus. Eben deshalb ist auch jede Menschenrechtskonvention, die Asylbewerbern nicht das Recht auf Lebensunterhalt zusichert, unter den heutigen Bedingungen irrelevant.

Der Globalismus ist das letzte Stadium des Imperialismus

Begreifen wir den Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus, so ist der Globalismus das letzte Stadium des Imperialismus. Wir sind Zeugen eines epochalen Wandels, der mindestens genauso bedeutsam ist wie der Übergang vom merkantilen zum industriellen Kapitalismus. Die Globalisierung ist ein Prozeß, kein Konzept; das Projekt heißt Globalismus. Und dieses Projekt ist Imperialismus. Ohne Zweifel hat die technologische Revolution der letzten drei Jahrzehnte zu einem solch enormen qualitativen Sprung der Produktivkräfte geführt, dass das Kapital nicht mehr in der uns vertrauten Weise auf menschliche Arbeitskraft angewiesen ist. Seine Fließbänder operieren mittlerweile weltweit, seine Produktionsstätten können jederzeit verlegt werden, seine Arbeiterschaft ist rundum flexibel einsetzbar. Die Produktion kann

ad hoc oder *just-in-time* erfolgen, sich an den wandelnden Bedürfnissen der Massenkonsumenten ausrichten, braucht keine kostspielige Lagerhaltung mehr, kommt ohne größere Materialverschwendung aus, und das Kapital kann die benötigten Arbeitskräfte je nach Bedarf austauschen. Anstatt auf den Import billiger Arbeitskräfte angewiesen zu sein, kann das Kapital dorthin gehen, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen besonders abhängig und duldsam sind. Es kann von einem Land zum nächsten ziehen, den maximalen Mehrwert aus jedem Arbeitskräftepool herauspressen und ihn danach wieder abstoßen.

Es gibt kaum mehr einen staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich, der nicht darauf ausgerichtet worden ist, dem freien Spiel des globalen Kapitals zu dienen. Heute läßt sich nicht einmal mehr mit der Lupe die Spur eines unabhängigen ökonomischen Lebens erkennen. Die Bauern haben kein Land, die Arbeiter keine Arbeit, die Jungen keine Zukunft und viele Menschen nichts zu essen mehr. Der Staat gehört den Reichen, die Reichen gehören zum internationalen Kapital, und die Intelligenz biedert sich bei beiden an.

Die Globalisierung wirft ihre eigenen Widersprüche auf oder arrangiert vielmehr die alten Widersprüche auf neue Art[4], indem sie den Schauplatz der Kämpfe gegen das Kapital vom Ökonomischen weg hin zum Politischen verlagert hat. Der Kampf gegen das Kapital und daher gegen den Staat ist zum Kampf gegen den Staat und daher gegen das Kapital geworden, oder anders formuliert: zum Kampf gegen den Staat-im-Kapital. So müssen selbst die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse heute auf dem politischen Terrain ausgetragen werden: heute muß der Kampf für Streikrecht und gewerkschaftliche Organisierung vor dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne geführt werden. Denn der freie Markt untergräbt die Rechte der Arbeitnehmer, führt zum Abbau von Bürgerrechten und läßt von der Demokratie kaum mehr etwas übrig als die Wahlen. Er kastriert den staatlichen Sektor, drängt auf die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und bestimmt die sozialen Bedürfnisse. Er destabilisiert die nationalen Währungen und macht selbst Geld zur Ware, die zur Spekulation freigegeben wird, und beeinflußt so die Fiskalpolitik. Er kontrolliert die Inflation auf Kosten der Beschäftigung. Er schafft immensen Reichtum, der mit einer unbeschreiblichen Armut bezahlt werden muß. Er zerstört gewaltsam die natürli-

chen Lebensgrundlagen, vergiftet die Luft und schlägt sogar noch aus Wasser Profit. Er hinterläßt eine politische Kultur, die nur noch auf Gier, auf Selbstbereicherung und Speichelleckertum basiert und alle persönlichen Beziehungen auf ein Geschäft (gefeilscht wird wie auf dem Basar) reduziert, während er zugleich den Konsumismus auf die Höhe Cartesianischer Philosophie erhebt: »Ich kaufe, also bin ich.«

Während das Kapital immer stärker transnational agiert und der Markt sich weltweit ausbreiten kann, wird das Verhältnis zwischen Staat und Kapital variabler: Manchmal sind die Staaten Partner (des nationalen Kapitals), manchmal Agenten (der multinationalen Konzerne), aber immer öfters Instrumente (transnationaler Unternehmen) – nicht direkt und offen, sondern indirekt durch internationale Einrichtungen und Zusammenschlüsse wie EU, APEC, G7, NAFTA, CARICOM, GATT, WTO usw., die sie selbst geschaffen haben, in freiwilliger Aufgabe eines Teils ihrer Souveränität, um dem Kapital freien Lauf zu lassen.

Der Staat ist (in den ökonomisch entwickelten Ländern) immer noch der Sitz des nationalen Kapitals, aber er ist heute zugleich Agent des internationalen Kapitals. Beide, das nationale und das internationale Kapital, sind auf staatliche Interventionen angewiesen, um von den unbeschränkten Märkten und ihren Möglichkeiten profitieren zu können.[5] In ihren eigenen nationalen Grenzen sorgen die Staaten für die Abschaffung aller Regelungen und Auflagen, die dem freien Spiel der Marktkräfte entgegenstehen könnten. Und nicht nur die öffentlichen Versorgungsbetriebe, sondern auch ein immer größerer Teil der öffentlichen Infrastruktur werden privatisiert; vollkommen unabhängig davon, welche Partei gerade an der Macht ist – bei Regierungswechseln ändert sich nur noch der Stil.

Deregulierung, Privatisierung, die Entwicklung weg vom Sozial- hin zum Kontrollstaat, die Erosion der zivilgesellschaftlichen Errungenschaften und die Propagierung der neo-liberalen Ideologie (nicht zuletzt durch die Marktbeziehungen selbst) – all dies bildet ein Ganzes und erfordert in unterschiedlichem Ausmaß staatliche Intervention. (Das Ergebnis ist die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in Besitzende und Habenichtse, wobei das Drittel der Allerärmsten die Dritte Welt in der Ersten widerspiegelt.) Überall in der Welt wird von den Imperativen des globalen

Kapitalismus und mit Hilfe der westlichen Staaten, doch im Grad über sie hinausgehend, dasselbe Muster reproduziert. Aber das größte Unheil und die schlimmsten Zerstörungen hinterläßt die kapitalistische Durchdringung in den Staaten der Dritten Welt, die noch immer versuchen, einen Ausweg aus dem Schuldenmorast und der Abhängigkeit zu finden, in die sie durch das neo-koloniale Projekt geraten sind.

Migrationsmanagement: der neue sozio-ökonomische Darwinismus

Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat die EU ihre Mitgliedsstaaten nicht nur zu einer sog. Harmonisierung ihrer Asylgesetze gedrängt, sondern darüber hinaus auch Schritt für Schritt neue »Maßnahmen zur Kontrolle von Migrationsbewegungen« eingeführt. Aber erst vor kurzem hat sich ein übergreifender Ansatz der EU mit einer eigenständigen Philosophie herausgebildet, der unter dem Titel »global migration management« firmiert.

Doch obgleich das neue Migrationsmanagement auch Instrumente zur Einführung eines Gastarbeitersystems für Hochqualifizierte (einschließlich Flüchtlingen) vorsieht, geht es vor allem darum, das Recht auf Asyl, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 garantiert worden ist, überall in Europa anzugreifen und – wenn möglich – vollständig abzuschaffen. Denn das globale Migrationsmanagement ist nur zum Teil eine Reaktion auf die Bedürfnisse der eigenen Arbeitsmärkte. Es ist darüber hinaus die strategische Antwort der Ersten Welt auf den ökonomischen und sozialen Zerfall der ehemaligen Ostblockstaaten wie auch auf die »Konsequenzen der unersättlichen Globalisierung« und ihrer »Forderungen nach freien Märkten und uneingeschränktem Handel«[6] in der Zweiten und Dritten Welt. Es ist eine Strategie, die gerade und ironischerweise aus der Erkenntnis entstanden ist, dass die von den weltweit agierenden Marktkräften ausgelöste Vertreibung von Millionen von Menschen auf keinen Fall dem freien Spiel der Märkte überlassen werden kann, sondern zum Wohle der Ersten Welt reguliert und kontrolliert werden muß. Wenn über »den Aufbau stabiler Akkumulationsbedingungen« und über »eine juristische und ökonomische Struktur für den Weltmarkt«[7] nachgedacht wird, dann geht es immer auch um den Aufbau mög-

lichst effektiver Migrationskontrollen und um die Entscheidung, welche Menschen sich auf der Welt frei bewegen dürfen und bei welchen die Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden muß. Im Ergebnis ist der Ansatz der *»zero immigration«*, der die Politik der Festung Europa in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet hat, nicht wirklich aufgegeben, sondern verfeinert worden.

Der gängige Diskurs über ein neues globales Migrationsmanagement – d.h. Hochqualifizierten neue Zugangswege in die westlichen Industriestaaten zu eröffnen – ist nur die Tarnung für den tatsächlichen Ansatz zur Einwanderungskontrolle der Ersten Welt. Faktisch sind die mächtigsten Regierungen des Westens inzwischen dazu übergegangen, denjenigen Ländern, deren Stimme in den supranationalen Organisationen kaum Gehör geschenkt wird, über die Einbindung in ein internationales Migrationsregime ihre Vorstellungen von Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik (eine grundlegende Funktion jeden souveränen Staates) aufzuzwingen. In allen mittel- und osteuropäischen Ländern, deren Regierungen seit Jahren nichts mehr ersehnen als eine Aufnahme in die EU, wurden die Grenzen zur Abwehr von Flüchtlingen und Migranten systematisch und ohne großen Widerstand aufgerüstet. Mußten die Länder in der Dritten Welt vor kurzem vor allem die restriktiven Auflagen der Weltbank und des IWF akzeptieren, um im Zeitalter des Globalismus überleben zu können, müssen sie auch den Zwang zu Einwanderungskontrollen akzeptieren. Und wie die Strukturanpassungsmaßnahmen Pauperisierung und Erosion des Erziehungs-, Sozial- und Wohlfahrtssystems bedeuten, führen die vom Westen geforderten Migrationskontrollen zu einer weiteren Reduzierung der Überlebensperspektiven der zahlreichen Globalisierungsopfer, deren Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt wird, die in ihren eigenen Ländern in riesigen Flüchtlingslagern festgesetzt werden und denen jegliche Hoffnung genommen wird, jemals Schutz vor der Verfolgung ihrer eigenen autoritären Regime zu finden.

Anders gesagt: Während die europäischen Nationalstaaten sich darauf vorbereiten, ihre Souveränität in der Immigrations- und Asylpolitik zusammenzulegen, um Asylbewerber daran zu hindern, in die EU zu gelangen, verlieren die ärmeren Nationen ihre Souveränität in der Immigrationspolitik, um ihre Bürger daran zu

hindern, hinauszugelangen – es sei denn, diese Staatsbürger gehören zu der kleinen Gruppe der Auserwählten: hochqualifizierte EDV-Fachleute, Mediziner und Krankenpflegepersonal, die die Dritte Welt über Jahre hinweg ausgebildet hat und nach denen der Westen nun verlangt. Die Strategien des globalen Migrationsmanagements berauben die Länder der Dritten Welt und des ehemaligen Ostblocks nun auch noch zusätzlich ihres letzten verbliebenen wirtschaftlichen Lebensblutes, indem es sich deren besten Arbeitskräfte herauspickt und gezielt abwirbt. Seit dem Gipfeltreffen der EU-Minister in Tampere sind nun auch sog. Integrationsmaßnahmen für anerkannte Asylbewerber (die »echten Flüchtlinge«) in das Programm der europäischen Flüchtlingspolitik aufgenommen worden, während man den Kampf gegen alle unrechtmäßigen Asylbewerber (»Wirtschaftsflüchtlinge« und »Asylbetrüger«), vorzugsweise durch vor verlagerte Grenz- und Ausreisekontrollen, gemeinsam verstärken will. Der britische Innenminister Jack Straw hat sogar noch weiterreichende Visionen. Er schlug vor, Flüchtlinge dazu zu zwingen, in ihren Heimatländern in riesigen Flüchtlingslagern auszuharren, in denen die europäischen Staaten eine bestimmte Quote »selektieren« können, die zur Ansiedlung nach Europa gebracht wird.[8]

Aber wie sähen die Selektionskriterien aus? Betrachtet man die große Begeisterung und Unterstützung der EU für eine Politik des globalen Migrationsmanagement, so ist heute durchaus eine Situation vorstellbar, in der die Flüchtlinge dieser Welt begutachtet und selektiert, in Kategorien von Qualifizierten und Nichtqualifizierten aufgeteilt werden – eine Art natürlicher ökonomischer Selektion, die das Überleben des ökonomisch Stärkeren sicherstellt. Das globale Migrationsmanagement ist der Vorbote eines neuen Darwinismus. Dieser löst den alten sozialen Darwinismus ab, der von der Überlegenheit bestimmter Rassen überzeugt war und ihnen eine führende Rolle in der Entwicklung der Zivilisation zuschrieb. Der neue Darwinismus wird ein sozio-ökonomischer sein, der es den reichen Ländern der Ersten Welt erlaubt, ihre wirtschaftliche Überlegenheit und Dominanz dadurch zu stärken und zu festigen, dass sie den armen Länder ihre besten und qualifiziertesten Arbeitskräfte nehmen. Im Zeitalter der Globalissierung ist das Entscheidende nicht mehr der Genpool, sondern der *skills pool*.

Die enorme Beachtung, die der internationale Menschenhandel oder das sog. Schlepperwesen (die G8 Staaten sprechen in diesem Zusammenhang von der »dunklen Seite der Globalisierung) von den supranationalen und zwischenstaatlichen Einrichtungen gegenwärtig erfahren, während der Schutz von Flüchtlingen kaum mehr Erwähnung findet, hat die Menschenrechtsorganisation *Migrants Rights International* zu der Einschätzung veranlaßt, dass sich »im nationalen und internationalen Kontext die dominante Politik und Herangehensweise an das Phänomen Flucht und Vertreibung grundlegend verändert hat: weg von Hilfe und Zuwendung hin zu Abwehr und Feindseligkeit«.[9]

Internationale Organisationen, hart geworden gegen die Not von Millionen von Vertriebenen in aller Welt, stimmen Maßnahmen gegen Menschenschmuggel zu , die die nicht mehr zwischen Menschenschmugglern und Geschmuggelten unterscheiden und beide als Teil desselben Schattenkontinuums behandeln . So wird im *Smuggling Protocol* der UN-Konvention über Transnationale Organisierte Kriminalität aus dem Jahr 2000 unmißverständlich gefordert, »die Migranten nicht mehr als unschuldige Opfer zu sehen, sondern sie als Komplizen einer kriminellen Handlung, der ‚illegalen Migration', zu begreifen«. Heute gilt die Unterstützung einer Person bei der »illegalen« Grenzüberquerung als internationaler Straftatbestand, selbst wenn diese Person nachweisbar von politischer Verfolgung bedroht ist.[10]

Der »Kampf gegen den Menschenschmuggel« dient tatsächlich gleichzeitig als Instrument und als Rechtfertigung für die westlichen Staaten, mit der sie in der Öffentlichkeit einen Großteil der Asylbewerber als »illegale Migranten« darstellen können. Ein Verstoß gegen die Einwanderungsgesetze eines westeuropäischen Landes (z.B. der Grenzübertritt als blinder Passagier an Bord eines Schiffes) wird seit kurzem als krimineller Akt geahndet, obwohl die Flüchtlingskonvention von 1951 ausdrücklich das Recht vorsieht, nationale Einwanderungsgesetze zu brechen, um als Flüchtling das Recht auf politisches Asyl überhaupt in Anspruch nehmen zu können.

Auf diese Art und Weise gelingt es den EU-Staaten, den Fokus der Asyldebatte zu verschieben, so dass Asylbewerber nicht mehr als Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern, mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen und einzigarti-

gen Schicksalen wahrgenommen werden, sondern als eine homogene und breiförmige Masse. Daher rührt auch die Faszination, die für Politiker und Medien von Statistiken und Zahlenspielen ausgeht, daher läßt sich die Sprache erklären, mit denen Migrationsbewegungen auf die Stufe von Naturkatastrophen gehoben werden oder Asylbewerber entmenschlicht und mit »Massen«, »Horden«, »Schwärmen« oder »Strömen« verglichen werden. In dieser Hinsicht weist der Xeno-Rassismus gegen Asylbewerber Ähnlichkeiten mit historischen Erfahrungen auf.

Auch die Juden unter dem Nationalsozialismus, die Schwarzen unter der Sklavenherrschaft und die Eingeborenen zur Zeit des Kolonialismus mußten zuerst entmenschlicht und als bedrohliche Massen wahrgenommen werden, um ihre Ausbeutung, ihre Unterdrückung und schließlich den Völkermord an ihnen rechtfertigen zu können.

Die aktuellen Änderungen innerhalb der Migrations- und Flüchtlingspolitik, so wird uns beizubringen versucht, hätten rein gar nichts mit Rassismus zu tun. Wie können wir rassistisch sein, fragt die Zeitung *The Sun*, wenn doch die meisten Asylbewerber Weiße sind? Doch wenn es sich hierbei nicht um Rassismus handelt, was ist es dann? Xeno-Rassismus, der neue Rassismus gegen Asylbewerber, beinhaltet die schlimmsten rassistischen Praktiken, die der Westen je hervorgebracht hat: Die Segregation von Asylbewerbern erinnert uns an den Rassismus gegen Schwarze zu Zeiten der Apartheid oder der Rassentrennung in den USA.

Die Debatte über Asylbewerber wirft uns zurück in die 70er Jahre, als sich der Rassismus vor allem gegen Einwanderer aus den ehemaligen britischen Kolonien richtete. Die Politik, Asylbewerber für alle Übel verantwortlich zu machen, sie auszugrenzen und in großen Lagern zu internieren, weckt Erinnerungen an den Umgang mit Juden während des Zweiten Weltkrieges, während die Anwendung des 2000 *Terrorism Act* gegen Flüchtlinge Ähnlichkeiten aufweist mit dem Rassismus gegen die Iren in der frühen Periode des Ausnahmezustands, ausgelöst durch den *Prevention of Terrorism Act.* [11]

Armut als neuer Verfolgungsgrund

Rassismus war immer schon ein Instrument zur Diskriminierung von Menschen, und Diskriminierung war immer schon ein Instrument zur Ausbeutung von Menschen. In diesem Sinne ist Rassismus seit jeher in den ökonomischen Zwängen des kapitalistischen Systems verwurzelt. Aber Rassismus drückt sich zuallererst als kulturelles Phänomen aus und ist als solches empfänglich für kulturelle Lösungen wie multikulturelle Erziehung oder die Förderung ethnischer Identitäten. Aber selbst wenn die kulturelle Ungleichbehandlung beseitigt wird, bleibt die ökonomische Ungleichbehandlung. Rassismus muss auf beiden Ebenen – der kulturellen und der ökonomischen – zugleich bekämpft werden,wenn man sich daran erinnert, dass dass der kulturelle Rassismus der ökonomischen Ausbeutung als Rationalisierung dient. Zusammenfassend ist zu sagen, dass Rassismus von ökonomischen Imperativen bestimmt, aber kulturell vermittelt wird, das heisst durch Religion, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Medien u.s.w..

Welche von diesen kulturellen Ausdrucksformen nun gerade in einer bestimmten Epoche am enflussreichsten ist, hängt von dem ökonomischen System eben dieser Epoche ab. In der Zeit der primitiven Akkumulation, als die spanischen Konquistadoren plündernd und brandschatzend den Grundstein zur Entwicklung des Kapitalismus legten, war es die Religion in Gestalt der katholischen Kirche, die den Gedanken durchsetzte, die amerikanischen Ureinwohner seien ‚Untermenschen', Kinder des Ham, zu Sklaven geboren, und könnten daher nach Gutdünken unterjocht und/ oder ausgerottet werden. Während der Epoche des merkantilen Kapitalismus, in der der Monarch nicht mehr der Kirche untergeordnet war und die Bourgeoisie nach und nach die Vorherrschaft errang, wurde das rassistische Gedankengut der vorhergehenden Epoche in der populären Literatur, in politischen Diskursen und dem Bildungssektor säkularisiert und diente der Rationalisierung und Rechtfertigung des Sklavenhandels.

Mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus und seines Begleiters, des Kolonialismus, fanden die rassistischen Ideen der vergangenen Epochen ihren Ausdruck in einer systematischen rassistischen Ideologie, welche alle »farbigen« Menschen als rassisch und kulturell unterlegen verdammte. Am Ende des 19.

Jahrhunderts, in der Hochzeit des imperialistischen Unternehmens, erhielt die Rassenideologie pseudo-wissenschaftlichen Wert durch den Sozialdarminismus, wie ihn Gobineau und Chamberlain verfochten– der seither den Gedanken einer Hierarchie der Rassen unters Volk gebracht hat.[12]

Heute, unter dem globalen Kapitalismus, der in seiner rücksichtslosen Jagd nach Märkten und seiner Heiligsprechung des Reichtums dazu beigetragen hat, ethnische Kriege zu entfachen, Länder zu balkanisieren und dadurch Menschen zur Flucht zu zwingen, ist die rassistische Tradition der Dämonisierung und Ausgrenzung ein Werkzeug des Staates geworden, um eben solche zur Flucht gezwungenen Menschen abzuweisen – sogar wenn sie weiß sind –, mit der Begründung, sie seien Bettler und Fremde und kämen, um dem Westen seinen Reichtum zu stehlen und seine nationalen Identitäten aufzumischen. Um es anders auszudrükken: die Rhetorik der Dämonisierung ist rassistisch, aber die Politik der Ausgrenzung ist ökonomisch. Dämonisierung ist ein Vorspiel der Ausgrenzung, der sozialen und damit ökonomischen Ausgrenzung, um eine umherwandernde Unterklasse zu schaffen, internationale ‚Untermenschen'.

Einst dämonisierten »sie« die Schwarzen, um den Sklavenhandel zu rechtfertigen. Dann wurden die »Farbigen« dämonisiert, um den Kolonialismus zu rechtfertigen. Heute werden AsylbewerberInnen dämonisiert, um den Zustand des Globalismus zu rechtfertigen. Und in der Ära der Medien, des Diskurses und der Imageberatung, bestimmt die Dämonisierung die Parameter der gängigen Kultur, in deren Rahmen diese Ausgrenzung ihre eigene Logik findet – oft als Xenophobie (miß)verstanden, als (angeblich natürliche) Angst vor dem Fremden. Es ist anzunehmen, dass solch ein Begriff auch weiße Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus Osteuropa mit einschließt, während der Rassismus sich zunächst nur auf Menschen anderer Hautfarbe bezieht. Zudem gilt Xenophobie als ‚unschuldig', Rassismus dagegen als Vergehen.

Die andere Seite von Fremdenangst oder -hass ist die Verteidigung und Erhaltung ‚unseres Volkes', unseres Lebensstils, unseres Lebensstandards, unserer ‚Rasse'.Es ist ein Rassismus, der sich nicht nur gegen Menschen mit dunklerer Haut aus den ehemaligen Kolonien richtet, sondern gegen alle neuen Flüchtlinge, Vertriebenen und Entwurzelten, die heute an die Türen West-

europas klopfen; ein Europa, welches oftmals dafür verantwortlich ist, dass die Menschen überhaupt ihr Land verlassen mussten.Es ist ein Rassismus, der sich in gewisser Weise farbenblind zeigt, da er auch die weißen Unterschichten einbezieht, und der daher leicht als Xenophobie, als ‚natürliche' Angst vor dem Fremden (miss) verstanden werden kann. Aber an der Art, wie man die Menschen verunglimpft und verdinglicht, bevor sie ausgesondert und ausgeschlossen werden, läßt sich erkennen, dass diese Xenophobie über alle wesentlichen Merkmale des alten Rassismus verfügt. Ihre Substanz ist rassistisch, auch wenn sie in der Form ‚gegen alles Fremde'gerichtet ist. Es ist ein Rassismus, der alle verarmten, besitzlosen ‚Fremden', selbst die mit weißer Hautfarbe, trifft. Es ist Xeno-Rassismus. Xeno-Rassismus ist ein Merkmal der manichäischen[13] Welt des globalen Kapitalismus, wo es nur Reich und Arm gibt – und wo Armut das neue Schwarz ist. Wo der Nationalstaat hauptsächlich im Interesse der multinationalen Firmen agiert, wo die nationale Bourgeoisie mit dem internationalem Kapital kollaboriert, wo die Mittelklasse schwach und eigennützig ist und die Arbeiterklasse, auf Grund neuer Technologien zerfallen und auseinandergetrieben, ihre politische Schlagkraft verloren hat. In diesem Kontext müssen wir das sich wandelnde Phänomen Rassismus beurteilen und die Art von Gesellschaft, in der wir leben.

In Großbritannien, wo der Rassismus eine fünf Jahrhunderte lange Tradition in drei Kontinenten hat, sind rassistische Vorurteile der gängigen Kultur immanent, rassistische Diskriminierung integraler Bestandteil gesellschaftlicher Institutionen geworden und rassistische Gesetze und Maßnahmen charakterisieren die staatlichen Interventionen je nach ökonomischen Bedürfnissen. Allerdings ist der Staat heute sehr viel interventions- und regulierungsfreudiger geworden – ironischerweise im Interresse des unregulierten Marktes –, obwohl er offen und demokratisch erscheinen will. So ist er, in seiner scheinbar liberalen Gestalt, gewillt, den Macpherson-Empfehlungen zu folgen und den institutionellem Rassismus besonders im öffentlichen Sektor abzubauen, doch zugleich führt er, in seiner Gestalt als sich selbst rechtfertigendes Regulierungssystem, mit dem Asyl- und Immigrationsgesetz – mit seinem Asylberwerberheimsystem, den Gutscheinen und Abschiebelagern – den institutionellen Rassismus wieder in

das staatliche System ein. Und was in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird, ist nicht so sehr der Versuch, gemäß den Macpherson-Empfehlungen den institutionellen Rassismus abzubauen, sondern die Dämonisierung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen, die in den Befürchtungen über die ‚Fremden-Invasion' widerhallt und das Feuer des populären Rassismus schürt. Damit ist der Kampf gegen den institutionellen Rassismus geschlagen.

> Eine öffentliche Anhörung unter der Leitung von Sir William Macpherson über die Polizeiuntersuchung im Fall Stephen Lawrence (der einem rassistisch motiviertem Mord zum Opfer fiel, aber die Polizei ließ die Mörder laufen) kam zu dem Schluss, dass die *Metropolitan Police* (Anm. d. Red.: Polizei von London – in England ist die Polizei regional organisiert) und alle anderen Organisationen in England institutionell rassistisch sind. Institutioneller Rassisms wurde wie folgt definiert: »Das kollektive Versagen einer Organisation, für Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft geeignete, professionelle Dienstleistungenbereitzustellen. Dies kann bei Vorgängen, Eintsellungen und Verhaltensweisen gesehen oder festgestellt werden, die auf Grund ungewollter Voreingenommenheit, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassistischer Stereotypisierung ethnische Minderheiten benachteiligt und damit zur Diskriminierung wird.« Diese Definition von 1999 repräsentiert einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem Scarman Report von 1981, der die Existenz von institutionellem Rassismus in der Polizei abstritt, als Ursache der Straßenaufstände in England ‚Rassenbenachteiligung' feststellte und die Lösung daher in der Erfüllung ‚ethnischer Bedürfnisse' sah. Der Macpherson-Report enthält 70 Empfehlungen – von denen sich viele gegen den unbeabsichtigten Rassismus in Organisationen richtetund die Notwendigkeit unterstreichen, gegen dessen diskriminierende Resultate anzugehen.

Außer dem Asylgesetz gibt es weitere Gesetzesänderungen die, obwohl sie die gesamte Bevölkerung angehen, die schwarzen *Communities* härter treffen und den institutionellen Rassismus im Strafjustizsystem weiter schüren. So wird sich der Vorschlag, das Recht des Angeklagten abzuschaffen, sich bei bei geringeren Straftatbeständen wie Diebstahl, tätlicher Beleidigung oder Sachbeschä-

digung für die Verhandlung vor einer *Jury*[14] zu entscheiden, wird sich für Schwarze nachteiliger auswirken, weil sie bei diesem Straftatbeständen überrepräsentiert sind, nicht zuletzt weil sie öfter von der Polizei angehalten, durchsucht, verhaftet und angezeigt werden als Weiße. Das Recht der Entscheidung für ein *Jury*-Verfahren abzuschaffen und nur noch verkürzte Gerichtsverfahren mit Richtern zuzulassen – die meist auf Seiten der Polizei stehen –, heißt, ihnen eine der wenigen übriggebliebenen rechtlichen Absicherungen gegen unfaire Verfahren zu nehmen.

Dies gilt auch auch für das Terrorismusbekämpfungsgesetz von 2000, das dem Innenminister die Befugnis gibt, alle Organisationen zu verbieten, die nach seiner Auffassung mit Gewalt für ‚ein politisch, religiös oder ideologisch motiviertes Anliegen' kämpfen. Dies kriminalisiert die Befreiungskämpfe derer, die vor den tyrannischen Regimes ihrer Heimatänder fliehen, und stigmiatisiert sie dadurch als Terroristen. Dieses Gesetz (zur Zeit wird es von den Gesetzespaketen nach dem 11 September sogar noch übertroffen) definiert Terrorismus als die Anwendung von oder Drohung mit einer Aktion, die zu Gewalt gegen Personen oder Sachen führt oder eine ernste Gefahr für Gesundheit und Sicherheit darstellt und dazu bestimmt ist, aus politischen, aus religiösen oder ideologischen Gründen Regierungen oder BürgerInnen irgendwo auf der Welt zu beeinflussen und einzuschüchtern. Im Jahre 2001, ein Jahr später, ist auch schon eine Liste mit 21 verbotenen Organisationen veröffentlicht worden.

Zusammenfassend gesagt: Gesetze, Verwaltungsapparat, Strafjustizsystem – kurz, der ganze Staatsapparat in England – sind durchtränkt von Rassismus und widersprechen den Behauptungen der Regierung, sie bekämpfe den institutionellen Rassismus und die Kultur, die ihn speist und der er den Namen verdankt. Auf den ersten Blick hat die britische Variante des Rassismus drei Gesichter – den staatlichen, den institutionellen und den gewöhnlichen Rassismus des Volks –, doch tatsächlich hat er nur ein Gesicht, das des Staates, mit drei verschiedenen Gesichtsausdrükken. Anders gesagt, institutioneller Rassismus und gewöhnlicher Rassismus sind in den staatlichen Rassismus verwoben, und nur wenn man dieses Gewebe entwirrt, wird man die Fabrikation des Rassismus auflösen können.

Nur dass wir heute ein weiteres Problem haben, welches den

Rassismus ausmacht: Armut – die systeische Armut einer Gesellschaft, die unter dem Diktat der freien Marktwirtschaft immer weiter polarisiert wird in Besitzende und Habenichtse. Als Beispiel für diese Polarisierung wird oft das Nord-Süd- Gefälle in England angeführt: der Norden mit seiner toten Industrie ist ärmer als der Süden mit seiner modernen Wirtschaft.[15] Doch es gibt Nischen der Armut sowohl im Norden wie im Süden, wo Fabriken und Bergwerke, Docks und Schiffahrtsindustrien, Stahl- und Textilindustrie auf Grund technologischer Entwicklungen und der Profitmöglichkeiten der globalen Fabrikation verschwunden sind, bzw. den Standort gewechselt haben. Was hier jedoch relevanter ist, ist nicht so sehr die Geographie des Zerfalls als die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in diesen Industrien, ihr anschließender Zerfall und ihre Spaltung.

Einige dieser Industrien, wie Bergbau, Werften und Schiffsbau, hatten eine fast gänzlich weiße Arbeiterklasse, während die Stahl- und insbesondere die Textilfabriken in Yorkshire und Lancashire auch Arbeitskräfte aus dem indischen Subkontinent angeheuert hatten. Als die alten Industrien dann untergingen, gelang es der Regierung nicht, sei es aus Absicht oder Schlamperei, eben diese Fabrikstädte durch Investitionen oder Umschulungen ökonomisch zu modernisieren. Weißen Arbeitern war es größtenteils möglich, wegzuziehen und anderswo Arbeit zu finden, aber der Rassismus sowie familiäre Bindungen (das einzig verfübare Netzwerk der schwarzen *Communities*) verwiesen Bangladeshis und Pakistanis auf das Gaststätten- und Taxigewerbe – und die Solidarität und Kameradschaft, die in der Fabrikhalle zwischen weißen und schwarzen Arbeitern enstanden war, ging verloren. Die Segregation der Wohngebiete, Resultat der Kreis- und Kommunalpolitik, führte zu einer weiteren Trennung der *Communities* und damit zu schulischen Segregation der nächsten Generation. Der Multikulturalismus, ohnehin nur ein Beruhigungsmittel für den weißen Rassismus (ihre Kultur muss Menschen nicht gegeben werden, nur ihre Rechte), sowie seine neueste Ausgabe, der Ethnizismus, vertieftedie Spaltung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Dass dann Gelder an spezifische ethnische Gruppen verteilt wurden, anstatt die lokale Wirtschaft insgesamt zu förderrn, hat lediglich die ökonomische Situation einiger weniger verbessert – einige von ihnen sind in die Kommunalpolitik

aufgestiegen, wo die Währung der Korruption nicht so sehr Geld, sondern Kommunalismus und Religion ist.

All dies trug dazu bei, Bangladeshis und Pakistanis als Menschen zu brandmarken, die sich angeblich selbst absondern und von den Kommunalverwaltungen besser behandelt würden als die ortsansässigen Weißen. Dass erstere, im Unterschied zu anderen Asians, hauptsächlich Muslims sind, half, den weißen Hassauf den Islam zu fokussieren. Und diese Kombination von rassistischem und religiösem Hass bereitete den Boden zum einen für die Wahlkampagnen der *British National Party*, zum anderen für die *goonda* Politik[16] der *National Front* – und hat schließlich die Aufstände der jungen Asians in Oldham, Bradford, Burnley, Leeds und Stoke provoziert.[17]

Was sollten die Jugendlichen denn tun? Sie sind hier geboren, in die Schule gegangen, aufgewachsen, sind von den Medien mit all den guten Dingen bombardiert worden, die sie haben könnten, haben sollten – aber um sie herum sind nur der Schotter, das Gestrüpp, die Steinwüsten, der ganze Mist[18] des Industrie-Ödlands im verfallenen England. Was auch immer an '*Community leadership*' da gewesen war, hat sich nun entweder in die Sicherheit der Religion zurückgezogen oder ist in die Dienste der lokalen Behörden oder der Regierung übergelaufen, von wo aus sie die Jugendlichen aburteilten, während sie selbst ihr Schäfchen ins Trockene brachten.

Keine wirtschaftliche Infrastruktur, keine Hoffnung einer Sozialisierung durch Arbeit. Keine politischen Parteien, keine Ideologien – keine politische Kultur –, um die fragmentierten *Communities* zu vereinen, eine alternative Politik zu entwickeln, sich als politische Kraft hervorzuheben – all das ist mit *New Labour* gestorben. Von einer rassistischen Polizei in Entwürdigung und Niederlage eingesperrt/gezwungen, von der rassistischen Presse verleumdet und schließlich von den echten Faschisten überfallen. Was sollten sie anderes tun, als in Gewalt auszubrechen, in selbstzerstörerische, reaktive Gewalt, die Gewalt derer, die keine Wahl haben, die Gewalt derer, denen selber Gewalt angetan wurde?

1 FR 17.10.2001.

2 Hardt, Michael; Negri, Antonio: Empire, Princeton 2000.

3 Reformismus im neuen politischen System wird substituiert von NGOs und internetgängigen Veranstaltungen, die freilich kaum mehr ein soziales Substrat repräsentieren. Reformismus wäre heute eher als Teilnahme am politischen Diskurs zu definieren.

4 Zur Chronologie der Riots in Argentinien in den letzten Jahrzehnten siehe: El reino del revés, 30.12.2001: No fue »espontaneo« sino preparado por grandes luchas. Argentina: La década que culminó en la Plaza de Mayo, www.eurosur.org/rebelion/sociales/decada301201.htm. Aktueller Bericht zu *piqueteros*: Oehrlein, Josef: Zum Klassenkampf auf die Ruta 3. Straßenblockaden und Betriebsbesetzungen: Zwischen den Protesten der argentinischen Arbeitslosen und denen der Mittelschicht liegen Welten, in: FAZ 22.03.2002. Siehe auch: El Argentinazo. Aufstand in Argentinien. Beilage zum Wildcat-Zirkular 63, 2002.

5 Ein erster Bericht mit Reportage zur massenhaften Flucht der ImmigrantInnen aus Argentinien in die Nachbarländer erschien bereits in Clarin, 25.10.2001. Größere Berichte: Carbajal, Mariana: Éxodos. Peruanos en Argentina. De vuelta a casa, in: La Republica 27.01.2002. Siehe auch: Los inmigrantes que se van por la crisis www.arecoonline.com.ar/noticias/sociedad2.htm, Stand: Februar 2002.

6 NZZ 28.07.2000.

7 Siehe hierzu und zum Folgenden: Rulli, Jorge Eduardo: La biotecnología y el modelo rural en los orígines de la catástrofe argentina, El reino del revès, www.rebelion.org/sociales/rulli020502.htm, Stand: 02.05.2002

8 Calloni, Stella (La Jornada): Posibilidad de que acreedores cobren la deuda con tierras estratégicas como Patagonia. Denuncian en Argentina impunidad de banqueros y la comparan con la de militares represores. http://www.rebelion.org/sociales/calloni100502.htm.

9 Carbajal, Mariana Carbajal: Éxodos. Peruanos en Argentina. De vuelta a casa, in: La Republica 27.01.2002.

10 U.N. accuses governments of double talk on migrants, InterPress Service, Genf, 30.11.1998

11 Correpi – boletin informativo Nr. 9 – 17./26. Januar 1999: Sumario edicion especial: Inmigrantes exclusion y represion, www.derechos.org/correpi/boletin/9.html.

12 Sabanes Plou, Dafne: Migrantes en Argentina: Cuando la ilegalidad es negocio. ALAI, América Latina en Movimiento, 24.02.1999, http://alainet.org/active/show_text.php3?key=687.

13 Correpi – boletin informativo Nr. 9 – 17./26. Januar 1999: Sumario edicion especial: Inmigrantes exclusion y represion, www.derechos.org/correpi/boletin/9.html.

14 Vgl. Gaudin, Andrés: Argentina. La xenofobia corriente, in: Brecha Nr. 687, 29.01.1999.

15 Zum Zusammenhang der aktuellen Migrationspolitik und des innerargentinischen Rassismus siehe die Artikel in Revista Tercer Sector Nr. 30, 2000, www.tercersector.org.ar.

16 Gaudin, Andrés: Argentina. La xenofobia corriente, in: Brecha Nr. 687, 29.01.1999.

[17] Priess, Frank (Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Argentinien): Schröder in Argentinien. Buenos Aires, im Februar 2002. http://www.kas.de/publikationen/2002/laenderberichte/argentinien02-02 II.html.

[18] Für das Geschäftsjahr 2000 siehe: http://w4.siemens.com/de2/assets/pdfs/countries/americas/argentinien_d.pdf.

[19] Cantero, Félix: Xenofobia y negocios sucios, in: Asociación Madres de Plaza de Mayo, März 1999, www.madres.org/periodico/mar99/seguridad/discri1.htm.

[20] Stalker, Peter: Workers without Frontiers. The Impact of Globalization on International Migration«, ILO 2000.

[21] Sabanes Plou, Dafne: Migrantes en Argentina: Cuando la ilegalidad es negocio. ALAI, América Latina en Movimiento, 24.02.1999, http://alainet.org/active/show_text.php3?key=687.

[22] Brasilien. Das Ende der Entwicklung. Materialien für einen neuen Antiimperialismus, 2 (1988)

[23] Die spanische Regierung ließ verlauten: »Die Umsetzung und die Funktionsweise des [spanisch-ecuatorianischen] 'Convenio de Flujos Migratorios' ist der operativen Führung der IOM unterstellt.« »Die IOM [...] bringt ihre professionelle Erfahrung bei dem Prozess der Auswahl ecuadorianischer Arbeiter ein.« »Die Endauswahl treffen dann die spanischen Unternehmer.« (www.mmrree.gov.ec/espanol/Boletines%20Prensa/Temas/Migrantes/ Aplicacion%20del%20convenio%20Ecu-Esp.htm und www.mmrree.gov.ec/.../Temas/Actividad%20Cultural/ Reunion%20Ecuad%20Espa%20regulacion%20fluj%20migra.htm).

[24] El País Januar und Februar 2001, insbes. 21.01.2001 und 06.02.2001.

[25] El País 31.12.2000.

[26] Siehe IOM, Oficina del inspector general: Evaluación del »Programa latinoamericano de cooperación técnica en migraciones (PLACMI 2)«, Juli 2001, und IOM Service Area Tecnical Cooperation on Migration (TCM): Overview IOM's Global TCM Expertise, Oktober 1999, beides unter www.iom.int/... Siehe auch http://www.eclac.cl/celade/proyectos/migracion/SIMICA00e.html und http://www.oim.web.cl/Raiz/reconoci.htm.

[27] http://www.mmrree.gov.ec/espanol/Boletines%20Prensa/Anio%202001/Boletin%%2010-16%20diciembre.htm

[28] http://www.oim.web.cl/Raiz/reconoci.htm.

[29] Morgan, Ronald J.: Plan Ecuador Brings Troops and Development to Columbia Border Region, in: Colombia Report. Published by the Information Network of the Americas (INOTA), 28.05.2001, http://www.colombiareport.org/colombia65.htm.

[30] Rutland, Peter: Forging ahead, but strains show. Poland. Annual Report. EastWest Institute (EWI) 1998.

[31] Vgl. CEPS: A System for Post-War South-East Europe, Brüssel 1999. Darin wird auf die vergleichenden Arbeiten zum Currency Board und zur Dollarisierung bei Moreno-Villaz, J. (Lessons from the Monetary Experience of Panama: a Dollar Economy with Financial Integration, Ministerio de Planificacion, Panama 1998) und – speziell zu Argentinien – auf Hanke, S. und Schuler, K. (A Dollarization blueprint for Argentina, Friedberg's Commodity and Currency Expert' Report, February, New York 1999) verwiesen.

[32] Hierzu und zum CB in Bulgarien siehe NZZ 21.10.2000.

[33] Derzeit werden im Umfeld des IWF Pläne entwickelt, wie das argentinische Finanzsystem einem internationalen Protektorat unterstellt werden könnte, mit

dem die brutale Sozialpolitik und der ökonomische Privatisierungskurs unangreifbar gemacht werden sollen. Ein weiteres Ziel dieser Pläne ist es, die Handlungsfähigkeit der Provinzregierungen einzuschränken, die auf die Widerständigkeit in den letzten Jahren mit der Ausgabe von Geldersatz-Bons geantwortet haben. Als zusätzliches Ziel wird auch die Erlangung der Hoheit über die Zolleinnahmen genannt, d.h. die Bekämpfung des Schmuggels, der stark von den MigrantInnen getragen wird. Der Vorschlag eines finanzpolitischen Protektorats richtet sich daher frontal gegen die Revolten und Migrationswege – führt er in die Militarisierung des Konflikts? Vgl. Drüssel, Dieter: Al Capone hatte seinen MP-schwingenden Mob. Der Crédit Suisse hat seinen IWF. www.materialien.org.

[34] Vgl. Ahmed Rashid: Taliban, Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia. London, New York 2000.

[35] Argentinien war neben den USA im 20. Jahrhundert Vorreiter bei der Entwicklung von Technologien zur Kontrolle der Immigration. Neben der Anwerbung von nutzbarer Arbeitskraft aus Europa stand von Anbeginn die Abwehr von syndikalistischen und anarchistischen MigrantInnen und von Nicht-»Weißen«, vgl.: Cole, Simon A.: Suspect Identities. A History of Fingerprinting and Criminal Identification, Cambridge, Mass. 2001.

[36] Vgl. die Texte und Dokumentationen zur Ausarbeitung der UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität, incl. die Aufzählung verschiedener Initiativen und Treffen, unter www.uncjin.org.

[37] Um den Klassiker Kulischer außen vor zu lassen, mag K.J. Bade als einer der jüngeren Autoren genannt sein, für welche die Geschichte eine Geschichte der Migration ist; für Straubhaar (1996) dagenen »sind die meisten Menschen geographisch und kulturell immobil und wollen das auch bleiben«. Nun, Straubhaar ist, glaube ich, Schweizer.

[38] Vgl. Linebaugh, Peter; Rediker, Marcus: The Many-Headed Hydra. The Hidden History of the Revolutionary Atlantic, Boston 2000.

[39] Gisela Bock: Die 'andere' Arbeiterbewegung in den USA von 1905 – 1922. Die Industrial Workers of the World, Trikont, wiederabgedruckt in: Die Wobblies, Band 1-3, Raubdruck.

[40] Vgl. die Recherchen und Veröffentlichungen von Ferrucio Gambino.

[41] Vgl. Post, K.: Arise ye starvelings, The Hague 1978.

[42] Ramdin, R.: The making of the black working class in Britain, Hants 1987, S. 315.

[43] Duffield, M.: Rationalisation and the politics of segretation: Indian workers in Britain's foundry industry 1945-62, in: Lunn, K.: Race and labour in twentieth century Britain, London 1985.

[44] Lipman, V.D.: Social History of the Jews in England 1850-1950, London 1954; Halper, G.: Der jüdische Arbeiter in London, Stuttgart 1903.

[45] Cf. Karl Heinz Roth, Die »andere« Arbeiterbewegung, München 1974.

[46] Siehe McDonald, J.S.: Agricultural Organization, Migration, and Labour Militancy in Rural Italy. Economic History Review 16 (1963). Siehe auch Hirschman, Albert O.: »Exit, Voice and Loyalty«. Responses to Decline in Firms, Organizations and States. Cambridge, Mass., 1970

[47] Als wir diese These formuliert haben, hieß es noch »weltweite Massenarmut« (Autonomie N.F. Heft 10, 1982).

[48] Marrus, Michael R.: Die Unerwünschten. The Unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert. Berlin, Göttingen, Hamburg 1999.

[49] Vgl. Materialien gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik, Bochum und Hamburg 1984, und Jungfer, E.: Flüchtlingswewegungen und Rassismus, Medico-Report 19, Frankfurt 1993.

[50] Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges. Materialien für einen neuen Antiimperialismus 6 (1993)

[51] Dietrich, H.; Glöde, H.: Kosovo. Der Krieg gegen die Flüchtlinge. FFM Heft 7 (2000)

[52] Castells, M.: The Rise of the Network Society, Oxford 1996.

[53] Sassen, S.: Global Cities, Princeton 1991, und die neueren Schriften von Saasen zu diesem Thema.

[54] Eine neuerliche Ethnisierung hat nicht nur viele ArgentinierInnen erreicht, sondern auch viele Emigrationsgesellschaften in Europa. Wer auch einen italienischen Urgroßvater vorweisen und seine abgelebte Existenz nachweisen kann, inmitten einer Ahnengalerie aus iberischen GalizierInnen, südlichen Mapuches und undefinierbaren kosmopolitischen Hafenleuten, wandelt sich jetzt zum »echten Italiener«. Denn die Chance für seine Aufnahme dort sind nicht schlecht. Die italienischen BevölkerungswissenschaftlerInnen verzweifeln über die niedrigste Geburtenrate Europas, die das Land inzwischen hat. Kampagnen zur Aufnahme von gebeutelten Auswanderern ähneln der Aussiedlerpolitik hierzulande vor zehn, fünfzehn Jahren. Ob die interkontinentalen Linien der rassistisch gestaffelten Zugehörigkeit tatsächlich die sozialen Kämpfe in Argentinien wie auch in Italien wirksam durchkreuzen werden, steht freilich auf einem anderen Blatt.

[55] Autonomie N.F., Heft 14, 1985.

[1] Kennedy, P., Connelly, M. (1994): Must it be the rest against the west?, in: Atlantic Monthly, 12/1994, S. 61 – 91, Raspail ist ein konservativer französischer Essayist und Autor beim Figaro.

[2] Zolberg, A. (2001): Global migrants - global refugees, New York: Berghahn

[3] Jennifer Hyndmen (2000): Managing displacement: refugees and the politics of humanitarianism, Minneapolis: University of Minnesota Press

[4] Peter Müller, CDU-Ministerpräsident im Saarland in 2000

[5] Hirsch, J. (2001): Vom Ultra zum Hyper – das neue Gesicht des Imperialismus, in: iz3w, Nr. 251, S. 33 - 35

[6] Die Rede ist von 5,5 Millionen Kindern, die jährlich an Unterernährung sterben, von 800 Millionen Hungernden, sowie von 2,1 Milliarden Armen, ca. 40 % der Weltbevölkerung, siehe www.un.org, www.fao.org oder www.worldhunger.org.

[7] Vergl. Kindleberger, C.P (1967): Europe's postwar growth – the role of labour supply, Cambridge, Mass.: Harvard University Press; sowie aktuell Mundell, R.A. (1997): International trade and factor mobility, Journal of Labour Economics, Nr. 5; Markussen, J.R. (1985): Production, trade and migration with differentiated, skilled workers, Canadian Journal of Economics, Nr. 21

[8] Siehe u.a. Azzelini, D., Kanzleiter, B. (1999): Nach Norden, Berlin: Schwarze Risse; Grundy-Warr, C., Peachy, K., Perry, M. (1999): Fragmented Integration in the Singapore-Indonesian Border Zone – South Asia's ›Growth Triangle‹, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 23, No. 2, S. 304 - 328

[9] Hollifield, J. F.(1998): Migration, Trade, and the Nation-State: The Myth of Globalization, in: Paper prepared for a conference on „Managing Migration in the 21st Century", Hamburg, June 21-23, 1998

[10] Vergl. Boutang, Y.M. (2002): Die Autonomie der Migration, in: Jungle World, Vol. 6, Nr. 15; Agamben, G. (2001): Mittel ohne Zweck, Freiburg: Diaphanes; Zizek, S. (2001): Die Tücke des Subjektes, Frankfurt: Suhrkamp; Braidotti, R. (1994): Nomadic subjects – embodiment and sexual difference in contemporary feminist theories, New York: Columbia University Press; u.a.

[11] Zlotnik, H. (1998): The dimensions of international migration – paper presented for the Technical Symposium on International Migration and Development, UN Task Force on Basic Social Services for All, Den Haag

[12] Le Monde diplomatique, April 2001

[13] Wall Street Journal, 14.8.2001

[14] International Centre for Migration Policy Development (1994): The key to Europe – a comparative analysis of entry and asylum in Western countries, Stockholm: Ministry of Culture

[15] Siehe Anhang, Summe der Unter- bzw. Obergrenze der Schätzungen der in diesem Aufsatz verwendeten Quellen, aus vielen Ländern liegen allerdings überhaupt keine Zahlen vor. Die *International Organization for Migration* (IOM) geht von 15 – 30 Millionen aus, Assisted Return Service, www.iom.int/new.htm

[16] Migration News, Vol. 9, No. 6, 2002

[17] United National Environment Program (2000): Geo 2000 – Global Environment Outlook, Genf

[18] Migration News, Vol. 9, No. 3, 2002 und Vol. 7, No. 11, 2000; Salt, J. u.a. (1994): Europe's international migrants, London

[19] Siehe Sivanandan und Fekete in diesem Heft.

[20] Siehe z.B. FFM (1997): Ukraine – Vor den Toren der Festung Europa, FFM Heft 5, Berlin: Schwarze Risse

[21] Home Office Immigration Research and Statistics Service (IRSS) (2001): Feasibility study on survey on illegal population, London

[22] Süddeutsche Zeitung, 4./5.8.2001

[23] High Level Working Group on Asylum and Migration (1999a): Draft Action Plan for Afghanistan, Brussels

[24] taz, 14.5.2002

[25] taz, 7.4.2001

[26] Vergl. Arendt, H. (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München

[27] Man denke nur an Ukrainer in Polen oder Ghanaer in Nigeria.

[28] Siehe beispielsweise eine Reihe von Forschungsberichten unter www.iue.it/RSC/IAPASIS

[29] Vergl. Baumann 1998; Condit, P. (12.11.2001: Forever new frontiers, in: www.boing.com/news/speeches/2001/condit_011112.html; Vogel, D. (2000): Migration control in Germany and the United States, in: International Migration Review, Vol. 34, No. 2, S. 390 - 422

[30] Siehe Sassen, S. (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge, Frankfurt: Fischer, S. 119, sie ging von 4 – 5 Millionen Papierlosen 1993 in Westeuropa aus.

[31] *Economist*, 5. - 11. August 1995; Cross, M., Waldinger, R. (1997): Economic integration and labour market change: a review and re-appraisal. *A discussion paper prepared for the Second International Metropolis Conference Copenhagen, 25-27 September 1995*

[32] Polen: 100.000; SOPEMI (1995) Trends in International Migration, Paris: OECD, S. 144. Die tschechische Regierung schätzte, dass zwischen 1992 und 2000 etwa 250.000 Menschen illegal eingereist seien, 2000 sollen es 32.400 gewesen sein. Radio Prag, 3.7.2001.

[33] Ungarn wies 1992 und 1993 täglich 2.000 Migranten ab, viele aus Sri Lanka, Bangladesch, China und Vietnam, Migration News, Vol. 6, No. 1, 1/1999

[34] Migration News, Vol. 7, No. 4, 4/2000; Vogel, D., Cyrus, N. (2000): Does implementation matter? The German case: Immigration as a side effect of other policies, Florenz: EUI/RSCAS, S. 28, nach Lederer, verschiedene Quellen

[35] Nach Aussage einer spanischen Aktivistin, VA Frankfurt, 1.8.2001

[36] Siehe Alt, J. (2000): Illegal in Deutschland, Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag, S. 7

[37] Migration News, Vol. 6, No. 3 3/1999; Censis, Caritas Rome and Ministero dell'Interno and Ministero del Lavoro 1999

[38] Stalker 2000, p. 46; Strath, B., Triandafyllidou (2000): Immigration policy and its implementation and administrative practices in Italy, Florence: European University Institute

[39] Migration News, Vol. 6, No. 4, 4/1999; Abdallah, M. (2000): Die Bewegung der Sans Papiers, in AutorInnenkollektiv: Ohne Papiere in Europa, Berlin, S. 49

[40] Pitta, S., Asylkoordination Schweiz, Konversation, 23.4.2000; Schaffhauser Nachrichten, 22.8.2001; Gespräch Dr. Hans Wolff, Dep. de médicine communautaire, Unité mobile des soins communautaires; Sauvin, P. (2001): Die Lage der Landarbeiter in der Schweiz, in: Archipel, Nr. 87, 10/2001

[41] Stalker 2000, S. 96

[42] Migration News, Vol. 6, No. 9, 9/1999; Migration News, Vol. 9, No. 6, 2002

[43] taz 1./2.9.2001; taz 11./12.8.2001

[44] Lianos, T.P. (2001): Illegal migrants to Greece and their choice of destination, in: International Migration, Vol. 39, No. 2, S. 3 ff
[45] Migration News, Vol. 1, No. 7, 1994
[46] Migration News, Vol. 5, No. 1, 1998
[47] IOM (2000): Rapporteur's Report on the Regional Coordination Seminar for Baltic Migration Officials of the Project Institutional Strengthening on Migration Management for Baltic Countries, Tallin, 20.10.1999
[48] Migration News, Vol. 2, No. 1 1/1995; Migration News Volume 5, Number 5, 5/1998
[49] Guardian, 21.6.2001
[50] Migration News, Vol. 3, No. 8, 8/1996, Migration News Vol. 4, No. 10, 10/1997
[51] IOM (6 July 1999, No. 826): IOM News Release - Migration in the CIS: 1997 - 1998
[52] Migration News, Vol. 1, No. 7 7/1994
[53] Migration News, Vol. 6, No.10, 10/1999; Krassinets, E. (1998): Illegal migration and employment in Russia, International Migration Papers 26, Genf ; Stalker 2000, p. 32; IOM 1999
[54] Migration News Vol. 6, No. 2, 2/1999
[55] IOM (2000): Rapporteur's Report on the Regional Coordination Seminar for Baltic Migration Officials of the Project Institutional Strengthening on Migration Management for Baltic Countries, Tallin, 20.10.1999
[56] Migration News Vol. 6, No. 7, 7/1999; IOM 1999
[57] Migration News, Vol. 6, No. 8, 8/1999
[58] Stalker 2000, p. 31
[59] Migration News, Vol. 1, No. 4, 4/1994
[60] siehe www.allafrica.com
[61] IOM (1995): Migration Information Programme - Transit Migration in Turkey
[62] Updated preliminary report on African immigrants and refugees in Turkey, HRA General Board Committee on Migration, Forced Displacement and Asylum Istanbul, 27 July 2001
[63] High Level Working Group 1999a
[64] Migration News, Vol. 4, No. 8, 8/1997
[65] Migration News, Vol. 1, No. 11 1994
[66] Stalker 2000, p. 30
[67] Migration News Vol. 2, No. 8, 8/1995; Korea Herald, 22.4.2002
[68] Migration News, Vol. 1, No. 4, 4/1994
[69] Migration News, Vol. 5, No. 1, 1/1998; Migration News, Vol. 5, No. 4, 4/1998
[70] Migration News, Vol. 1, No. 4, 4/1994; Migration News, Vol. 5, No. 4, 4/1998
[71] Migration News, Vol. 5, No. 4, 4/1998
[72] Migration News, Vol. 2, No. 6, 1995
[73] The Straits Times, 23.4.2002
[74] Le Monde diplomatique, Dezember 2000
[75] OECD (1997): SOPEMI - Trends in International Migration: 1996, Paris: OECD
[76] Stalker 2000, p. 45
[77] Trafficking in Migrants, Quarterly Bulletin, IOM, Nr. 19, 7.1999; Migration News Vol. 8, No. 7, 2001
[78] Migration News, Vol. 2. No. 1., 1/95
[79] ILO (1998): Protecting the most vulnerable of today's workers, chapter 3, see: www.ilo.ch; Taz, 8.8.2001

[80] Migration News, Vol. 2, No. 7; Stalker 2000, S. 134
[81] Migration News, Vol. 2, Vol. 4, 4.1995
[82] Butenschön, M. (2002): Litauen erlebt eine Welle der Emigration, Hamburg: NDR 4, 10.2.2002
[83] Harris, J. (1999): Globalisation and the technological transformation of capitalism, in Race and Class, Vol. 40, Nr. 2/3, S. 21 ff
[84] Financial Times, 24.3.1999
[85] Quellen, sofern nicht anders erwähnt: Stalker 2000; BBC World Service, 8.5.2001; Scalabrini Migration Centre; IOM 1999
[86] Migration News, Vol. 3, No. 8, 8/1997; Lianos 2001, p. 3
[87] Siehe u.a. Anderson, B. (2000): Doing the dirty work – the global politics of domestic labour, New York: Zed Books
[88] Siehe u.a. Rose, E.J.B. (1969): Colour and citizenship, London
[89] Mattes, M. (1999): Zum Verhältnis Migration und Geschlecht, in: Motte, J., Ohliger, R., Oswald, A.v.: 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, Frankfurt: Campus
[90] Z.B. Bade, K. J. (1994): Homo Migrans – Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen: Klartext
[91] Straubhaar 1996, S. 11
[92] Sassen, S. (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge – Von der Massenauswanderung zur Festung Europa, Frankfurt: Fischer
[93] Herbst, J. (1999): States and Power in Africa, Princeton, S. 227
[94] Amin, S. (1974): Modern migrations in Western Africa, London, S. 66
[95] Siehe u.a. Kenichi, O. (1999): The borderless world : power and strategy in the interlinked economy, New York: Harper Business; Middelbrink, J., Schröder, S. (2002): Why regions? Discussing the regional dimension of EU politics, in: International Critical Geography Group: 3rd International Conference of Critical Geography (ICCG), Bekesczaba: Hungarian Academy of Science, S. 184 – 191; Benedek, J. (2002): New meanings of regions in Romania - paper presented to ICCG, Bekescsaba
[96] Morakvasic, M., Tinguy, A.d. (1993): Between East and West, in: Morakvasic, M.: Bridging states and Markets - International migration in the early 90s, Berlin
[97] Bundesministerium für Inneres (2001): Entwurf für ein Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung, Berlin
[98] Endelman, G. (2000): Raise The Cap: Why America Needs More Essential Workers, ILW.COM
[99] Cross, M., Waldinger, R. (1997): Economic integration and labour market change: a review and re-appraisal. *A discussion paper prepared for the Second International Metropolis Conference Copenhagen, 25-27 September*
[100] Straubhaar, T. (1996): Is migration into the EU countries demand based? in: Corry, E. (Hrsg.): Economics and European Union Migration Policy, Institute of Public Policy Research: London, S. 11
[101] Sassen 1994,S. 169, Syntax leicht geändert
[102] siehe auch www.sweatshopwatch.org, www.seiu.org, www.justiceforjanitors.org
[103] Roth, K. H. (2001): Aphorismen, siehe www.materialien.org
[104] Harris, J. (1999): Globalisation and the technological transformation of capitalism, in Race and Class, Vol. 40, Nr. 2/3, S. 21 ff
[105] vergl. Davis, M. (2000): Magical Urbanism - Latinos Reinvent the US-City, London

[106] Düvell, F, Jordan, B. (2000): Does implementation matter? The British case - State of the art– first report, Florenz

[107] Aralchi, P. (2000): *Ware Mensch: Der Skandal des modernen Sklavenhandels*, München; Bales, K. (2001); *Die neue Sklaverei*, München: Kunstmann

[108] Oetinger, B.v. (2000): Das Boston Consulting Group Strategie-Buch, Düsseldorf

[109] Baumann, S. (2000): Globalisation – the human consequences, Cambridge: Polity

[110] Club of Rome 1986

[111] Agamben, G. (2001): Means without End. Notes on Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press

[112] siehe u.a. 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte, Nr. 1, 2002

[113] Sassen 1994, S. 164

[114] Tafelmacher, C. (2001): Der Kampf der Sans-Papiers in der Schweiz weitet sich aus, in: Archipel Nr. 87, 10/2001

[115] Migration News, Vol. 5, No. 2, 2/1998

[116] taz, 12.6.2002

[117] Stoop, de. C. (1996): Hol die Wäsche rein, Frankfurt: Fischer, S. 232

[118] The Straits Times, 23.4.2002; Korea Herald, 22.4.2002, veröff. auf www.umwaelzung.de/aarchiv/aaktuell

[119] Migration News, Vol. 5, No. 12, 12/1998

[120] Migration News, Vol. 5, No. 4, 4/1998

[121] Laut Auskunft des Antirassistischen Bündnisses Stuttgart, 22.3.97

[122] Europarat, 9738/99, CIREFI 37, from Presidency to CIREFI Working Group, Subject: Conceptual framework to be used in the exchange of data on illegal entry in international cooperation, Brüssel, 1.7.1999

[123] Vergl. ICMPD Direktor und EU-Kommissionsberater Widgrem, J. (1998): The development of a Pan-European regime for entry control, on the basis of the Amsterdam Treaty and in the framework of an enlarged European Union, paper presented to 2. Migrationspolitisches Forum: Kontrolle illegaler Einwanderung und asylrechtliche Zuständigkeitsregelung nach den Abkommen von Schengen II und Dublin - www.uni-konstanz.de/FuF/Ueberfak/fzaa/german

[124] Die Trevi-Gruppe, bestehend aus den Innenministern von 12 Mitgliedsstaaten, wurde ursprünglich zur Kooperation in Sachen Terrorismusbekämpfung, Polizeiausbildung, Luftfahrtsicherheit und Bekämpfung des Drogenhandels gegründet.

[125] Die Ad-Hoc-Gruppe ist u.a. verantwortlich für die Festlegung von Visaauflagen für bestimmte Staaten, die Beschleunigung von Asylverfahren, Sanktionen für Fluggesellschaften, den Ausschluss von Mehrfach-Asylantragstellung in verschiedenen Staaten, Verfahren mit ›offensichtlich unbegründeten‹ Asylanträgen.

[126] The Palma Document – Free movement of persons. A report to the European Council by the Coordinators Group, Madrid 1989

[127] Benannt nach den Tagungsorten jener Innenministerkonferenzen, auf denen ein gemeinsames Vorgehen beschlossen wurde.

[128] Siehe zur EU-Struktur auch Seiffahrt, O. (1997): Der dritte Pfeiler der Europäischen Union und die Regierungskonferenz, Wien: ICMPD

[129] Angenommen auf dem Treffen der Einwanderungs- bzw. Innenminister, London, 30 November - 1 December 1992. Ad Hoc Group Immigration, 16 November 1992, SN 4816/92 WGI 1277, Confidential, No. previous doc.: WGI 1249

[130] »Work program for the K.4 Committee for the period 1 July to 31 December

1998« Austrian Presidency

[131] Europarat, 10918/1/99, CIREFI 48, COMIX 231, Europol 40, de la: CIREFI, objet: Intensification de la cooperation entre CIREFI et Europol dans le domaine de l'immigration clandestine et des questions connexes, Brüssel, 22.10.1999

[132] Vergleiche bis hierher Bunyan, T. (1993): Statewatching the new Europa – a handbook on the European State, London: Statewatch

[133] Europarat, Presseerklärung, 3.12.1998

[134] Reference 5573/98 ASIM 13 EUROPOL 12 PESC27 COMEM 4 COSEE 4

[135] Commission Staff Working Paper, (16.03.1998): SEC(1998) 466 EU action plan on influx of migrants from Iraq and the neighbouring region - Report on points 29 and 36, Brussels

[136] Amsterdamer Vertrag – Konsolidierte Fassung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft; siehe auch Aktionsplan des Rates und der Kommission zur bestmöglichen Umsetzung der Bestimmungen des Amsterdamer Vertrages, 3.12.1998

[137] European Commission (2001): Proposal for a Council Directive laying down minimum standards on the reception of applicants for asylum in Member States, Brussels, xxx COM(2001) yyy final 2001/aaaa (CNS)

[138] European Commission (2002): Towards integrated management of the external borders of the member states of the EU, (COM(2002)233 final, 7.5.02)

[139] Palma-Dokument 1989, Annex 1, Abs. V.

[140] Proposed regulations on visa list: COM (2000) 27, 26.1.2000

[141] Council Regulation (EC) No. 539/2001, Großbritannien und Irland tragen diese Vereinbarung nicht mit, für Commonwealth-Staaten in Afrika und der Karibik gilt dort keine Visapflicht.

[142] taz/dpa 12.6.2001

[143] Europarat, 10918/1/99, CIREFI 48, COMIX 231, Europol 40, de la: CIREFI, objet: Intensification de la cooperation entre CIREFI et Europol dans le domaine de l'immigration clandestine et des questions connexes, Brüssel, 22.10.1999

[144] Ebenda

[145] Siehe Presidency Conclusions of the Tampere European Council 15. & 16.October 1999, (SN 2000/99)

[146] Weitere Quellen: „Consequences of the Treaty of Amsterdam on readmission clauses in Community agreements and in agreements between the European Community, its Member States and third countries (mixed agreements)“, ref: 7292/99, MIGR 20, 11.5.99, ref: 11052/99 MIGR 58, 23.9.99, 12134/99 MIGR 64, 21.10.99 and 13409/99 MIGR 69, 25.11.99; „Model agreement on readmission between the Member States of the European Union, on the one part, and third countries, on the other“: Advice of the Legal Service, ref: 6658/99, JUR 95 ASIM 8 MIGR 13, 10.3.99

[147] Strategy on migration and asylum policy, ref: 6097/99, MIGR 18, 12.4.99

[148] European Union Council, 27.4.1999, 7707/99, Migr 31, Note from: Danish delegation to: Migration /Expulsion) Working Group, Subject: Analysis of the institute concerning readmission agreements

[149] Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten aus Afrika, im karibischen Raum und im pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, http://europa.eu.int/comm/development/cotonou/agreement_de.htm

[150] Hochrangige Gruppe Asyl und Migration (1999b): Aktionsplan Irak, SN 3769/

2/99 REV 2, Brüssel; siehe auch Dietrich, H.; Glöde, H. (2000): Kosovo – der Krieg gegen die Flüchtlinge, FFM Schriftenreihe Heft 7, Berlin: Schwarze Risse

[151] High Level Working Group 1999a

[152] Mit Sitz in Straßburg und nicht zu verwechseln mit dem Rat der Europäischen Union, ebenfalls kurz Europarat genannt.

[153] Zit. in: Statewatch European Monitor, Vol. 3, No. 1 2001, S. 4

[154] Der Neue Tag, 9.4.2002

[155] A Stability Pact for the Caucasus, CEPS Working Document No. 145, May 2000

[156] Presidency programme concerning external relations in the JHA field (2001 - 2002), Note from Swedish presidency to council, 5146/01, 11.1.2001

[157] Siehe auch die New Transatlantic Agenda 1995; EU-Canada Political declaration and action plan 1996; Joint Declaration on JHA cooperation 12/2000; vergl. Statewatch vol. 12, No. 1, EU-US: Creation of a Northern 'axis'?

[158] Council of the European Union (2002): Presidency Conclusions at the Seville European Council, III, Absatz 33; Council of the European Union (2002): Advances made in combating illegal immigration, 10009/02, JAI 141, Migr 56, Brüssel 14.6.2002

[159] Straw, J., An Effective Protection Regime for the Twenty-first Century, Rede vor dem Institute of Public Policy Research, London, 6 February 2001

[160] Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus Moßmann, P.: Entwicklungszusammenarbeit als Prävention gegen Konflikte und Migration, in: Hanisch, R. (1996): Katastrophen und ihre Bewältigung in den Ländern des Südens, Hamburg, S. 122 - 162.

[161] Hier zitiert Moßmann aus Wijkmann, A., Timberlake, L. (1986): Die Rache der Schöpfung, Naturkatastrophen – Verhängnis oder Menschenwerk, München

[162] Dietrich, H., Glöde, H. (2000): Kosovo – Krieg gegen die Flüchtlinge, Berlin: Schwarze Risse

[163] taz, 5.6.2002

[164] aus www.statewatch.org/news/index.html

[165] Europarat, Brussels, 12 October 2000 (19.10) (OR. fr) 12211/00 LIMITE JAI 109 ASIM 22, Note from : French Presidency, Subject : Seminar on illegal immigration networks on 20 and 21 July 2000

[166] Ebenda

[167] Council of the European Union, 21.1.2000, 5579/00, CIREFI 1, Note from: Portugese Presidency to: CIREFI: Collecting information on existing legislation ... on preventing and combating illegal immigration networks

[168] Blair, T., Amato, G., Closing Europe's back door, in: Guardian, 4.2.2001

[169] Commission of the European Communities (2001): On a common policy on illegal immigration – Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, Brussels, COM(2001) 672 final

[170] Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002): Grünbuch: Über eine Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen, KOM (2002)175 endgültig

[171] Bruyker, D. de (2000): Regularisation of illegal immigrants in the European Union, Brüssel: Bruylant

[172] Guardian, 21.6.2001

[173] Erfahrungsgemäß sind solche Amnestien allerdings so ausgelegt, dass nur die Hälfte bis zu zwei Drittel der irregulären MigrantInnen unter die Kriterien solcher Amnestien fallen.

[174] Eine ausführliche Analyse der Verteidigungspolitik würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, deshalb bleibt es bei einer kurzen Darstellung.

[175] WEU Ministerial Council: Luxembourg Declaration, Luxembourg, 23.11.99; BASIC Briefing, 2.12.99; Global View, March 2000; Proposal for a Council Regulation creating a Rapid Reaction Facility, 11.4.00, COM (2000) 119 final; Council Decision setting up a Committee for civilian aspects of crisis management, 8529/00, 19.5.00; Seminar on the role of police in peace-keeping operations (Cascais, 29/31 May 2000), 9113/00, 9.6.00; Rapid Reaction Facility for funding non-combat operations in crises, 23rd report of the House of Commons Select Committee on European Scrutiny, 13.7.00; Draft Resolution on strengthening EU capabilities in the field of civil protection – exchange of information on civil protection, 10115/00, 11.7.00; European Union strategy for external relations in the field of justice and home affairs: Fulfilling the Tampere remit, SN 2574/00, 18.4.00; Non-military instruments of crisis management 11044/99, Limite, PESC286 COSEC39, 16.9.99; F.I.EP., European Affairs commission, Paris, 25.-26.1.00

[176] Migration News, Vol. 6, No. 1, 1/1999

[177] Europarat, Brussels, 19 January 2001, 5496/01, CIREFI 3, MIGR 3, COMIX 52

[178] taz/dpa, 12.6.2001

[179] EU Development Conference, Barcelona, 27./28.11.1995

[180] The European, 30.11.95

[181] aus: Statewatch bulletin, Vol. 6, no 1, January-February 1996

[182] European Union, the Council, 11 January 2000, 5229/00 (LIMITE) ENFOPOL 4, NOTE from Presidency to Article 36 Committee and Strategic Committee on Immigration, Frontiers and Asylum, Subject: Programme for external relations in the field of Justice and Home Affairs

[183] taz, 5.10.2001

[184] Commission Staff working paper (16.03.1998): SEC(1998) 466 EU action plan on influx of migrants from Iraq and the neighbouring region – report on points 29 and 36, Brussels

[185] American Press, 23.2.99

[186] »Illegal Immigration via the Western Balkan route«, Note from UK delegation to Strategic Committee on Immigration, Frontiers and Asylum, 5496/01, Cirefi 3 Migr 3 Comix 52, 19.1.2001

[187] Europarat, Brussels, 26 February 2001, 6612/01, CIREFI 14, COMIX 172

[188] Europarat, 5406/01, Enfopol 6, Liaison officers – common use of liaison officers of EU member states, Note from Presidency to Police Cooperation Working Party, 17.1.2001

[189] Launch of Migration/Asylum initiative in framework of Stability Pact Brussels, 06/04/2001 (Agence Europe)

[190] Mittlerweile ist die EU in der Lage, innerhalb weniger Wochen auf eine angenommene Problemlage zu reagieren, sie zu diskutieren, Vorschläge zu entwerfen und umzusetzen. Die Entscheidungsprozesse der EU sind inzwischen recht effizient.

[191] The Transatlantic Agenda (and Joint Action Plan), European Council, 3.12.95

[192] Brunei, China, Indonesia, Japan, South Korea, Malaysia, the Philippines, Singapore, Thailand, and Vietnam; siehe auch www.europa.eu.int/external_relations/asem/intro

[193] Council of the European Union (2002): Advances made in combating illegal immigration, 10009/02, JAI 141, Migr 56, Brüssel 14.6.2002
[194] Convention concerning Migrations in Abusive Conditions and the Promotion of Equality of Opportunity and Treatment of Migrant Workers
[195] Horiuchi M. (1999): speech given at: ILO Asia Pacific Regional Director, to the IOM International Symposium on Migration: Towards Regional Cooperation on Irregular/Undocumented Migration, Bangkok, 22 April 1999
[196] ILO (1998): International Migration – protecting the most vulnerable of today's workers, chapter 6
[197] taz, 22.5.2001
[198] Migration News, Vol. 1, No. 7, 7/1994
[199] Migration News Vol. 4, No. 10, 10/1997
[200] Migration News, Vol. 1, No. 7, 7/1994; taz, 9.4.2001
[201] Hollifield 1998
[202] Vergl. The East Asian Corridor and the Implications of EU's experience for East Asia, www.nira.go.jp/newse/paper/eastasian.html
[203] Negri, T. (2001): Empire – das höchste Stadium des Kapitalismus, in: Le Monde diplomatique, Januar 2001
[204] Negri, T., Hardt, M. (2001): Empire, Frankfurt: Campus
[205] Roth, K.H. (2001): Aphorismen über die Perspektiven des Weltsystems und des Euro-Blocks, unveröff. Manuskript
[206] Blair T., in: Guardian, 16.6.98
[207] Cooper, R. (2002): Reordering the World, London: Foreign Policy Centre
[208] Richard Haass, Director of Policy Planning des US Secretary of State, Colin Powell in einem Interview mit dem New Yorker, März 2002, zit. in Hugo Young, A new Imperialism cooked up over a Texan barbecue, Guardian, 2.4.2002
[209] Sivanandan, A. (1998/99): Globalism and the left, in: Race and Class, Vol. 40, Nr. 2/3, S. 5; Hirsch, J. 2001
[210] Wayne, C.; Martin, P., Hollifield, J. (Hrsg) (1995): Controlling Illegal Immigration: A Global Perspective, Stanford: Stanford University Press
[211] Hollifield 1998
[212] Australien, Österreich, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweiz und die Türkei.
[213] Resolution to establish a Provisional Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants from Europe (1951): Annex
[214] Im Folgenden arbeiteten ICEM und UNHCR jedoch häufig Hand in Hand, der UNHCR organisierte die Erstaufnahme und das ICEM die Weiterführung und Ansiedlung (beispielsweise von ungarischen Flüchtlingen), siehe Marrus 1999.
[215] Ebenda, p. 16
[216] Zu diesem Absatz siehe: Feldblum, M. (1999): Passage-Making and Service Creation in International Migration, Pasadena: California Institute of Technology; The UNHCR at 50: State Pressures and Institutional Autonomy; zur Vorgeschichte und dem UNHCR siehe auch Marrus 1999.
[217] Siehe IOM (2001): Report of the Director General on the Work of the Organization for the year 2000, Geneva
[218] Siehe unter www.iom.int/iom/mandate_and_structure
[219] IOM (2001): Report of the Director General on the Work of the Organization for the year 2000, Geneva

[220] Field offices gibt es in Bern, Genf, Wien, Prag, Baku, Sarajewo sowie in Puerto Rico und Guatemala. Büros bestehen u.a. in Weißrussland, Russland, Ukraine, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Lettland, Litauen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Armenien, Türkei, Zypern, Jugoslawien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Makedonien, Afghanistan, Iran, Pakistan, Indonesien, Vietnam, Thailand, aber auch in Mali und Argentinien.

[221] IOM (1995): Migration Information Program – irregular migration in Central Europe: the case of Afghan asylum seekers in Hungaria

[222] Heikkinen, H., Lohrmann, R. (1998): Involvement of the Organized Crime in the Trafficking in Migrants, IOM

[223] Siehe www.iom.int/fieldoffices/azerbeidjan/projects

[224] IOM (1995): Migration Information Programme – Transit migration in Turkey, S. 47 ff

[225] Für Migranten kann die Umsetzung solcher Empfehlungen tödliche Folgen haben, wie die Zitate am Beginn des Artikels zeigt.

[226] IOM (1998): IOM and the Government of Azerbaijan Capacity Building in Migration Management Program (CBMMP)

[227] Siehe Off Limits, Nr. 33, 2001

[228] Siehe IOM Mission Statement 1998

[229] Kawczynski, R./RNC (2001): Compensation German Fund and IOM, Hamburg 8.5.2001, in: www.romnews.com/a/32-01.html

[230] www.igc.ch, inzwischen ist die Seite aber tot.

[231] Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Deutschland, Irland, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien, Schweiz, und den USA, den UNHCR und die IOM.

[232] Budapester Gruppe: Albanien, Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Irland, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Liechtenstein, Mazedonien, Moldawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechien, Türkei, Ungarn, Ukraine, USA, Weißrussland.

[233] www.no-racism.net, Festung Europa in der Offensive – Staatliche Flüchtlingsabwehr

[234] Ebenda

[235] Secretariat of the Budapest Group (1999): The relationship between organized crime and trafficking aliens, S. 45

[236] www.icmpd.org

[237] www.no-racism.net, Festung Europa in der Offensive – Staatliche Flüchtlingsabwehr

[238] ILO (2001): Migration Policies – assisting governments to address labour migration in the 21st century, Genf

[239] Sie hält eine regelrechte Anleitung bereit, siehe Abella, M.I., Abrera-Mangahas, M.A. (1997): Sending workers abroad – A manual for low- and middle-income countries, Genf.

[240] ILO (2001): Programmes and activities of MIGRANT

[241] Juhasz, J. (1999): Illegal labour migration and employment in Hungary, International Migration Papers, Genf

[242] Krassinets, E. (1998): Illegal migration and employment in Russia, International Migration Papers 26, Genf

[243] Horakova, M. (2000): Legal and illegal labour migration in the Czech Republic, International Migration Papers 32, Genf

[244] Sie folgt einer Absichtserklärung von 1998, der International Cooperation in combating transnational crime, Action against illegal trafficking in migrants, including by sea, Addendum to draft international convention against smuggling of illegal immigrants and the draft protocol aiming at combating the trafficking and transport of migrants by sea, UN doc. E/CN.15/1998/5/Add.1.

[245] taz, 5.10.2001

[246] Z.B. Europarat, Brussels, 12 October 2000 (19.10) (OR. fr) 12211/00 LIMITE JAI 109 ASIM 22, Note from : French Presidency, Subject: Seminar on illegal immigration networks on 20 and 21 July 2000

[247] Europarat, 9738/99, CIREFI 37, from: Presidency, to: CIREFI, Subject: Conceptual framework to be used in the exchange of data on illegal entry in international cooperation, Brüssel, 1.7.1999

[248] Vergl. den IOM Jahresbericht für 2000

[249] Bischoff, J. (1999a): Herrschaft der Finanzmärkte – Kern der Globalisierung, in: Widerspruch, Nr. 38, S. 25 ff

[250] Huffschmid, J. (1999b): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg: VSA, S. 82

[251] Die Zeit, 28.5.98

[252] Bischoff 1999a, S. 31

[253] Guardian, 6.6.98

[254] Guardian, 1.7.98

[255] taz, 14.8.98

[256] Guardian, 29.5.98; Guardian Education, 16.6.98

[257] Weser Kurier, 15.7.98

[258] Weser Kurier, 22.8.98

[259] taz, 22.8.98; Süddeutsche Zeitung

[260] Weser Kurier, 22.8.98

[261] Guardian, 5.6.98; Guardian, 16.6.98; Guardian, 13.6.98; Blair, T. in: Guardian, 16.6.98

[262] Weser Kurier, 22.8.98

[263] Dieser Absatz geht auf ein Manuskript von Detlef Hartmann ›Krise und Krieg‹ zurück.

[264] Herbert, U. (1986): Die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland, 1880 bis 1980, Berlin; Castles, S. (1987): Migration and Rassismus in Westeuropa, Berlin

[265] Siehe Düvell, F. (2002): ›Schwarze‹ Revolten im Kontext von Diskriminierung und sozialer Bewegung in England, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Vol. 17, Nr. 1, S. 51 - 80

[266] Straw 2001

[267] William Carroll auf einer Manhattan news conference, 13.7.2000, Washington, D.C

[268] Bös, D., Weizecker, R. (1989): Economic consequences of an ageing population, in: European Economic Review, Nr. 33; Zimmermann, K.F. (1991): Ageing and the labour market. Age structure, cohort size and unemployment, in: Journal of Population Economics, Nr. 4; Hagemann, R., Nicoletti, G. (1989): Ageing populations: economic effects and implications for public finance, Department of Economics and Statistics Working paper 61, Paris: OECD; Masson, P.R., Tyron, R.W. (1990): Macroeconomic effects of projected population ageing in industrial

countries, IMF Staff Papers 37

[269] Europäische Kommission (2000): Der europäische Arbeitsmarkt im Zeichen des demographischen Wandels, Brüssel

[270] Allan Larsson, Director General, DG V, auf der European Commission European Human Resources Directors Conference in Stockholm, 10 September, 1999

[271] Population Devision, Department of Economic and Social Affairs (2000): Replacement Migration: is it a solution to declining and ageing populations?, United Nations Secretariat 21.3.2000, (ESA/P/WP.160); siehe beispielsweise: Eurostat Working Paper on National and Regional Population Trends in the European Union, 3/1999/E/n8

[272] Siehe z.B.: Eurostat Working Paper on National and Regional Population Trends in the European Union, 3/1999/E/n8

[273] Daily Telegraph, 4.9.2000

[274] Straubhaar, T. (1996): Is migration into the EU countries demand based? in: Corry, E. (Hrsg.): Economics and European Union Migration Policy, Institute of Public Policy Research: London, S. 11

[275] Siehe beispielsweise European Commission (2000): Joint Employment Report 2000, COM (2000)551; European Commission (2000): The future of social protection from a long-term point of view: safe and sustainable pensions, COM 2000)622

[276] Endelman, G. (2000): Raise The Cap: Why America Needs More Essential Workers, ilw.com; Endelman ist Jurist der BP Amoco Corporation.

[277] Guardian, 6.6.98

[278] Es sei bei dieser Gelegenheit an eine vielleicht schon in Vergessenheit geratene Weisheit der Kritik der politischen Ökonomie erinnert: »Jede Konsumtion ohne Arbeit ist Widerstand gegen Verwertung« (oder doch zumindest eine Form der Resistenz gegenüber dem Verwertungsimperativ), Strehle, R. (1991): Kapital und Krise – Einführung in die politische Ökonomie, Berlin: Schwarze Risse, S. 139

[279] Observer, 27.6.1999

[280] Department for Social Security (1998): A new contract for welfare, London: Stationery Office; zur Kritik siehe Jordan, B. (1998): New Labour – New Community?, in: Imprint – a journal of analytical socialism, Vol. 3, No. 2, S. 113 - 131

[281] Kohl, H.(1983): Der Weg zur Wende, Husum

[282] Spiegel, 36/1983

[283] Spiegel, 19/1999

[284] Die Zeit, 28.5.98

[285] Vorstandsvorsitzender des Netherlands Economic Institute, Molle, W. (1996): The contribution of international aid to the long-term solution to European migration problem, in IPPR, S. 59

[286] Straubhaar 1996, S. 22; zit in: Migration News, Vol. 9, No. 3, 2002

[287] Siehe u.a. Europäische Kommission 2000

[288] u.a. Hönekopp, E. (2001): Economic and labour market development and international migration – Czeck Republic, Poland, Germany, Nürnberg: BfA

[289] de Brie, C.(1998): Die Rebellen kehren zurück, in: Le Monde diplomatique, dt. Ausgabe, 6.5.98

[290] Vergl. Pile, S., Keith, M. (Hrsg.) (1997): Geographies of Resistance, London: Routledge

[291] Witheford, N. (1997): Cycles and circuits of struggle in High-Technology capitalism, in: Davis, J.; Hirschl, T.; Stack, M.: Cutting Edge – Technology,

information, capitalism and social revolution, S. 195 ff

[292] Seale, Bobby, in taz 7.6.2001

[293] Sivanandan 1998/99, S. 15 ff

[294] Seale 2001

[295] Ngai, P. (2002): The politics of dyscape: Globalisation, community and power of place, Hongkong: University of Science, discussion paper, über die Bedeutung des lokalen Kampfes um besetzten Wohnraum.

[296] taz, 6.4.2001

[297] Vergl. Falk, R. (1999): Die Weltwirtschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, in Widerspruch, Nr. 38

[298] Sideaway, J.D. (2002): Triangulations of uneven development: postcolonial geopolitical lessons from the landscape of the Indonesia-Malaysia-Singapore 'Growth Triangle', paper presented to ICCG conference, 25.-30.6.2002, Singapore: National University of Singapore

[299] Dieser Ansatz geht zurück auf Luxemburg, R. (1923): Die Akkumulation des Kapitals, Berlin, siehe auch Meillasoux, C. (1975): Femmes, grenier et capiteaux, Paris: Libraire Maspero, dtsch. (1978): Die wilden Früchte der Frau, Frankfurt: Syndikat, sowie Claudia Werlhof, u.a., vergl. auch Aly, G., Heim, S. (1993): Vordenker der Vernichtung, Frankfurt: Fischer

[300] Carroue, L.(1998): Der Euro kommt, der Bürger geht, in: Le monde diplomatique, 12.5.98

[301] Deutsche Bank-Chef Breuer im Weser Kurier, 14.7.98

[302] Gauron, A.(1998): Metamorphose zur Marktgesellschaft, in: Le monde diplomatique, 12.5.98

[303] Tiedmeyer im Weser Kurier, 15.11.97

[304] Work Permit (UK), Home Office, Landesrechnungshof Bremen u.a. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Wiedererstarken eugenischer Politik und von Euthanasie, das ärztlich kontrollierte Sterben von Alten und Kranken (Holland), oder die Klonung von menschlichen Zellen, um mittels gentechnischer Eingriffe die Leistungsfähigkeit kranker oder chronisch geschwächter Menschen zu optimieren (England).

[305] Straubhaar 1996, S. 11

[306] Europäische Kommission 2000, S. 11

[307] Hönekopp 2001, S. 78

[308] Siehe Europäische Kommission 2000; European Human Resource Directors' Conference »Europe's Ageing Workforce – Employability and Productivity«, Stockholm, 9-10 September 1999, dort hieß es unmissverständlich: »Wir müssen die Zahl der Leute über 55 und mehr steigern, die in Arbeit bleiben« (Quintin von der EU-Kommission).

[309] Streeck, W., Heinze, R. (1999): An Arbeit fehlt es nicht, in: Spiegel 19/1999, S. 38 ff

[310] Bündnis für Arbeit, Arbeitsgruppe Benchmarking, in: Spiegel, 19/99

[311] Europäische Kommission 2000

[312] Young, B. (1999): Die Herrin und die Magd, in: Widerspruch, Nr. 38, S. 47 ff und S. 55

[313] Hönekopp 2001

[314] Guardian, 28.7.2000, Europe 'should accept' 75 m new migrants

[315] Presidency Conclusions of the Tampere European Council 15. & 16.October 1999,

(SN 2000/99; Population Devision, Department of Economic and Social Affairs (2000): Replacement Migration: is it a solution to declining and ageing populations?, United Nations Secretariat 21.3.2000, (ESA/P/WP.160)

[316] Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, Communication from Mr Vitorino in agreement with Mrs Diamantopoulou (2000): On a community immigration policy, Com11

[317] ›Business leaders hail move to let in more skilled migrants‹, Independent, 12.9.2000

[318] taz, 20.7.2000, Italiens Wirtschaft: Ausländer rein!

[319] Molle 1996, S. 69

[320] Harris, J. (1999): Globalisation and the technological transformation of capitalism, in: Race and Class, Vol. 40, Nr. 2/3, S. 21 ff

[321] Le Monde diplomatique, 2.7.2000, George, S., Gould, E.: Die Liberalisierung kommt auf leisen Sohlen

[322] New York Times, 4.9.2000

[323] Dresdner Bank (2001): Herausforderung EU-Erweiterung

[324] Straubhaar 1996, S. 12

[325] Daily Telegraph, 4.9.2000

[326] Spence, R.: Bordering on the ridiculous, Guardian, 30.9.2000

[327] Siehe beispielsweise: taz, 11.12.2000, Platen, A.: Die schicke ich nirgendwo hin – Das örtliche Handwerk will nicht auf die fleißigen, voll integrierten Arbeitskräfte aus dem Kosovo verzichten.

[328] taz, 11.5.2002; ›Schröder plant Arbeitserlaubnis auch in anderen Branchen‹, Süddeutsche Zeitung, 5.2.2001

[329] Neue Züricher Zeitung, 8.12.2000

[330] Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident, auf dem Arbeitgebertag am 21.11.2000, siehe taz, 23.11.2000

[331] Erklärung der Innenminister der CDU-regierten Länder, siehe Frankfurter Rundschau, 4.7.2000

[332] Quine, M.S. (1996): Population politics in twentieth century Europe, London: Routledge

[333] Siehe u.a. die *WebSite* der IG-Bau und den Button mit dem Slogan »EU-Osterweiterung: Nein Danke«

[334] Es ist erhellend nachzulesen, wie der Nationalsozialismus 1940 angesichts der durch die Mobilmachung hervorgerufenen Arbeitskräfteknappheit vor dem Problem stand, nach Jahren fremdenfeindlicher Propaganda und Tat der Öffentlichkeit sowie den Traditionalisten in der SS zu erklären, dass man nun Millionen von Arbeitsvölkern (Russen, Polen, Franzosen, Holländer etc) nach Deutschland holte. Herbert, U. (1986): Der Ausländereinsatz – Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland, 1939 - 1945, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 3, Berlin: Rotbuch

[335] Reminiszenzen zur Haltung der NS-Diktatur zum Radau-Faschismus sind nicht zu übersehen.

[336] Aus Barbara Roche (2000): UK migration in a global economy, vorgelegt auf der IPPR Konferenz, 11.9.2000

[337] Confederation of British Industries (1999): CBI response: Home Office Consultation paper – Immigration and Asylum Bill: Proposals relating to employer sanctions

[338] Daily Telegraph, 4.9.2000

[339] Daily Telegraph, 4.9.2000

[340] Werbner, P. (1990): Renewing an industrial past – British Pakistani entrepreneurship in Manchester, in Migration No. 8, S. 7 - 41

[341] Die Osterweiterung der EU macht eigentlich eine separate Untersuchung notwendig, deshalb sollen nur einige Aspekte angerissen werden.

[342] Vergl. Statewatch 2001, Vo. 11, No. 6, S. 1

[343] Polen und Ungarn 1995; Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien und Bulgarien 1996; Slowenien 1999, Lettland, Littauen, Estland 2001.

[344] Guild, E. (1996): A guide to the right of establishment under the EU Agreements, London

[345] Vergl. Barros, L. (2001): Europe agreements, accession strategy and the European Union's new immigration policy, in: OECD: Migration policies and EU enlargement – the case of Central and Eastern Europe, Paris, S. 121 ff

[346] Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2001): Poland – investment report, London: EBRD

[347] Institut für Wirtschaft (2001): EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration, Berlin; Deutsches Institut für Wirtschaft (2001): EU-Osterweiterung – keine massiven Zuwanderungen zu erwarten, Wochenbericht 21

[348] Straubhaar 1996, S. 12

[349] Vergl. u.a. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 10 (1992): Modelle für ein deutsches Europa – Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin

[350] Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002): Grünbuch: Über eine Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen, KOM (2002)175 endgültig

[351] Agamben, G. (2002): Homo Sacer – die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt: Suhrkamp

[352] u.a. Straubhaar, T. (2000): Why Do We Need a General Agreement on Movements of People (GAMP)? HWWA DISCUSSION PAPER 094, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

[353] Vergl. Agamben 2002

[354] Foucault, M. (1976): Überwachen und Strafen, Frankfurt: Sùhrkamp

[355] siehe Kawczynski, R./Roma National Congress 2001

[356] Siehe. www.ncadc.org.uk (National Coalition of Anti-Deportation Campaigns) sowie Guardian, 13.8.2001

[357] Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (1998): Daten und Fakten, Bonn; Home Office (2002): Secure borders, safe haven: Integration with Diversity in Modern Britain (White Paper), London: Stationery Office

[358] Ohne Vorbild ist dieses Muster nicht, siehe Heim, S. (1993): ›Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein‹ – Die Zwangsemigration der Juden 1933-1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 11, S. 48-81

[359] Vergl. Fußnote 5

[360] Vergl. Rawls, J. (1971): A theory of justice, Oxford: OUP; Carens, J. (1987): Aliens and citizens – the case for open borders, in Review of Politics, IL, p. 251 - 73; Cole, P. (2000): Philosophies of Exclusion: Liberal Political Theory and Immigration, Edinburgh University Press

[361] Sofern nicht anders angegeben, stammen die Zahlen aus diesem Aufsatz.

[362] Spiegel, Nr. 19 1995

[363] Arens, R. (1995), Italien will mit schärferen Gesetzen gegen die wachsende Zahl der Ausländer angehen, in: Niedersächsischer Flüchtlingsrat 1996, siehe auch FR, 20.10.95 und 18.11.95; Migration News, Volume 6, No. 3, March 1999, bezieht sich auf Angaben des Innenministeriums.

[364] Wollenschlägel 1994, zit. in Vogel 1996, S. 4; Alt, J. (1999): Illegal in Deutschland, Karlruhe

[365] Migration News Vol. 2, No. 1, 1/1995

[366] Pitta, S., Asylkoordination Schweiz, Konversation, 24.4.2000

[367] Migration News, Vol. 8, No. 3, 2001

[368] Migration News, Vol. 8, No. 6, 2002; Nikolopoulos, G. P.(1998): Border control and illegal immigration into Greece: *the position of Greece* under the Schengen agreements, paper presented to 2. Migrationspolitisches Forum: Kontrolle illegaler Einwanderung und asylrechtliche Zuständigkeitsregelung nach den Abkommen von Schengen II und Dublin -www.uni-konstanz..de/FuF/Ueberfak/fzaa/german

[369] Boecker, A., Vos, J. (1996): Zuwanderungspolitik und illegaler Aufenthalt in den Niederlanden, Bremen/Zentrum für Sozialpolitik, Arbeitspapiere, Nr. 7, S. 12, nach Angaben des Innenministeriums; SZ, 24.7.93

[370] taz, 14.1.2000; AutorInnenkollektiv (2000): Ohne Papiere in Europa, Berlin: Schwarze Risse, p. 254

[371] Migration News, Vol. 8, No. 3, 2001

[372] BBC 2, Panorama, 14.7.97

[373] FFM (1997), Abschiebehäftlinge auf freien Fuß gesetzt, Berlin: Presseerklärung

[374] Migration News, Vol. 2, No. 6, 1995

[375] Spiegel, Nr. 49 (1995)

[376] Rafailov, G. (1995), Flüchtlingsselbstorganisation in St. Petersburg, ZAG, Nr. 16, Berlin

[377] IOM (1999): Migration in the CIS: 1997 - 1998

[378] Wall Street Journal, 14.8.2001

[379] Migration News, Vol. 3, No. 10, 1996; Migration News Vol. 2, No. 11, 1995

[380] Migration News, Vol. 2, No. 4, 1995

[381] Reitzes, M. (1995): Divided on the ›Demon‹: Immigration policy since the election, in: Policy, Issues and Actors, Vol. 8, No. 9, Johannesburg: Centre for Policy Studies, p. 2

[382] Migration News, Vol. 3, No. 12, 1996

[383] Migration News, Vol. 5, No. 11, 1998

[384] Migration News, Vol. 9, No. 6, 2002

[385] Scalabrini missioners, www.scalabrini.asn.au/atlas/amatlas/htm

[386] taz, 14.5.2002, die Zahl bezieht sich nur auf Nord-Koreaner.

[387] Es handelt sich um MigrantInnen aus der VR China.

[388] Stalker 2000; Migration News, Vol. 5, No. 1, 1/1998; Migration News, Vol. 5, No. 1, 1/1998

[389] Scalabrini Migration Institute

[390] Scalabrini Migration Institute; Stalker 2000, p. 85

[391] Migration News, Vol. 3, No. 7, 1996

[392] Migration News, Vol. 5, No. 1, 1998

Anmerkungen

[1] Diesem Beitrag liegen vier bereits veröffentlichte Aufsätze zugrunde: A. Sivanandan: Poverty is the new Black, in: Race and Class, Vol. 43, No. 2, 2001; Liz Fekete: The emergence of xeno-racism, in: Race and Class, Vol. 43, No. 2, 2001; A. Sivanandan: Globalism and the Left, unter: www.carf.demon.co.uk; und A. Sivanandan: Refugees from Globalisation, in: CARF, No. 57, 8/9 2000.

[2] Diese Angaben beruhen auf Zahlen der UNO von 1999, zitiert von Patrick A. Taran in »Migration, globalization and human rights: new challenges for Africa«, Vortrag auf der Konferenz »Migrants Rights International«. 14 Mio. Menschen werden weltweit vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt.

[3] Die Zitate stammen aus einem Dokument des britischen Innenministeriums zur Beschreibung der aktuellen Migrationsbewegungen. UK Home Office 1998: White Paper. »Fairer, Faster and Firmer«, London, Stationery Office.

[4] Vgl. Ollman, Bertell (1998): Market mystifikation in capitalist and market societies, in: Ollman, B. (Hg.): Market Socialism, London, Routledge. Der Markt überlagert die Produktionsverhältnisse mit den Konsumtionsverhältnissen.

[5] Es gibt tatsächlich vier miteinander verbundene Märkte: den Warenmarkt, den Kapitalmarkt, den Arbeitsmarkt und den Währungsmarkt. Vgl. Ollman 1998 a.a.O.

[6] Vgl. A. Sivanandan: Refugees from globalism, in: Race & Class, Vol. 42, No. 3, 2001, S. 87-92.

[7] Vgl. Jerry Harris: US: The politics of globalisation, in: Race & Class, Vol. 41, No.3, 2001, S. 59-72.

[8] Dieser Vorschlag wurde von Straw das erste Mal auf der Europäischen Konferenz über Asylgewährung am 16. Juni 2000 in Lissabon unterbreitet. Siehe Migration News Sheet, No. 208, Juli 2000.

[9] Vgl. Taran, a.a.O.

[10] Vgl. John Morrison: The dark side of globalisation: the criminalisation of refugees, in: Race & Class, Vol. 43, No.1, 2001

[11] Der *Prevention of Terrorism Act* wurde in Großbritannien 1973 verabschiedet und galt als vorübergehende Maßnahme zur Bekämpfung von militärischen Untergrundaktivitäten in Nordirland und ihren Symphatisanten. Dieses Sondergesetz, das zur Einschränkung grundlegender Bürgerrechte führte, blieb jedoch 25 Jahre in Kraft und traf zahlreiche unschuldige Menschen, vor allem irischer Herkunft, die nichts mit terroristischen Akten zu tun hatten.

[12] Chamberlain, H.S., deutsch-englischer Rassenideologe; Gobineau, J.A. (1853): »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen«, dt. 1898. Gerade im deutschen Kontext wäre es vielleicht angebracht, den Sozialdarwinismus als Vorläufer der Eugenik zu diskutieren.

[13] Anm. d. Red.: dualistisch-gnostische Religion der Spätantike, basiert auf der Idee eines ewigen Konfliktes zwischen Gut und Böse.

[14] Anm. d. Red.: Laienrichtersystem.

[15] Anm. d. Red.: England ist, ebenso wie Deutschland ökonomisch geteilt in den deindustrialisierten, verarmten Norden und den prosperierenden, wohlhabenden Süden.

[16] Anm. d. Red.: gebräuchlicher Ausdruck in Asien für einen Gewohnheitsverbrecher, oft im Kontext der korrupten Lokalpolitik benutzt: ‚Gangster Politik'.

[17] Anm. d. Red.: in 2000; siehe u.a. CARF No. 63, August/September 2001

[18] Anm. d. Red.: T.S. Eliot Zitat.



Madjiguène Cissé

Papiere für alle

Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich

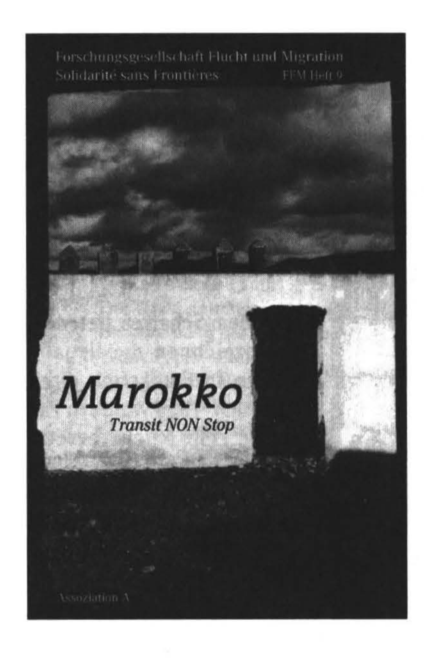
»Aus dem Schatten treten« – so bezeichnen die Illegalisierten in Frankreich ihren Aufbruch. 1996 wurde in Paris die erste Kirche besetzt und die Bewegung der Sans Papiers breitete sich in kürzester Zeit in ganz Frankreich aus. Geschickt und hartnäkkig entfaltete sie Aktivitäten, die immer wieder in die Schlagzeilen kamen und in der französischen Gesellschaft eine ungeahnte Unterstützung fanden.

So gelang ihr der Brückenschlag zu den sozialen Bewegungen der Arbeitslosen und Obdachlosen und zu Gewerkschaften. Madjiguène Cissé war von Anfang an dabei und wurde schnell zu einer bekannten Wortführerin der Bewegung. Den beispielhaften Kampf der Sans Papiers beschreibt sie als Teil ihrer eigenen Biographie in der ersten Person – und als politische Chronologie auf einem neuem Terrain: der erste noch unvollendete Versuch kämpferischer Selbstorganisation von Illegalisierten für gleiche Rechte im neuen Europa.

Madjiguène Cissé, im Senegal geboren, Studium u.a. in Deutschland, wurde 1996 zur Sprecherin der Sans Papiers gewählt, unternahm Rundreisen in Deutschland und bekam im Dezember 1998 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.

ISBN 3-935936-14-1
Paperback, 224Seiten, 16 €

Assoziation A 2002



Forschungsgsellschaft Flucht und Migration • Heft 9
Solidarité sans Frontières

Marokko

Transit NON Stop

Seit der Unabhängigkeit Marokkos haben Jahr für Jahr Tausende von Menschen ihr Los in der Migration gesehen. Waren es in den 60er und 70er Jahren vor allem Frankreich und Belgien, wohin die MigrantInnen gingen, so sind in den 80er und 90er Jahren Spanien, Italien, die Schweiz und auch die Bundesrepublik hinzugekommen.
Ein länderübergreifendes Netz der marokkanischen Community ist in Westeuropa entstanden. Die Recherchen sollen die Meldungen in die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit Marokkos und in die Analyse der europäischen Migrationspolitik zurückverankern.

ISBN 3-935936-10-9 9 €
Assoziation A 2002

FFM Heft 8

ITALIEN

Legalisierung der Flüchtlinge –
Militarisierung der Grenzen?

ISBN 3-935936-09-5 280 S., 9 €

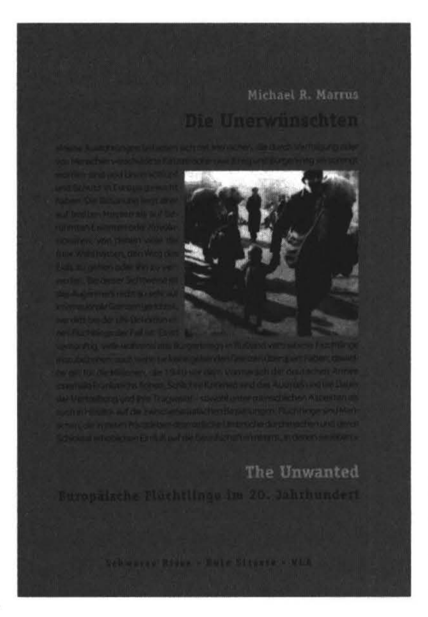
FFM Heft 7

Helmut Dietrich, Harald Glöde

KOSOVO

Der Krieg gegen die Flüchtlinge

ISBN 3-922611-79-6 144 Seiten, 7,70 €



Michael R. Marrus
DIE UNERWÜNSCHTEN
Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert

Das Standardwerk über die Flüchtlingsbewegungen des 20. Jahrhunderts.

ISBN 3-924737-46-0
456 Seiten,
Sonderausgabe!!!, 12 €
Assoziation A

Die Unerwünschten ist der erste zusammenfassende Überblick über die Flüchtlingsbewegungen des 20. Jahrhunderts und die politischen Reaktionen, die sie hervorriefen – vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus, aber auch in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in der Nansen-Ära, im Spanischen Bürgerkrieg und im Zeitalter des Kalten Krieges.
The Unwanted ist im englischsprachigen Raumein Standardwerk und eine Grundlage zur Beurteilung der heutigen Politik gegenüber Flüchtlingen. Die Härte der Bevölkerungspolitiker, die Gutwilligkeit und Hohnmacht der Helfer, die Kälte der Diplomaten und das Menetekel der Flüchtlingskonverenzen fügen sich zu einem aufschlussreichen Gesamtbild.

Michael R. Marrus gehört zu den renommierten Historikern unserer Zeit. Er hat (gemeinsam mit Robert Paxton) die erste große Untersuchung über die Verfolgung der Juden in Vichy-Frankreich veröffentlicht und ist durch eine mehrbändige kommentierte Dokumentensammlung als Holocaust-Forscher bekannt geworden.



MIKE DAVIS

DIE GEBURT DER DRITTEN WELT

Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden große Teil der Welt von zwei kurz aufeinander folgenden Dürre- und Hungerkatastrophen heimgesucht, die allein in Indien, China und Brasilien zwischen 30 bis 60 Millionen Menschen das Leben kosteten. Lange Zeit wurde für dieses Massensterben von Wissenschaftlern ein Wetterphänomen, El Niño, verantwortlich gemacht.
Mike Davis dagegen untersucht vor allem die ökonomischen Hintergründe und politischen Implikationen dieser historischen Ereignisse. Das, was er selbst „Political Ecology“ nennt. In seinem aktuellen Werk hat er wieder eine beeindruckende Menge an Daten- und Quellenmaterial zusammengetragen.
Dabei herausgekommen ist eine neue und fesselnde Geschichte des imperialistischen Zeitalters.
Davis zeigt, wie Korruption, Kaltblütigkeit und pure Machtinteressen der Kolonialherren und einheimischen Eliten nicht nur zur Massenvernichtung beitrugen, sondern wie Naturkatastrophen gezielt dazu genutzt wurden, den eigenen Herrschaftsbereich auszubauen und die Grundlagen für die Strukturen zu legen, die bis heute die ökonomische Abhängigkeit des Südens vom Norden zementieren.

ISBN 3-935936-11-7 ca. 480 Seiten, ca. 26,00 €

Erscheint im Herbst 2002

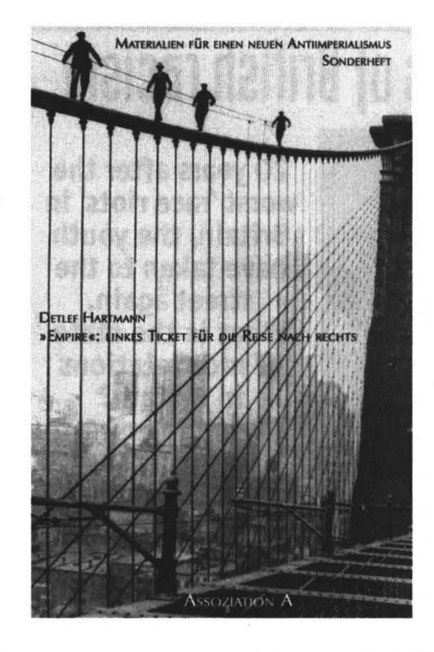


Projektgruppe Belarus (Hrsg.)
»EXISTIERT DAS GHETTO NOCH?«
Weißrussland. Jüdisches Überleben gegen nationalsozialistische Herrschaft

Anders als im »Deutschen Reich« waren die Ghettos und Lager in Weißrussland von vorne herein fester Bestandteil einer umfassenden Tötungsmaschinerie.
Das nationalsozialistische Konzept, zur Vorbereitung des Massenmordes die jüdische von der nichtjüdischen Bevölkerung zu trennen, ging in Minsk nicht vollständig auf. Vor allem Frauen und Jugendliche hielten klandestine Kontakte zwischen dem jüdischen und dem russischen Teil der Stadt über die Ghettogrenze hinweg aufrecht. Die organisierte Flucht aus dem Ghetto zu den Partisanen, ebenso wie die Rettung jüdischer Kinder, konnte nur mit Unterstützung der nichtjüdischen Bevölkerung gelingen.
Nach 1945 waren die Juden Weißrusslands als »Wanderer zwischen den Welten« mit der antisemitischen Repression unter Stalin konfrontiert. Die Erinnerung an die Shoah wurde bis in die 80er Jahre als Privatsache behandelt.
Der Band enthält Artikel von israelischen und deutschen HistorikerInnen und JournalistInnen, die sich auf Forschungen zum Holocaust in Weißrussland und zum jüdischen Leben vor und nach dem Krieg spezialisiert haben. In Verbindung mit ZeitzeugInneninterviews entsteht ein eindringliches Bild von dem Lebensweg derjenigen Menschen, die die gegen sie gerichtete Vernichtungspolitik überlebt haben.

ISBN 3-935936-12-5 ca. 240 Seiten, ca. 13 €

Erscheint im Herbst 2002



MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS – SONDERHEFT

Detlef Hartmann

»EMPIRE« – LINKES TICKET FÜR DIE REISE NACH RECHTS

Hardt/Negris Platz im Farbspektrum einer postmodernen »konservativen« Revolution von oben

»Empire« von M. Hardt und T. Negri ist das wohl am meisten rezipierte Buch der letzten zehn Jahre. Vom linken, bis tief in den bürgerlichen Diskurs hinein, findet es leidenschaftliche Zustimmung und – weitaus seltener – ebensolche Kritik und Ablehnung. Detlef Hartmann legt einen Text vor, der in seiner entschiedenen Haltung gegen das »`Kommunistische Manifest' unserer Zeit«, kaum irgendwo sonst zu finden ist.

»Wir erleben täglich, wie im gegenwärtigen Umbruch innovative Technologien der Unterwerfung und Zurichtung in neue Tiefen der Gesellschaft eindringen (...). Foucault hat nicht gezögert, all das als technologischen Angriff zu charakterisieren und ihm das Àußen' des Widerspruchs (...) entgegenzusetzen. (...) Hardt und Negri blenden den Angriffscharakter aus. Sie verdinglichen und fetischisieren ihn zu `die Kommunikation', `die materielle Arbeit', `die Produktion' (...) die kein Anderes, keine Negation mehr kennt und aus dem der Widerspruch als bestimmende Größe ausgemerzt wird. «

Die Globalisierung neuer Technologien braucht einen frischen linken Ausweg aus der neoliberalen Krise. Wird es einen neuen Schub von links in globale alternative Projekte geben? Hardt/Negri bieten sich als ihre Propheten an und schneidern ihr ideologisches Gewand nach alten Schnittmustern des linken Spektrums einer »konservativen« Revolution von oben. Es kann für eine radikale Linke wichtig sein, diese Schnittmuster zu kennen, um der Einladung nicht auf den Leim zu gehen.

ISBN 3-935936-15-X ca. 100 Seiten, ca. 7 €
Erscheint im Herbst 2002

Das Buch gibt einen Überblick darüber, wie die neuen europäischen und internationalen Migrationsregimes durchgesetzt werden sollen.

Gibt es den vielbeschworenen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Migrationspolitik oder handelt es sich eher um eine vorsichtige Anpassung der artikulierten Politik an längst bestehende Realitäten? An der traurigen Tatsache, dass das bundesdeutsche Migrationsregime nach wie vor zu den repressivsten gezählt werden muss, hat sich jedenfalls nichts Entscheidendes geändert. Mehr denn je sind MigrantInnen weltweit vielfältiger Drangsalierung, Überwachung und Kontrolle ausgesetzt.

Auf europäischer Ebene treiben die Vorstöße hin zu einem abgestimmten Migrationsregime die Herausbildung eines europäischen Imperialismus wesentlich voran. Staatliche Organisationen wie die WEU, die gemeinsamen paramilitärischen Polizeieinheiten, aber auch supranationale Organisationen wie die IOM (International Organisation for Migration), sind Träger und Wegbereiter dieses aggressiven Projekts, das neben Aushungerung, Internierung und Deportation mittlerweile auch ein vielfältiges Arsenal zur Steuerung der Migrationsbewegungen bereit hält.

Dagegen steht die Mobilität der Flüchtlinge und MigrantInnen, ihre Strategien sich jeglicher Kontrolle zu entziehen, die Zonierungen von Reichtum und Armut aufzubrechen und selbstbestimmte Wege des Aufbruchs zu suchen.

ISBN 3-935936-02-8